

Ea-253

(18)

Braunschweiger Werkstücke

Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt

Band 18

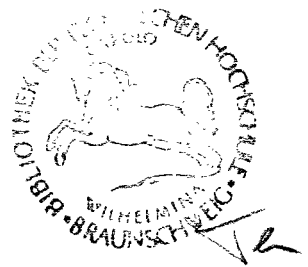
# Der rote Hahn über Braunschweig

Luftschutzmaßnahmen und Luftkriegsereignisse  
in der Stadt Braunschweig  
1927 bis 1945

von

RUDOLF PRESCHER

19.1880



1955

Waisenhaus-Buchdruckerei Braunschweig

Braunschweig  
Luftschutz  
1927-1945

für die Herausgabe verantwortlich: Prof. Dr. Werner Spieß

# Überficht

Vorwort . . . . .	7
I. Die Entwicklung des zivilen Luftschutzes in Braunschweig bis zum Ende des zweiten Weltkrieges . .	9
I. Die Entwicklung des zivilen Luftschutzes bis Ende 1943 . . . . .	9
II. Luftschutzmaßnahmen in Braunschweig nach dem Stand von Anfang 1944 . . . . .	23
1. Sächliche Maßnahmen . . . . .	26
1. Wohnhäuser . . . . .	26
2. Luftschutzräume . . . . .	27
3. Luftschutzstollen . . . . .	28
4. Luftschutzbunker . . . . .	28
5. Besondere Luftschutzbaumaßnahmen . . . . .	30
6. Löschwasserversorgung . . . . .	30
7. Luftschutzwarnsystem . . . . .	31
8. Verkehrsmaßnahmen . . . . .	34
9. Auslagerungen . . . . .	35
2. Soziale Maßnahmen . . . . .	35
3. Luftschutzpolizei und Luftschutzorganisationen . . . . .	40
1. Luftschutzpolizei . . . . .	40
2. Selbstschutz . . . . .	46
3. Erweiterter Selbstschutz . . . . .	46
4. Werkluftschutz . . . . .	47
5. Luftschutz in besonderen Verwaltungen . . . . .	48
6. Auswärtige Löschkkräfte . . . . .	48
III. Die Luftschutzentwicklung bis zum Kriegsende 1945 . . . . .	50
II. Der Luftkrieg in Braunschweig von 1939 bis 1945 . .	54
I. Die Kriegereignisse bis Ende 1943 . . . . .	54
II. Braunschweig wird Angriffsziel (1944) . . . . .	59
1. Die Luftangriffe im Januar . . . . .	59
2. Der Luftangriff am 10. Februar . . . . .	61
3. Die weiteren Luftangriffe im Februar und März . . . . .	64
4. Der Luftangriff am 8. April (Sonnabend vor Ostern) . . . . .	68
5. Der Luftangriff am 23. April . . . . .	70
6. Die Luftangriffe vom 26. April bis zum 23. Mai, insbesondere am 19. Mai . . . . .	73

7. Die Atempause vom 24. Mai bis zum 4. August. Die Aufklärung der Bevölkerung über die verschiedenen Arten von Bomben	77
8. Der Luftangriff am 5. August . . . . .	81
9. Der Luftangriff am 13. August . . . . .	83
10. Die weiteren Luftangriffe vom 24. August bis zum 2. Oktober	85
III. Der Höhepunkt des Luftkrieges in Braunschweig (15. bis 22. Oktober 1944) . . . . .	88
1. Der Luftangriff am 15. Oktober . . . . .	88
2. Die Befreiung der Bunkerinsassen . . . . .	91
3. Die Schadensbekämpfung . . . . .	92
4. Die soziale Not und ihre Bekämpfung . . . . .	97
5. Der Luftangriff am 22. Oktober . . . . .	99
6. Die Gesamtverluste an Menschen und Häusern. Die allgemeine Not nach den Angriffen . . . . .	101
IV. Die Luftkriegsereignisse in Braunschweig bis zum Ende des Krieges 1945 . . . . .	102
III. Zusammenfassung und Rückschau . . . . .	108
I. Übersichten (Kriegsereignisse, Verluste, Kriegsschäden) . . . . .	108
II. Kritische Rückschau . . . . .	114
IV. Anhang . . . . .	120
V. Quellen und Literatur . . . . .	144



## Vorwort

Die vorliegende Veröffentlichung über die „Luftschutzmaßnahmen und Luftkriegsereignisse in der Stadt Braunschweig 1927 bis 1945“ fällt aus doppeltem Grunde ein wenig aus dem gewohnten Rahmen unserer „Werkstücke“ heraus. Einmal treibt sie bewußt nicht nur historische Forschung, sondern will zugleich auch richtungweisend der Gegenwart und der Zukunft dienen, die aus der Vergangenheit — nicht nur mittelbar, wie man stets aus der Geschichte lernen kann — sondern ganz unmittelbar wertvolle praktische Kenntnisse schöpfen sollen. Daher wird sich das Buch diesmal — über den Kreis der an unseren „Werkstücken“ interessierten Wissenschaftler hinaus — auch an eine breitere Öffentlichkeit wenden. Aus diesem Grunde sind die Abschnitte des Buches über die Gesetzgebung in Luftschutzangelegenheiten und deren Durchführung in Braunschweig breiter ausgeführt worden, als es sonst vielleicht nötig gewesen wäre. Eben deshalb auch mußte an den Schluß der historischen Abhandlung ein besonderes Kapitel „Zusammenfassung und Rückschau“ angefügt werden.

In der Hauptsache aber bleibt auch dieses Werkstück nach Umfang und Arbeitsaufwand eine historische Untersuchung. Aber auch als solche liegt sie mit ihrem Thema etwas außerhalb der gewohnten Reihe. Es ist zwar verständlich, daß „Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum“ einer Stadt mit einer so alten und hohen Kultur, wie Braunschweig sie hat, vor allem die ältere, weil besonders eindrucksvolle Vergangenheit pflegt. Das hindert aber nicht, daß auch einmal ein Zeitabschnitt der allerjüngsten Vergangenheit behandelt werden kann, zumal auch bei dieser Arbeit die wichtigsten Quellen in den genannten Instituten der Stadt beruhen. Daß die Zeit von 1927 bis 1945 bereits heute, nach erst zehn Jahren, im Vollsinn des Wortes „Geschichte“ geworden ist, wird niemand bezweifeln. Immerhin war mit Rücksicht auf die vielen damals wirkenden und heute noch lebenden Persönlichkeiten eine gewisse Zurückhaltung am Platze. So nennt das Buch, abweichend von den sonstigen Gepflogenheiten historischer Arbeiten, grundsätzlich keine Namen. Das wird eine spätere, an den handelnden Persönlichkeiten interessierte Forschung leicht nachholen können.

Die Voraussetzungen für die Herausgabe eines Buches über die Luftschutzmaßnahmen und den Luftkrieg liegen in der Stadt Braunschweig besonders günstig. Der Verfasser des Buches, heute Brandingenieur der Stadt Braunschweig, ist bereits 1937 in den Dienst der Feuerwehr, und zwar zunächst der Stadt Dresden, eingetreten. Von dort ist er nach Beginn des Luftkrieges verschiedentlich in die am frühesten durch Luftangriffe heimgesuchten Städte, wie Leipzig, Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Solingen und Remscheid, dienstlich abgeordnet worden. So hatte er bereits große Kenntnisse auf dem Gebiete der Luftschutzorganisation erworben und bedeutende Erfahrungen im Luftkriege gesammelt, als er 1943 als Offizier der Feuerschutzpolizei in den Dienst der damals noch so gut wie völlig unzerstörten Stadt Braunschweig übertrat. Hier hat er — von den ersten ganz unbedeutenden Bombenabwürfen abgesehen — sämtliche Luftangriffe dieser Stadt mit wachen und fachlich geschulten Sinnen mitgemacht und ist nach jedem Angriff aktiv bei den Lösch- und Aufräumarbeiten an führender Stelle tätig gewesen. Die komplizierte Luftschutzorganisation der Stadt war ihm ebenso vertraut, wie die zahlreichen in Anwendung gekommenen technischen Apparate und Hilfsmittel. So konnte er, als später der Entschluß in ihm reifte, ein Buch über den Luftschutz und den Luftkrieg in Braunschweig zu schreiben, auf dem eigensten Erleben und den persönlichsten Erfahrungen fußen. Nicht unwichtig war aber auch, daß — nachdem kurz vor dem Zusammenbruch alle amtlichen schriftlichen Quellen vernichtet worden waren — der Verfasser auf Grund seiner persönlichen Beziehungen an verschiedene wertvolle private Aufzeichnungen herankommen konnte, für deren Unterbringung im Stadtarchiv er dann dankenswerterweise Sorge trug.

So glaubten wir, die günstige Gelegenheit ergreifen zu müssen, um einem in seiner Eigenart besonders wertvollen Buche, das in gleicher Weise der Braunschweiger Stadtgeschichtsforschung und der allgemeinen Geschichtswissenschaft willkommen sein muß, einen Platz in der Reihe unserer „Braunschweiger Werkstücke“ einzuräumen.

Braunschweig, im Oktober 1955

Prof. Dr. Werner Spieß

# I

## Die Entwicklung des zivilen Luftschutzes in Braunschweig bis zum Ende des zweiten Weltkrieges

### I. Die Entwicklung des zivilen Luftschutzes bis Ende 1943

Nachdem sich um die Jahrhundertwende der ewige Traum und die jahrtausende alte Sehnsucht der Menschheit, die Schwere der Erde zu überwinden, erfüllt hatte, konnte es nicht ausbleiben, daß sich die Militärs diesen Fortschritt der Technik zunutze machten. Bald wurden kriegerische Maßnahmen nicht nur auf dem Lande oder zu Wasser, sondern auch aus der Luft ausgelöst.

Eine Folgeerscheinung dieser Entwicklung ist der Luftschutz, der sich in die „Aktive Abwehr“ und in den „Zivilen Luftschutz“ untergliedert. Unter „Ziviler Luftschutz“ sind Maßnahmen der Bevölkerung zu verstehen, die in passiver Form danach streben, die unmittelbaren Wirkungen von Luftangriffen so klein wie möglich zu halten, um Verluste an Menschen, Tieren und Sachwerten zu vermeiden. Der zivile Luftschutz ist seinem Wesen nach nicht mit Kriegsgeist, Militarismus oder ähnlichem verwandt. Er ist eine Notwendigkeit des modernen öffentlichen Lebens geworden. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die folgenden Ausführungen zu verstehen.

Schon im Jahre 1794, unter Bonaparte, versuchte man Luftballons zur Unterstützung von Kriegshandlungen zu verwenden. Trotz vielseitiger Erprobungen in dem folgenden Jahrhundert wurden keine wesentlichen Fortschritte erzielt. Erst nachdem die lenkbaren Luftfahrzeuge erfunden waren, trat eine bedeutsame Entwicklung der Kriegsluftfahrt ein. Im Jahre 1911 wurden erstmalig Flugzeuge bei den deutschen Kaisermanövern eingesetzt. In vielen anderen Ländern lief die Entwicklung gleichartig. Obwohl die Luftfahrzeuge vorerst nur der Aufklärung dienten und keine Bewaffnung besaßen, war dies der Anfang einer Entwicklung, die sich in den folgenden Jahrzehnten als verhängnisvoll für viele Städte erweisen sollte.

Zu Beginn des ersten Weltkrieges steckte die Kriegsluftfahrt noch in der Anfangsentwicklung. Hinsichtlich des Luftschutzes hatten die Militärs schon einige Grundsätze aufgestellt, doch die Durchführung kam über die ersten Anfänge nicht hinaus.

Die Leistungsfähigkeit der Flugzeugtypen dieser Zeit war gering, so daß mit ihnen weder weite Strecken überwunden, noch große Lasten befördert werden konnten. Sie dienten vornehmlich zur Erkundung gegnerischer Stellungen sowie

zur Störung und Beunruhigung der Front und der frontnahen Gebiete. Die Kampfausrüstung bestand anfangs aus Waffenarten, die zur Selbstverteidigung und zur Bekämpfung gegnerischer Flugzeuge geeignet und bestimmt waren.

Die Tätigkeit mit dem neuen Kriegsmittel war schon zu Anfang des Krieges sehr rege, und man fand bald Möglichkeiten, die Flugzeuge mit verschiedenartigen Aufträgen zu betrauen.

Schon vier Tage nach Kriegsausbruch wurden gegnerische Flugzeuge über dem Ruhrgebiet gesichtet. Die ersten Abwurfmittel wurden kurz danach verzeichnet, als eine Menge kleiner Eisenpfeile von Flugzeugen auf Marschkolonnen geworfen wurden.

In wissenschaftlicher Entwicklungsarbeit entstand während des ersten Weltkrieges eine Vielzahl teilweise recht wirkungsvoller Bomben. Mit ihnen gelang es schon im Oktober 1914, eine Flugzeughalle in Düsseldorf zu zerstören. Am 15. Juni 1915 erfolgte ein Luftangriff auf die Stadt Karlsruhe, der bereits zahlreiche Tote und Verletzte forderte. Die Angriffsziele für Flugzeuge bildeten frontnahe Städte, während Fernziele wegen der geringen Aktionsradien der Flugzeuge nicht zu erreichen waren.

Als einzige Bombenträger über weite Strecken standen Luftschiffe (Zeppeline) zur Verfügung, die jedoch leicht das Opfer der wesentlich beweglicheren Flugzeuge wurden. Trotzdem gelang es Luftschiffen, wenn auch unter starken Verlusten, im März 1915 auf Paris und im September 1916 auf London Bomben zu werfen. Die materiellen Schäden nach diesen Angriffen waren nicht sehr umfangreich, um so größer dürfte jedoch der Schock für die Bevölkerung gewesen sein.

Ab 1917 war die Entwicklung der Flugzeuge so weit fortgeschritten, daß die Lenkluftschiffe entbehrlich wurden. Bis zum Ende des Krieges sind Flugzeugangriffe auf die englische Küste, auf London wie auf die deutschen Städte Mannheim und Köln noch besonders zu vermerken.

Als Abwurfmittel hatten sich im ersten Weltkrieg vornehmlich die Brisanzbomben eingeführt. Brandbombenangriffe bedeutenden Umfanges waren nicht zu verzeichnen. Obwohl die außerordentlich wirkungsvolle Elektron-Thermit-Brandbombe schon entwickelt war, wurde sie aus Gründen der Menschlichkeit nicht eingesetzt. Der schonungslose Krieg, außerhalb der Frontgebiete, war noch nicht geboren.

Die Entwicklung des Luftkrieges förderte an maßgebenden Stellen die Erkenntnis, daß Luftschutzmaßnahmen notwendig wurden. Damals wurde ein Luftschutz aufgestellt, der hauptsächlich von den militärischen Dienststellen geregelt wurde. Die Zivilbevölkerung in Frontnähe wurde beim Anflug von Flugzeugen gewarnt und in Aufklärungsaktionen über die Gefahren und Wirkungen der Luftangriffe aufgeklärt. Im Rahmen der gesamten Kriegsführung des ersten Weltkrieges hatte der Luftschutz nur eine nachgeordnete Bedeutung. Im rückwärtigen Heimatgebiet trat er nicht in Erscheinung.

Der erste Weltkrieg hatte erwiesen, daß neben die Kriegsmittel zu Lande und zu Wasser die sich rasch entwickelnde Kriegluffahrt als wirkungsvolles Kampfmittel mit vielen bis dahin nicht ausgewerteten Möglichkeiten getreten war.

Die fortschreitende Entwicklung der Luftfahrt nach dem ersten Weltkrieg verlieh auch der militärischen Luftfahrt einen enormen Auftrieb. Gleichzeitig

rückte diese Entwicklung den Luftschutz weiter in das Blickfeld der für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortlichen Instanzen. In England, Frankreich, Belgien, Rußland, Polen und in anderen Ländern hielt man größere Luftschutzübungen ab, die den erschreckenden Nachweis brachten, welche furchtbaren Erfolgsaussichten die Angreifer auf Städte hatten. Man erkannte, wie wenig die Bevölkerung zur Abwendung der Gefahren und Verringerung der Schäden tun konnte, wenn nicht langfristig und sorgfältig vorbereitete Luftschutzmaßnahmen getroffen wurden.

Das nach dem ersten Weltkrieg in seiner Wehrausstattung behinderte Deutschland begann 1927 die ersten Maßnahmen für den Luftschutz durchzuführen. Der „Deutsche Luftschutzbund“ wurde gegründet. In ihm fanden sich Teile der Bevölkerung aus allen Parteien und Ständen zusammen mit dem Ziel, unter sachverständiger Leitung für das gesamte Reichsgebiet einen zivilen Luftschutz zu schaffen.

Die innere Verwaltung nahm sich der Sache des zivilen Luftschutzes an. Die Feuerwehren, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund, die Gesundheitsbehörden, die Technische Nothilfe und die Sonderdienste der öffentlichen Verwaltungen wurden zu einem Hilfsdienst zusammengeschlossen.

Bei der Arbeit für den zivilen Luftschutz stellte man sich hauptsächlich auf folgende Notwendigkeiten ein:

- a) die Bevölkerung bei Einflügen rechtzeitig zu warnen,
- b) für Räumlichkeiten zu sorgen, in denen die Bevölkerung vor Bombensplittern und Gasbomben möglichst geschützt war,
- c) die Bevölkerung für die Erste Hilfe auszubilden und über die Gefahren von Kampfgasen aufzuklären.

Daneben wurden Fragen der Brandbekämpfung und der sozialen Fürsorge behandelt.

Diese Grundsätze bauten sich auf den Erfahrungen des ersten Weltkrieges, unter Berücksichtigung der fortgeschrittenen Technik der Luftfahrt, auf. Die Reichweite der Flugzeuge war größer geworden, so daß auch das Hinterland angegriffen werden konnte. Im letzten Stadium des Krieges war zu Lande Giftgas als Kampfmittel angewandt worden. Man rechnete offensichtlich in einem kommenden Luftkrieg mit dem Abwurf von Gasbomben. Auf internationaler Basis wurde versucht, zu einem Verzicht auf die „Waffe Giftgas“ zu kommen, leider ohne Erfolg.

In Braunschweig wurden in der oben geschilderten Organisationsform etwa ab 1932 Luftschutzübungen, z. T. im Zusammenwirken mit der Reichswehr, durchgeführt. Die Reichswehr war die damalige deutsche Wehrmacht mit 100 000 Berufssoldaten. Behelfsmäßige Luftschutzräume wurden ausgebaut. Für den Flugmeldedienst wurden am Stadtrand Gruben für Horchposten ausgehoben. Auf der Hamburger Straße entstand eine Luftschutzschule für die örtlichen Kräfte.

Die großen Verwaltungen, Bahn und Post, organisierten für ihre Anlagen selbständig Luftschutzmaßnahmen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie erhielt vom Innenministerium die Aufgabe, in den Industriebetrieben einen Werkluftschutz aufzustellen. Diese Aufgabe wurde auch in Braunschweig bald und mit erstaunlicher Sorgfalt gelöst.

In großem Umfange wurden Angehörige der Verwaltungen und der Industrie mit dem Wesen der Feuerlöschtechnik, der Ersten Hilfe und mit den Gefahren von Giftgas in besonderen Lehrgängen vertraut gemacht.

Mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus im Jahre 1933 erhielt der Gedanke des Luftschutzes eine erhebliche Förderung. Am 26. Juni 1935 wurde ein Luftschutzgesetz erlassen. Dieses Luftschutzgesetz schuf den Begriff „Luftschutzpflicht“ und löste damit den bis dahin überwiegend freiwilligen Charakter der Luftschutzorganisation ab. Weiter wurde der Luftschutz als eine Aufgabe des Reiches erklärt und oblag in seiner Durchführung dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

Der zivile Luftschutz untergliederte sich nach der ersten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz vom 4. Mai 1937 in folgende Hauptgruppen:

- a) den Luftschutzwarndienst
- b) den Sicherheits- und Hilfsdienst
- c) den Werkluftschutz
- d) den Selbstschutz
- e) den erweiterten Selbstschutz.

Die unter a) und b) aufgeführten Gruppen waren Luftschutzdienste, deren Träger vorwiegend öffentliche Dienststellen waren. Den Luftschutzwarndienst organisierte die Polizei in Zusammenarbeit mit dem Flugmeldedienst des Militärs. Der Sicherheits- und Hilfsdienst untergliederte sich wie folgt:

- a) Feuerlöschdienst. Er wurde von den örtlichen Feuerwehren organisiert<sup>1)</sup>.
- b) Instandsetzungsdienst. Ihn baute die Technische Nothilfe auf.
- c) Sanitätsdienst. Ihn zu organisieren übernahm das Deutsche Rote Kreuz<sup>2)</sup>.
- d) Entgiftungsdienst, den vorerst die städt. Ämter für Straßenreinigung aufstellten.
- e) Veterinärdienst, dessen Träger die Veterinärbehörden waren.

Für die schnelle Instandsetzung beschädigter Versorgungsleitungen für Strom, Gas und Wasser wurden besondere Fachtrupps von den städt. Werken und der Technischen Nothilfe aufgestellt.

Während es sich bei den bisher besprochenen Organisationen um öffentliche Dienste handelte, waren der Selbstschutz, der erweiterte Selbstschutz und der Werkluftschutz Selbsthilfeorganisationen. Der Selbstschutz und der erweiterte Selbstschutz trafen unter Leitung des neu gegründeten Reichsluftschutzbundes in Wohnhäusern bzw. in kleineren Gewerbebetrieben oder öffentlichen Anstalten Luftschutzmaßnahmen. Der Werkluftschutz entfaltete seine Arbeit in größeren Betrieben bei eigener Zuständigkeit. Desgleichen bauten die großen Verwaltungen, wie Reichsbahn und Reichspost, ihren Luftschutz selbständig auf.

Der jeweilige Polizei-Verwaltungsbezirk erhielt die Bezeichnung „Luftschutzort“. Die Verantwortung für den einheitlichen Aufbau des Luftschutzes und die Organisation des Sicherheits- und Hilfsdienstes wurde dem Polizeiverwalter als

<sup>1)</sup> Vgl. Anhang I.

<sup>2)</sup> Das DRK. war am 1. 4. 1936, auch im Hinblick auf die dem DRK. im Luftschutz erwachsenden Aufgaben, neu gegliedert worden. Die regionale Verwaltungsgliederung entsprach den Wehrkreisen, sowie Stadt- bzw. Landkreisen. Die Einsatzkräfte wurden in männliche und weibliche Bereitschaften unterteilt.

örtlichem Luftschutzleiter übertragen. Darüber hinaus war der Luftschutzleiter für die Führung im Luftschutzort und für das gedeihliche Zusammenarbeiten des Sicherheits- und Hilfsdienstes und der Selbstschutzorganisationen verantwortlich.

Die Ausrüstung der Luftschutzorganisationen wurde mit erheblichen Mitteln verstärkt und verbessert. Durch Dienstverpflichtungen wurden weite Bevölkerungsteile bestimmt, in den Abendstunden und sonntags an Ausbildungslehrgängen teilzunehmen. In den Lehrgängen wurden den Verpflichteten Kenntnisse vermittelt, die sie im Luftangriffsfall befähigen sollten, Verletzten fachgerecht Erste Hilfe zu leisten, Feuerlöschmaßnahmen durchzuführen, beschädigte Bauwerke abzustützen oder Versorgungsanlagen instandzusetzen.

Nach Eignung, Veranlagung oder Beruf wurden die zu diesen Lehrgängen herangezogenen Männer und Frauen einem der aufgeführten Fachgebiete zugeteilt. Sie sollten im Bedarfsfalle die Tätigkeit in ihrem Wohngebiet aufnehmen. Ein Teil dieser Lehrgänge bildete Reservisten für die im Kriegsfall aufzustellenden Luftschutzorganisationen aus. In allen Lehrgängen wurden die Teilnehmer mit den Gefahren eines Giftgaskrieges besonders vertraut gemacht. Für die Führungskräfte wurden Luftschutzschulen errichtet, deren Spitze die Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz war.

Die Gemeinden wurden beauftragt dafür zu sorgen, daß bei Bauvorhaben Luftschutzräume mit erstellt wurden. Geeignete vorhandene Räume mußten als öffentliche Luftschutzräume hergerichtet werden. Notunterkünfte wurden vorbereitet. Die Versorgungsbetriebe mußten ihre Anlagen so herrichten, daß sie möglichst geschützt gegen Bombenabwürfe waren, und daß bei Ausfall eines Teiles der Anlagen durch technische Maßnahmen eine Notversorgung sichergestellt werden konnte. Zur Verbesserung der Löschwasserversorgung mußten nach gegebenen Richtlinien Neuanlagen errichtet werden.

Innerhalb der Stadtverwaltung Braunschweig lag bis 1938 die Durchführung der Luftschutzmaßnahmen beim Hauptamt. Danach wurde dieses Ressort dem Bauamt angegliedert.

Die unterste Organisationseinheit des Luftschutzes in der Heimat war um diese Zeit das Polizeirevier, das im Luftschutzfalle die Bezeichnung „Luftschutzrevier“ erhielt. Das Luftschutzrevier wurde in der Regel durch einen Feuerwehr- und Bergungstrupp, einen Sanitätstrupp sowie durch einige Gasspürer verstärkt.

Die Wohngebiete wurden in Luftschutzhausgemeinschaften unterteilt, denen ein Amtsträger des Reichsluftschutzbundes vorstand. Er hatte die Aufgabe, die örtlich notwendigen Luftschutzmaßnahmen nach gegebenen Richtlinien zu veranlassen.

Etwa drei Jahre nach Verkündung des Luftschutzgesetzes war es so weit, daß aus den Wohnhäusern die größeren Ansammlungen wertlosen Lagergutes, besonders von den Hausböden, geräumt waren. Fast jede Hausgemeinschaft verfügte über mindestens einen ausgebildeten Laienhelfer(in) und drei im Feuerlöschen ausgebildete Kräfte. Für jedes Haus (in Siedlungsgebieten für mehrere Häuser) wurde ein Luftschutzhauswart eingesetzt, der für die Durchführung der Luftschutzmaßnahmen verantwortlich gemacht wurde. Die Durchführung der geforderten Luftschutzmaßnahmen, besonders in den Wohnhäusern, ging nicht immer reibungslos vor sich, und oft mußten die Organe des Polizeiverwalters eingreifen.

Größere Orte bildeten einen oder mehrere Luftschutzabschnitte mit besonderen Bereitschaftskräften. Die Stadt Braunschweig war ein Luftschutzabschnitt. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen sowie militärischen Bedeutung und hinsichtlich ihrer Luftempfindlichkeit wurden die Städte in Luftschutzorte erster, zweiter und dritter Ordnung eingeteilt. Die Stadt Braunschweig war ein Luftschutzort erster Ordnung.

Diese Organisationsform des Luftschutzes bestand, als am 1. September 1939 der zweite Weltkrieg begann. Der Luftschutz wurde aufgerufen und der Sicherheits- und Hilfsdienst auf die vorgesehenen Personalstärken gebracht. Der größte Teil der Einberufenen hatte bereits eine Vorausbildung hinter sich. Die für den Kriegsfall geplante und vorbereitete Luftschutzorganisation erfuhr durch Einberufungen zum Militär eine personelle Umschichtung, die anfangs Schwierigkeiten bereitete.

Beim Ausbruch des Krieges standen in der Stadt Braunschweig folgende Löschkräfte zur Verfügung:

4 Löschzüge der durch Ergänzungskräfte verstärkten Feuerschutzpolizei (Berufsfeuerwehr).

8 Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehren in den eingemeindeten Vororten.

9 Feuerwehr- und Bergungstrupps für die Polizeireviere (Luftschutzreviere).

Diese Kräfte hatten die Aufgabe, dort einzugreifen, wo sich Schwerpunkte bildeten und die Hausbewohner den Bränden nicht mehr gewachsen waren. Sie waren nur teilweise mit Motorpumpen ausgerüstet und verfügten nicht alle über ein Kraftfahrzeug.

Bei der Aufstellung der Luftschutzorganisation und bei der Festlegung der Ausbildungsgrundsätze hatte man im wesentlichen die Erfahrungen des ersten Weltkrieges unter Berücksichtigung der technischen Fortentwicklung als Maßstab zugrunde gelegt. Die allgemeinen Fortschritte in flugtechnischer Hinsicht waren bekannt, jedoch blieb der Entwicklungsstand der Abwurfmunition im dunkeln.

Die schweren Flugzeuge mit großen Bombenlasten hatten zu Anfang des Krieges einen Aktionsradius von ca. 300 km. Ihre Fluggeschwindigkeit lag bei 400 km/Stunde. Der im Luftkrieg ernst zu nehmende Gegner stand im Westen. Das bedeutete, daß man 1939 mit schweren Luftangriffen in einem Raum rechnen mußte, der ostwärts der westlichen Reichsgrenze, etwa von der Linie Wesel — Dortmund — Fulda — Würzburg — Nürnberg — Augsburg — Kempten i. Allgäu begrenzt wurde. Die Führung des Reiches versicherte in öffentlichen Ansprachen<sup>3)</sup> und über den Rundfunk, daß die Luftabwehr mit Flak und Jagdfliegern jederzeit in der Lage sei, einfliegende Flugzeuge zu vernichten, so daß größere Luftangriffe auf das Reichsgebiet undenkbar seien. Die genannte Grenzlinie verschob sich nach dem Westfeldzug im Frühjahr 1940 zugunsten Deutschlands. Dieser Vorteil wurde jedoch bald wieder durch die enorm gesteigerte Leistungsfähigkeit neu entwickelter Flugzeugtypen ausgeglichen.

Als Abwurfmunition erwartete man — nach den Ausbildungsgrundsätzen im Luftschutz zu urteilen — Sprengbomben mit einer begrenzten Spreng-, aber erheblichen, Splitterwirkung. Des weiteren rechnete man mit Brandbomben verschie-

<sup>3)</sup> Einen Höhepunkt bildete die Rede des Reichsministers der Luftfahrt am 9. 9. 1939 in einem Rüstungswerk, wo er behauptete, daß es keinem Flugzeugverband gelingen würde, das Deutsche Reich zu überfliegen.



dener Konstruktion, und im besonderen wurde mit dem Abwurf von Kampfgasbomben gerechnet. Die führenden Instanzen des Luftschutzes legten vermutlich als Angriffskraft einfliegender Verbände die Leistung einer Anzahl Flugzeuge zugrunde, die unter 50 Stück blieb. Damit standen sie im Gegensatz zu der offiziellen Ansicht der obersten Kriegsführung, die die Gefahr weit geringer einschätzte, durften aber das Gefühl haben, äußerst vorsichtig und auf Sicherheit bedacht gehandelt zu haben.

Noch zögernd nahm man den Ausbau von Luftschutzräumen in größerem Ausmaß vor. Mitte 1940 waren in den rund 16 000 Wohnhäusern der Stadt Braunschweig ca. 10 000 Luftschutzräume geplant und 4000 fertiggestellt<sup>4)</sup>. Löschwasserstellen wurden ausgebaut und neu angelegt. Aber im großen und ganzen maß man dem Luftschutz in dieser Zeit keine besondere Bedeutung bei.

Der Verlauf des Krieges in der ersten Zeit und die Wirkung einer sieges-sicheren Propaganda verleiteten weite Bevölkerungskreise zu einem übersteigerten Sicherheitsgefühl. Die deutschen Armeen standen im Westen am Kanal und im Norden am Polarkreis. Der lange Arm der Luftwaffe stieß weit über diese Linien in das gegnerische Hinterland vor. Was kann da schon der Heimat passieren? So und ähnlich klangen am Anfang des Krieges weit verbreitete Redewendungen. Diese Grundeinstellung blieb nicht ohne Auswirkungen bei der Durchführung des Luftschutzes. Bald wurden viele Luftschutzkräfte entlassen und der Landwirtschaft sowie der Industrie als Arbeitskräfte wieder zur Verfügung gestellt. Am 23. Juli 1940 begann die Rückführung der bei Kriegsbeginn nach Braunschweig evakuierten Saarländer in ihre Heimat.

Allgemein waren in Deutschland im Jahre 1940 nur schwache Luftangriffe zu verzeichnen; doch rechnete man ab Herbst 1940 in der obersten Kriegsführung offensichtlich mit einer Verstärkung des gegnerischen Luftkrieges. Am 28. Oktober 1940 erschien ein Erlaß<sup>5)</sup> des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe, der die Aktivierung der Maßnahmen auf allen Gebieten des Luftschutzes anordnete. In diesem Erlaß wurde darauf hingewiesen, daß noch mehr geschehen müsse, um den Schutz der Menschen vor der Wirkung abgeworfener Bomben in noch stärkerem Maße sicherzustellen. Weiterhin müsse erreicht werden, daß die Bevölkerung auch häufigere und längere Fliegeralarme ertragen könne, ohne an Gesundheit oder Arbeitskraft das geringste einzubüßen.

Zur Erreichung dieser Ziele wurden die Luftschutzorganisationen im Sicherheits- und Hilfsdienst straffer zusammengefaßt und der Ausbau von Luftschutzräumen wesentlich verstärkt und gefördert<sup>6)</sup>. Für diese Maßnahmen wurden vom Reich erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt, mit denen auch der Ausbau von Luftschutzkellern in Wohnhäusern und die Beschaffung von Luftschutzgerät für diese großzügig bezuschußt werden konnten. Für den Schutz von Menschen wurden Luftschutz-Spezialbauten errichtet. In Braunschweig begann man Luftschutzbunker mit Schlafkabinen in größerem Umfange zu bauen. Es wurde ein Luftschutzprogramm entwickelt, das teilweise vollkommen neue Gesichtspunkte

<sup>4)</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Braunschweig 1940.

<sup>5)</sup> Aktivierungserlaß MBliV. (Ministerialblatt innere Verwaltung) 1940 S. 2065 für Reichsluftschutzbund (mit Zusätzen für Polizei MBliV. 1941 S. 1880).

<sup>6)</sup> Der Reichsminister für Luftfahrt wird ermächtigt, für die Dauer des Krieges über den Luftschutz selbständig Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen zu erlassen (Erlaß vom 15. 11. 1940, RGBl. I S. 1487).

in den Vordergrund rückte. Diese Anordnungen lösten in weiten Kreisen Befriedigung, aber auch Bestürzung aus. Besonders die Amtsträger des Reichsluftschutzbundes wurden hinsichtlich der Erfüllung ihrer Aufgaben bedenklich gestimmt. Sie erkannten, daß bei kommenden Angriffen sich ihre Helfer in den Bunkern aufhalten würden. Sie rechneten nicht mehr damit, daß Kräfte zum Schutz der ihnen anvertrauten Wohnhäuser im Notfall zur Verfügung stehen würden.

Neben den wesentlich verstärkten Luftschutzbaumaßnahmen<sup>7)</sup> lief bald ein umfangreiches Ausbildungsprogramm an. Die Luftschutzführungskräfte im Werkluftschutz der Betriebe, bei Behörden, Wehrmachtsanlagen und aus Polizeiunterkünften erhielten eine nochmalige gründliche Ausbildung bei den örtlichen Luftschutzfachdiensten. Das Personal dieser Fachdienste wurde in Luftschutzausbildungsanstalten in verstärktem Maße geschult.

Der Luftkrieg über Deutschland nahm in den folgenden Jahren immer schwerer werdende Formen an. Die Angriffsziele der englischen Bomber schoben sich immer näher auch an Braunschweig heran. Vom 26. bis 30. Juli 1943 mußten starke Braunschweiger Luftschutzeinheiten der geschädigten Stadt Hannover helfen, die Folgen eines schweren Angriffes zu bekämpfen. Dabei sammelten auch die Braunschweiger Erfahrungen. Darüber hinaus wurden zu dieser Zeit Braunschweiger Luftschutzführer zur Erweiterung ihrer Kenntnisse in beschädigte Städte entsandt, u. a. nach Mainz, Frankfurt/Main und Köln.

Mitte August 1943 begann man in Braunschweig mit einer planmäßigen Evakuierung von Einwohnern in die umliegenden Landgemeinden, vorwiegend in die des Harzgebietes. Große Teile der Jugend wurden in Jugendlagern untergebracht. Mehrere Schulen wurden samt Lehrpersonal und Schülern nach außerhalb verlegt. Dieses war die zweite planmäßige Umsiedlungsaktion, die unter ganz anderen Vorzeichen als die erste im Juli 1940 begann.

Am 27. September 1943 mußte die Stadt Braunschweig den ersten größeren Luftangriff über sich ergehen lassen. Die dabei gemachten Erfahrungen dienten zum weiteren Ausbau des Luftschutzes. Es muß anerkannt werden, daß in dieser Zeit die einzelnen Luftschutzmaßnahmen, soweit sie sich in ihrem Umfang und Tempo steigern ließen, gesteigert worden sind. In den Betrieben und durch die Presse wurde die Bevölkerung in verstärktem Maße mit dem zweckmäßigsten „Verhalten im Luftschutzfall“ bekanntgemacht. Vor allem die Brandgefahr stand im Vordergrund der Erörterungen. Der Feuerlöschdienst bekam laufend Leute zur Ausbildung an Feuerlöschgeräten zugewiesen. Weite Bevölkerungskreise wurden mit dem Wesen der Brandbomben und ihrer Bekämpfung, auch in öffentlichen Schauvorführungen, erneut bekanntgemacht.

Der Luftkrieg, auch in der Nähe Braunschweigs, nahm immer stärkere Formen an. Schon am 9. und wieder am 18. Oktober 1943 wurde Hannover erneut angegriffen. In beiden Fällen wurden starke Kräfte des Braunschweiger Feuerlöschdienstes zur Hilfe entsandt.

Nicht nur in Braunschweig hatte man Erfahrungen gesammelt, sondern auch in der gesamten Kriegführung waren die Luftangriffe mit ihren Auswirkungen auf die Haltung der Bevölkerung, auf die Störungen der Produktion und des Verkehrs

<sup>7)</sup> RdErl. des Reichsministers für Luftfahrt vom 31. 5. 1941, 4. 8. 1941 und vom 11. 12. 1941 (Betr.: Bombensichere Luftschutzbauten für die Bevölkerung).

zu einem wesentlichen Faktor in der Planung und Organisation geworden. Man hatte erkannt, daß bei den üblich gewordenen Großangriffen auf die Städte im allgemeinen die örtlichen Luftschutzkräfte nicht mehr ausreichten, um die entstandenen Schäden schnell zu bekämpfen und einer Ausdehnung von Bränden wirksam entgegenzutreten. Einheiten für den überlagernden Luftschutz wurden dringend notwendig. Die nachbarliche Hilfe der einzelnen Luftschutzorte untereinander reichte nicht mehr aus.

Schon 1940 war begonnen worden, Einheiten für den überlagernden Luftschutz aufzustellen. So stellte die Luftwaffe motorisierte Feuerlöschabteilungen (LS-mot) und die Polizei Feuerschutzpolizeiregimenter<sup>8)</sup> auf. Anfangs folgten diese Einheiten der kämpfenden Truppe in die besetzten Gebiete und übernahmen den Feuerschutz in strategisch wichtigen Orten und Anlagen, z. B. in Häfen, Mineralölagern usw. Später wurden solche auch in Orten des Inlandes stationiert, die sich möglichst in der Nähe mehrerer Städte oder luftempfindlicher kriegswichtiger Anlagen befanden. Bei Bedarf konnten diese Einheiten schnell an das Schadensgebiet herangezogen werden.

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Luftschutzformationen war bei den ausführenden Kräften gut; aber in den Führungsstäben entstanden Spannungen wegen ungeklärter Zuständigkeiten und geltend gemachter Führungsansprüche im Luftschutz<sup>9)</sup>. Auch beim örtlichen Luftschutzleiter überschritten sich vielfach Anordnungen, die er befolgen sollte. Als Polizeiverwalter unterstand er der inneren Verwaltung, während er als örtlicher Luftschutzleiter seine Weisungen vom Minister der Luftfahrt erhielt. Vermutlich waren diese Erscheinungen ein wesentlicher Anstoß dazu, daß am 31. August 1943 eine Neufassung des Luftschutzgesetzes erlassen wurde. Darin wurden besonders die Organisationsformen der einzelnen Luftschutz-Fachgebiete neu festgelegt und die Zuständigkeiten umrissen.

Im nachfolgenden soll diese Fassung des Luftschutzgesetzes und seine praktische örtliche Auswirkung in den wesentlichsten Punkten aufgezeigt werden. Diese gesetzliche Grundlage des Luftschutzes bestand, als Deutschland und damit auch Braunschweig dem Höhepunkt des Luftkrieges und zugleich dem eigenen Niedergang entgegenging.

#### **Luftschutzgesetz in der Fassung vom 31. August 1943<sup>10)</sup>.**

##### **Aufgabe und durchführende Dienststellen.**

Der Luftschutz ist Aufgabe des Reichs; er obliegt dem Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

Der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe bedient sich bei der Durchführung des Luftschutzes neben den Dienststellen der Reichsluftfahrtverwaltung der ordentlichen Polizei- und Polizeiaufsichtsbehörden; auch kann er andere Dienststellen

<sup>8)</sup> Die ersten Feuerschutzpolizei-Abteilungen waren im Frühjahr 1940 aufgestellt und soweit durchorganisiert, daß sie einsatzfähig waren. Sie wurden erstmalig Anfang Mai 1940 während des Westfeldzuges in Frankreich und Holland tätig. In der Folgezeit wurde ihre Zahl laufend vermehrt. Sie wurden später in fast allen Ländern Europas eingesetzt.

<sup>9)</sup> RdErl. des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches vom 17. 12. 1942 regelt die Abgrenzung der Befehlsbefugnisse bei den aus Anlaß von Luftangriffen zu treffenden Maßnahmen.

<sup>10)</sup> RGBl. 1943 S. 506.

und Einrichtungen der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in Anspruch nehmen. Der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe handelt hierbei in Fällen grundsätzlicher Art im Einvernehmen mit den zuständigen Reichsministern.

Falls den Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts durch die Inanspruchnahme für Zwecke des Luftschutzes besondere Kosten entstehen, trägt sie der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

### **Luftschutzpflcht.**

Alle Deutschen sind zu Dienst- und Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Duldungen und Unterlassungen verpflichtet, die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind (Luftschutzpflcht).

Ausländer und Staatenlose, die im Großdeutschen Reich Wohnsitz, Aufenthalt oder Vermögen haben, sind luftschutzpflchtig, soweit nicht Staatsverträge oder allgemein anerkannte Regeln des Völkerrechts entgegenstehen.

Luftschutzpflchtig sind ferner alle juristischen Personen, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten und Einrichtungen öffentlichen und privaten Rechts, soweit sie im Großdeutschen Reich Sitz, Niederlassung oder Vermögen haben.

Neben diesen Grundsätzen waren im Gesetz noch der Umfang und der Inhalt der Luftschutzpflcht sowie die Regelung über Vergütung und Entschädigung u. a. festgelegt.

### **Erste Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz.**

In der ersten Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz wurde festgelegt, daß der Luftschutz die Aufgabe hat, organisatorische und technische Vorkehrungen zu treffen, um die Kampfkraft, die Arbeitskraft und den Widerstandswillen des gesamten Volkes gegen die Wirkung von Luftangriffen zu erhalten. Luftangriffsschäden hat er durch raschen Einsatz zu bekämpfen und dem Entstehen von Katastrophen entgegenzutreten.

Zur Durchführung der oben angezeigten Aufgaben wurde bestimmt, daß Luftschutzeinheiten zu bilden sind. In Ausführung dieser Bestimmung wurden 1943 folgende Luftschutzeinheiten aufgestellt bzw. vorhandene Einheiten umorganisiert oder umbenannt.

#### **1. Luftschutzwarndienst.**

Der Luftschutzwarndienst wurde durch besondere der Luftwaffe unterstellte Einheiten durchgeführt. Er hatte Einflüge und deren Flugrichtung rechtzeitig festzustellen und rückwärtige Dienste sowie die Bevölkerung zu warnen.

#### **2. Luftschutzeinheiten der Luftwaffe.**

- a) Luftschutzabteilungen (LS-mot). Diese Abteilungen waren in der Hauptsache Einheiten mit Feuerlöschrüstung. Sie waren voll motorisiert und bildeten eine Führungsreserve zum überörtlichen Einsatz in Schwerpunktgebieten.
- b) Luftschutz-Heimat-Nebelkompanien. Diese Einheiten sorgten für Vernebelung von Industrie- und sonstigen Anlagen im Heimatgebiet, um diese der Sicht näherkommender Flugzeuge zu entziehen.
- c) Luftschutz-Nebelkompanien. Die Aufgaben waren dieselben wie unter b), nur daß ihr Tätigkeitsgebiet bei der kämpfenden Truppe lag.
- d) Luftschutzkompanien z. b. V. Scheinanlagen. Diese Einheiten hatten die Aufgabe, in der Nähe wichtiger Grundstücke und Anlagen Scheinanlagen zu errichten. Damit sollten anfliegende Verbände über die tatsächliche Lage der wichtigen Betriebe getäuscht und zum Abwurf ihrer Kampfmittel auf die Scheinanlagen verleitet werden.

### 3. Luftschutzpolizei<sup>11)</sup>).

Oblag die Ausübung der unter 1. und 2. aufgeführten Funktionen militärischen Verbänden, so wurde die Ausführung der folgenden Aufgaben der Polizei übertragen. Die örtlichen Polizeiverwalter wurden zu örtlichen Luftschutzleitern bestimmt. Sie bedienten sich zur Erfüllung der Luftschutzaufgaben nachstehender Fachdienste:

- a) Feuerlösch- und Entgiftungsdienst. Der Feuerlösch- und Entgiftungsdienst hatte die Aufgabe, beim Aufkommen von Bränden und Kampfstoffschäden zu helfen. Er bildete auf Grund seiner Stärke den Grundstock der Luftschutzpolizei. Das führende Element im Feuerlöschdienst stellten überwiegend die örtlichen Feuerwehren. Der Entgiftungsdienst war aus organisatorischen Gründen dem Feuerlöschdienst angegliedert. Die fachliche Führung des Entgiftungsdienstes lag in den Händen von Chemikern und Personen aus verwandten Berufsgruppen.
- b) Luftschutzpolizei-Instandsetzungsdienst. Der Instandsetzungsdienst hatte die Aufgabe, beim Bau und Ausbau von Luftschutzbauten mitzuwirken. Bei und nach Angriffen sollte der I-Dienst Bergungs- und bauliche Sicherungsmaßnahmen durchführen. Die Blindgängerbeseitigung war auch eine Aufgabe des Instandsetzungsdienstes. Bei der Auswahl der führenden Kräfte sollte vorwiegend auf Angehörige der örtlichen Baubehörden und der Technischen Nothilfe zurückgegriffen werden.
- c) Luftschutzpolizei-Sanitätsdienst. Der Luftschutz-Sanitätsdienst erhielt die Aufgabe, Verletzte zu betreuen, Erste Hilfe zu leisten und gegebenenfalls Kranke in Krankenhäuser, Kliniken usw. zu befördern. Die führenden Kräfte wurden der örtlichen Ärzteschaft und dem DRK entnommen.
- d) Luftschutzpolizei-Veterinärdienst. Dem Veterinärdienst oblag die Betreuung der Tiere nach Luftkriegsschäden. Darüber hinaus hatte er die Aufgabe, in vorbeugender Weise Tierschutzfragen zu lösen. Die Leitung lag in den Händen der örtlichen Veterinärbehörden und der Tierschutzvereine.
- e) Luftschutzpolizei-Havariedienst. In Städten mit Schiffsverkehr wurde ein Havariedienst aufgestellt mit der Aufgabe, notwendig werdende Schiffsbergungen und Hilfeleistungen auf dem Wasser durchzuführen.

Neben den aufgeführten Luftschutzpolizei-Einheiten mit ihren spezialisierten Fachaufgaben oblagen der Ordnungspolizei im Luftschutzfall dieselben fachlichen Aufgaben wie in angriffsfreier Zeit. Ihr fiel dann noch die Aufgabe zu, obdachlos gewordene Bürger zu sammeln und zu leiten. Zur Bereitstellung vorübergehend zu benutzender Auffang- und Sammelstellen war die damalige „Partei“ verpflichtet. Die Bereitstellung von Dauerunterkünften für Obdachlose oblag den Fürsorge- bzw. den Sozialämtern. Die Wohlfahrtsverbände waren an der Lösung dieser Aufgaben mit beteiligt.

### 4. Selbstschutz.

Der Selbstschutz war der Begriff für die Maßnahmen, die in Grundstücken (insbesondere in Wohnhäusern) notwendig wurden, um die Bewohner und die Bauwerke zu sichern. Die Durchführung dieser Maßnahmen war Angelegenheit der jeweiligen Hausbewohner. Die Leitung und Beratung der Hausgemeinschaften wurde dem Reichsluftschutzbund<sup>12)</sup> übertragen.

<sup>11)</sup> Die Luftschutzpolizei ist als Polizei-Reserve an Stelle des Sicherheits- und Hilfsdienstes I. Ordnung getreten.

<sup>12)</sup> Die Aufgaben des Reichsluftschutzbundes ergaben sich aus dem § 1 der Satzung des Reichsluftschutzbundes (Fassung vom 31. 8. 1943). Der Reichsluftschutzbund hat die Aufgabe, das Deutsche Volk von der lebenswichtigen Aufgabe des Luftschutzes zu überzeugen und es für die Mitarbeit im Selbstschutz zu gewinnen.

## **5. Erweiterter Selbstschutz.**

Der erweiterte Selbstschutz umfaßte Betriebe und Anstalten (Krankenhäuser, Warenhäuser, Banken usw.) meist mittlerer Größenordnung, die mit ihren Bediensteten einen Selbstschutz für ihren Betrieb einzurichten hatten. Die Durchführung lag in den Händen der Betriebe unter besonderer Anleitung durch den Reichsluftschutzbund.

## **6. Werkluftschutz.**

Der Werkluftschutz umfaßte größere Betriebe, die in der Lage waren, eine hauptberufliche Abteilung Luftschutz zu unterhalten. Die Organisation und Aufsicht über den Werkluftschutz war der Reichsgruppe Industrie übertragen.

## **7. Luftschutz in besonderen Verwaltungen.**

Die Deutsche Reichsbahn, Deutsche Reichspost, Wehrmacht, der Reichsarbeitsdienst und einige andere Großverwaltungen bildeten für ihre Anlagen einen besonderen Luftschutz nach den allgemeinen Grundsätzen und Richtlinien.

## **8. Luftschutzwacht.**

Die Luftschutzwacht umfaßte den Luftschutz in Gegenden, die nach der SHD-Gliederung Luftschutzorte 2. und 3. Ordnung bildeten.

Der nach den oben angezeigten Richtlinien aufgebaute Luftschutz unterstand dem jeweiligen Polizeiverwalter als örtlichem Luftschutzleiter. Der Luftschutz des Militärs, der besonderen Verwaltungen und der Werkluftschutz hatten die Verpflichtung, den örtlichen Luftschutzleiter über ihre im jeweiligen Polizei-Verwaltungsbezirk befindlichen Anlagen und Maßnahmen zu informieren, und mußten ihre Maßnahmen so abstimmen, daß ein Zusammenarbeiten mit anderen Luftschutzeinheiten möglich war.

Regelte die erste Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz organisatorische, personelle und Zuständigkeitsfragen des Luftschutzes, so hatten die Durchführungsverordnungen Nr. 2 bis 12 überwiegend sachliche Angelegenheiten zu regeln.

### **Zweite Durchführungsverordnung.**

Luftschutzmaßnahmen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten<sup>1a)</sup>. — Es wurde festgelegt: Wer Neubauten oder sonstige bauliche Anlagen errichtet, hat sie so durchzuführen, daß sie den Anforderungen des Luftschutzes entsprechen. Die Überwachung dieser Forderungen wurde den Baupolizeibehörden übertragen.

### **Dritte Durchführungsverordnung.**

Entrümpelungsverordnung. — Diese Verordnung hatte das Ziel, die Ansammlung von besonders leicht brennbaren Gegenständen in brandgefährdeten Gebäudeteilen (Hausböden) zu beseitigen bzw. zu verhindern. Als „Gerümpel“ im Sinne dieser Verordnung galten alle brennbaren oder sperrigen Gegenstände, die für die Besitzer dauernd entbehrlich oder nach der Verkehrsanschauung geringwertig waren. Die Durchführung der geforderten Maßnahmen oblag dem Ortspolizeiverwalter.

<sup>1a)</sup> Schutzraumbestimmungen (§ 1 der 2. Durchführungsverord. z. Luftschutzgesetz vom 4. 5. 1937): Der Schutzraum soll Schutz gegen die Wirkungen von Sprengbomben, insbesondere gegen Luftstoß, Bombensplitter und Bautrümmer, sowie gegen chemische Kampfstoffe gewähren.

Die Anlage soll möglichst unter Erdgleiche liegen und Gasschleuse, Schutzraum, Notausgänge, Beleuchtung und Frischluftzufuhr besitzen.

Stützkonstruktionen müssen folgende Lasten aufnehmen: Gebäude bis zu 2 Vollgeschossen 1 000 kg/m<sup>2</sup>, von 2 bis 4 Geschossen 1 500 kg/m<sup>2</sup>, über 4 Geschosse 2 000 kg/m<sup>2</sup>.

Die Räume sollen nicht größer als für 50 Personen sein. Für jeden Insassen sollen mindestens 3 m<sup>3</sup> Luftraum vorgesehen werden.

#### **Vierte Durchführungsverordnung.**

**Vertriebsgenehmigung.** — Wer Geräte oder Mittel für den Luftschutz vertreiben oder sich durch Druckschriften, Vorträge usw. im Luftschutz betätigen wollte, mußte sich einem besonderen Genehmigungsverfahren unterwerfen. Der Ortspolizeiverwalter hatte Maßnahmen zu treffen, um die Durchführung dieser Forderung zu überwachen.

#### **Fünfte Durchführungsverordnung.**

**Ärztliche Untersuchungspflicht.** — Ärzte und ärztliche Hilfskräfte konnten von den Ortspolizeibehörden in Zusammenarbeit mit einigen anderen Dienststellen zum Luftschutz besonders verpflichtet werden. Die Ärzte und Stellen des Gesundheitsdienstes waren dann verpflichtet, die für die ärztlichen Untersuchungen notwendigen Räume und Einrichtungen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Barauslagen konnten in begrenzten Fällen erstattet werden.

#### **Sechste Durchführungsverordnung.**

**Normung von Feuerlöscheinrichtungen.** — Für die Ausführung von Feuerlöschgeräten, besonders für die Anschlüsse wasserführender Armaturen, wurden Normen festgelegt (z. B. Kupplungssystem Storz). Die Normung war notwendig, um ein Zusammenarbeiten verschiedener Löscheneinheiten zu ermöglichen. Vor dem Kriege war es nicht selten, daß bei Großfeuern die Feuerwehren von Nachbargemeinden sich nicht ergänzen konnten, weil das Schlauchmaterial der einen Gemeinde nicht mit dem der anderen Gemeinde verbunden werden konnte.

#### **Siebente Durchführungsverordnung.**

**Beschaffung von Selbstschutzgerät.** — Es wurde bestimmt, daß die Hauseigentümer der dem Selbstschutz unterliegenden Grundstücke eine bestimmte Anzahl und bestimmte Arten von Luftschutzgerät zu beschaffen hatten. Die Aufwendungen dafür konnten wesentlich aus Reichsmitteln bezuschußt werden.

#### **Achte Durchführungsverordnung.**

**Verdunkelungsverordnung.** — Nach dieser Verordnung war alles künstlich erzeugte Licht, das zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen, öffentlichen und privaten Lebens und des Verkehrs notwendig gebraucht wurde, zu verdunkeln. Dem Ortspolizeiverwalter oblag die Überwachung dieser Maßnahmen.

#### **Neunte Durchführungsverordnung.**

**Behelfsmäßige Luftschutzmaßnahmen in bestehenden Gebäuden.** — In bestehenden Gebäuden mußten vom Eigentümer behelfsmäßige bauliche Luftschutzmaßnahmen durchgeführt werden (Abstützen von Kellerdecken, Schaffung von Notausgängen usw.). Die geforderten Maßnahmen im einzelnen waren in besonderen Ausführungsbestimmungen festgelegt. Die Überwachung dieser Maßnahmen war dem Ortspolizeiverwalter übertragen.

#### **Zehnte Durchführungsverordnung.**

**Luftschutzmäßiges Verhalten bei Luftangriffen und Luftschutzübungen.** — Nach dieser Verordnung war jeder verpflichtet, bei Fliegeralarm die Luftschutzräume, Splittergräben usw. aufzusuchen. Die Hauptzugangswege und -türen zu Grundstücken und Gebäuden mußten frei- bzw. unverschlossen gehalten werden. Es wurde gefordert, alles zu unterlassen, was notwendig werdende Bergungs- und Löscharbeiten erschweren konnte. Die Überwachung dieser Maßnahmen oblag dem Ortspolizeiverwalter.

### **Elfte Durchführungsverordnung.**

Strafbestimmungen für den Sicherheits- und Hilfsdienst usw. — Diese wurden durch die neue Fassung des Luftschutzgesetzes aufgehoben. Die Luftschutzpolizei unterlag nunmehr der besonderen Polizeigerichtsbarkeit.

### **Zwölfte Durchführungsverordnung.**

Tarnverordnung. — Die Eigentümer und Besitzer von beweglichen und unbeweglichen Sachen waren verpflichtet, auf Anordnung der zuständigen Stellen Tarnmaßnahmen durchzuführen oder zu dulden. Die Kosten für die Tarnmaßnahmen trug in der Regel das Reich.

Das neu gefaßte Luftschutzgesetz forderte von der Luftschutzorganisation viel Arbeit zur Überführung der Einheiten aus der alten in die neue Organisationsform. Derartige Umstellungen brachten naturgemäß viel Kleinarbeit mit sich, und das zu einem Zeitpunkt, als der Luftkrieg in Deutschland seinem Höhepunkt zustrebte. Die Neuorganisation war aber notwendig. Die 1940 umgestellte SHD-Organisationsform zeigte viele Mängel und erwies sich nicht mehr als zweckmäßig. Die seit 1940 stark veränderte Gesamtsituation des Luftkrieges forderte Anpassung des Luftschutzes. Das Charakteristische der Neufassung des Luftschutzgesetzes vom August 1943 lag darin, daß man Zuständigkeiten klar abgrenzte und gleichzeitig einer vom Kriegsgeschehen erzwungenen und im Fluß befindlichen Entwicklung des Luftschutzes feste Formen verlieh. Die 1943 üblich gewordenen Massenangriffe auf deutsche Städte forderten einen Luftschutz, der in der Lage war, Masseneinsätze durchzuführen. Die Luftschutzorganisation war bis dahin im wesentlichen noch nach den Grundsätzen einer friedensmäßigen Katastrophen-Bekämpfung ausgerichtet. Bei den nunmehr zur Tagesordnung gehörenden und laufend eintretenden Katastrophen zeigte es sich, daß die kleinen Gruppen der Luftschutzdienste zu größeren, schlagkräftigeren Einheiten zusammengefaßt werden mußten, um sie auch führungsmäßig beweglicher zu machen.

In den ersten zweieinhalb Jahren des Krieges gelang es den örtlichen Kräften des Luftschutzes immer noch recht gut, wenn auch oft nur mit Verstärkung durch Luftschutzdienste benachbarter Luftschutzorte, die entstandenen Schäden nach Angriffen zu meistern. Aber das änderte sich etwa ab Frühjahr 1942 ganz erheblich.

Bis dahin waren im allgemeinen nur Einzelangriffe von Fliegerverbänden in Stärken bis zu 100 Flugzeugen zu verzeichnen. Die Theorien der Luftschutzfachleute am Anfang des Krieges über die Art und Stärke der zu erwartenden Angriffe hatten sich im großen und ganzen als richtig erwiesen. Doch diese Maßstäbe änderten sich im Jahre 1943 grundsätzlich.

Die alliierten Bomberflotten führten nunmehr Tag für Tag Angriffe durch. Immer häufiger erfolgten mit jeweils mehreren hundert Flugzeugen Großangriffe auf Städte. Die Schäden waren dann ganz erheblich. Diese Entwicklung steigerte sich offensichtlich. Die Angriffe wurden immer massiver, und die Zahl der an einem Tag angegriffenen Städte und Objekte vermehrte sich unverkennbar. Es war der Zeitpunkt, an dem die planmäßige Zerstörung Deutschlands bei großräumiger Anlage der Vernichtungsaktionen ihren Anfang nahm.



Das fast pausenlose Hämmern der alliierten Luftwaffe erzwang gebieterisch die weitere Steigerung der Luftschutzmaßnahmen. Die aktiven Abwehrkräfte der deutschen Kriegsführung waren überrundet. Die amerikanische Luftwaffe machte sich mit ihrem scharfen und weitreichendem Schwert in ganz Europa bemerkbar. Ihr Hauptziel waren die deutschen Städte. Die gegnerischen Flugzeuge erreichten Ende 1943 jeden Punkt in Deutschland. Die zur Verfügung stehenden Bomberverbände schienen unbegrenzt zu sein. Die weiterentwickelte Abwurfmunition und die Abwurftechnik erzielten Wirkungen, die Anfang des Krieges nur wenige voraussehen konnten.

Die Bevölkerung hatte keine Möglichkeit, die nun schon zum normalen Tagesablauf gehörenden Einflüge und Angriffshandlungen zu beeinflussen oder etwas Grundsätzliches zu tun, um Schäden zu vermeiden. Es war nur noch ein sehr begrenztes Wirkungsfeld für den vorbeugenden Luftschutz vorhanden. Die Angreifer hatten den Vorteil für sich, mit neuen Abwurfmitteln oder ständig wechselnden Varianten in der Angriffstechnik Überraschungen zu erzielen und damit einen Teil der geplanten Luftschutzorganisation, zumindest für eine bestimmte Zeit, zu verwirren. Bis Anfang 1943 konnte sich der Luftschutz noch einigermaßen der Entwicklung der Kriegsluftfahrt anpassen und ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte halten. Doch mit dem Fortschreiten des Krieges verschoben sich die Verhältnisse immer mehr zu Ungunsten des Luftschutzes.

Bevor der Vernichtungskrieg, der über Braunschweig raste, geschildert wird, soll noch ein umfassender Überblick über die bis dahin durchgeführten Luftschutzmaßnahmen und den Stand der Luftschutzorganisation in der Stadt Braunschweig aufgezeigt werden.

## **II. Die Luftschutzmaßnahmen in Braunschweig nach dem Stand von Anfang 1944**

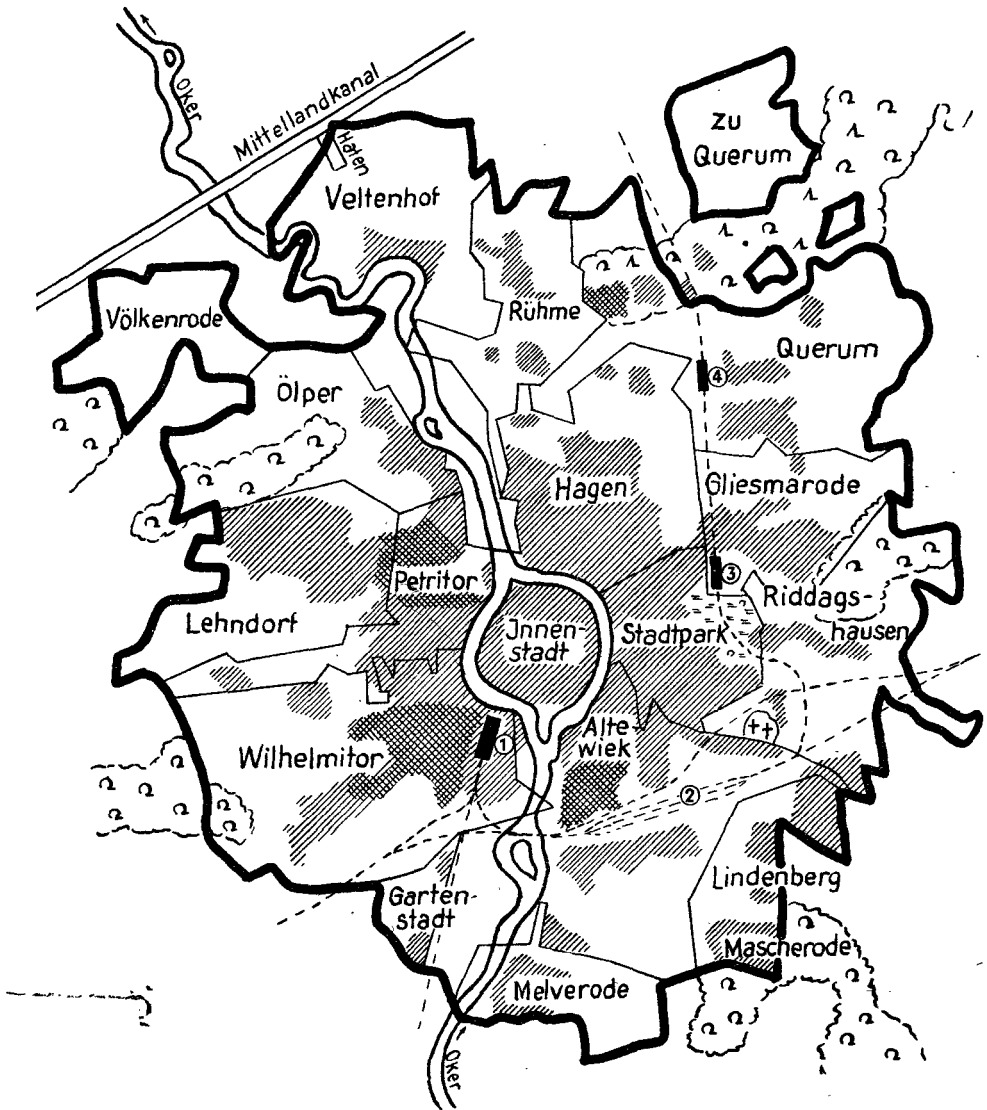
Die Stadt Braunschweig bildete mit dem Stadtgebiet Watenstedt-Salzgitter einen Luftschutzort 1. Ordnung.




Die Stadt Watenstedt-Salzgitter war damals ein Gefüge von nahezu 30 Landgemeinden mit einem neuerstandenen großen Industrierevier. Die Zusammenfassung dieser Gemeinden zu einem Stadtgebiet steckte in den ersten Anfängen. Die Betreuung hinsichtlich des Luftschutzes oblag dem örtlichen Luftschutzleiter in Braunschweig. In den folgenden Ausführungen werden nur die Verhältnisse und Ereignisse im Stadtgebiet von Braunschweig behandelt.

Das Stadtgebiet Braunschweig liegt in einem Flachland und hat sich in fast gleichmäßigen Ausdehnungen nach allen Seiten um einen Stadtkern entwickelt.

Der tiefste Punkt der Stadt liegt im Norden bei Veltenhof mit 64 m über NN, während der höchste Punkt im Süden bei Mascherode mit 96,5 über NN liegt. Die mittlere Höhe der Innenstadt liegt bei 70 m über NN, während die der Außenstadt bei ca. 75 m über NN liegt. Die ostwärtigen Stadtteile erheben sich im Mittel 3 bis 4 m höher als die westlichen.

# Stadt Braunschweig



-  Grenzen der Stadtbezirke
-  Wohngebäude
-  Industriegelände

Die Innenstadt ist in die Stadtbezirke Sack, Neustadt und Altstadt gegliedert

- 1 Hauptbahnhof
- 2 Ostbahnhof (Güterbahnhof)
- 3 Bahnhof Braunschweig-Gliesmarode
- 4 Bahnhof Braunschweig-Querum

Das Stadtgebiet wird ziemlich genau in der Mitte von der Oker durchflossen. Die Oker fließt vom Süden her ein. Vor Erreichen des Stadtkerns teilt sie sich in zwei Arme, die bogenförmig die Innenstadt umfassen, um dann wieder vereint nach Norden abzufließen.

Die von den Okerarmen gebildete kreisförmige Fläche hat einen Durchmesser von ca. 1700 m. Die Ausdehnung der gesamten Stadt betrug 1944 von Nord nach Süd etwa 11,5 km, während sie von West nach Ost ca. 12 km erreichte.

### Gesamtfläche der Stadt

Stichtag	Gesamtfläche (ha)	bebaut mit Häusern (einschl. der Hofräume und Hausgärten)	Wege, Straßen und Plätze	Eisenbahnen und sonstige Bahnkörper	öffentliche Park- und Gartenanlagen	öffentliche Spiel- und Sportplätze	sonstige Spiel- und Sportplätze	Begräbnisplätze	landwirtschaftlich genutzte Flächen (felder, Wiesen, Weiden usw.)	private Park- und Gartenanlagen	Wälder, (Forsten auch nicht forstwirtschaftlich genutzte Flächen)	Wasserflächen (Flüsse, Teiche und andere offene Gewässer)	übrige Flächen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
31. 3. 1941	7638,3	1484,4	485,1	285,8	148,2	43,9	38,3	63,1	3050,1	646,1	325,4	236,9	831,0
	Verhältnisziffern (%)												
31. 3. 1941	100,0	19,4	6,4	3,7	1,9	0,6	0,5	0,8	39,9	8,5	4,3	3,1	10,9

Das historische Braunschweig lag zwischen den Okerarmen, zugleich lag dort die Verwaltung für das damalige Land Braunschweig und für die Stadt Braunschweig. Dieses Gebiet besaß eine Vielzahl kirchlicher und weltlicher Baudenkmäler mit oft mehrhundertjähriger Tradition. In großem Umfange waren die Wohngebiete des Mittelalters und der frühen Neuzeit, vorwiegend in Holzfachwerkbauweise mit kunstvollen Schnitzereien am Balkenwerk, noch erhalten.

In der Außenstadt herrschte die Bauweise aus dem Ende des 19. und dem Anfang des 20. Jahrhunderts vor. Im Westen, Norden und Süden befanden sich größere moderne Wohnhaussiedlungen.

Braunschweig bildete zu jener Zeit ein wichtiges Wirtschafts- und Handelszentrum. Ca. 20 km südwestlich lag das Erzbauggebiet Watenstedt-Salzgitter, und ca. 20 km nordostwärts befand sich das Volkswagenwerk bei Wolfsburg. Etwa 30 km ostwärts von Braunschweig erstreckte sich das ausgedehnte Braunkohlengebiet bei Helmstedt.

Die für die Stadt Braunschweig typische Industrie bildeten die Konservenfabriken für Frischgemüse und eine Industrie für optische Geräte, die mit den zwei weltbekannten Firmen Franke & Heidecke und Voigtländer in Braunschweig ansässig waren. Daneben waren die bedeutende Lastwagenfabrik Büssing-NAG. mit drei Werken und eine vielseitige Maschinenbau- und metallverarbeitende Industrie vorhanden. Darüber hinaus gab es noch viele mittlere und kleinere Handels-

und Gewerbebetriebe. Die für die Kriegswirtschaft bedeutenden Industrierwerke befanden sich vor dem Wilhelmi- und dem Petritore. Weiter lagen wichtige Betriebe im Süden der Stadt im Stadtbezirk Altewiek und im Nordosten im Vorort Querum.

Der Fernverkehr wickelte sich über ein reich gegliedertes Eisenbahnnetz ab. Der Personen-Hauptbahnhof befand sich im Süden der Innenstadt dicht jenseits des westlichen Okerarmes und der Hauptgüterbahnhof im Südosten der Außenstadt, wo sich ein ausgedehnter Verschiebebahnhof mit angrenzendem Reichsbahnausbesserungswerk und den Vereinigten Eisenbahnsignalwerken anschloß.

Im Nordwesten der Stadt berührte der Mittellandkanal mit einem Hafen, Kai-Anlagen und großen Speichern die Stadtgrenze.

Die Autobahn Berlin—Ruhrgebiet führte vom Osten über Norden nach Westen nahe an der Stadtgrenze vorbei.

Die Bevölkerung der Stadt Braunschweig zählte im Jahre 1943 ca. 202 000 Personen. Ihre Wohnstätten lagen zu etwa 20 % in der Innenstadt, zu etwa 65 % in der Außenstadt; ca. 15 % der Bevölkerung wohnte in den Braunschweiger Vorortgemeinden.

Besonders brandempfindlich war die Innenstadt mit vielen verschachtelten Holzfachwerkhäusern in einem engen System von Gassen und Gäßchen. Breite Straßenzüge, die geeignet gewesen wären, die Altstadtviertel in Brandabschnitte wirksam zu unterteilen, gab es nicht.

Im Zuge der langjährigen Luftschutzentwicklung und gemäß den Bestimmungen des Luftschutzgesetzes war Anfang 1944 in Braunschweig folgendes für den Luftschutz vorbereitet und organisiert:

## **1. Sächliche Maßnahmen**

### **1. Wohnhäuser.**

Die Wohnhäuser erfuhren eine besondere Betreuung, um sie für den Angriffsfall möglichst unempfindlich gegen Abwurfmittel zu machen und den Bewohnern Schutz gewähren zu können. Viele Häuser in Braunschweig verfügten wegen des hohen Grundwasserstandes über keine oder nur schlechte Keller, so daß in weiten Gebieten die nötigen Voraussetzungen für die Einrichtung von Luftschutzräumen in Wohnhauskellern fehlten.

Die Kellerdecken in den geeigneten Wohnhäusern wurden durch Aufstellung von Stützkonstruktionen so weit verstärkt, bis sie in der Lage waren, die Last des Trümmerschuttes darüberliegender Stockwerke aufzunehmen.

Die Kellerfenster wurden bis auf kleine Öffnungen vermauert, um Splitter fernzuhalten. Die Industrie lieferte für diesen Zweck auch Betonblenden in dazu geeigneten Formen, die eine weite Verbreitung erfuhren. Allenthalben wurden sie vor die zu schützenden Kellerfenster gelegt. An den Fassaden wurden die Kellerfenster mit kräftigen Hinweisen markiert, die den kürzesten und geeignetsten Weg zum Luftschutzraum im Bergungsfalle ermöglichten.

Die für Notausstiege vorgesehenen Kellerfenster erhielten gegen Splitter nur eine so starke Bewehrung, daß sie im Notfall von innen nach außen leicht herausgedrückt werden konnten.

In den Kellern von Reihenhäusern schaffte man durch Wanddurchbrüche Fluchtmöglichkeiten für den Notfall. Die Öffnungen wurden provisorisch in einfachster Bauweise verschlossen gehalten, so daß sie bei Bedarf leicht wieder zu öffnen waren.

Bei den ersten Kellerausbauten wurde besonderer Wert auf das Vorhandensein von Gasschleusen gelegt.

Für das luftschutzmäßige Herrichten der Wohnungen wurde empfohlen, die Einrichtungen möglichst in großem Umfange auszulagern und hängende Dekorationen, wie Gardinen, möglichst zu entfernen. Für die Fenster der Wohn- und Betriebsräume wurden Verdunkelungseinrichtungen zwingend vorgeschrieben.

Die Hausböden mußten entrümpelt sein. Die Holzkonstruktionen der Dächer waren in großen Bezirken mit feuerhemmenden Anstrichen schwer entflammbar gemacht worden. Die Fußböden bedeckte man mit einer Sandschicht. Damit wollte man die vom Brand am meisten gefährdeten Teile der Häuser schützen, um dem raschen Ausbreiten von Bränden entgegenzuwirken und Zeit zu gewinnen, die Abwehrmaßnahmen einzuleiten.

Vielerorts wurden Behälter mit Sand und Wasser aufgestellt. Sehr weite Verbreitung fanden die Luftschutztüten für Sand. Sie waren aus Packpapier hergestellt und hatten 8 bis 10 Liter Inhalt. Wegen ihrer Handlichkeit eigneten sie sich gut zum Abdecken brennender Stabbrandbomben.

Für die persönliche Ausrüstung der Hausbewohner wurden Gasmasken bereitgehalten. In jeden Luftschutzkeller gehörten eine Werkzeugausrüstung und ein kleinerer Vorrat von Sanitätsmaterial. Menge und Auswahl der Ausrüstung war amtlich festgelegt.

## 2. Luftschutzräume.

Der Bau und die Einrichtung von Schutzräumen war ein wesentlicher Teil der Luftschutzmaßnahmen. Mit der dauernd zunehmenden Stärke der Luftangriffe erwiesen sich die hergerichteten Luftschutzkeller immer mehr als unzulänglich. Die zu Anfang des Krieges angelegten Splitterschutzgräben in Gärten, Parkanlagen und auf öffentlichen Plätzen wurden von der Bevölkerung im allgemeinen nicht benutzt.

Wo sich in öffentlichen Gebäuden geeignete Keller fanden, wurden öffentliche Luftschutzräume eingerichtet. Die Ausbaumaßnahmen erstreckten sich im wesentlichen, wie in den Wohnhäusern, auf Verstärkung der Kellerdecken, Schaffung von Notausgängen und Ausstattung mit Ventilationsanlagen, Hilfsgeräten und Verbandmaterial. Die technische Durchführung dieser Maßnahmen war besser als in den meisten Wohnhauskellern. Vor allem die dort eingebauten Spezial-Luftschutztüren aus Metall in gasdichter Ausführung verhielten sich beim Anprall von Druckwellen nach Detonationen gut und blieben dank ihrer mehrfachen Verriegelung verschlossen, während die üblichen Kellertüren aus Holz leicht splitterten oder aufsprangen und so den Druckwellen Eingang zu den Schutzräumen ermöglichten. Umfangreiche Erfahrungen in dieser Hinsicht lagen zu dieser Zeit in Braunschweig noch nicht vor, doch waren diese Erfahrungen in anderen Städten gemacht worden. Sie sollten sich bei späteren Angriffen auf Braunschweig bestätigen.

Insgesamt waren 9 öffentliche Luftschutzräume mit einem Fassungsvermögen für ca. 3400 Personen vorhanden<sup>14)</sup>.

Im allgemeinen war die eingeschränkte Schutzwirkung der „verbesserten Keller“ bekannt. Man ging ab 1940 in großem Maße dazu über, volltreffersichere Luftschutzbauten zu errichten.

### 3. Luftschutzstollen.

Eine besondere Art der Luftschutzbauten waren bombensichere Stollen in den Hängen des Nußberges (im Parkgelände des Bezirks „Stadtspark“). In dem ostwärtigen Höhenzug entstanden öffentliche Luftschutzräume, während die westlichen Hänge Stollen zur Aufnahme von Luftschutz-Befehlsstellen, vorerst für die Parteileitung, erhielten.

Ein weiterer Stollen für Luftschutzzwecke wurde in den Windmühlenberg (im SO der „Innenstadt“) getrieben. Die Stollen am Nußberg hatten eine Aufnahmefähigkeit von 10 000 Personen. Der Stollen am Windmühlenberg faßte 1000 Personen. Das Fassungsvermögen der vorhandenen Stollen betrug also insgesamt 11 000 Personen.

### 4. Luftschutzbunker.

Fabrikbetriebe oder größere Wohngemeinschaften bauten für ihre Menschen bunkerartige Luftschutzräume aus Beton und Stahl, die sie in der Regel in Gärten oder sonstigem freien Gelände anlegten. Viele waren unter Erdgleiche versenkt; eine Anzahl stand über Flur. Der äußeren Form nach waren sie würfel- oder säulenförmig<sup>15)</sup>.

Die Wand- und Deckenstärken für bombensichere Bauten waren, unter Berücksichtigung der damals üblichen Abwurfmunition, in Baurichtlinien festgelegt und wissenschaftlich begründet.

Es standen 24 öffentliche Luftschutzbunker zur Verfügung mit einer Aufnahmefähigkeit von insgesamt 15 105 Personen<sup>16)</sup>.

Die beigelegten Übersichten über Luftschutzstollen und Luftschutzbunker lassen erkennen, daß die Stadt Braunschweig für ca. 26 000 Personen bombensicheren Luftschutzraum hatte. Das absolute Aufnahmevermögen betrug das Vier- bis Fünffache dieser Zahl. Dieses Volumen wurde 1944 bei Fliegeralarmen regelmäßig von der Bevölkerung ausgenutzt. Braunschweig gehörte hinsichtlich des Luftschutzraumbaus zu den führenden Städten jener Zeit. Energievoll war, trotz Personal- und Materialmangel, der Bunkerbau vorangetrieben worden.

Die technische Leitung der Bauarbeiten lag bei dem Städtischen Bauamt. Mit dem örtlichen Luftschutzleiter wurden gemeinsam, unter Berücksichtigung der Wohndichte in den einzelnen Stadtbezirken, die Plätze für die Bunker ausgesucht. Die Mehrzahl wurde in dem dichtest bevölkerten Innenstadtgebiet errichtet, obwohl die allgemeine Anschauung empfahl, diese Bauten in Parkanlagen usw. außerhalb der dicht bebauten Gegenden zu errichten. Bei den späteren Angriffen

<sup>14)</sup> Vgl. Anhang II.

<sup>15)</sup> Die anderswo vorkommenden Kegel- und Pyramidenformen haben sich in Braunschweig nicht durchgesetzt.

<sup>16)</sup> Vgl. Anhang III.

waren jedoch keine Nachteile durch die Braunschweiger Anordnungsweise der Bunker zu verzeichnen, und dem größten Teil der Bevölkerung blieben lange Anmarschwege bei der Vielzahl der Fliegeralarme erspart.

Die Mehrzahl der Bunker war oberirdisch errichtet worden, weil solche Bunker weniger Material und Arbeitsaufwand benötigten und hinsichtlich der Sicherheit nach Ansicht der Braunschweiger Sachverständigen den unterirdischen Bunkern nicht nachstanden. Die oberirdischen Bunker haben auch bei den schwersten Angriffen keine Nachteile gezeigt.

Die erforderlichen Decken- und Wandstärken für volltreffersichere Luftschutzbauten lagen bei oberirdischen Bauten — bei Verwendung der sogenannten „Braunschweiger Bewehrung“<sup>17)</sup> — für Decken bei 1,40 m und für Wände bei 1,10 m. Bei einigen zuletzt fertiggestellten Bunkern wurden Deckenstärken bis zu 2 m gebaut. Für Luftschutz-Bunker unter der Erde wurden die eineinhalbfachen Werte gefordert.

Die Breite der Bunkereingänge war ebenfalls genau vorgeschrieben. Doch diese Maße erwiesen sich im allgemeinen als zu gering. Oft stauten sich bei Fliegeralarm lange Menschengängen vor den Bunkern, weil die Füllung der Bunker nicht schnell genug möglich war.

Den eigentlichen Aufenthaltsräumen im Bunker waren Gänge vorgeeignet, die verhinderten, daß Detonationswellen und Splitter bis in die Räume vordringen konnten.

In diese fensterlosen Bauwerke wurden künstliche Belüftungsanlagen eingebaut, die mit Motor und auch von Hand betrieben werden konnten. Eine besondere Schwierigkeit bildete die Anordnung der Entnahmestellen für Frischluft. Man mußte die Möglichkeit beachten, daß u. U. Kampfgas oder Brandgase angesogen werden konnten. Über die zuverlässige Arbeitsweise eingebauter Luftfilter gingen die Meinungen auseinander.

Zur weiteren Ausstattung der Luftschutzbunker gehörten Toilettenanlagen und ein Notstrom-Aggregat zum Betrieb der technischen Einrichtungen und der Beleuchtung bei Ausfall des städtischen Stromnetzes.

Zur dauernden Betreuung der Bunker und zur Aufrechterhaltung eines Ordnungsdienstes waren Bunkerverwalter und Bunkerwarte eingesetzt.

Eine besondere Art von Luftschutzbunkern waren die sogen. Beobachtungsbunker für Einzelpersonen. Sie wurden inmitten besonderer Objekte aufgestellt. In der Mehrzahl hatten sie runde Formen, ähnlich einem stehenden Zuckerhut, und waren ca. 2 m hoch bei einem Durchmesser von etwa 1 m. Sie waren aus eisenbewehrtem Beton von etwa 20 cm Stärke hergestellt. Als Öffnungen besaßen sie eine Einsteiglücke, die mit einer starken Blechtür verschlossen wurde, und Sehschlitze. Sie dienten zur Aufnahme von Beobachtern, die die Aufgabe hatten, Bombenabwürfe auf das jeweilige Objekt schnell zu erkennen und die Abwehrkräfte gegebenenfalls rasch zu alarmieren.

<sup>17)</sup> Der Name „Braunschweiger Bewehrung“ gründet sich darauf, daß diese Stahlbetonkonstruktion an der Technischen Hochschule in Braunschweig erforscht wurde. Ihre wesentlichsten Merkmale bauten sich auf der Erkenntnis auf, daß der Beton an der Innenseite einer Betonplatte stärker als außen bewehrt werden müsse. Er erhielt dadurch eine höhere Festigkeit bei Bombentreffern. Darüber hinaus lag der Stahlbedarf der Braunschweiger Bewehrung gegenüber anderen Bewehrungsverfahren niedriger. Er lag bei 30 kg/m<sup>3</sup>.

## 5. Besondere Luftschutzbaumaßnahmen.

Kulturell wertvolle Bauwerke wurden an den Fassaden zum Schutz gegen Splitterwirkungen verschalt. Die kunstvolle Fassade des Gildehauses am Burgplatz war abgenommen und ausgelagert worden. An ihrer Stelle wurde eine Ziegelmauer eingesetzt. Verschiedene Brunnen auf den Plätzen der Innenstadt wurden mit Sandsäcken umgeben und erhielten einen Bretterverschlag.

Die aufgeführten Luftschutzbaumaßnahmen stellten im wesentlichen den baulichen Luftschutz dar. Daneben gab es noch eine Anzahl Baumaßnahmen, die auf besondere Verhältnisse in Betrieben, bei Behörden oder in sonstigen Einrichtungen abgestimmt waren.

## 6. Löschwasserversorgung.

1944 wußte man schon, daß bei Angriffen das Wasserrohrnetz fast regelmäßig ausfiel. Man hatte daher eine unabhängige Löschwasserversorgung aufgebaut.

In den dichtbesiedelten Straßenzügen wurden runde Wasserbottiche aus Zement mit einem Fassungsvermögen von ca.  $1 \text{ m}^3$  (1000 l) in Abständen von 80–100 m aufgestellt. Im Zuge einer sogenannten Faßaktion waren auf den Höfen der Wohnhäuser jederzeit gefüllte Holzfässer aufgestellt worden. Diese Wasservorräte bildeten neben gefüllten Wassereimern, Badewannen usw. einen kostbaren Löschwasservorrat für den Selbstschutz.

Für die Bekämpfung von Großbränden legte man eine unabhängige Löschwasserversorgung an. Man nutzte dazu die natürlichen Wasservorkommen der Stadt aus und richtete sie so her, daß sie sich zur Wasserentnahme durch Feuerlöschfahrzeuge eigneten. Die überdeckten Läufe des Burgmühlen- und Wendenmühlengrabens erhielten leicht zugängliche Saugschächte. Darüber hinaus wurde ihre Durchflutung verbessert.

Die Regenwasserkanäle im Abwasser-Kanalnetz waren an verschiedenen Stellen gestaut und dienten ebenfalls zur Löschwasserentnahme.

Öffentliche und private Brunnen wurden, soweit als möglich, in ihrer Ergiebigkeit verbessert. Wasservorräte in Industrieanlagen, wie in Gasbehältern und Kühltürmen, wurden der Löschwasserversorgung nutzbar gemacht. Auf Straßen, Plätzen und in gärtnerischen Anlagen, wie in Industrie- und sonstigen Betrieben, wurden Feuerlöschteiche und Zisternen erstellt.

Die Zisternen waren unterirdisch gemauerte oder in Beton gestampfte Löschwasserbehälter, während die Feuerlöschteiche meist künstlich angelegte offene Wasserbecken waren.

Wasservorräte wurden nur dann als Feuerlöschwasser-Entnahmestellen anerkannt, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllten<sup>18)</sup>.

Anfang 1944 waren folgende anerkannte Löschwasser-Entnahmestellen vorhanden:

- a. 16 Zisternen mit Wasserinhalten von durchschnittlich  $500 \text{ m}^3$ . Außerdem waren noch 28 kleinere Zisternen mit einem Inhalt zwischen 25 und  $200 \text{ m}^3$  auf Industrie- und Kasernengelände vorhanden.

<sup>18)</sup> Richtlinien zur Sicherstellung der Feuerlöschwasserversorgung für den Luftschutz (RMBIIV. 1936 Nr. 54). — Vgl. ferner Anhang IV.



- b. 16 Feuerlöschteiche mit durchschnittlich 1100 m<sup>3</sup> Inhalt. Dazu kamen noch 61 Teiche und Becken auf Werks-, Krankenhaus- und Kasernengelände mit Inhalten von 20—1300 m<sup>3</sup> Inhalt.
  - c) 10 Brunnen mit Leistungen von ca. 45 m<sup>3</sup>/h. 1 Brunnen, der unerschöpflich war (Jödebrunnen). 30 Brunnen in Industriewerken mit Leistungen von 11—70 m<sup>3</sup>/h.
  - d. Im Zuge des Okerlaufes befanden sich . . . . . 31 Saugstellen  
 Im Zuge des Neustadtmühlengrabens befanden sich . . . . . 23 Saugstellen  
 Im Zuge des Bosselgrabens befanden sich . . . . . 2 Saugstellen  
 Im Zuge des Wendenmühlengrabens befanden sich . . . . . 10 Saugstellen  
 Im Zuge des Burgmühlengrabens befanden sich . . . . . 13 Saugstellen  
 Im Zuge der Schunter befanden sich . . . . . 3 Saugstellen  
 Im Zuge der Mittelriede und Wabe befanden sich . . . . . 11 Saugstellen
  - e. Die Regenwasserkanäle der Stadt hatten . . . . . 26 Saugstellen
  - f. An den natürlichen Teichen im Stadtgebiet lagen insgesamt 7 Saugstellen, die für Großfahrzeuge hergerichtet waren.
- Insgesamt waren also 126 Saugstellen vorhanden <sup>18)</sup>.

Die vielgestaltige Anlage der Entnahmestellen an natürlichen Wasservorkommen und die große Zahl der künstlich geschaffenen Löschwasservorräte lassen erkennen, wie stark man mit der „Waffe Brandstiftung“ rechnete.

## 7. Luftschutz-Warnsystem.

Die Warnung der Bevölkerung bei Einflügen erforderte eine Vielzahl technischer Einrichtungen und gut eingearbeitete Kräfte. Die Erkundung der Einflüge oblag militärischen Verbänden, die ihre Feststellungen an ein dauernd besetztes Flugwachkommando im Luftschutzort weitergaben. Von dort erhielten die Luftschutzleitung, die Industrie und sonstige Stellen, die besondere Vorbereitungen bei Fliegeralarm zu treffen hatten, rechtzeitig eine Vorwarnung über Telefon. Hatten sich Flugzeuge auf 20 Flugminuten (später 15 Minuten) genähert, wurde öffentlicher Fliegeralarm ausgelöst. (Vgl. Karte Warnggebiete S. 32.)

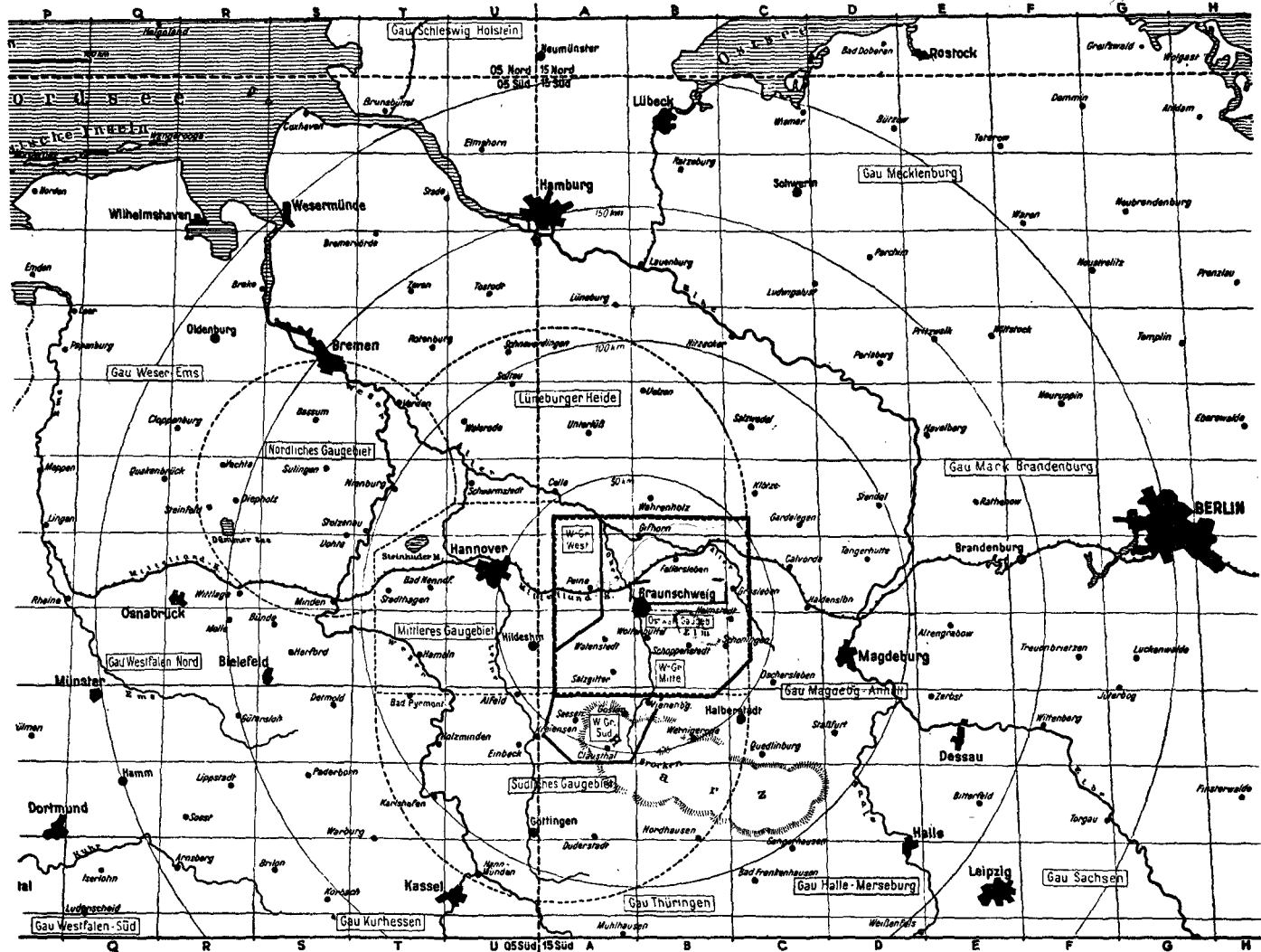
Um Bombenabwürfe schnell feststellen zu können, waren Turmbeobachter eingesetzt, die bei Fliegeralarm die höchsten Punkte der Stadt aufsuchten. Sie besetzten folgende Turmbeobachtungsstellen:

Aufbauhaus Lehn Dorf  
 Rathaus  
 Jasperallee-Ecke Altewiekring  
 Fa. Voigtländer (Campestraße)  
 Andreaskirchturm  
 Kant-Hochschule  
 Schule Sophienstraße  
 Martinikirche  
 Hochbunker Salzdahlumer Straße

Die gemeldeten Ergebnisse dieser Tätigkeit waren aber nicht befriedigend, so daß man etwa ab Mitte 1944 auf die Turmbeobachter verzichtete.

Zur Durchführung des Alarms war die Stadt mit einem Netz von Luftschutzsirenen ausgerüstet. Im letzten Ausbaustadium standen 58 Sirenen zur Verfügung. Das Deckungsbereich einer Sirene umfaßte, je nach den örtlichen Verhältnissen, 300 m bis 1000 m. Es hatte einiger Jahre Entwicklung bedurft, bis in allen Stadt-

<sup>18)</sup> Vgl. Anhang V bis X.



teilen gleichzeitig Fliegeralarm ertönte. Anfangs hatte man etwa 10 Leitsirenen aufgestellt, die zentral ausgelöst wurden, während die anderen nach Ertönen der Leitsirenen von Hand einzeln eingeschaltet werden mußten. Dieses System befriedigte auch dann noch nicht, als man die für das Auslösen Verantwortlichen vorher mittels Telefon von der Gefahr bzw. von der Notwendigkeit des Alarms verständigte. Erst nachdem jede Sirene eine eigene Steuerleitung erhalten hatte, zumeist über Postkabel, und alle Sirenen gleichzeitig zentral betätigt werden konnten, war die gleichmäßige Alarmierung in allen Stadtteilen gewährleistet. Die zentrale Auslösestelle für Fliegeralarm lag im Luftflottenkommando und wurde später in den Bunkerstollen am Nußberg verlegt<sup>20)</sup>.

Zur dauernden Überwachung der Sirenen war eine Anzahl von Spezialkräften tätig.

Fielen in einem Bezirk die Sirenen wegen technischer Mängel aus, dann wurde dort die Bevölkerung durch Sirenen auf Kraftfahrzeugen gewarnt, die durch diese Bezirke geschickt wurden.

Anfang 1944 hatten sich folgende Zeichen zur Warnung der Bevölkerung eingeführt, nachdem sie sich im Laufe der Entwicklung mehrere Male geändert hatten:

- a) **Öffentliche Luftwarnung (Voralarm)** wurde gegeben, wenn Flugzeuge in der Nähe waren, jedoch keine akute Gefahr bestand. Das Zeichen dafür war: 12 Sek. Sirenton, 12 Sek. Pause, 12 Sek. Sirenton, 12 Sek. Pause, 12 Sek. Sirenton; insgesamt 60 Sek.
- b) **Akute Gefahr** wurde nach öffentlicher Luftwarnung gegeben, wenn unmittelbare Gefahr eingetreten war. Das Zeichen dafür war: 4 Sek. Sirenton, 2 Sek. Pause, 2 Sek. Sirenton. Durch das kurzfristige An- und Abschalten entstanden zwei Heultöne.
- c) **Fliegeralarm (Vollalarm)**. Der Fliegeralarm wurde ausgelöst, wenn von vornherein mit einem Angriff gerechnet werden mußte, oder wenn starke Verbände das Gebiet von Braunschweig anfliegen. Das Zeichen dafür war: Wie unter b) beschrieben, jedoch mit 15 Heultonperioden.
- d) **Vorwarnung** wurde gegeben, wenn die Flugzeuge im Abflug waren. Das Zeichen dafür war: Wie unter a) beschrieben.
- e) **Entwarnung** wurde gegeben, wenn das Gebiet wieder frei von Flugzeugen war. Das Zeichen dafür war: Ein Dauerton von 60 Sekunden.

Diese Luftschutzalarmzeichen wurden allgemein sehr gut wahrgenommen. Im letzten Stadium des Krieges häuften sich besonders die öffentlichen Luftwarnungen. Fliegeralarm wurde nur in wirklich akuten Gefahrenfällen ausgelöst. Das Zeichen „Akute Gefahr“ nach dem Voralarm wurde oft überhört, vermutlich deshalb, weil das Ertönen dieses Zeichens zu kurz war.

Die Reichsgruppe Industrie hatte für den Werkluftschutz ein internes, außerordentlich gut arbeitendes Warnsystem entwickelt. Das Warnsystem des Werkluftschutzes erstreckte sich über das gesamte ehemalige Land Braunschweig; es war zentral gesteuert und bediente sich in großem Umfange des Funkwesens.

Die einzelnen Industriebetriebe hatten innerhalb ihrer Werksanlagen noch ein besonderes Warnsystem angelegt, das jeweils auf die Erfordernisse des Betriebes abgestimmt war.

<sup>20)</sup> Vgl. Anhang XI.

Nachdem sich die Einflüge gehäuft hatten, wurden in der Stadt Braunschweig Luftlagemeldungen über Drahtfunk gegeben. Sobald Einflüge in Richtung Südhannover-Braunschweig erfolgten, wurden Tag und Nacht die Meldungen zur Orientierung der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht. Diese Einrichtung fand viel Anerkennung. Die Bevölkerung war dadurch über die Luftlage gut informiert. Die Hausgemeinschaften hatten vielfach einen „Luftlagedienst“ im Ablöseverfahren eingerichtet: ein Hausbewohner mußte sein Rundfunkgerät stets eingeschaltet halten und gegebenenfalls die anderen rechtzeitig auf die Einflüge aufmerksam machen.

## 8. Verkehrsmaßnahmen.

Der private Verkehr war durch geringe Kraftstoffzuteilungen erheblich eingeschränkt. Die Fahrzeuge der Wehrmacht und der sonstigen kriegsbedingten Formationen beherrschten den Verkehr. Der Anfang 1944 durch Braunschweig reisende Betrachter konnte die vielen Luftschutzmaßnahmen in Gestalt von Bunkern, Feuerlöschteichen, Tarnanstrichen, Wegmarkierungen, Luftschutzwarnsirenen, Aufbauten für Flakstellungen auf Dächern der Industriebetriebe usw. nicht übersehen und mußte erkennen, daß sich eine bis dahin nur leicht beschädigte Stadt auf schlimme Ereignisse eingestellt hatte.

Bei den Verkehrsmitteln vermied man blanke Teile und Lackierungen, um Spiegelwirkungen bei Sonnenschein zu vermeiden. Langsam wich die farbige Vielfalt der Kraftfahrzeuge aus den Friedensjahren einem eintönigen stumpfen Grau der Kriegszeit.

Wichtige Betriebe waren oft mit einem schmutzig-grauen Tarnanstrich versehen worden oder waren mit Tarnnetzen bespannt. Die Schaufenster der Geschäfte zeigten vielfach Luftschutzgeräte und Anschauungsmaterial für den Luftschutz. Die Krankenhäuser und Kliniken waren durch riesige Embleme des Roten Kreuzes auf den Dächern der Anstalten gekennzeichnet.

Die erforderliche Verdunkelung brachte eine fühlbare Erschwerung des Verkehrs mit sich. Die Straßenbeleuchtung blieb dauernd abgeschaltet, und die Fenster von Wohn- und Geschäftshäusern waren verdunkelt, so daß auch diese für die Orientierung des Verkehrs ausfielen. Die Straßenbeleuchtung war nur an besonders gefährlichen Straßenkreuzungen eingeschaltet, jedoch war ihr Licht so weit abgeblendet, daß ein gedämpfter blauer Schein nur etwa 100 m weit erkennbar war.

Den innerstädtischen Verkehr suchte man zu erleichtern, indem man Häuserecken, Bordsteine an Straßenkreuzungen, Laternenpfähle, Hydranten auf Fußwegen, vorspringende Bauteile usw. mit phosphorisierenden Farben anstrich. Damit wurde die Orientierung der Verkehrsteilnehmer etwas verbessert.

Die Scheinwerfer der Kraftfahrzeuge waren abgeblendet und spendeten ein kümmerliches Licht, das gerade ausreichte, bei langsamer Fahrt und größter Aufmerksamkeit Hindernisse in ihrem Umriß zu erkennen. Die Stadt hob sich nachts durch kein Licht aus der Landschaft heraus.

Die Fußgänger bedienten sich vielfach abgeblendeter Taschenlampen zur Orientierung bei Gängen während der Dunkelheit. Wer keinen dringenden Grund hatte, bei Dunkelheit außer dem Hause zu sein, blieb zu Hause und vermied damit die vielfältigen Schwierigkeiten des Verkehrs.

Mit der Einführung der Verdunkelung steigerte sich die Tätigkeit dunkler Elemente in hohem Maße. Man suchte dem Treiben dieser Kreise zu begegnen, indem man das Strafmaß für Verbrechen, die unter Ausnutzung der Verdunkelung begangen wurden, allgemein erhöhte<sup>21)</sup>.

## 9. Auslagerungen.

Eine ganz markante Erscheinung im damaligen kriegsbedingten Leben war das „Auslagern“<sup>22)</sup>. Jeder versuchte möglichst all seine Habe in Sicherheit zu bringen. Diese Bestrebungen wurden auch von den Behörden unterstützt. So wurde Mobiliar in großem Umfange auf das als sicher geltende Land gebracht. Betriebe und Behörden lagerten, was entbehrlich war, aus und nahmen die Arbeit auf sich, von Zeit zu Zeit wieder etwas heranziehen zu müssen. In den Wohnungen und Betrieben verblieb nur das wirklich Notwendige. Was an wertvollen Dingen nicht ausgelagert werden konnte, wanderte in die Keller. Letzten Endes war es so, daß in den Betrieben wertvolle technische Unterlagen und Akten nur noch in den Kellern aufbewahrt wurden. In den Privathaushalten befand sich das „gute Kleid, der gute Anzug oder das gute Geschirr“ im Keller. In dieser Weise drückte der Krieg und die Angst vor Bombenschaden dem beruflichen wie dem privaten Leben seinen Stempel auf.

## 2. Soziale Maßnahmen

Ein sehr umfangreiches Gebiet war die Vorbereitung von Maßnahmen zur Lösung der durch Luftkriegsereignisse zu erwartenden sozialen Nöte. Hatte man Anfang des Krieges schon Hilfsmaßnahmen vorbereitet, so mußte man aus den Erfahrungen anderer Städte erkennen, daß nach den immer schwerer werdenden Angriffen die Lösung der sozialen Fragen nur mit einer umfangreichen und gut ausgebildeten Organisation durchzuführen war, wenn der auftretenden Not ausreichend schnell gesteuert werden sollte. Nachstehend wird der Stand dieser Organisation Ende 1943 angezeigt.

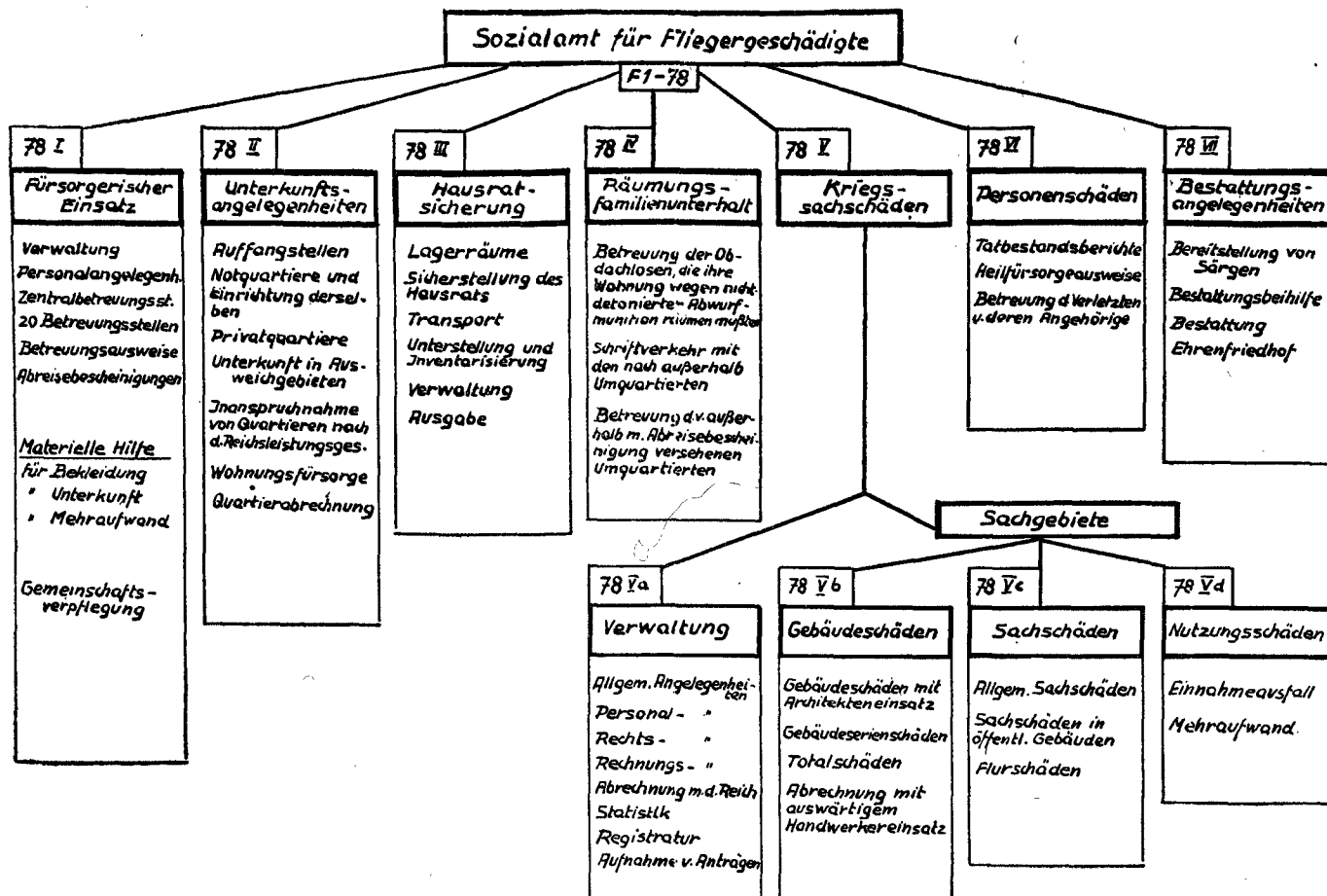
Die Stadt Braunschweig schuf ein „Sozialamt für Fliegergeschädigte“. Dieses Amt hatte die Aufgabe, sich aller mit den Luftkriegsereignissen zusammenhängenden Fragen hinsichtlich der Betreuung von Personen, ihrer sozialen Lage nach den Angriffen und ihrer Sachwerte anzunehmen. Die Vielfalt der zu erwartenden Erscheinungsformen sozialer Not nach den Angriffen ist recht gut aus dem nachstehenden Gliederungsplan des Sozialamtes für Fliegergeschädigte zu erkennen.

Für die einzelnen Sachgebiete wurden Bearbeiter nach den allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen eingesetzt. Um Hilfeersuchen nach Angriffen möglichst rasch entsprechen zu können, wurde im Angriffsfall die Stadt mit einem Netz von

<sup>21)</sup> Die Bestrafung von Verbrechen und Vergehen, die unter Ausnutzung der zur Abwehr von Fliegergefahr getroffenen Maßnahmen verübt werden, und von sonstigen Straftaten, die vorsätzlich unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse verursacht werden, ist in der Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. 9. 1939 geregelt (RGBl. 1939 I S. 1679).

<sup>22)</sup> Die Ortspolizei-Behörden wurden ermächtigt:

- a) die Auslagerung von Gütern aller Art aus Betrieben und Lagerstätten und
- b) die Beschränkung oder Sperrung der Zufahren zu Lagern durch polizeiliche Verfügungen anzuordnen (RGBl. 1941 I S. 212).



Betreuungsstellen versehen. Zur personellen Besetzung dieser Betreuungsstellen wurden Notdienstverpflichtungen von dazu geeigneten Bürgern vorgenommen. Die Personalstärke des Sozialamtes für Fliegergeschädigte einschließlich der Betreuungsstellen lag bei 600 Personen; davon waren etwa 300 notdienstverpflichtete Hilfskräfte. Dieses Hilfspersonal wurde in besonderen Unterweisungen mit den Grundsätzen der Betreuung und den Besonderheiten des Geschäftsganges bekannt gemacht.

Neben diesen Betreuungsstellen des Sozialamtes für Fliegergeschädigte wurde eine Anzahl Auffangstellen errichtet. Diese Auffangstellen hatten die Aufgabe, die hilfsbedürftig gewordenen Bürger notfalls mit Nahrung und Kleidung zu versehen und den Betreuungsstellen zuzuleiten. Die Organisation zur Durchführung dieser Aufgaben läßt sich aus der „Dienstanweisung für die Betreuungsstellen“<sup>23)</sup> ansehen.

Der Geschäftsbedarf für die Betreuungsstellen war in den in Aussicht genommenen Räumlichkeiten in verschlossenen Kisten untergebracht, so daß im Bedarfsfalle die Tätigkeit sofort nach Eintreffen des Personals aufgenommen werden konnte. Daneben waren solche Kisten noch an vielen anderen Stellen der Stadt gelagert.

Insgesamt waren 11 Betreuungsstellen des Sozialamtes für Fliegergeschädigte vorgesehen. Ihre Lage war ausschließlich am Stadtrand:

- Hamburger Straße 210 (Eintracht-Stadion)
- Bienroder Weg (Siegfriedkaserne)
- Berliner Straße 105 (Gliesmaroder Turm)
- Hermann-Göring-Allee (Gaststätte Nußberg)
- Helmstedter Straße (Gaststätte Erholung)
- Salzdahlumer Straße (SS-Reitschule)
- Wolfenbütteler Straße (Gaststätte Hofjäger)
- Frankfurter Straße (Versorgungsbetriebe der Reichswerke)
- Broitzemer Straße (Gemüsegroßmarkt Pippelweg)
- Saarstraße (Aufbauhaus Lehnendorf)
- Celler Heerstraße (Hann.-Braunsch. Stromversorgungs-AG.).

In meist räumlicher Gemeinschaft mit den Betreuungsstellen lagen Großsammelstellen für ausgebombte Bürger. Die Betreuungsstellen und die Großsammelstellen am Stadtrand bildeten die Station für die Fliegergeschädigten, in der der entstandene Schaden aufgenommen werden konnte, die Betroffenen die amtlichen Ausweise, wie Kleinschadenausweis, Bombenpaß, Abreisebescheinigung, Kassenanweisungen, Bargeld usw., erhielten. Gegebenenfalls konnte ihnen dort schon Wohnraum als vorläufige oder dauernde Unterkunft zugewiesen werden. Dagegen konnten die Sammelstellen in den Wohnbezirken der inneren Stadt nur vorläufige Sofortmaßnahmen veranlassen.

Ein weites Gebiet der sozialen Maßnahmen umfaßte die Bereithaltung von Notunterkünften für Fliegergeschädigte. Diese Notunterkünfte hatte man nach ihrer örtlichen Lage eingeteilt. Es gab die Systeme A, B und C. Zum System A gehörten vorwiegend Notunterkünfte im Stadtgebiet. Zum System B gehörten die Unterkünfte in der Nähe der Stadtgrenze, z. T. schon in den anliegenden Landgemeinden, während sich die Notunterkünfte des Systems C ausschließlich in den der Stadt vorgelagerten Landgemeinden befanden.

<sup>23)</sup> Vgl. Anhang XII.

Vom System A gab es	112 Notunterkünfte für	34 105 Personen
vom System B gab es	72 Notunterkünfte für	6 685 Personen
vom System C gab es	73 Notunterkünfte für	7 910 Personen
<hr/>		
insgesamt 257 Notunterkünfte für 48 700 Personen.		

Vom System C waren 35 Notunterkünfte mit insgesamt 3010 Betten, 3010 Strohsäcken und 2204 Wolldecken dauernd ausgerüstet, während für die Ausstattung der übrigen Notunterkünfte an 13 verschiedenen Stellen insgesamt ca. 10 250 Betten, 10 550 Strohsäcke, 2200 Wolldecken und dazu noch Holzwolle in Ballen sowie Strohvorräte ausgelagert waren.

Man war sich beim Aufstellen der Betreuungsorganisation darüber klar, daß im Bedarfsfall vorgesehene Räumlichkeiten durch Fliegerschaden unbrauchbar geworden sein konnten. Deshalb hatte man vorsorglicherweise viele Stellen eingerichtet.

Dieses System der Notunterkünfte war vorbereitet, um die Ausgebombten vorläufig unterbringen zu können, bis ihnen wieder Wohnraum zur Verfügung gestellt werden konnte. Für die Aufgaben der Raumbeschaffung war dem Sozialamt für Fliegergeschädigte eine besondere Abteilung, das „A m t f ü r R a u m b e s c h a f f u n g“, angegliedert. Nach einer Anordnung war die Bevölkerung der Stadt verpflichtet, neu gewonnene oder frei gewordene Wohn- und Geschäftsräume dem Amt für Raumbeschaffung zu melden, das dann im Bedarfsfall über diese Räumlichkeiten verfügte. Die Grundsätze, nach denen dieses Amt verfuhr, waren in einer Dienstanweisung festgelegt.

Für den Fall, daß in Braunschweig nicht mehr ausreichender Wohnraum vorhanden war, war ein sogenanntes „Räumungsgebiet für die Stadt Braunschweig“ vorgesehen. Die im Räumungsgebiet liegenden Ortschaften waren verpflichtet, entsprechend ihren Möglichkeiten im Katastrophenfall Braunschweiger Bürgern Wohnraum zu gewähren.

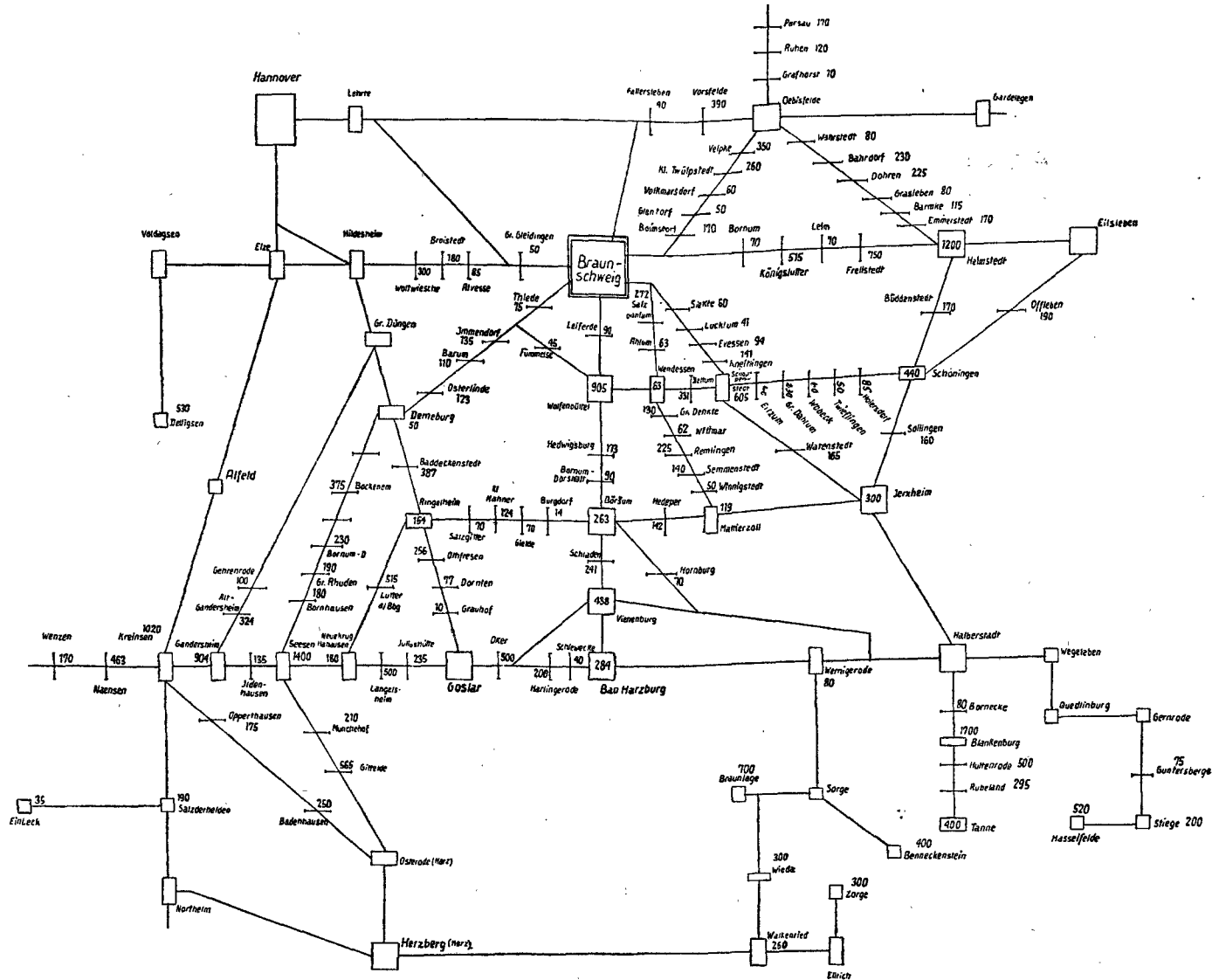
Die nebenstehende bildliche Darstellung zeigt das Räumungsgebiet der Stadt Braunschweig. Die Zahlen neben den Ortsnamen sind die jeweiligen Personenzahlen, die der Ort aufzunehmen vermochte.

Erlitten Personen Schäden an Leib oder Leben, dann wurden diese Schäden nach besonderen Grundsätzen erfaßt und die Hilfsbedürftigen betreut. Für die Bearbeitung entsprechender Anträge gab es besondere Richtlinien.

Neben der Versorgung der Bevölkerung nach Luftkriegsschäden mit Wohnraum und neben der körperlichen Betreuung bildete die Wiederversorgung der Geschädigten mit Lebensmitteln und Bekleidung — im Zeichen der kriegsbedingten Zwangswirtschaft mit dem außerordentlichen Mangel an Bedarfsgütern aller Art — besondere Schwierigkeiten, die eingehende Regelungen erforderten.

Ein weiteres großes selbständiges Arbeitsgebiet innerhalb des Sozialamtes für Fliegergeschädigte bildete die Abteilung Hausratsicherung. Unter die Betreuung dieser Abteilung fiel die Bergung und Sicherung von Möbeln, sonstigen Einrichtungsgegenständen sowie Bekleidung usw. nach Luftangriffen, soweit diese Gegenstände nicht von den Eigentümern selbst geborgen und aufbewahrt werden konnten. Für die Betroffenen sollten nach Angriffen Bergungs- und Transportpersonal sowie Raum zur Aufbewahrung der geborgenen Gegenstände zur Ver-





fügung stehen. Der Umfang und der Ablauf der öffentlichen Hilfe war für dieses Teilgebiet der Betreuungsmaßnahmen in einer besonderen Dienstanweisung festgelegt.

Zur praktischen Durchführung der anfallenden Arbeiten auf diesem Gebiet waren Speditionsfachleute und Speditionsfirmen mit ihren Betriebseinrichtungen notdienstverpflichtet. Sie mußten ihre Tätigkeit nach den Angriffen bei gegebenen Anweisungen weitestgehend selbständig ausüben.

Im Vorstehenden sind die umfangreichen Maßnahmen des Sozialamtes für Fliegergeschädigte aufgeführt. Doch damit allein war der Not nicht zu steuern. Bei dem Eintritt von Katastrophen mußte darüber hinaus weitestgehend mit der Selbsthilfe der Betroffenen und der Hilfe der Nachbarschaft gerechnet werden.

Im Anhang sind einige der wichtigsten Dienstanweisungen überwiegend wörtlich aufgeführt, um die amtlichen Grundsätze und Maßstäbe dieser Zeit der Nachwelt zu überliefern<sup>24)</sup>.

### **3. Luftschutzpolizei und Luftschutzorganisationen**

Die Organisation des Luftschutzes hatte im Laufe des Krieges schon einige Wandlungen durchgemacht und Anfang 1944 die Form angenommen, die sie bis Ende des Krieges bei nur geringen Abänderungen beibehalten sollte.

#### **1. Luftschutzpolizei**

Die Leitung der Luftschutzpolizei lag in den Händen des Kommandeurs der Braunschweiger Schutzpolizei. Für die Belange des Luftschutzes war beim Kommando der Schutzpolizei eine besondere Abteilung dafür eingerichtet. Nachstehende Formationen bildeten die Luftschutz-Fachdienste:

##### **a) Feuerlösch- und Entgiftungsdienst (FE-Dienst)**

Den Stamm des FE-Dienstes bildeten 81 Angehörige der Feuerschutzpolizei (Berufsfeuerwehr) Braunschweig. Ihnen oblag es, die notdienstverpflichteten Ergänzungskräfte mit dem vielseitigen Betätigungsfeld einer Feuerwehr vertraut zu machen und ihre Ausbildung durchzuführen.

Daneben galt es, das Wissen um die Entgiftungstätigkeiten nach einem Kampfstoffabwurf zu vermitteln. Die Aufgaben des Entgiftungsdienstes waren so eng mit dem Feuerlöschdienst verbunden, daß die Ausbildung überwiegend gemeinsam gestaltet werden mußte. Der Entgiftungsdienst (E-Dienst) hatte die Aufgabe, abgeworfene Kampfstoffe nach Art, Menge und Verbreitung festzustellen und zu beseitigen. Die chemische Analyse wurde von Fach-Chemikern durchgeführt.

Für die Beseitigung von Kampfstoffen im Gelände wurden Chemikalien, in der Hauptsache Chlorkalk, bereitgehalten. Diese sollten in den verseuchten Gebieten ausgestreut und dann vorerst mit Wasser zu einem Brei vermischt werden. Danach sollte das Auflösen und Wegspülen dieses Breies mit großen Wassermengen erfolgen.

Das theoretische Wissen um die Kampfstoffbeseitigung vermittelten anfangs Fachchemiker. Praktische Übungen wurden meistens mit Feuerlöscheinheiten

<sup>24)</sup> Vgl. Anhang XIII.

gemeinsam durchgeführt. Zur Durchführung dieser Maßnahmen standen Spezialgeräte zur Verfügung.

Zur persönlichen Ausrüstung gehörten verschiedene Arten von Gasschutzanzügen, die überwiegend aus Gummi hergestellt waren, Gasmasken mit Luftfiltern und einige Päckchen Losantin, ein Chemikal, das bei Kampfstoffbefall der Haut in Verbindung mit Feuchtigkeit den Kampfstoff neutralisieren sollte.

Für die Reinigung kampfstoffbeschmutzter Bekleidung waren besondere Sachen-Entgiftungsstellen eingerichtet worden. In räumlicher Gemeinschaft damit befanden sich meistens groß angelegte Badeeinrichtungen für die Menschen, die sich gegebenenfalls im Kampfstoffgebiet aufgehalten hatten<sup>25)</sup>.

Es war schwierig, das theoretische Wissen um die Kampfgase und die als zweckmäßig erscheinenden Abwehrmaßnahmen der breiten Masse näherzubringen. Es wurde versucht, dieser Schwierigkeit durch besonders nachhaltige Unterrichtungen Herr zu werden.

Der dem Feuerlöschdienst angegliederte Entgiftungsdienst ging im Laufe der Zeit immer mehr im Feuerlöschdienst auf, weil die Anwendung der Waffe „Giftgas“ nicht erfolgte und dadurch der Entgiftungsdienst entbehrlich wurde. Trotzdem nahm die Pflege der Ausbildung hinsichtlich der Kampfstoffgefahren und Kampfstoffbeseitigung bis zuletzt einen erheblichen Raum der Luftschutzausbildung in allen Sparten ein.

Die Gliederung der Luftschutzpolizeieinheiten erfolgte ab 1943 nach Gruppen, Zügen, Bereitschaften und Abteilungen. Die Gruppe war die kleinste Einheit mit einer Stärke von neun Mann. Zu diesem Personal gehörte beim FE-Dienst ein Spezialfahrzeug, das über eine Feuerlöschpumpe und Feuerlöschgeräte verfügte und gleichzeitig das Personal transportieren konnte. Zwei Gruppen bildeten einen Feuerlöschzug, drei Feuerlöschzüge bildeten eine Feuerlöschbereitschaft, der ein Entgiftungszug mit Sondergeräten angegliedert war. Außerdem gehörten zu der FE-Bereitschaft noch Sonderfahrzeuge, wie Kraftfahrdrehleiter, Schlauchnachschubwagen u. a.<sup>26)</sup>.

In Braunschweig waren drei FE-Bereitschaften aufgestellt, die eine FE-Abteilung bildeten. Die personelle Gesamtstärke der Braunschweiger FE-Abteilung lag bei 360 Personen. Darunter waren 81 Mann aus der Feuerschutzpolizei, ca. 205

<sup>25)</sup> Die zu erwartenden Kampfgase hatte man in vier Gruppen eingeteilt, denen man die Bezeichnungen Weißkreuz, Blaukreuz, Grünkreuz und Gelbkreuz gegeben hatte.

Unter Weißkreuz faßte man die Stoffe zusammen, die eine Reizwirkung vornehmlich auf die Augen auszuüben imstande waren. Es handelte sich überwiegend um Bromverbindungen, die man erwartete.

Unter Blaukreuz verstand man die Stoffe, die die Schleimhäute und Atemwege reizten. Man rechnete dazu vornehmlich Chlor-Arsen-Verbindungen.

Unter Grünkreuz hatte man die Stoffe eingeordnet, die in der Lage waren, die tieferen Atemwege zu schädigen. Die dazu verwandten Chemikalien sollten in der Mehrzahl Chlor-, Pikrin-, Phosgen-Verbindungen sein.

Unter Gelbkreuz führte man die Stoffe, die ihre Wirkung auf Haut und Zellgewebe ausübten und entzündliche Reizungen der Luftwege und Lungen herbeiführen konnten.

<sup>26)</sup> Der Sollbestand an Fahrzeugen einer FE-Bereitschaft war:

Für F-Dienst: 6 Löschfahrzeuge, 1 Personenwagen, 3 Krafträder, 1 Drehleiter und 1 Schlauchwagen.

Für E-Dienst: 2 Lastkraftwagen, 1 Entgiftungs-Gerätewagen und 5 Fahrräder mit Gasspürgeräten. Die Personal-Sollstärke einer FE-Bereitschaft betrug 101 Mann.

Mann Ergänzungskräfte, die zum erheblichen Teil den Freiw. Feuerwehren entstammten, und ca. 75 Mann Ukrainer, die aus ehemaligen Polizei-Schützenregimenten kamen.

Das Durchschnittsalter der deutschen Kräfte lag bei 48 Jahren. Die Ukrainer waren junge Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren. Das Zusammenleben der nach Alter, Werdegang und Herkunft verschiedenartigen Menschen war überwiegend gut. Die Schwierigkeiten der Verständigung zwischen Deutschen und Ukrainern lösten sich schnell und befriedigend.

Es erwies sich bald, daß eine Reihe befähigter Ergänzungskräfte eine führende Position im FE-Dienst bekleiden konnte.

Die Ausrüstung der FE-Abteilung war hinsichtlich Bekleidung und Gerät gut. Die Bestände an Feuerlöschschläuchen lagen bei 60 000 m. An Feuerlöscharmaturen war ein Überbestand vorhanden. Die Einsatzgeräte und die Bekleidung wurden von zentralen Beschaffungsstellen des Reiches zugewiesen.

Der gesamte Fahrzeugbestand des Braunschweiger FE-Dienstes war folgender:

- 24 Löschfahrzeuge
- 3 Kraftfahrdrehleitern
- 3 Schlauchwagen
- 10 Lastkraftwagen (hauptsächlich für den E-Dienst)
- 3 Krankenwagen
- 12 Krafträder
- 12 Personenkraftwagen.

Dazu kam noch eine Reihe von Spezial-Pumpen und -Anhängern, Löschtürmen, Löschkanonen usw. Während es sich bei den Löschfahrzeugen und Schlauchwagen um gute, technisch einwandfreie Fahrzeuge handelte, waren die anderen Fahrzeugtypen nicht in vollem Umfang einsatzfähig. Besonders erschwerend kam hinzu, daß sehr viele Fahrzeugtypen vorhanden waren. Die Typisierung der Feuerlöschfahrzeuge steckte in den ersten Anfängen und wirkte sich bei den Heimatluftschutzdiensten noch nicht wesentlich aus<sup>27)</sup>.

Zur personellen Verstärkung des FE-Dienstes bei Einsätzen standen ca. 100 Jugendliche zur Verfügung, die gegebenenfalls den einzelnen Löschgruppen zusätzlich zugeordnet wurden. Unter Aufsicht älterer und erfahrener Männer erwiesen sie sich überall dort als wertvoll, wo es weniger auf Kraft und Ausdauer ankam, sondern hauptsächlich körperliche Gewandtheit gefordert wurde.

Neben dem Feuerlösch- und Entgiftungsdienst der Luftschutzpolizei bestanden in der Stadt Braunschweig noch 9 Freiwillige Feuerwehren, und zwar in Braunschweig-Stadt, Lehdorf, Oelper, Veltenhof, Rühme, Querum, Glesmarode, Ridagshausen und Melverode. Diese Freiwilligen Feuerwehren verfügten über je einen Zugwagen zur Mannschaftsbeförderung mit einer anhängbaren Motorpumpe mit 800 l/Min. Leistung (LF 8).

Die Angehörigen der Freiw. Feuerwehren gingen ihrem Zivilberuf nach, bildeten aber einen Teil der Luftschutzorganisation. Die Personalstärke betrug insgesamt 127 Personen. Im Luftschutzfalle waren sie verpflichtet, sich zum Einsatz beim FE-Dienst zur Verfügung zu stellen.

<sup>27)</sup> Vgl. Anhang XIV.

Die Feuerschutzpolizei (Berufsfeuerwehr) führte innerhalb der Luftschutzpolizei insofern ein selbständiges Eigenleben, als sie während der angriffsfreien Zeit die normalen Aufgaben einer Feuerwehr im Stadtgebiet erfüllte und dabei der Stadtverwaltung und nicht mehr dem Polizeipräsidenten unterstand.

Für die anfallenden Einsätze wurde auch das Personal und das Gerät der Luftschutzpolizei verwandt.

#### b) Luftschutzpolizei-Instandsetzungsdienst (I-Dienst)

Der Instandsetzungsdienst hatte die Aufgabe, Bergungsarbeiten und Sicherungsmaßnahmen an Bauwerken aller Art durchzuführen. Als weiteres Arbeitsgebiet war ihm die Beseitigung von Blindgängern zugewiesen.

Im Luftschutzort Braunschweig waren zwei Bereitschaften I-Dienst aufgestellt. Sie waren, wie der FE-Dienst, in Gruppen und Züge untergliedert.

Die Gesamtstärke lag bei 150 Mann, die alle notdienstverpflichtet waren. Das Führungspersonal entstammte fast ausschließlich dem Baugewerbe. Das Durchschnittsalter der I-Dienst-Kräfte lag bei 50 Jahren.

Die Ausrüstung des Instandsetzungsdienstes bestand hauptsächlich aus Räum-, Trenn-, Zug- und Hebwerkzeugen verschiedenster Art. Daneben standen Stromerzeugungsaggregate zur Verfügung. Durch diese Stromquellen konnten die teilweise motorisierten Geräte angetrieben und Unfallstellen beleuchtet werden. Darüber hinaus war der I-Dienst ausgerüstet, um öffentliche Versorgungsleitungen für Strom, Gas und Wasser wieder instandsetzen zu können.

Die Einheiten des I-Dienstes waren dezentralisiert untergebracht. Die Unterkünfte lagen in folgenden Grundstücken:

Ludwigstraße 33  
Schule Bürgerstraße  
Technische Hochschule (Wöhler-Institut)  
Steinstraße  
Marstall (am Schloß)  
An der Jakobikirche  
Schule Leonhardstraße (Löfflersche Schule)  
Querum (Bahnübergang).

Zur Beförderung des Personals und der Geräte nach den Unfallstellen standen Lastkraftwagen zur Verfügung.

Als Verstärkung im Luftangriffsfall stand dem Instandsetzungsdienst die Technische Nothilfe mit Handwerkern und Ingenieuren zur Verfügung. Diese Kräfte gingen ihrem zivilen Beruf nach, mußten sich aber bei Fliegeralarm für den I-Dienst bereithalten. Im Bedarfsfalle erhielten sie dann ihre Luftschutzaufträge als Dienstverpflichtete.

#### c) Luftschutzpolizei-Sanitätsdienst (San.-Dienst)

Der Sanitätsdienst hatte die Aufgabe, verletzten Menschen nach Luftangriffen Erste Hilfe zu leisten und sie gegebenenfalls der ärztlichen Hilfe, notfalls auch der Krankenhausbehandlung, zuzuführen.

Unter einem leitenden Polizeiarzt waren zwei Sanitätsbereitschaften aufgestellt, die sich in Züge und Gruppen unterteilten. Die Gesamtstärke lag bei 150 Personen, die zum langfristigen Notdienst herangezogen waren. Das Führungspersonal dieser Einheiten stellten vorwiegend Angehörige des Roten Kreuzes, das Pflegepersonal aus Krankenhäusern und ehemalige Sanitätsdienstgrade des Militärs. Das Durchschnittsalter der beim Sanitätsdienst Verpflichteten lag über 50 Jahre.

Im Einsatzfalle traten besonders verpflichtete Ärzte zu den Luftschutzpolizei-Sanitätsbereitschaften.

Der Sanitätsdienst war mit Kraftfahrzeugen und Trageeinrichtungen zum Transport kranker Menschen und mit vielseitigem Sanitätsgerät für Erste Hilfe ausgerüstet.

Die Unterkünfte waren, wie bei den anderen Luftschutzpolizei-Einheiten, dezentralisiert ausgewählt und lagen in folgenden Grundstücken:

- Krankentransportstaffel und 1 Sanitätsgruppe (Kath. Schule Goslarsche Straße),
- 1 San.-Zug (Kasernenstraße 30),
- 1 San.-Zug (Querum),
- 1 San.-Zug (Schule Okerstraße),
- 2 San.-Gruppen (Schule Okerstraße),
- 2 San.-Gruppen (Schule Heinrichstraße),
- 1 San.-Gruppe (Großgaragen Steinweg),
- 1 San.-Gruppe (Großgaragen Homilius, Campestraße).

Zur vorläufigen Aufnahme von Verletzten waren Luftschutz-Rettungsstellen an folgenden Punkten der Stadt eingerichtet:

- Rettungsstelle Thomaestift (Thomaestraße),
- Rettungsstelle Hamburger Straße 273,
- Rettungsstelle Alte Waage (Wollmarkt),
- Rettungsstelle Schule Heinrichstraße,
- Rettungsstelle Schule Ritterstraße,
- Rettungsstelle Schule Sophienstraße,
- Rettungsstelle Schule Leonhardstraße.

Diese Rettungsstellen waren mit ärztlicher Ausrüstung und Medikamenten vielseitig ausgestattet, so daß dort schon weitgehende ärztliche Maßnahmen möglich waren. Darüber hinaus standen in jeder Rettungsstelle einige Krankenbetten. Zur Behandlung kampfstoffgeschädigter Menschen hatte man groß angelegte Badeeinrichtungen zur Verfügung.

Diese Rettungsstellen wurden bei Fliegeralarm mit Ärzten und Pflegepersonal besetzt. Hier fanden auch weibliche Kräfte Verwendung.

Nach Luftangriffen brachten die Luftschutzpolizei-Einheiten die Verletzten im allgemeinen zunächst zur ersten ärztlichen Betreuung in die Rettungsstellen. Dort wurde dann entschieden, ob die eingelieferten Personen wieder nach Hause entlassen werden konnten, ob sie vorübergehend in der Rettungsstelle verbleiben sollten oder ob sie in ein Krankenhaus überführt werden mußten.

Für Zwecke des Sanitätsdienstes wurde ein umfangreiches Lager an Medikamenten, ärztlicher Ausrüstung und an Wäschevorräten unterhalten.

Als weitere Sanitätskräfte standen bei Schadenfällen die Bereitschaften des Roten Kreuzes bereit. Diese freiwilligen Helfer mit einem sehr guten Fach-

wissen und mit ausgezeichneter Ausrüstung waren in den Fällen bereit einzugreifen, in denen sich die öffentlichen Luftschutzkräfte zu schwach erwiesen, um ausreichend schnell und umfassend Hilfe leisten zu können<sup>28)</sup>.

Es sei noch erwähnt, daß die praktizierende Ärzteschaft, die Kliniken und Krankenhäuser für die Erste Hilfe nach Luftangriffen selbstverständlich auch zur Verfügung standen. Ihnen oblag späterhin die Durchführung der notwendig gewordenen Heilbehandlungen.

#### d) Luftschutzpolizei-Veterinärdienst (Vet.-Dienst)

Der Vet.-Dienst hatte die Aufgabe, die durch Luftangriffe geschädigten Tierbestände zu betreuen und gegebenenfalls Maßnahmen durchzuführen oder zu veranlassen, um größere wirtschaftliche Schäden durch Tierverluste zu vermeiden. Der Vet.-Dienst war seinem Umfange nach der kleinste Luftschutzpolizeidienst. Seine Stärke umfaßte nur eine Gruppe mit etwa 10 Mann, die ausschließlich aus dem Schlachtergewerbe kamen. Ihre Unterkunft lag im Städt. Schlachthof.

Die Leitung des Vet.-Dienstes lag in den Händen der städt. Veterinär-Behörden. Diese Tätigkeit wurde weitgehend von den in der Stadt ansässigen Tierärzten unterstützt<sup>29)</sup>.

#### e) Luftschutzpolizei-Havariendienst (Hav.-Dienst)

In Braunschweig bestand kein Hav.-Dienst. Für den Hafen am Mittellandkanal waren lediglich zwei Boote mit Tragkraftspritzen ausgerüstet, um bei Bränden auf Kanalschiffen eingreifen zu können. Der Hafenbetrieb unterlag dem erweiterten Selbstschutz.

Die gesamte Luftschutzpolizei hatte eine Stärke von ca. 1500 Personen. Davon waren etwa 800 Personen langfristig, also dauernd, und ca. 700 Personen nur für den Fliegeralarmfall notdienstverpflichtet. Die Personalverwaltung für die Luftschutzpolizei lag zentral beim Kommando der Schutzpolizei. Bei Abgängen von Notdienstverpflichteten an die Wehrmacht, Luftwaffe, Marine oder aus sonstigen Gründen wurden Ersatzkräfte von dort aus den LS-Fachdiensten zugewiesen. Diese Ersatzkräfte stellten vorwiegend die auch friedensmäßig vorhandenen freiwilligen Helferorganisationen, wie Freiwillige Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz und Technische Nothilfe. Das hatte den Vorteil, daß die Luftschutzpolizei meist fachlich vorgebildete Kräfte zugewiesen bekommen konnte.

Die persönliche Ausrüstung der Luftschutzpolizei-Angehörigen war bei allen Fachdiensten gleich. Ebenso wurde die Besoldung und die sonstige Versorgung nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt.

Die örtliche Luftschutzleitung befand sich bei Fliegeralarm in der westlichen Außenstadt, im Hochbunker Madamenweg. Von dort aus erfolgte die zentrale Lenkung der Hilfsmaßnahmen nach Angriffen.

<sup>28)</sup> Das Deutsche Rote Kreuz stand mit etwa 100 Helfern, ca. 400 Helferinnen und 7 Krankenwagen zur Verfügung. Als Hilfskrankenhäuser waren Anstalten für Betroffene aus Braunschweig in Liebenburg, Königslutter, Erkerode und Vechelde vorhanden.

<sup>29)</sup> Auf der Hamburger Straße war ein Tierlazarett zur evtl. Heilbehandlung von Großtieren eingerichtet worden, doch wurde es nur in wenigen Einzelfällen benutzt. Bei verletzten Großtieren wurden in der Regel Notschlachtungen vorgenommen.

Die Luftschutzpolizei-Einheiten hielten sich bei Fliegeralarm dezentralisiert, zumeist in der Nähe ihrer Unterkünfte, auf. Es wurde Wert darauf gelegt, daß mindestens Splitterschutz vorhanden war und keine Massierungen von Menschen und Gerät eintraten.

Nach Angriffen sammelten sich die Einheiten teilweise an vorher bestimmten Plätzen, um ihre Einsatzbefehle zu empfangen, oder sie bekamen dieselben direkt an ihre Aufstellungsplätze übermittelt. In vielen Fällen war es so, daß sich die Einheiten selbst einsetzten, wenn es in ihrer Nähe die nach dem Angriff entstandene Situation ratsam erscheinen ließ. Sie meldeten dann der Luftschutzleitung die örtlichen Umstände und Notwendigkeiten.

Der örtliche Luftschutzleiter hatte für die vorstehenden Luftschutzpolizei-Einheiten im Rahmen seiner Dienstanweisungen uneingeschränkte Anordnungsbefugnis, während diese Befugnisse bei den nachstehend aufgeführten Organisationen verschiedentlich eingeschränkt waren. Er konnte sich jedoch in jeder Hinsicht über die vorhandenen Einrichtungen informieren und auf Abstimmung der von diesen Organisationen durchgeführten Maßnahmen auf die örtlichen Belange des Luftschutzortes und auf die Maßnahmen der örtlichen LS-Organisation bestehen.

## **2. Selbstschutz**

Der Selbstschutz wurde vom Reichsluftschutzbund, der in jeder Gemeinde eine örtliche Organisation unterhielt, geführt. Die grundsätzlichen Weisungen wurden von übergeordneten Stellen des RLB. ausgearbeitet und weitergegeben. Die Polizeireviere unterstützten die Amtsträger des RLB. in besonderen Fällen bei der Durchführung der vorbeugenden Luftschutzkleinarbeit in den Wohnhäusern. Der Selbstschutz war die verbreitetste und personell stärkste Luftschutzorganisation. Seine Arbeit zeigte sich in allen Wohnhäusern in vielfältiger Form. Es ist nicht möglich, die Stärke dieser Organisation zahlenmäßig anzugeben, weil gerade der Selbstschutz die vielen namenlosen Helfer stellte, die schlechthin die Bevölkerung darstellten.

In Braunschweig-Gliesmarode unterhielt der Reichsluftschutzbund eine Luftschutzschule zur Ausbildung von Selbstschutzkräften.

Anfang 1944 waren durch die überwiegend nebenberufliche Arbeit der im Selbstschutz tätigen RLB.-Angehörigen der Schutz für die Wohnhäuser personell gesichert, die baulichen Sicherungsmaßnahmen im wesentlichen durchgeführt und die Ausstattung mit Luftschutzgerät bis auf wenige Ausnahmen vorhanden.

Die Tätigkeit des Selbstschutzes spielte im Rahmen der Luftschutzmaßnahmen, besonders in den Wohngebieten, eine überragende Rolle, wenn sie auch in offiziellen Berichten selten Erwähnung fand.

## **3. Erweiterter Selbstschutz**

Der erweiterte Selbstschutz unterstand, wie der Selbstschutz, dem Reichsluftschutzbund. Er erfaßte vorwiegend mittlere Betriebe, die infolge ihrer Größe, ihrer Feuerempfindlichkeit oder der dort vorhandenen Werte einen besonderen Schutz erforderten.



Das Personal des erweiterten Selbstschutzes stellten die Angehörigen der jeweiligen Betriebe, Krankenhäuser, Behörden usw. Vielfach verfügte der erweiterte Selbstschutz neben den Geräten des allgemeinen Selbstschutzes noch über motorisierte Feuerlöschpumpen und besondere Geräte zur Bekämpfung der Schäden nach Luftangriffen. Die baulichen Luftschutzmaßnahmen im erweiterten Selbstschutz entsprachen den allgemeinen Grundsätzen und waren auf die Notwendigkeiten der Betriebe, Anstalten usw. besonders abgestimmt. Über die Zahl der vorhanden gewesenen Betriebe des erweiterten Selbstschutzes liegen keine zuverlässigen Unterlagen mehr vor.

Eine besondere Ausweitung erfuhr der erweiterte Selbstschutz in den öffentlichen Versorgungsbetrieben. Neben dem Schutz der zentralen Betriebsanlagen galt es dort Vorbereitungen zu treffen, um im Bedarfsfalle die Leitungssysteme für die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und Strom schnellstmöglichst wieder betriebsfähig zu machen.

In den ersten Monaten des Jahres 1944 erhielt die Stadt Braunschweig zur Verstärkung des Luftschutzes ca. 30 Tragkraftspritzen mit einer Leistung von 800 l/Min. vom Reichsluftfahrtministerium zugewiesen, die ausnahmslos an den erweiterten Selbstschutz verteilt wurden.

Eine besondere Bedeutung in Braunschweig erlangte der erweiterte Selbstschutz in historischen Bauwerken. Auch dorthin wurden ca. 15 Tragkraftspritzen gegeben. Die personelle Besetzung erfolgte bei Fliegeralarm durch einen Angehörigen des FE-Dienstes und durch Personen, die mit diesen Bauwerken beruflich verbunden waren oder in deren Nähe wohnten. Daneben verstärkten noch Jugendliche die Löscheinheiten. Diese Kleinkraftspritzen erlangten während der Brandbekämpfung nach Fliegerangriffen eine besondere Bedeutung. Sie leisteten mit diesen Geräten und bei dieser Zusammensetzung der Bedienungskräfte ausgezeichnete Arbeit und beschränkten ihre Tätigkeit vielfach nicht nur auf die ihnen zunächst zugewiesenen Objekte<sup>30)</sup>.

#### 4. Werkluftschutz

Die Organisation des Werkluftschutzes oblag der Reichsgruppe Industrie. Alle größeren Betriebe in Braunschweig hatten einen Werkluftschutz eingerichtet.

Die Industrie hatte in großzügiger Weise vorbeugende Maßnahmen baulicher Art, soweit es die Produktionsverhältnisse erlaubten, und Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten durchgeführt. In großem Umfange waren Verlagerungen ganzer Teile der Produktionsanlagen und der Materialvorräte vorgenommen worden. Man wollte damit die Gefahr totaler Produktionsausfälle verringern.

Die abwehrenden Maßnahmen führten in der Hauptsache Werkfeuerwehren durch, die in Ausrüstungs- und Ausbildungsgrundsätzen denen des FE-Dienstes gleich waren. Ihr Personal kam aus den Industriebetrieben. Viele Betriebe hatten hauptberufliche Brandschutzfachleute angestellt, die im Alarmfalle durch besonders geschulte Betriebsangehörige verstärkt wurden. In der Stadt Braunschweig bestanden etwa 10 Werkfeuerwehren mit eigenen Feuerlöschgroßfahrzeugen.

<sup>30)</sup> Bei den folgenden Berichten über die Angriffe auf Braunschweig wird deren Tätigkeit unter der Bezeichnung „Kleinkraftspritzengruppen“ erwähnt.

Es wurde schon an anderer Stelle erwähnt<sup>31)</sup>, daß der Werkluftschutz über ein außerordentlich gut arbeitendes Warnsystem innerhalb der Betriebe und ein zentral gesteuertes Warnnetz für weite Gebiete über die Stadtgrenzen Braunschweigs hinaus verfügte.

### 5. Luftschutz in besonderen Verwaltungen

Der Luftschutz in den besonderen Verwaltungen, wie Bahn, Post, Wehrmacht usw., war dort selbständig nach den allgemeinen Luftschutzgrundsätzen aufgezo- gen worden. Entsprechend der Eigenart der Betriebe und ihrer Anlagen waren Sondermaßnahmen zusätzlich durchgeführt. Die Reichsbahn und die Wehrmacht verfügten über eigene Feuerwehren mit Großfahrzeugen, die vielfach auch außerhalb ihrer Anlagen entstandene Schadenfeuer nach Luftangriffen bekämpften.

Im Straßenbild hoben sich die eingebunkerten Kabel-Verteilungspunkte des Fernsprechnetzes der Reichspost besonders hervor. Diese empfindlichen Punkte im feinverzweigten Netz des Kabelsystems versuchte man besonders wirkungsvoll zu schützen.

Die Zusammenarbeit der angeführten Luftschutzorganisationen und Luftschutzeinrichtungen war überwiegend gut. Sie ergänzten sich gegenseitig bei der Lösung der anfallenden Notwendigkeiten zur Linderung der Not und zur Abwehr von Gefahren. Gegen Ende des Krieges machten sich Bestrebungen der Partei um Einfluß im Luftschutz stark bemerkbar. Sie konnten nur begrenzte Erfolge in dieser Hinsicht erzielen, doch störten sie oft die nach fachlichen Gesichtspunkten durchgeführten Maßnahmen.

### 6. Auswärtige Löschkräfte

Neben der örtlichen Luftschutzorganisation standen nach Fliegerangriffen noch die Luftschutzorganisationen benachbarter Luftschutzorte zur Verfügung. Ein besonderes Nachrichtennetz ermöglichte über eine Zentralstelle die Alarmierung der Luftschutzkräfte in weitem Umkreis. Die dafür eingerichteten Dienststellen zur überörtlichen Einsatzlenkung waren Verwaltungs- und Polizeibehörden auf Landesebene, die mit entsprechendem Fachpersonal besetzt waren.

Diesen Dienststellen standen als Führungsreserven überlagernde Luftschutzkräfte in truppenmäßig organisierten Feuerlöschseinheiten zur Verfügung. Es waren Feuerlöschabteilungen der Feuerschutzpolizei (FSchP. mot.) und der Luftwaffe (LS mot.). Die Braunschweig nächstgelegenen Feuerlöschabteilungen dieser Art befanden sich in der Nähe der Stadt Helmstedt, zwischen Braunschweig und Hannover und im Salzgittergebiet. Der Wert ihres Vorhandenseins in der Nähe Braunschweigs sollte sich bald erweisen.

Zur Einweisung der bei größeren Angriffen zu erwartenden auswärtigen Luftschutzkräfte wurden am Stadtrand Lotsenstellen eingerichtet. Sie hatten die Aufgabe, bei der Luftschutzleitung für ankommende Einheiten Einsatzbefehle anzufordern und die vielfach stadtfremden auswärtigen Hilfskräfte an die zugewiesenen Schadensbezirke heranzulotsen. Anfangs wurden diesen Einheiten Stadtpläne, Wasserversorgungspläne und Pläne über Brandabschnitte ausgehändigt. Dieses Verfahren ließ sich aber auf die Dauer wegen Materialmangels nicht durchführen. Die Ablieferung des ausgehändigten Orientierungsmaterials nach erfolgtem Einsatz verblieb in der Regel.

<sup>31)</sup> S. o. S. 33.

Am Stadtrand von Braunschweig waren folgende Lotsenstellen eingerichtet:

Lehndorf (Gaststätte Heyer)

Oelper (Gaststätte Zum Oelper Turm)

Rühme (Bunker an der Autobahn)

Querum (Gaststätte Zum Zoll)

Gliesmarode (bei Fa. Voigtländer, später Berliner Straße/Messeweg)

Riddagshausen (Gaststätte Schöppenstedter Turm)

Melverode (Gaststätte Kammerkrug, später Hüttenwerk)

Gartenstadt Rünigen (Versorgungsbetriebe)

Broitzem (Gaststätte Rotenburg).

Diese Lotsenstellen waren telefonisch mit der Luftschutzleitung verbunden. Zwei Lotsenstellen verfügten über Funkverbindung. Daneben wurden diese Lotsenstellen mit mehreren Kradmeldern und Jugendlichen für Lotsenzwecke besetzt.

Mit der Erwähnung der überörtlich vorhanden gewesenen Luftschutzorganisationen und der Lotsenstellen soll die Übersicht über die sachlichen, sozialen und organisatorischen Maßnahmen des Luftschutzes in Braunschweig nach dem Stande von Anfang 1944 abgeschlossen werden. Jede Maßnahme für sich hatte einen oft wechselvollen Werdegang hinter sich, ehe sie die geschilderte Form angenommen hatte. Diese Einzelmaßnahmen faßte man unter dem Begriff „Ziviler Luftschutz“ zusammen.

Neben dem zivilen Luftschutz stand der militärische Luftschutz, der von militärischen Verbänden durchgeführt wurde. Von Jagdfliegern und von der Flak-Artillerie wurden aktive Abwehrmaßnahmen durchgeführt. Zu den militärischen Einheiten mit passiven Luftkriegs-Abwehrmaßnahmen gehörten der Luftschutz-Warndienst, die Luftschutzeinheiten der Luftwaffe (LS mot.), LS-Heimat-Nebelkompanien und die LS-Kompanien z. b. V. Scheinanlagen.

Rund um die Stadt Braunschweig waren neben vielen Stellungen für leichte Flak neun Stellungen für schwere Flak vorhanden. Zu den schweren Flakstellungen gehörten Scheinwerfer-Batterien. Die Geräusche schießender Flakbatterien und die den Nachthimmel nach Flugzeugen absuchenden Lichtstrahlen der Scheinwerfer-Batterien waren schon damals den Braunschweigern vertraut. Bald sollte die Zeit kommen, in der die Bevölkerung aus dem Schießen der Flak entnahm, daß sich gegnerische Flugzeuge über der Stadt befanden.

Beim Anfliegen von Kampfverbänden auf Braunschweig wurden einige größere Industriebetriebe von Einheiten der Nebelkompanien künstlich in einen dichten Nebel eingehüllt. Scheinanlagen befanden sich in Braunschweig nicht.

Die Stadt Braunschweig hatte sich gerüstet, um die Wirkung kommender Bombenwürfe abzuschwächen und Vernichtung und Elend zu mildern, soweit es den Umständen der allgemeinen Kriegslage entsprechend irgendwie Aussicht auf Erfolg versprach. Es sind Schwierigkeiten und finanzielle Belastungen in Kauf genommen worden, um Schutzmaßnahmen für Menschen und Sachwerte durchzuführen.

Einen schwierigen Punkt bei der Luftschutzorganisation bildete das personelle Problem. Die körperlich leistungsfähigsten Jahrgänge der männlichen Bevölke-

rung waren zum Truppendienst eingezogen, und selbst die weibliche Bevölkerung diente in großem Maße als Helferinnen bei den Nebenformationen der Truppe.

Die Wirtschafts- und Industriebetriebe waren auf Kriegsproduktion umgestellt. Nur ein geringer Teil der Wirtschaft war für den dringendsten Bedarf der zivilen Bevölkerung tätig. Überall mangelte es an Menschen. Jede deutsche Arbeitskraft wurde in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert. Daneben standen Ausländer aus fast allen Staaten Europas und Kriegsgefangene als Arbeitskräfte zur Verfügung. Diese Menschenmassen waren in Baracken-Wohnlagern untergebracht. In einigen Stadtteilen entstanden abgeschlossene Baracken-Städte für Ausländer und Kriegsgefangene. Nur die Fremdarbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben und in Haushaltungen erhielten bei ihren Arbeitgebern Unterkunft.

Während des oben erwähnten Ausbaus des Luftschutzes und der Umstellung der gesamten Wirtschaft auf die Kriegsproduktion tobte gegen Deutschland, seine Verkehrsanlagen, Industriebetriebe und besonders gegen die Städte eine Luftoffensive größten Ausmaßes. Immer wieder mußte mit erneutem Schrecken festgestellt werden, daß die alliierte Luftwaffe die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit noch nicht erreicht hatte und immer noch zu Steigerungen ihrer Tätigkeit fähig war. Sie flog schon Anfang 1944 mit Bomberverbänden in einer Stärke von mehreren hundert schweren Flugzeugen bis ins Innere Deutschlands ein. Diese großen Verbände waren dann meist von Jagdfliegern als Begleitschutz umgeben. Die Flugzeuge warfen nicht selten Bombenlasten von mehreren tausend Tonnen auf ihre Ziele. Die Tageszeiten der Einflüge schienen für die alliierte Luftwaffe keine Rolle mehr zu spielen. Es hatte sogar den Anschein, als ob die Tageseinflüge bevorzugt würden. Aus den Wehrmachtsberichten war zu entnehmen, daß die gegnerischen Luftstreitkräfte in der Lage waren, gleichzeitig in weite Gebiete des Reiches im Norden, Westen oder Süden einzufliegen. Häufig führten sie an einem Tage mehrere schwere Angriffe durch. Von der deutschen Abwehr wurden erfolgreiche Kämpfe und gute Erfolge berichtet; doch hatten diese Aktionen, so wagemutig und erfolgreich sie im einzelnen auch gewesen sein mögen, nicht mehr die Kraft, die Einflüge zu verhindern oder die Maßnahmen der Alliierten wesentlich zu beeinträchtigen.

### **III. Die Luftschutzentwicklung**

**bis zum Kriegsende 1945**

Bei dem Bewußtsein der kaum noch aufzuholenden Überlegenheit der Angreifer entwickelte sich der deutsche Luftschutz weiter. Eigentlich war es keine Entwicklung mehr, sondern nur noch ein fieberhaftes Anpassen an die immer grausamer werdenden Formen des Luftkrieges. Für die Braunschweiger Luftschutzorganisationen war Anfang 1944 die Zeit der Bewährung gekommen, als fast pausenlos auch über Braunschweig Angriffe niedergingen. Ein Angriff jagte den anderen und forderte außerordentliche Belastungen von Menschen und Gerät. Die nachbarliche Luftschutzhilfe mußte fast jede Woche einmal nach der Stadt an der Oker kommen, um der brennenden Stadt in ihrer Not zu helfen. Regelmäßig strömten nach Angriffen zu jeder Tages- und Nachtzeit die Gruppen der Frei-

willigen Feuerwehren benachbarter Gemeinden, die truppenmäßig organisierten Feuerlöschabteilungen der FSchP. (mot) und LS (mot) und die anderen Luftschutzdienste in die angeschlagene Stadt, um zu retten, was es noch zu retten gab. Es war eine entsetzliche Zeit.

Im Juni 1944 trat für das Heimatgebiet eine Kampfpause ein, die man eifrig zur Überholung der vielfach beschädigten Luftschutzeinrichtungen und zur Vertiefung des Wissens um die Abwurfmunition ausnutzte. Man ging von dem Standpunkt aus, daß der Gefahr, die man genau kennt, leichter zu begegnen ist als einer unbekannten. Zur Hauptgefahr hatte sich die Brandgefahr entwickelt.

Während in den Städten die Riesenbrände tobten, versuchte man die Feuerlöschtechnik unter Verwendung der gemachten Erfahrungen zu verbessern. Unter anderem versuchte man durch „Löschsprengen“ in Entwicklung befindlichen Flächenbränden die weitere Ausbreitung zu verwehren, indem man in zusammenhängende Häusergruppen oder an Stellen, wo das Feuer auf andere Gebiete leicht überspringen konnte, Baulücken sprengte. Die Erfolge damit waren zumindest in ihrem Wert umstritten. In Braunschweig ist das Löschsprengen nicht angewandt worden, obwohl die Ausrüstung dazu vorhanden war. In anderen Städten hat sich vielfach gezeigt, daß die brennbaren Teile der entstandenen Trümmerhaufen oft eine unangenehmere Feuerbrücke bildeten als die Baukörper in ihrer ursprünglichen Form. Die durcheinanderliegenden Holzteile waren der Brandabwehr schwerer zugänglich, als bei geordneten Bauformen.

Diese Sprengungen hätten nur Sinn gehabt, wenn man damit vorsorglich Baulücken geschaffen und rechtzeitig den angefallenen Schutt beseitigt hätte. Aber wer sollte in der Zeit der zunehmenden Raumnot sich dazu entschließen, intakte Bauwerke abzureißen? Es lag näher, das Risiko hinsichtlich der Brandausbreitung auf sich zu nehmen.

Als Löschmittel wurde während des Krieges, außer bei besonderen Anlagen oder zum Ablöschen von Brandbomben im Anfangsstadium, ausschließlich Wasser verwandt. Es erwies sich als das wirkungsvollste Mittel und war in den benötigten Mengen am leichtesten zu beschaffen. Anfangs wurden Versuche gemacht, die Brandstellen mit riesigen Wassermengen mittels Wasserkanon oder mit Hilfe von Löschtürmen zu überschwemmen. Bei diesen Methoden stellten sich jedoch nur in wenigen Einzelfällen Erfolge ein. Im allgemeinen bewährte sich die Löschmethode am besten, bei der das Löschwasser in einem nicht allzu starken Strahl unter hohem Druck an das brennende Objekt gebracht wurde. Dieses Verfahren benötigte viele körperlich leistungsfähige Männer, die bei der Stärke und Altersgruppierung der Luftschutzkräfte nicht ausreichend vorhanden waren.

In vielen Fällen mußte das Löschwasser über längere Strecken herangeführt werden. Dies erforderte nicht nur schwere körperliche Arbeit zum Aufbau der notwendigen Schlauchleitungen, sondern setzte ein umfangreiches Grundwissen über die dabei zu beachtenden technischen Erfordernisse und über die Leistungsgrenzen der zur Verfügung stehenden Hilfsmittel, wie Pumpen und Schlauchmaterial, voraus, wenn eine reibungslose Wasserversorgung gelingen sollte. Auf diesem wie auf einigen anderen Gebieten der Feuerlöschtechnik waren während des Krieges nach sorgfältiger wissenschaftlicher Erforschung der Gegebenheiten Dienstanweisungen<sup>32)</sup> erschienen, die bei ihrer einfachen, aber tiefeschürfenden

<sup>32)</sup> Luftwaffen-Dienstvorschrift 753 — Polizeidienstvorschrift, Gasschutz 23, II.

Abfassung geeignet waren, weiten Kreisen des Feuerlöschpersonals die notwendigen Spezialkenntnisse zu vermitteln, und sie in die Lage versetzten, technisch schwierige Aufgaben mit handwerklicher Sicherheit zu meistern.

Für besondere Fälle der Wasserversorgung standen „Schnellkupplungsrohre“ zur Verfügung. Dies waren 6 m lange Rohre aus verzinktem Blech mit einer Weite von 105 mm. Diese Rohre konnten mittels Spezialkupplungen schnell verbunden werden. Zum Anpassen der Leitungsführung an das Gelände standen verschiedene Formstücke zur Verfügung. Die Schnellkupplungsrohre bewährten sich in den Fällen besonders, wo große Wassermengen längere Zeit benötigt wurden. Sie waren leistungsfähiger und weniger empfindlich gegen Witterungseinflüsse als die üblichen Feuerlöschschläuche aus Naturfasern.

Erst im letzten Stadium des Krieges standen in Braunschweig mehrere Tanklöschfahrzeuge zur Verfügung. Durch den mitgeführten Wasservorrat dieser Fahrzeuge wurde die Frage der Löschwasserversorgung an Brandstellen wesentlich erleichtert, und die Feuerlöschkräfte wurden wesentlich beweglicher. Leider waren von diesen Fahrzeugen zu wenig vorhanden, so daß ihr Vorhandensein für das Ganze kaum Auswirkungen zeigen konnte.

Vollkommen neu und den alten Feuerwehrleuten unbekannt war das bei der Brandbekämpfung im Kriege notwendige Arbeiten in großen Verbänden. Bei Großfeuern in Friedenszeiten kam es im Höchsthalle zur Ansammlung einiger Löschzüge. Die Leitung der starken Löschverbände im Kriege erforderte im Feuerlöschwesen bis dahin nicht gebräuchliche Grundsätze für die Leitung von Löschmaßnahmen, die denen der Truppenführung verwandt waren. Die Heranbildung dazu geeigneten Personals kostete große Anstrengungen.

Die technische Ausrüstung und der Ausbildungsstand des Luftschutzdienstes waren Mitte 1944 allgemein gut und ausreichend. In den letzten Monaten des Jahres 1944 wurden die Luftschutzkräfte durch weiteren Abzug von Personal erheblich geschwächt. Die kämpfende Truppe forderte immer mehr Menschen. Die damals etwa Fünfundvierzigjährigen — die jüngsten Männer der Luftschutzorganisationen — rückten zum Frontdienst ein. Etwa 20 % der Angehörigen der Braunschweiger Berufsfeuerwehr wurden in schon vorgerücktem Alter zur Dienstleistung in Städte Sachsen-Anhalts und nach Österreich abgeordnet. Von dem ukrainischen Personal der Luftschutzdienste gab es ebenfalls Abgänge an die kämpfende Truppe.

Es war der Zeitpunkt gekommen, wo zur Auffüllung der Luftschutzeinheiten keine Menschen mehr zur Verfügung standen. Die Bevölkerung war schon zu oft auf kriegsverwendungsfähige Männer durchkämmt worden. Es fand sich in der Heimat kein körperlich leistungsfähiger oder entbehrlicher Mann mehr. Die Front forderte die letzte Kraft an.

In dieser Zeit füllte man die entstandenen Lücken im Personal der Luftschutzorganisationen durch Notdienstverpflichtungen von Frauen auf. Anfangs wurden die weiblichen Kräfte für Schreib-, Telefon- oder andere leichte Dienste verwandt; doch bald mußte man sie auch bei Dienstleistungen verwenden, die vorher ausschließlich Männern vorbehalten waren. Unter diesen Verhältnissen begann das Jahr 1945.

Aus den Einsätzen der Luftschutzorganisationen im Jahre 1944 hatte die Tätigkeit nach einem Großangriff, der die Vernichtung der Innenstadt zur Folge hatte, besonders hervorgeragt. Seitdem waren in Braunschweig keine Angriffe mehr

erfolgt. Aber das Jahr 1945 erforderte nochmals mehrere Einsätze nach Angriffen auf Braunschweig, die mit einem bis zum äußersten geschwächten und überalterten Personalstand durchgeführt werden mußten. Als im April 1945 für Braunschweig der Krieg zu Ende ging, löste sich die Luftschutzorganisation von selbst auf. Ein großer Teil des Luftschutzgerätes sickerte in unkontrollierte Kanäle, ein anderer Teil verblieb bei Behörden und Dienststellen, die friedensmäßig dazu berufen waren, den Bürgern bei Notständen zu helfen.

Die riesigen Betonklötze der Luftschutzbunker wurden später gesprengt oder — das waren nur sehr wenige — für Wohnzwecke nutzbar gemacht. Nur einige blieben in ihrer ursprünglichen Form erhalten. Die Feuerlöschteiche wurden zugeschüttet oder eingeebnet; und somit verschwanden die Luftschutzbauten aus dem Stadtbild, wie die Luftschutzeinrichtungen aus den noch verbliebenen Wohnhäusern entfernt wurden.

## II

### Der Luftkrieg in Braunschweig

von 1939 bis 1945

#### I. Die Kriegseignisse bis Ende 1943

Der zweite Weltkrieg brach für die Völker Europas keineswegs überraschend aus. Selbst der kleine Mann auf der Straße fühlte, daß die Gegensätze der Regierungen immer größer wurden. Obgleich es an großzügigen, vermittelnden Gesten einzelner Politiker nicht fehlte, war es unverkennbar, daß das wechselvolle Spiel der europäischen Politik gewaltsamen Formen zustrebte.

Als am 1. September 1939 der Schnittpunkt in den Beziehungen der Völker eintrat, war das deutsche Volk tief betroffen. Es wollte in seiner Mehrheit keinen Krieg. Auch mit den Mitteln einer modernen Massenbeeinflussung gelang es nicht, im Volke Kriegsstimmung zu erzeugen. Das Wissen um das Wesen des Krieges war aus den Erfahrungen des ersten Weltkrieges von 1914—1918 noch außerordentlich wach. Erst später, nach den Blitzsiegen in Ost, West, Nord und Süd, kam für einige Zeit ein Hochgefühl auf, das aber bald wieder einer nüchternen Betrachtungsweise weichen sollte.

Für die Zivilbevölkerung lag die Beantwortung der Frage geradezu dämonisch im Hinterhalt: Wie wird sich der zu erwartende Luftkrieg auswirken? Es fehlte nicht an Stimmen, die mit einem schlagartigen Überfall auf die Städte rechneten. Man sah die Städte von Sprengbomben und Bränden verwüstet und sah selbst durch die Ruinen noch Giftgaswolken ziehen. Doch das waren die extremen Anschauungen. Die Fachwelt rechnete mit erheblichen Teilschäden, und das hielt sie nur in einem Gebiet für möglich, das etwa 250 bis 300 km von den Grenzen entfernt lag. Als besonders gefährdet galten im allgemeinen Industrie-, Versorgungs- und Verkehrsanlagen. Die offizielle Kriegspropaganda vertrat die Ansicht, daß auf Grund der starken deutschen Flugzeugabwehrkräfte keine größeren Luftangriffe möglich seien. Keine der aufgestellten Theorien über das Verhalten des Gegners bestätigte sich anfangs. Es waren zunächst überwiegend nur Erkundungsflüge zu verzeichnen.

Der zivile Luftschutz hatte sich bis 1939 in die Breite entwickelt. Im Grunde war nur die gewiß sehr wertvolle Kleinarbeit geleistet worden. Von einer festgefügtten Luftschutzorganisation konnte keine Rede sein. Der gute Wille und die Einsatzfreude ungezählter Bürger hätte bei einem Angriff nur eine sehr begrenzte Gesamtleistung erzielen können. Es gab sehr viele Stellen, die auf die Luftschutzorganisation einwirkten und Befehle wie Gegenbefehle erteilten. In den anderen Städten des Reiches lagen die Verhältnisse nicht anders. Der Kriegsgott hatte



seinen Bannstrahl noch nicht auf das deutsche Hinterland gerichtet, und das bedeutete Glück für die deutschen Städte.

Der Raum Braunschweig lag noch außerhalb der Reichweite schwerer Bombenflugzeuge. Würde es immer so bleiben?

Zweifellos hatte Braunschweig mit seiner ausgeprägten Metallindustrie und seiner Lage an der Ostwestverbindung des Reiches kriegswichtige Bedeutung, besonders im Hinblick auf die in allen Himmelsrichtungen vorgelagerten Industriegebiete der eisenschaffenden und rohstoffgewinnenden Großbetriebe. Die im Stadtgebiet ansässigen Industrien und die Hauptverkehrsanlagen waren mit den Wohngebieten der Bevölkerung eng verzahnt. Die vorherrschende, mittelalterliche Holzbauweise im überwiegenden Teil der Innenstadt bot bei einer sehr engen Straßenführung beste Voraussetzungen dafür, daß abgeworfene Sprengbomben zur vollsten Auswirkung kommen konnten. Fast noch besser schienen die Voraussetzungen für Brandbombenwirkungen zu sein. Die Innenstadt mit ihren mittelalterlichen Bauten zeigte sich als ein unermessliches Holzlager, wenn man die Situation vom Standpunkt des Brandschutzes her betrachtete. Aber vorerst war keine Gefahr. Der Gegner konnte ja nicht!?

Das J a h r 1 9 3 9 brachte in Braunschweig keine Luftkriegsereignisse. Nur am 9. September 1939 in der Zeit von 3.17 Uhr bis 3.35 Uhr waren Aufklärungsflieger anwesend, die die Auslösung von 18 Minuten Fliegeralarm verursachten.

Der nächste Fliegeralarm erfolgte erst wieder im J u n i 1 9 4 0, wiederum nachts, während der erste Tagesalarm für Braunschweig einen Monat später notwendig wurde. Im Sommer 1940 wurde die Flugtätigkeit der Alliierten allgemein lebhafter. Einzelne Fliegerangriffe kleineren Umfanges erfolgten zu dieser Zeit schon in der Nähe Braunschweigs. So mußten am 18. Juni 1940 gegen 20.00 Uhr Braunschweiger Luftschutzkräfte nach Dollbergen (etwa 35 km westlich Braunschweigs) zur Bekämpfung von Schäden nach einem Luftangriff auf eine Mineralölanlage entsandt werden. Während eines Fliegeralarms am 17. August 1940 nachts wurden erstmalig im Braunschweiger Stadtgebiet Bomben geworfen. Sie fielen in die Schrebergärten des Mastbruches und forderten zwei Todesopfer. Das Jahr 1940 ging zu Ende, ohne daß weitere Luftkriegsereignisse in Braunschweig eintraten. Es hatte für Braunschweig 82mal Fliegeralarm mit insgesamt 137 Alarmstunden gebracht.

Doch das J a h r 1 9 4 1 sollte schon am 10. Februar 1941 gegen 21.30 Uhr Bombenabwürfe in das Weichbild der Stadt Braunschweig bringen. Während eines sechsständigen Fliegeralarms fielen einige Sprengbomben in die Uferböschung des Umflutgrabens der Oker. Dadurch erhielten die Grundstücke Am Fallersleber Tore 6 und 7 schwere Schäden. Die Gebäude mußten später abgetragen werden. Weitere Schäden entstanden durch Bombenabwürfe an drei Grundstücken des Petritorwalls, wo gleichzeitig sechs kleinere Brände auftraten. Darüber hinaus gingen am Rudolfplatz und auf dem Sackring vier Sprengbomben nieder, wodurch einige Wohnhäuser beschädigt wurden. Personenverluste traten an diesem Tage nicht ein.

Gleichzeitig mit den Abwürfen in Braunschweig wurden in der Landgemeinde Wenden und auf dem Flugplatz Waggum Brandbomben abgeworfen. Wesentlicher Schaden entstand dadurch nicht. Auch in der Stadt Hannover fielen in dieser Nacht Bomben. Zur Bekämpfung der entstandenen Schäden in Hannover wurden Braunschweiger Luftschutzkräfte entsandt.

Schon in der folgenden Nacht, am 11. Februar 1941 gegen 22.30 Uhr, wurden erstmalig neben Sprengbomben auch in Braunschweig Brandbomben geworfen. Es wurde die Gegend Westbahnhof, Hugo-Luther-Straße, Frankfurter Straße bis zur Fabrikstraße betroffen. In den Wohnhäusern entfernten die Bewohner die Brandbomben, ehe sich größere Brände entwickeln konnten. Doch in den Lutherwerken waren die Brandbomben massiert gefallen, wodurch die Dachkonstruktion einer Werkhalle und Schränke der Belegschaft in Brand gerieten. Das entstandene Feuer konnte mit vier Rohren schnell gelöscht werden. Vor dem Stationsgebäude des Westbahnhofes lag eine Sprengbombe, die sich bald als Zeitzünder erwies. Bei der Explosion wurden zwei Personen getötet und eine schwer verletzt.

Am 2. Mai 1941 ging eine Sprengbombe auf der Karl-Schmidt-Straße nieder, die nicht explodierte. Der Blindgänger konnte beseitigt werden. Wesentlicher Schaden entstand nicht. Die weiteren Monate des Jahres 1941 brachten keine Luftkriegsereignisse. In diesem Jahre gab es für Braunschweig 38mal Fliegeralarm bei einer Gesamtdauer von ca. 89 Stunden.

Die Kriegsschauplätze im Westen und Norden Europas hatten sich erweitert, nachdem die deutschen Truppen im Osten bis zu einer Linie, die von Petersburg über Moskau bis zum Kaspischen Meer reichte, vorgedrungen waren. Im Süden standen sie bald in Nordafrika.

Das Jahr 1942 brachte in Braunschweig hinsichtlich des Luftkrieges nur einzelne Bombenabwürfe ohne wesentliche Folgen. Am 13. August 1942 gegen 9.30 Uhr fielen im Norden der Stadt in der Nähe Ottenroder Straße einige Brandkanister. Am 24. August 1942, gegen 11.00 Uhr, ging bei der Ziegelei Querum und in den Schunterwiesen je ein Brandballon nieder, ohne Schaden anzurichten. Am 9. November 1942 nachts wurde das Dorf Nordassel in der Nähe des Salzgittergebiets angegriffen. Braunschweiger Luftschutzkräfte leisteten Hilfe beim Ablöschen einiger Gehöfte. 1942 gab es in Braunschweig 23mal Fliegeralarm mit einer Gesamtdauer von ca. 25 Stunden. Zu den Ereignissen des Jahres 1942 muß aber auch noch der Abwurf eines Brandballons am 7. Januar 1943 gerechnet werden, der gegen 15.00 Uhr im Westen der Stadt, in der Gegend Kälberwiese, nieder ging, wiederum ohne Schaden anzurichten.

Die Luftkriegsereignisse in Braunschweig im Jahre 1942 hatten keine besonderen Folgen hinterlassen; doch die Gesamtsituation Deutschlands hatte sich verschlechtert. Die Schlagkraft der gegnerischen Luftwaffe war in den letzten Monaten gewachsen. Die Zahl sowie die Heftigkeit der Angriffe auf deutsche Städte steigerten sich von Monat zu Monat. Der Aktionsradius der angreifenden Flugzeuge wuchs laufend. Man mußte in Deutschland bei Luftangriffen bittere Erfahrungen sammeln. Viele Städte, besonders im Küsten- und im Rhein-Ruhr-Gebiet, erlitten bald schwerste Schäden. Die Stadt Köln hatte am 1. Juli 1943 bereits 117 z. T. schwerste Angriffe hinter sich. Mitte 1943 waren Tageseinfüge im Westen des Reiches nichts Seltenes mehr. Die Flak und Jagdabwehr konnten diesen Einfügen nicht ausreichend wirksam entgegentreten. Fast täglich überflogen starke Kampfverbände auch den Braunschweiger Raum, um ihre Bombenlasten im Hinterland, vorwiegend in Berlin, abzusetzen. Die Bevölkerung wußte die fast ungestörten Einfüge bald als ein Zeichen beginnender Schwäche des Reiches zu erkennen. Die Situation hatte sich geändert. Regelmäßig erreichten starke Bomberverbände mit mehr als 100 Flugzeugen das Hinterland und hinterließen grausige Verwüstungen.

Die Stadt Braunschweig hatte bis dahin, im Vergleich zu anderen Städten, nur geringe Verluste aufzuweisen. Das J a h r 1 9 4 3 sollte den ersten größeren Luftangriff auf die Stadt Braunschweig bringen. Mit dem Erstarken der gegnerischen Kräfte und dem Erlahmen der deutschen Abwehr konnte es nur eine Frage der Zeit sein, wann Braunschweig Kampfziel sein würde. Man bangte in Braunschweig dem Tag entgegen, an dem über die schöne Stadt an der Oker das von dem Schicksal anderer Städte nun schon bekannte Inferno eines großen Luftangriffes hereinbrechen würde und nach Lage der Dinge hereinbrechen mußte. Unermüdlich wurden vorbeugende Maßnahmen vielseitiger Art zur Verminderung der Wirkung kommender Luftangriffe durchgeführt.

Am 27. September 1943 meldete der Luftschutzwarndienst in den späten Abendstunden: Starke Kampfverbände im Anflug über der Nordsee. Das war eine Formulierung, die alltäglich war. Bald wurde in Südhannover-Braunschweig Fliegeralarm ausgelöst, weil sich die einzelnen Kampfverbände Hannover näherten. Auch das war nicht ungewöhnlich. Wie oft war diese Situation schon dagewesen. Doch zwischen Hannover und Braunschweig teilten sich die Kampfverbände und griffen beide Städte gleichzeitig an. Hannover hatte den schwereren Angriff zu erdulden und verlor neben großen Sachwerten 98 Bürger durch den Tod.

In Braunschweig wurden in dieser Nacht gegen 22.50 Uhr Spreng- und Brandbomben geworfen. Das Schadensgebiet erstreckte sich vorwiegend über die Vororte Braunschweig-Riddagshausen und Braunschweig-Gliesmarode. Daneben entstanden Schäden im Stadtbezirk Hagen im Raum Gliesmaroder Straße, Zimmerstraße, Nordstraße und Am Bülden. Außer der Pianofortefabrik Grotrian-Steinweg, die zu dieser Zeit als Flugzeugreparaturwerk diente, wurden ausnahmslos Wohnhäuser, Handwerksbetriebe und landwirtschaftliche Anwesen getroffen. Die Sprengbomben begruben viele Menschen in den Luftschutzkellern. Die Bergung der Verschütteten vollzog sich rasch. Einer großen Zahl von Verletzten mußte Erste Hilfe geleistet werden. Viele wurden der ärztlichen Betreuung zugeführt. 63 Tote waren zu beklagen.

Die Brandbekämpfung war erschwert, weil das Wasserrohrnetz angeschlagen war und die Hydranten teilweise ausfielen. Auf dem Büldenweg wurde eine Wasserrohrleitung von 650 mm  $\phi$  getroffen. Riesige Wassermengen strömten in die Umgebung und wühlten einen großen Erdtrichter an der Bruchstelle. Die Straßendecke wurde in weitem Umkreis aufgerissen und unterspült. Auf der Nordstraße war eine Gas-Hauptrohrleitung angeschlagen und brannte. Die aufgekomenen Brände waren jedoch bald in der Gewalt der Löschkräfte, und in den frühen Morgenstunden waren alle Brandstellen abgelöscht.

Die ersten Hilfsmaßnahmen für die Geschädigten setzten unverzüglich ein. In der Braunschweiger Tageszeitung erschien am 28. September 1943 folgender Aufruf:

**Achtung! Fliegergeschädigte!**

Für alle Obdachlosen und Fliegergeschädigten der inneren Stadt wird in der Gaststätte Lindenhof (Kasernen- Ecke Humboldtstraße) Verpflegung verabfolgt: 8 Uhr Frühstück, 12 Uhr Mittag, 18 Uhr Abendbrot. — Die Ortsgruppen Riddagshausen, Gliesmarode, Querum haben örtliche Verpflegung.

**Auffangstellen sind:** Schulen Büldenweg und Comeniusstraße, Luftschutzschule Gliesmarode und Schule Riddagshausen. An diesen Stellen melden sich die Obdach-

losen. Hier erfolgt die Ausgabe von Bezugscheinen, Lebensmittelkarten, Quartierzuteilung. Geldliche Entschädigung und Schadensfeststellungen werden vorgenommen.

Glasschäden werden ab sofort durch Handwerkertrupps ausgebessert, erst die wichtigsten Fenster, später die anderen.

Für Hausratbergung sorgen Partei und Stadtverwaltung. Als Speicher dient die Schule Heinrichstraße.

Aus dem Verlauf der Hilfsmaßnahmen war zu erkennen, daß die Luftschutzkräfte Braunschweigs personell und sachlich zu dieser Zeit in der Lage waren, den Folgen eines mittelschweren Angriffs schnell und wirksam entgegenzutreten, um die Erweiterung der Schäden zu verhindern und den Geschädigten schnell Hilfe zuteil werden zu lassen.

Durch diesen Angriff entstand folgender Personen- und Sachschaden:

63 Tote

5 Brände in Industrie- bzw. Gewerbebetrieben

40 Brände in Wohnhäusern

1 Brand Gas-Hauptrohrleitung auf der Nordstraße und

1 Großschaden am Wasserrohrnetz.

In rückschauender Beurteilung muß dieser Angriff als „mittelschwer“ bezeichnet werden. Mit diesem Angriff war aber Braunschweig in die Städte eingereiht, die nennenswerte Luftkriegsschäden aufzuweisen hatten. Die Bevölkerung war durch dieses Ereignis stark beunruhigt und ahnte instinktiv, daß dieses der Anfang einer Folge von Angriffen sein würde.

Viele deutsche Städte lagen schon Ende 1943 in Schutt und Asche. Einzelne Angriffe in mehreren Städten hatten jeweils Trümmerfelder von vielen Quadratkilometern Ausdehnung hinterlassen. In verschiedenen Orten, wie in Köln, Essen und Aachen, waren die Trümmerfelder bei erneuten Angriffen umgepflügt worden. Die Vernichtungswelle hatte sich bereits bis weit ins Hinterland durchgefressen. Berlin, Leipzig und Nürnberg hatten schwerste Angriffe hinter sich. Braunschweig war eine der ganz wenigen Städte, die bei Zugrundelegung der seinerzeit üblichen Begriffe als nahezu unversehrt galt. Braunschweig galt als eine glückliche Stadt. Dabei blieb die Frage offen, ob es auch in Zukunft so bleiben würde.

Diese Frage wurde von der Bevölkerung im allgemeinen nicht optimistisch beurteilt; denn der tägliche Anschauungsunterricht am Braunschweiger Himmel und die Nachrichten über die Brandkatastrophen in anderen Städten ließen auch für den Hoffnungsvollsten die Zukunft nicht rosig erscheinen. Von Woche zu Woche erschienen die Aussichten für Deutschland schlechter, und sorgenvoll begann das Jahr 1944.

Wird das neue Jahr die Kriegsfurie auch über Braunschweig toben lassen und werden Feuerstürme auch in Braunschweig sengend und brennend rasen? Wird der Tod bei Luftangriffen auch in Braunschweig, trotz aller sorgfältig durchgeführten Luftschutzmaßnahmen, eine reiche Ernte halten können?

Der größte Teil der Braunschweiger Bevölkerung glaubte bei Beginn des Jahres 1944 aus den raumgreifenden Aktionen des Luftkrieges zu erkennen, daß auch ihre Heimat bald Ziel für Luftangriffe werden würde. Doch welchen Verlauf das Jahr 1944 für Braunschweig nehmen sollte, konnte sich wohl keiner vorstellen.

## II. Braunschweig wird Angriffsziel (1944)

### 1. Die Luftangriffe im Januar

Schon am 11. Januar 1944 gegen Mittag wurde das Lutherwerk II in Bienrode, unmittelbar an der nördlichen Stadtgrenze, von einem amerikanischen Verband angegriffen. Es wurden ca. 190 Sprengbomben mit einer erstaunlichen Genauigkeit auf das Werksgelände geworfen. Drei große Montagehallen wurden zerstört. Die Verluste an Werkseinrichtungen, montagefertigen Flugzeugen und Flugzeugteilen waren erheblich. Es waren vier Tote zu beklagen. Als Folge der Abwürfe wurden Lösch- und Bergungsarbeiten notwendig, die im wesentlichen von den Braunschweiger Luftschutzkräften durchgeführt wurden. Gegen 19.00 Uhr waren die Brände abgelöscht und die Reste der Werkhallen soweit gesichert, daß keine Unfallgefahren mehr bestanden. Trotz dieser schweren Schäden lief die Produktion in sehr kurzer Zeit wieder an.

War dieser Angriff gerade noch am Stadtgebiet Braunschweig vorbeigegangen, so sollte schon am 14. Januar gegen 19.00 Uhr der Südrand der Stadt von einem neuen Angriff getroffen werden. Durch den Abwurf von Spreng- und Brandbomben entstand ein Schadensgebiet, das sich von der Rüniger Gartenstadt über die Harzburger-, Henschel- und Borsigstraße bis zum Eisenbahnsignalwerk auf der Ackerstraße hinzog. In der Rüniger Gartenstadt wurden fünf Siedlungshäuser auf der Hilsstraße total zerstört, während andere leichtere Schäden erlitten. In der Gegend Zuckerbergweg — Harzburger Straße — Limbecker Hof entstanden vornehmlich Sprengschäden. In allen betroffenen Gebieten entstanden kleinere Brände, die bald abgelöscht werden konnten. In den Eisenbahnsignalwerken mußte ein größeres Hallendach mit 3 Rohren gelöscht werden. Daneben hatten die Gleisanlagen der Reichsbahn Schäden erlitten. Der Angriff forderte

14 Tote

10 total beschädigte Häuser

16 schwer beschädigte Häuser

19 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 45.

Dieser Angriff auf den Südrand der Stadt war nur ein Teil der Aktion eines Fliegerverbandes. Zugleich wurde die etwa 15 km entfernt liegende Stadt Wolfenbüttel und die Dörfer an der Asse — Gr.Denkte, Neindorf, Atzum, Ahlum und Wendessen — angegriffen, wo recht erhebliche Schäden entstanden. Zur Durchführung der Lösch- und Bergungsarbeiten in Braunschweig wurde nur ein Teil der örtlichen Kräfte beansprucht, während der andere Teil zur nachbarlichen Löschhilfe in das außerhalb der Stadt gelegene Schadensgebiet entsandt wurde.

Dieses Ereignis war ein Schock für die Bevölkerung, fühlte sie doch, daß auch ihre Stadt nun in der Interessensphäre der Alliierten lag. Eigenartigerweise erwähnte die Presse den Angriff, die Schäden und die Opfer mit keiner Silbe. Erst am 21. Januar 1944 wurde in der Braunschweiger Tageszeitung in einer kurzen amtlichen Meldung von einer stattgefundenen Trauerfeier berichtet. Inoffiziell wurde eine Erklärung über den Angriff verbreitet, daß der Fliegerverband die Aufgabe gehabt habe, die Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter anzugreifen,

jedoch durch die Abwehr daran gehindert worden sei. Die Bombenwürfe in Braunschweig und Umgebung seien nur als „Notwürfe“ zu bezeichnen.

Die Zeit mit einer so ungewissen Zukunft war hart. Jeder war im Zeichen der sich häufenden Angriffe voller Sorgen um das Schicksal seiner Lieben. Die häufigen Alarme sorgten für eine nervöse Grundstimmung.

Am 30. Januar 11.39 Uhr überraschte Braunschweig ein erneuter Angriff. Wieder erstreckte sich das Schadensgebiet über die südlichen und südostwärtigen Stadtteile. Es war eine Fläche betroffen, die bei verstreut liegenden Schäden ein Gebiet von etwa 7·2 km umfaßte. Es wurden die Gemeinde Broitzem, die Gartenstadt Rünigen, der Vorort Melverode, die Rautheimer Kasernen, ferner Einzelgebäude auf der Helmstedter Straße, der Klingemann- und Griepenkerlstraße sowie weitere Gebäude in Riddagshausen betroffen. Des weiteren entstanden Schäden im Ostbahnhof, in der Salzdahlumer Straße, Leisewitz-, Vieweg- und Georg-Wolters-Straße. Die größten Schadenstellen lagen auf der Frankfurter Straße, in der Chemischen Fabrik Eisenbüttel und im Versorgungslager der Reichswerke.

Im Gegensatz zu den bisherigen Schadenstellen nach Angriffen lagen die Bombentreffer diesmal räumlich weit auseinander. Es war wesentlich schwerer, einen raschen Überblick über die durch Spreng- und Brandbomben angerichteten Schäden zu erhalten. Vorsorglicherwise wurden auswärtige Feuerlöschseinheiten alarmiert, denn die örtlichen Kräfte waren bei der Ausdehnung des Schadensgebietes und der Vielzahl der Schadenstellen bald eingesetzt. An vielen Stellen konnte der Selbstschutz nicht unterstützt werden.

Die Brandbekämpfung zog sich bis gegen Mitternacht hin. Besondere Anforderungen stellten folgende Brandstellen an die Löschmannschaften:

In der Chemischen Fabrik Eisenbüttel waren größere Vorratsbehälter mit Benzin- und Paraffin-Beständen in Brand geraten,

im Versorgungslager der Reichswerke Frankfurter Straße waren erhebliche Magazinbestände und die Bäckerei durch Feuer gefährdet,

in Riddagshausen waren vorwiegend landwirtschaftliche Anwesen durch Brandbomben entzündet. Auch die alte Zisterzienser-Klosterkirche erhielt Treffer von Benzin-Kautschuk-Kanistern, deren Brandwirkung jedoch bald beseitigt werden konnte.

In Riddagshausen und bei einer Brandstelle auf der Leisewitzstraße waren noch am 31. Januar Nachlöscharbeiten notwendig. Während der Bekämpfung dieser Schäden ertönte schon am Abend des Angriffstages um 19.53 Uhr erneut Fliegeralarm. Wieder wurden einzelne Sprengbomben geworfen, die im Norden der Stadt in der Donnerburgsiedlung und am nördlichen Rande der Innenstadt auf die Schubertwerke niedergingen.

Die Angriffe vom 30. Januar stellten hinsichtlich der räumlichen Ausdehnung des betroffenen Gebietes und des Schadensumfanges für Braunschweig etwas Neues dar. Die Bevölkerung war stark beeindruckt. Die Presse veröffentlichte am 1. Februar 1944 folgende Notiz:

NSG. Das Reichspropagandaamt Südhannover-Braunschweig teilt mit: Wie der Wehrmachtsbericht vom 31. Januar bereits mitteilte, drangen am Vormittag des 30. Januar nordamerikanische Bomber bis in den Raum Braunschweig und Magdeburg vor. Auch im Stadtgebiet von Braunschweig fielen eine Anzahl von Sprengbomben,

Brandbomben und Phosphorkanistern. Die Volksgemeinschaft hat den Tod von 14 Gefallenen sowie einige Verletzte zu beklagen. Auch im Landgebiet um Braunschweig wurden mehrere Bomben geworfen, denen 96 Gefallene zum Opfer fielen.

Das Hilfs- und Betreuungswerk der Partei setzte sofort mit allen erforderlichen Maßnahmen ein.

Von der Einwohnerschaft wurde die selbstlose und oft aufopferungsfreudige Tätigkeit der Selbstschutzkräfte, der Luftschutzpolizei und der vielen namenlosen Helfer gewürdigt.

Der Angriff forderte

14 Tote
25 total beschädigte Häuser
58 schwer beschädigte Häuser
41 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 124.

## 2. Der Luftangriff am 10. Februar

Die Angriffe vom 30. Januar hatten ein ausgedehntes Schadensgebiet hinterlassen, doch sollte dieses durch einen weiteren Angriff am 10. Februar gegen 11.30 Uhr eine erhebliche Erweiterung erfahren.

Schon kurz nach Auslösung des Fliegeralarms wurden etwa 20 Minuten lang Spreng- und Brandbomben geworfen. Die Menge und die Heftigkeit der Detonationen, die Geräusche der Bombensplitter und das Bersten von Gebäuden förderten schnell die Erkenntnis, daß es sich um einen schweren Angriff handelte.

Als sich die Einwohner aus den Kellern wagten, schlug ihnen vielfach schon beizender Rauch entgegen. Über Trümmer und Schutt mußten sie sich ihren Weg bahnen. Doch viele, viele Menschen waren in den Kellern verschüttet oder hatten den Tod gefunden. Dieser Angriff war das Schlimmste, was Braunschweig bis dahin erlebt hatte. Viele Sprengtrichter, herabhängende Oberleitungen der Straßenbahn, Schuttberge von eingestürzten Häusern und umherliegende Blindgänger behinderten den Verkehr.

Das Hauptschadensgebiet lag in der Innenstadt. Vom Wendentor bis Augusttor und vom Magnitor bis Petritor reihte sich eine Schadenstelle an die andere. Von den Außengebieten waren besonders der Wilhelmitorwall, Petritorwall und ein Gebiet in den Stadtbezirken Hagen und Stadtpark, das etwa von der Glesmaroder Straße, Wilhelm-Bode-Straße, Riddagshäuser Weg, Helmstedter Straße, Augusttor begrenzt wurde, betroffen.

Die erste Erkundung ließ als Schwerpunkte der Brandbekämpfung folgende Gebiete erkennen: Südklint, Bäckerklint, Radeklint — Hintern Brüdern und Umgebung — Altstadtmarkt und Umgebung — Ruhfäutchenplatz — Sack, Höhe, Schild — Aegidienmarkt, Bohlweg — Kaiser-Wilhelm-Straße und Nebenstraßen.

Die Bergung der Verschütteten und die Brandbekämpfung wurden unverzüglich aufgenommen. Bei der Vielzahl der Schäden mußte leider manche Schadenstelle vorerst unbesetzt bleiben; doch mit dem Anrücken der auswärtigen Kräfte konnte der Ausdehnung der Brandschäden immer besser entgegengetreten werden. Der Tatkraft des Selbstschutzes und der eingesetzten Luftschutzorganisationen war es zu verdanken, daß einzelne Großbrände nicht zu einem Flächenbrand zusammenwachsen konnten, was die Vernichtung ganzer Stadtteile zur Folge gehabt hätte.

Die Sammelwasserleitung (Hydranten) war im gesamten Schadensgebiet ausgefallen, und es mußte ausschließlich auf die unabhängige Löschwasserversorgung — natürliche und künstlich angelegte Wasservorräte — zurückgegriffen werden. Die dazu notwendigen langen Schlauchleitungen erforderten viel Arbeitskraft und technischen Aufwand.

Vorwiegend in den ostwärtigen Schadenstellen kam es zu Totalbränden. Zu den schwersten Schäden kam es dort, wo der Selbstschutz nicht die Bekämpfung der Entstehungsbrände aufgenommen hatte, sondern sich in erster Linie auf das Bergen der Wohnungseinrichtungen verlegte. Das war eine betrübliche Erfahrung, die eigenartigerweise nur in dieser Gegend gemacht wurde, während es dem Selbstschutz in anderen Stadtteilen bei gleichartigen Voraussetzungen regelmäßig gelang, die Anfangsbrände so lange unter Kontrolle zu halten, bis besser ausgerüstete Kräfte zur Verfügung standen. Diese Erfahrungen lösten eine umfangreiche Aktion in der Presse unter den Schlagworten aus „Erst Löschen und dann Bergen“.

Einen beachtlichen Teil an den Gesamtschäden stellten bei diesem Angriff die Sprengbombenschäden. Der Abwurf der vielen Sprengbomben hatte auch indirekt eine Vergrößerung der Brandschäden zur Folge, weil die Löschkräfte in die Keller gezwungen wurden und beim Verlassen der Luftschutzräume schon entwickelte Brände vorfanden, die sich erheblich schwerer als Entstehungsbrände bekämpfen ließen.

Ein Volltreffer in das Reserve-Lazarett Raabe-Schule forderte über 30 Tote. In der Hoffmann-von-Fallersleben-Schule tötete eine Sprengbombe 4 Angehörige einer Braunschweiger Löschgruppe. Die Personenschäden betrugen nach amtlicher Bekanntgabe 193 Tote. Dazu kamen noch die Verschütteten, die erst durch zeitraubende Maßnahmen geborgen werden konnten und z. T. nachträglich ihren Verletzungen erlagen. Die Gesamtzahl der Toten lag nach zuverlässigen Aussagen bei 350 Personen. Daneben war eine große Zahl Verletzter angefallen.

Durch die entstandenen Schäden waren viele Menschen obdachlos geworden, viele hatten dazu noch ihre gesamte Habe verloren. Doch konnte die soziale Not in großem Umfange gemildert werden. Die Zuweisung von Quartieren und Gebrauchsgegenständen war möglich und wurde durchgeführt. Bis auf Einzelfälle konnte der unmittelbaren Not gut gesteuert werden.

Dieser Angriff hatte die Stadt Braunschweig schwer angeschlagen. Neben den vielen Wohn- und Geschäftshäusern hatte die Industrie schwere Schäden erlitten: Die Firmen Büssing NAG., Braunschweiger Maschinen-Bauanstalt, der Großverlag Westermann, die Reichsbahn am Haupt- und Ostbahnhof sowie das Netz der Straßenbahn mußten schwere Schäden hinnehmen. Doch waren diese Schäden, verglichen mit denen in der Stadt, nicht erheblich.

Viele Schäden erlitten auch historische und öffentliche Bauten. So wurden u. a. total zerstört: Die Alte Waage neben der Andreaskirche, ein freistehendes herrliches Fachwerkhäus für Zwecke einer öffentlichen Waage mit Speicher von 1534. Das sog. Mummehaus, ein prächtiges Patrizierhaus der Spätrenaissance am Bäckerkint. Die Hoffmann-von-Fallersleben-Schule, eine höhere Schule für Jungen.

Schwer beschädigt wurden: Das Martineum, das einzige aus dem alten Braunschweig erhalten gebliebene Lateinschulgebäude von 1592—94. Der Südflügel und die Rückfront des Schlosses, des stolzen Ottmer-Baues aus der Mitte des



19. Jahrhunderts. Die frühere Dompfarre zwischen Rathaus und Polizeipräsidium, die damals als Verwaltungsgebäude für die Luftschutzpolizei benutzt wurde. Ferner das St. Vinzenz-Krankenhaus, das Hotel Deutsches Haus, das Hotel Preußischer Hof und die Gaststätte Mokkastube.

Weiter wurden zerstört: Die Staatsanwaltschaft, die Öffentliche Bücherei Hintern Brüdern, das Lichtspieltheater Schauburg sowie die Textilhäuser Langerfeldt und Pfeiffer & Schmidt.

Die schönen Braunschweiger Häuserzeilen in ihrer reizvollen leicht gekrümmten Linienführung waren aufgerissen und durch Bombenwirkungen zerfetzt und ausgebrannt. Auch für den Fachmann überraschend gut hatte die alte Bauweise den Bombenwirkungen standgehalten, wenn nicht konzentrierte Wirkungen aufgetreten waren. Mancher Ziegelbau war eingestürzt, wo der Fachwerkbau die Druckwirkungen der Bomben elastisch überstanden hatte. Viele Ziegelbauten fielen für Unterbringung von Menschen aus, während Fachwerkbauten nach gleichen Beanspruchungen noch als Behelfsunterkünfte dienen konnten. Doch die Zeit sollte lehren, daß auf die Dauer nichts dem modernen Krieg widerstehen konnte.

Nach dem schweren Angriff vom 10. Februar 1944 waren folgende Feuerlöschkräfte eingesetzt worden:

- 3 FE-Bereitschaften Braunschweig
- 1 FE-Bereitschaft Watenstedt-Salzgitter
- 1 FE-Bereitschaft Peine
- 1 FE-Bereitschaft Hildesheim
- 2 FE-Bereitschaften Hannover
- 2 Kompanien FSchP. (mot.) Hannover-Helmstedt
- 1 Abteilung LS (mot.) Broitzem und Querum mit insges. 64 Fahrzeugen
- 2 FE-Züge Hannover
- 9 Gruppen Freiw. Feuerwehr Braunschweig-Stadt
- 49 Gruppen Freiw. Feuerwehr Kreis Braunschweig
- 22 Gruppen Freiw. Feuerwehr Kreis Helmstedt
- 9 Gruppen Freiw. Feuerwehr Kreis Wolfenbüttel
- 3 Gruppen Freiw. Feuerwehr Kreis Goslar-Stadt
- 8 Gruppen Freiw. Feuerwehr Kreis Goslar-Land
- 16 Löschgruppen der Reichsbahn aus: Braunschweig, Celle, Dessau, Halberstadt, Halle, Hannover, Kreiensen, Lehrte, Magdeburg, Stendal
- 11 Löschgruppen der Werkfeuerwehren: Büssing NAG, Lutherwerke, Miag, Reichswerke Watenstedt-Salzgitter, Volkswagenvorwerk Braunschweig
- 17 Kleinkraftspritzengruppen der Stadt Braunschweig.

Die Versorgung dieser Kräfte mit Kraftstoff und Verpflegung während des Einsatzes stellte an die örtliche Luftschutzleitung erhebliche Anforderungen.

Die Feuerlöschkräfte des Luftschutzortes Braunschweig tätigten vom 10. bis zum 12. Februar 1944 insgesamt 272 Einsätze. Man kann annehmen, daß die auswärtigen Kräfte ebenso viele Einsätze hatten, so daß man mit ca. 550 durch den Angriff entstandenen Brandstellen rechnen kann. Nicht gezählt sind dabei die vielen Entstehungsbrände, die der Selbstschutz erledigte.

Am 12. Februar wurden die auswärtigen Kräfte entlassen. Die Tätigkeit der örtlichen Kräfte aber war noch nicht zu Ende. Viele Nachlöscharbeiten an den Schadenstellen fielen täglich an, die Feuerlöschwasserbehälter mußten aufgefüllt

werden. Manche Reparatur an den Fahrzeugen und Geräten war notwendig geworden. Erst am 19. Februar waren die Auswirkungen vorläufig behoben, die Verschütteten geborgen und die Brandstellen restlos gelöscht. Die Straßen waren wieder benutzbar, wenn auch noch mehrere Stellen mit „Achtung, Blindgänger“ bezeichnet waren.

Der Angriff forderte:

193 Tote (amtliche Bekanntgabe)  
233 total beschädigte Häuser  
282 schwer beschädigte Häuser  
193 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 708.

### 3. Die weiteren Luftangriffe im Februar und März

Schon war man dabei, teilbeschädigte Wohnungen in größerem Umfange wieder bewohnbar zu machen, als am 20. Februar gegen 13.30 Uhr erneut Bomben auf Braunschweig fielen. Diesmal wurden die Gebiete Wilhelmitor, Neu-Petritor, Hohetor und Hagen betroffen. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Angriffen wurden fast nur Sprengbomben geworfen. Die schwersten Schäden lagen in den Industrieanlagen vor dem Wilhelmitor, im Lutherwerk, Miag-Marinewerk, Wilke-Werken, der Maschinenfabrik Karges-Hammer und in den Lagerhäusern Gerloffs Hof, sowie in den Wohnhäusern in der unmittelbaren Nähe dieser Betriebe.

Ein weiteres Schadensgebiet lag im Stadtbezirk Petritor, in der Gegend Hildesheimer Straße, Wendenring, Eichtalstraße, Landeskrankenhaus, Miag-Amme-Werk<sup>33)</sup> und Utzenkamp. Darüber hinaus fielen mehrere Bomben im Schlachthof und in dessen Umgebung.

Die Industrie erlitt schwerste Schäden. Durch die Wirkung der Sprengbomben waren viele Feuerstätten in den Fabriken und Wohnhäusern umgestürzt. Als Folge davon entstand eine Anzahl Brände, um so mehr deshalb, weil die Selbstschutzkräfte nach den Erfahrungen vom 10. Februar die Wohnhäuser verlassen und die Großbunker aufgesucht hatten. Die Entstehungsbrände wurden somit oft erst recht spät bemerkt.

Eigenartigerweise wurden bei diesem Angriff in den Industrieanlagen fast ausschließlich die Betriebsteile der Friedensproduktion getroffen, während die dicht daneben liegenden Werkshallen der Rüstungsproduktion nahezu verschont blieben. Besondere Verhältnisse entstanden im Luftschutzkeller der Molkerei Frankfurter Straße. Dort waren die Milchtanks getroffen worden. Dadurch flossen ca. 40 000 Liter tief gekühlte Milch mit einer Temperatur von etwa 5° C in den Luftschutzkeller, der sich bis zu etwa 40 cm Höhe mit Milch anfüllte und die Schutzsuchenden ins Freie drängte.

Die amtliche Totenliste kurz nach dem Angriff nannte 28 Namen, doch erhöhte sich diese Zahl nach Bergung der Verschütteten auf ca. 110 Personen. Die Bergungs- und Löscharbeiten waren dadurch erschwert, daß eine große Anzahl von Sprengbomben mit Zeitzündern geworfen worden war, die nachträglich explodierten. Der FE-Dienst hatte durch Zeitzündern 2 Verletzte zu beklagen.

<sup>33)</sup> Unter Miag-Amme-Werk sind die Industrieanlagen nördlich der Ernst-Amme-Straße zu verstehen.

Die Luftschutzorganisation hatte sich am 20. Februar schon so weit eingespielt, daß viele auswärtige Kräfte sofort nach Bekanntwerden eines Angriffes auf Braunschweig selbständig anrückten. Doch an diesem Tag konnte die Mehrzahl entbehrt werden. Neben den örtlichen Kräften wurden nur

1 Einheit LS (mot)

2 Züge FE-Dienst Watenstedt-Salzgitter und

11 Gruppen Freiw. Feuerwehr aus dem Landkreis Braunschweig

tätig. Gegen 22.00 Uhr waren die etwa 60 entstandenen Brandstellen gelöscht. Die Menschenbergung zog sich an einigen Stellen noch länger hin. Die Beseitigung der Bombentrichter auf öffentlichen Straßen war bald beendet.

Dieser Angriff forderte:

28 Tote (amtliche Bekanntgabe)

47 total beschädigte Häuser

40 schwer beschädigte Häuser

18 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 105.

Die Bevölkerung hatte kaum den Schock des letzten Angriffes hinter sich, als am nächsten Tage, am 21. Februar gegen 15.30 Uhr, erneut Fliegeralarm ertönte. Wieder wurde Braunschweig, diesmal im nördlichen und nordostwärtigen Stadtrandgebiet, angegriffen. Es kamen ausnahmslos Sprengbomben zum Abwurf. Der größte Teil fiel in die Feldmark. Das Ziel des Angriffes war zweifellos das Motorenwerk Büssing in Braunschweig-Querum, wo aber nur geringfügige Schäden verursacht wurden. Dagegen entstanden schwerere Schäden in den benachbarten Wohnsiedlungen Kralenriede und Schunterriede sowie an Wohnhäusern im Gartengelände der Ottenroder Straße. Im Ortsteil Querum erlitten 2 Ziegeleien schwere Zerstörungen. Der Bahnhof Querum wurde ebenfalls beschädigt.

In den letzten Tagen hatte Braunschweig drei Angriffe erlebt. Sämtliche Angriffe wurden um die Mittagszeit durchgeführt, ohne daß eine wirksame aktive Abwehr festgestellt werden konnte. Die Bevölkerung saß in den Kellern und Bunkern und mußte die Tätigkeit der Fliegerverbände über sich ergehen lassen. In den Stadtrandgebieten liefen die Menschen vielfach auf das freie Feld. Wie der Angriff vom 21. Februar zeigte, waren sie auch im freien Gelände keineswegs sicher vor Bombenwürfen. Dieser Angriff forderte:

26 Tote

34 total beschädigte Häuser

22 schwer beschädigte Häuser

15 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 71.

Die Kette der Angriffe riß nicht ab. Schon am 29. Februar gegen 11.30 Uhr erfolgte bei eisigem Schneetreiben ein neuer Angriff. Die Schäden lagen in der Wohnhaussiedlung Lehdorf mit Ausläufern am Madamenweg und auf der Kreuzstraße. Weitere Schäden entstanden auf der Hamburger Straße am Schützenplatz. Es entstanden insgesamt 24 Brandstellen. Darüber hinaus gab es noch eine Anzahl Sprengbombenschäden. Ein regelrechtes Schulbeispiel für den Wert eines gut arbeitenden Selbstschutzes lieferte die Bevölkerung Lehdorfs. Die Brände entstanden vorwiegend durch den Abwurf von Flüssigkeitsbrandbomben. Sie konnten aber durch das energische und umsichtige Eingreifen des Selbstschutzes bis zum

Eintreffen der besser ausgerüsteten Löschkräfte das Stadium von Entstehungsbränden nicht überschreiten. Mögen auch in anderen Wohngebieten die Verhältnisse für den Selbstschutz nicht so günstig gelegen haben wie in dieser Siedlung mit offener Bauweise, so bleibt dieser Einsatz doch bemerkenswert.

Dieser Angriff forderte:

14 Tote
10 total beschädigte Häuser
20 schwer beschädigte Häuser
23 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 53.

Die Hauptbelastung dieses Angriffes hatten die im Westen Braunschweigs liegenden Dorfgemeinden Watenbüttel, Walle, Völkenrode, Lamme und Timmerlah zu tragen. Auch der Flugplatz Völkenrode mit der angrenzenden Luftfahrtforschungsanstalt erhielt Schäden.

Nach diesem Angriff hatte Braunschweig eine Ruhepause von ca. 14 Tagen, bis am 15. März 10.25 Uhr wieder ein Angriff seinen Anfang nahm. Durch Spreng- und Brandbomben entstanden vornehmlich in den Industrieanlagen und Wohngebieten am Westrand der Stadt Schäden. Daneben traten größere Schäden im Stadtbezirk Stadtpark in der Gegend Kaiser-Wilhelm-Straße, Altewiekring und auf der Nußbergstraße auf. Einzelne Schadenstellen lagen in der Innenstadt am Theaterwall und am Bohlweg.

Die schwersten Schäden entstanden im Stadtbezirk Petritor bei den Firmen Miag-Amme, Unger & Sohn, Eisenvater, Hartmann & Braun, Wullbrandt & Seele und in der Roggenmühle Lehdorf. Im Stadtbezirk Wilhelmitor waren es die Firmen Luther, Wilke sowie Karges-Hammer. Wieder mußten starke auswärtige Kräfte um Hilfe ersucht werden, die auch gewährt wurde. Die Brandbekämpfung hatte teilweise günstige Voraussetzungen, weil das Hydrantennetz vielfach benutzbar blieb.

Am 15. März wurde das Landeskrankenhaus auf der Celler Straße in erheblichem Maße von Bomben getroffen. Viele Stationen wurden für die Unterbringung von Kranken unbrauchbar, so daß diese vorerst im Bunker Dauerquartier beziehen mußten. Auch der große Operationssaal wurde durch schwere Treffer total zerstört. Die Sicherung der Kranken bei Luftangriffen bildete für die Krankenanstalten eine besondere Schwierigkeit. Die bettlägerigen Patienten mußten bei Alarm in die Luftschutzräume gebracht werden. Die markante Kennzeichnung der Anstalten mit dem Roten Kreuz bot keine Gewähr dafür, daß die Gebäude von Bomben verschont blieben. Die Braunschweiger Krankenhäuser verfügten über eigene Bunker.

Eine Anzahl der Stationsgebäude hatte nur leichte Brandbombentreffer, doch die eigenartige Dachkonstruktion dieser Häuser (Holz-Zement-Decken) erschwerte die Löscharbeiten so stark, daß ein Sicherstellen des Löscherfolges einem Abreißen des Daches, das gleichzeitig die Zimmerdecke des Obergeschosses bildete, gleichkam.

Bei diesem Angriff erlitt auch erstmalig das Staatstheater Brandschäden, und zwar im Dachgeschoß der Südostecke des Hauses. Daneben brannte noch das Kulissenhaus mit Tischlerei im etwa 150 m abseits gelegenen Park ab.

Neben einer Vielzahl von Wohn- und Geschäftshausbränden in der Innenstadt, auf der Friesenstraße, Ehrenbrechtstraße, in der Gegend um den Wollmarkt, der Eulen- und Maschstraße sowie in den Wohngebieten um die angeführten Industrieanlagen sind noch besondere Schäden bei den Firmen Grotrian-Steinweg (Bohlweg 48) und der Konservenfabrik Lampe zu erwähnen.

Gleichzeitig mit dem Angriff auf Braunschweig erfolgte ein Angriff auf Watenstedt-Salzgitter, wo ca. 15 Großschadenstellen entstanden. In Braunschweig forderte dieser Angriff:

23 Tote  
44 total beschädigte Häuser  
45 schwer beschädigte Häuser  
58 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 147.

Braunschweig mußte seit Anfang des Jahres 1944 eine Serie von Angriffen über sich ergehen lassen und hatte viele Erfahrungen gesammelt. Das leichtfertige Bewegen im Freien während eines Fliegeralarmes hatte nachgelassen. Jeder suchte Deckung. Die Fahrzeuge der Luftschutzorganisationen wurden dezentralisiert, um Massenverluste bei Treffern auszuschließen.

Bei einem erneuten Sprengbombenangriff am 23. März gegen 11.00 Uhr ereilte ein unter der Brücke Wolfenbütteler Straße abgestelltes Löschfahrzeug durch einen Volltreffer sein Geschick. Die dazugehörige Mannschaft von vier Personen fand den Tod.

Darüber hinaus entstanden Sprengschäden vorwiegend im südlichen Teil des Stadtbezirks Altewiek, im Villenviertel Charlottenhöhe und in den Industriebetrieben Büssing, Wolters, Vereinigte Signalwerke sowie im Reichsbahnausbesserungswerk. Insgesamt waren zu beklagen:

17 Tote  
6 total beschädigte Häuser  
3 schwer beschädigte Häuser  
5 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 14.

Die Angriffe fanden ihre Fortsetzung am 29. März gegen 13.15 Uhr. Es war seit dem letzten Angriff kaum eine Woche vergangen, bis wieder Spreng- und Brandbomben auf Braunschweig fielen. Die Schäden lagen verstreut vom Norden über den Westen bis zum Südwesten der Stadt. Einzelne Treffer waren auch in der Innenstadt zu verzeichnen.

An größeren Betrieben wurden im Stadtbezirk Petritor betroffen: Miag-Amme-Werk, Unger & Sohn, Holzlager Becker Celler Straße, Büssing & Sohn Kreuzstraße, Städt. Krankenhaus Holwedestraße, Konservenfabrik Willenberg in Lehn-dorf. Im Stadtbezirk Wilhelmitor waren es die Firmen Karges-Hammer und Wilke. Weiter wurden in der Innenstadt das Textillager Weihe auf der Reichsstraße und in Querum die Ziegelei auf der Forststraße getroffen. Daneben wurden Wohn- und Geschäftshäuser in der Nähe dieser Betriebe in Mitleidenschaft gezogen.

In Lehn-dorf traten Wohnhausschäden auf der Saar- und Saarbrückener Straße auf. In Querum gab es Schäden im Fischerkampe. In der Innenstadt lagen die Schäden auf dem Inselwall, Petritorwall, Hohetorwall, Pawelstraße, Altstadtmarkt, Schützenstraße, Neue Straße und auf dem Bankplatz.

Nach etwa 12stündiger angestrengter Tätigkeit waren die Brände bekämpft. Wieder waren der Stadt und ihrer Wirtschaft schwere Schäden zugefügt. Nachstehende Folgen waren zu verzeichnen:

20 Tote  
66 total beschädigte Häuser  
64 schwer beschädigte Häuser  
173 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 303.

Eine Anzahl auswärtiger Kräfte hatte den Braunschweigern in ihrer Not beigestanden.

Mit diesem Angriff schloß das erste Quartal 1944 ab. Er war der elfte in einem Vierteljahr. Das einst so schöne Bild der Innenstadt war aufgerissen und zerschunden. Gähnende Lücken klafften in den Häuserzeilen, und die Straßen waren durch notdürftig ausgefüllte Bombentrichter gezeichnet. Der Verkehr kroch lahm durch die Straßen. Die Straßenbahn unterhielt in den Außenbezirken einen Notverkehr. Die Wasser-, Strom- und Gasversorgung hatte schwere Schäden hinter sich. Der Telefonverkehr krankte an vielen Störungen. Auch die Außenstadt war arg mitgenommen. Die Industrie litt unter den Schäden an ihren Anlagen. Große Teile der Bevölkerung lebten in Notquartieren und trauerten um Angehörige, die im Bombenhagel umgekommen waren.

#### 4. Der Luftangriff am 8. April (Sonntag vor Ostern)

Der nächste Angriff sollte am 8. April 1944 gegen 14.00 Uhr über Braunschweig kommen. Über eine Stunde war bereits Fliegeralarm. Die eingeflogenen Verbände kreisten über der Lüneburger Heide, während andere sich schon über Sachsen-Anhalt bewegten, ohne daß ein Angriff bekannt wurde. Es blieb lange Zeit die Frage offen, welche Stadt oder welche Städte angegriffen werden sollten.

Nach einem wahrscheinlich vorher festgelegten Zeitplan flogen die Verbände plötzlich die Stadt Braunschweig an und führten einen Angriff in mehreren Wellen durch. Es war Sonntag vor Ostern.

Schon die ersten Meldungen ließen zwei Schwerpunkte der Schadensgebiete erkennen. Der erste lag im Südwesten der Stadt vor dem Wilhelmtor und der zweite im Süden im Raum Wolfenbütteler Straße, Salzdahlumer Straße. Vereinzelte Bombenwürfe verursachten im Nordwesten und Nordosten sowie in der Innenstadt Braunschweigs Schäden. Der Gesamtumfang machte die Anforderung auswärtiger Luftschutzkräfte notwendig. Dieser Angriff war hinsichtlich seiner Stärke mit dem bis dahin schwersten Angriff vom 10. Februar zu vergleichen. Die nachhaltigsten Auswirkungen entstanden jedoch im Gegensatz zum Februar-Angriff in Industrie- und Verkehrsanlagen. Die Spreng- und Brandbomben hatten eine starke Wirkung auf die Produktion mehrerer großer Rüstungsbetriebe. Sie legten auch für einige Zeit den Eisenbahnbetrieb still. Besonders hart wurden vor dem Wilhelmtor die Wilke-Werke, das Miag-Marine-Werk, das Luther-Werk und die Lagerräume Gerloffs Hof sowie der Hauptbahnhof betroffen.

Im Stadtbezirk Petritor waren es das Miag-Amme-Werk und der Gemüsegroßmarkt am Pippelweg. Neben diesen Anlagen erhielten die umliegenden Gewerbebetriebe und Wohnviertel schwere Treffer.

Die im Süden gelegenen Büssing-NAG.-Werke und das Gelände des Ostbahnhofs wurden ebenso schwer getroffen, wie die dort gelegenen kleineren Betriebe und Wohnhäuser auf der Heinrich-Büssing-Straße, Autorstraße, Wolfenbütteler Straße bis hinauf zur Leisewitzstraße, Peter-Joseph-Krahe-Straße und Augusttor. Die Großgaststätte Holst's Garten erhielt schwere Schäden.

Einzelschäden entstanden in den Stadtbezirken Hagen und Stadtpark, und zwar auf der Waterloo- Ecke Wabestraße und auf der Karl- und Schunterstraße, sowie in Lehdorf auf der Mettlacher Straße.

In der Innenstadt entstand in der Schuhstraße (bei der Drogerie Mank) ein Blockbrand, während einzelne Häuser um den Burgplatz und auf dem Bohlweg Teilschäden erlitten.

Die Bergungs- und Löschmaßnahmen waren durch auffällig viel Bombentrichter auf den Anfahrtswegen zu den Industrieanlagen erschwert. Die geworfenen Sprengbomben verursachten viel Splitter, die in großer Zahl in die anliegenden Hauskeller eindrangen und Personenschäden verursachten. Diese Erfahrung fand ihre Auswertung in einer Aktion, in der über Erdgleiche liegende Luftschutzkeller mit Sandanschüttungen eine Verstärkung erhielten. Damit waren die Öffnungen der Kellerfenster stärker als bisher gegen Splitter geschützt. In der Hugo-Luther-Straße mußten brennende Gebäuderümmen gelöscht werden, bevor die Bergung der Kellerinsassen beginnen konnte.

Auf der Ernst-Amme-Straße war eine starke Industriegas-Mitteldruckleitung getroffen worden und brannte. Das Ablöschen solcher Brände war erschwert, weil dauernd Gas nachströmte. Die Zonenschieber im Gasrohrnetz ermöglichten nicht das restlose Abstellen des Gasstromes. Das zentrale Abstellen im Gaswerk hätte nachhaltige Ausfälle der nicht unmittelbar betroffenen Betriebe mit sich gebracht und mußte vermieden werden. So mußten die Leitungen meist unter dem Nachströmen von Gas abgelöscht und repariert werden. Die Bruchstellen der Rohre wurden zunächst mit Erde und oft noch mit Schaum bedeckt. Nach dem Verlöschten der Flammen gingen die Reparaturkolonnen, ausgerüstet mit Atemschutzgeräten, vorbereiteten Formstücken und geeigneten Werkzeugen, an die Reparaturstelle. Sie entwickelten bald eine hervorragende Fertigkeit in der Wiederherstellung der Versorgungsleitungen. Ihrer Geschicklichkeit war es zu danken, daß es nur ganz selten zu langfristigen Ausfällen im Versorgungssystem kam.

Ein großer Teil der Bevölkerung hatte die öffentlichen Luftschutzbunker aufgesucht. Wäre die Bevölkerung überwiegend in den Wohnhauskellern geblieben, dann wäre der Anfall von Toten bei der Vielzahl der zerstörten Wohnhauskeller sehr viel höher geworden.

#### Die Verluste betragen

116 Tote

77 total beschädigte Häuser

78 schwer beschädigte Häuser

82 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 237.

Nach etwa zwölfstündiger Arbeitszeit der Luftschutzkräfte waren die Verschlütteten geborgen und die Brände abgelöscht. Es begannen dann die Nachlösch- und Aufräumarbeiten, die sich bis zum 13. April hinzogen.

Nach diesem Angriff waren neben den anderen Luftschutzdiensten folgende Feuerlöscheinheiten eingesetzt:

- 3 FE-Bereitschaften Braunschweig
- 1 FE-Bereitschaft Watenstedt-Salzgitter
- 2 FE-Bereitschaften Hannover
- 1 FE-Bereitschaft Hildesheim
- 2 Kompanien Feuerschutzpolizei (mot)
- 1 Abteilung LS (mot) 11
- 1 Zug LS (mot) 32
- 9 Löschgruppen Freiw. Feuerwehr Braunschweig-Stadt
- 5 Bereitschaften Freiw. Feuerwehr Braunschweig-Land
- 5 Bereitschaften Freiw. Feuerwehr Helmstedt
- 4 Löschgruppen Werkfeuerwehr Reichswerke
- 2 Löschgruppen Werkfeuerwehr Volkswagenwerk
- 4 Kleinkraftspritzengruppen der Stadt Braunschweig sowie die Werkfeuerwehren der Reichsbahn und der betroffenen Braunschweiger Industriebetriebe.

### 5. Der Luftangriff am 23. April

Der Brandschutt des Angriffs vom 8. April war kaum ausgekühlt, und noch immer war die Luft mit der lästigen Ausdünstung der vielen Brandstellen angefüllt, als am 23. April 1.16 Uhr Fliegeralarm ertönte und ein neuer Angriff erfolgte. Dieses war der erste Nachtangriff seit dem 27. September 1943. Die sorgenvolle, gehetzte und geängstigte Bevölkerung strebte, wie so oft bei Tag und Nacht, zu ihren Luftschutzräumen. Bald schwirrten schon einzelne Flugzeuge über ihnen. Diese einzelnen Flugzeuge bildeten noch keine unmittelbare Gefahr. Es waren erst die „Pfadfinder“, besonders gute Flieger mit erstklassigen Navigationsinstrumenten an Bord. Sie hatten die Aufgabe, die Masse der Bomber an das Ziel zu geleiten und die Zielräume zu markieren. In langen Schlangen zog die Bevölkerung bei einem Nachalarm schweigend durch die Straßen ihrem schutzgewährenden Ziel zu. Werden diesmal die Bomben fallen, oder ziehen sie über Braunschweig hinweg? So lauteten hunderttausend unausgesprochene Fragen in solchen Nächten.

Bald wurden im Süden der Stadt Leuchtzeichen geworfen, die sich rasch vermehrten. Die schwebenden Leuchtstäbe hingen wie glühende Weihnachtsbäume am Himmel, dazwischen fielen noch besondere Leuchtbomben. Kaum war Zeit, die Erkenntnis eines angelaufenen Angriffes zu erfassen, da dröhnten schon die Bomberverbände heran und öffneten über dem abgesteckten Raum ihre Bombenschächte. Die Arbeitsweise der einfliegenden Verbände war rationeller geworden, und ihre durchschnittliche Stärke war etwa dreimal höher als im Vorjahre.

Starke Bomberflotten warfen eine große Zahl Spreng- und Brandbomben über dem Stadtbezirk Altewiek ab, in einem Gebiet, das etwa von den Straßenzügen Wolfenbütteler Straße, Löwenwall, Helmstedter Straße, Ackerstraße begrenzt wurde. Daneben entstanden in der Innenstadt mehrere Großschadenstellen.

Die außerordentliche Wirkung dieses Angriffes wurde sofort erkannt. Es sollen 17 000 Brandbomben gefallen sein; darunter waren erstmalig in größerer Zahl Flammstrahl- und Flüssigkeitsbrandbomben. Ebenso erstmalig mußte durch Löschmaßnahmen in größerem Umfange der Bevölkerung Ausgang aus den Kellerräumen verschafft werden, weil davor liegende Flüssigkeitsbrandbomben mit ihrer enormen Ruß- und Qualmentwicklung die Ausgänge blockierten.



Die Auswirkungen dieses Angriffes waren furchtbar. Sie waren am stärksten in den Wohngebieten. Von der Industrie waren wieder Büssing-NAG., Büssing & Sohn und die Eisenbahnsignalwerke auf der Ackerstraße getroffen. Die Reichsbahn erlitt auf dem Ostbahnhof Schäden an den Gleisen und Verluste an rollendem Material. An den Gebäuden kleinerer und mittlerer Betriebe, an öffentlichen Dienststellen der Stadt, der Polizei und der Wehrmacht entstanden erhebliche Schäden.

Beträchtliche Schäden erlitten einige Konservenfabriken in diesem Gebiet, die Kistenfabrik Sievers, die Speditions- und Lagerhäuser Homilius, die Polizeiunterkunft Leonhardplatz und das angrenzende Wehrmacht-Bezirkskommando.

Am Nußberg war es das Luftflottenkommando und am Altwiekering die Mars-la-Tour-Kaserne. Besonders bedeutungsvoll war bei der ständig wachsenden Zahl kranker Menschen die fast völlige Zerstörung der Krankenanstalt Marienstift. Auch die Wohnsiedlung Mascherode hatte Schäden zu verzeichnen.

Dieser schwere Angriff forderte auch von den historischen Bauwerken der Stadt seinen Tribut. Die alte Magnikirche aus dem 13./14. Jahrhundert war sehr schwer getroffen. Das Martineum, eine der alten Lateinschulen der Stadt, ein prächtiger Renaissancebau aus dem Ende des 16. Jahrhunderts am Bankplatz, war total zerstört. Die Burg Dankwarderode, in ihren Fundamenten auf die Zeit Heinrichs des Löwen zurückgehend, brannte völlig aus. Das Sterbehaus Wilhelm Raabes war schwer beschädigt.

Nach diesem Angriff waren folgende Schäden zu beklagen:

44 Tote

231 total beschädigte Häuser

201 schwer beschädigte Häuser

367 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 799.

Nach verhältnismäßig kurzer Zeit waren neben anderen Luftschutzkräften folgende Feuerlöschseinheiten eingesetzt, um zu retten, was noch zu retten war:

- 3 FE-Bereitschaften Braunschweig
- 1 FE-Bereitschaft Watenstedt-Salzgitter
- 3 FE-Bereitschaften Hannover
- 1 FE-Bereitschaft Peine
- 1 FE-Bereitschaft Hildesheim
- 2 Kompanien Feuerschutzpolizei (mot.)
- 2 Kompanien LS (mot.) 11
- 1 Zug LS (mot.) 32
- 1 Gruppe Fliegerhorst Waggum
- 1 Gruppe Fliegerhorst Broitzem
- 1 Gruppe Fliegerhorst Faßberg
- 1 Gruppe Tanklager Ehmén
- 1 Gruppe Luftfahrtforschungsanstalt
- 1 Gruppe Luftwaffeneinheit Hildesheim
- 5 Bereitschaften Freiw. Feuerwehr Braunschweig-Land
- 4 Bereitschaften Freiw. Feuerwehr Kreis Helmstedt
- 4 Bereitschaften Freiw. Feuerwehr Kreis Wolfenbüttel
- 1 Bereitschaft Freiw. Feuerwehr Goslar-Land
- 1 Bereitschaft Freiw. Feuerwehr Kreis Blankenburg
- 9 Gruppen Freiw. Feuerwehr Braunschweig-Stadt
- 3 Gruppen Freiw. Feuerwehr Gifhorn-Land

- 12 Gruppen Werkfeuerwehr Reichswerke
- 3 Gruppen Werkfeuerwehr Volkswagenwerk
- 1 Gruppe Werkfeuerwehr KdF-Stadt (Wolfsburg)
- 11 Kleinkraftspritzengruppen der Stadt Braunschweig.

Wenn auch an den ersten Auswirkungen eines dichten Bombenwurfes nichts zu ändern war, so lag der Sinn der Tätigkeit so starker Feuerlöschkräfte darin, daß nach den Anfangsbränden möglichst viele der bewohnbaren Stockwerke der Häuser erhalten blieben. Die zweckmäßige Lenkung und Leitung so starker Kräfte in ihrer sehr unterschiedlichen Organisationsform und mit ihrer verschiedenartigen Einsatzstärke bildete ein schwer zu meisterndes Problem für die örtliche Luftschutzleitung. Erschwerend kam vielfach die mangelnde Ortskenntnis der auswärtigen Helfer hinzu. Bei den früheren Angriffen hatten sich die anrückenden Kräfte meistens selbständig bei dem von ihnen zunächst angetroffenen Objekt eingesetzt und ihre Tätigkeit aufgenommen. Dagegen war zunächst nichts einzuwenden; doch lag es vielfach nicht im Sinne des Grundsatzes, daß die Bemühungen um wertvolle Objekte vor dem zweitrangiger Objekte stehen müssen. In extremen Fällen hatten sich bei früheren Angriffen schlecht geleitete Einheiten mit dem Ablöschen von Gartenbuden und Bretterplanken am Stadtrand beschäftigt, während die Rettung wertvollen Wohnraumes verbleiben mußte. Aus diesen Erfahrungen heraus wurde angeordnet, daß sich die Einheiten von der örtlichen Luftschutzleitung einen Einsatzbefehl holen mußten. Man wollte damit ein sinnvolles Zusammenarbeiten der Kräfte erreichen.

Die Erfahrungen mit dieser Regelung waren so lange gut, solange die Nachrichtenverbindungen der Stadt in Ordnung waren. An den Einfallstraßen der Stadt waren Lotsenstellen eingerichtet, an die die Einsatzbefehle für ankommende Einheiten, z. T. schon vor ihrem Eintreffen, telefonisch durchgegeben wurden. In diesen Fällen konnten die eintreffenden Feuerlöschkräfte schnell und sinnvoll in die laufende Tätigkeit eingegliedert werden. Doch wenn das Telefon ausfiel, und das war leider meistens der Fall, gab es ein wirres Durcheinander. Denn die Unterhaltung eines Meldebetriebes mit Kradfahrern war wegen Mangels an Fahrzeugen nicht in ausreichendem Umfange möglich. Die Einheitsführer ließen nun in vielen Fällen ihre Kräfte an geeignet erscheinenden Orten stehen und bemühten sich bei der Luftschutzleitung um Einsatzbefehle, während die Fahrzeugkolonnen inzwischen ohne Tätigkeit warteten.

Wurden sie dann von den Bewohnern um Hilfe angegangen, so gaben sie in fraprierender Regelmäßigkeit die Antwort: „Wir haben keinen Einsatzbefehl“. Diese Auskunft wurde bald überall bekannt und verbitterte die hilfeschende Bevölkerung überaus stark. Wie weit diese Haltung im einzelnen mit Rücksicht auf die Not der örtlich Hilfesuchenden und im Hinblick auf die Notwendigkeiten der Gesamtmaßnahmen zu rechtfertigen war, konnte in keinem der nachträglich untersuchten Einzelfälle festgestellt werden. Diese Erscheinungen traten gegen Ende des Krieges besonders häufig auf.

Noch schlimmer waren die Auswirkungen und der Zeitverlust, wenn die ankommenden Einheiten versuchten, geschlossen zur Luftschutzleitung zu gelangen, um sich ihre Tätigkeitsgebiete zuweisen zu lassen. Plötzlich auftretende Verkehrshindernisse wie Bombenrichter, Trümmerschutt usw. forderten oft Umwege. Festgefahrene Fahrzeugkolonnen, Verkehrsstockungen und Straßenverstopfungen waren dann meist die Folge.

## 6. Die Luftangriffe vom 26. April bis zum 23. Mai, insbes. am 19. Mai

Die Nachlösch- und Aufräumarbeiter nach dem Angriff vom 23. April waren noch nicht abgeschlossen, als am 26. April gegen 9.30 Uhr Braunschweig erneut das Opfer eines Fliegerangriffes wurde. Aus dem Norden anfliegende Verbände warfen ausschließlich Spreng- und Minenbomben, vornehmlich im nördlichen Teil des Stadtbezirks Hagen mit stärkeren Ausläufern im Stadtbezirk Petritor und dem westlichen Rand der Innenstadt. Die meisten Treffer lagen in dem bis dahin verschont gebliebenen Siegfriedviertel und in der Donnerburgsiedlung.

Neben den vielen abgeworfenen schweren Sprengbomben war die Vielzahl der Splitterbomben auffallend. Auf einer Fläche von ca. 250 qm wurden in einem Falle sieben Splitterbombeneinschläge gezählt. Unzählige Splittertreffer waren an den umliegenden Häuserfronten festzustellen. Entlang der Straßenzüge konnte man an den Dächern die Aufschlagstellen der Splitterbomben erkennen, die bei der ersten Berührung mit dem Dach explodiert waren, ohne Tiefenwirkung zu zeigen. In der Dachhaut befand sich dann jeweils ein Loch von nur etwa 6 m<sup>2</sup>. Die Splitterwirkung der Bomben war in diesen Fällen verpufft. Fanden die Splitterbomben jedoch an tiefer gelegenen Gebäudeteilen ihren Aufschlag, dann gab es umfangreiche Schäden.

Einzelschäden gab es in Olper, entlang der Celler Straße und am Wilhelmitorwall sowie in Melverode. Die Hilfsmaßnahmen fielen fast ausschließlich in das Fachgebiet des Instandsetzungsdienstes. Viele Verschüttete mußten geborgen und eine Anzahl von Gebäuden mußte gestützt werden.

Vermutlich war das Hauptangriffsziel eine Flakstellung im Eintracht-Stadion gewesen, die auch schwerste Treffer erhielt.

Auf der Taubenstraße war durch Bombensplitter ein gefüllter Gasometer in Brand geraten. Die Öffnungen mit ausströmendem, brennendem Gas wurden einzeln mit einem scharfen Wasserstrahl abgelöscht und danach mit Holzkeilen provisorisch abgedichtet.

Eine weitere Brandstelle entstand im Vorort Melverode, wo zwei Scheunen in Brand gerieten.

Dieser Angriff forderte:

24 Tote
52 total beschädigte Häuser
53 schwer beschädigte Häuser
161 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 266.

Es vergingen noch nicht drei Tage, da wurden am 29. April gegen 11.00 Uhr im Vorort Olper fünf Anwesen in Brand geworfen. Die Brände konnten mit den örtlichen Kräften auf ihren Herd beschränkt werden. Dieser Angriff forderte 7 schwer beschädigte Gebäude. Gegen 12.00 Uhr mußten Braunschweiger Luftschutzkräfte nach dem Volkswagenwerk in Wolfsburg entsandt werden, wo gleichzeitig ein Angriff stattgefunden hatte.

Nach diesem Angriff trat in der Reihe der Bombenwürfe eine Pause von neun Tagen ein. Am 8. Mai gegen 10.00 Uhr erfolgte ein weiterer Angriff mit Spreng-

und Brandbomben. Der Schwerpunkt lag diesmal im Süden der Stadt. Offensichtlich war die Firma Büssing-NAG. das Ziel. In den Büssing-Werken entstanden jedoch die wenigsten Schäden. Die Haupttreffer lagen in der näheren Umgebung des Werkes. Besonders die sich in nordostwärtiger Richtung anschließenden Wohnviertel mit der Friedrich-, Heitberg-, Vieweg- und Klausenstraße erlitten mehrere Totalschäden. Daneben entstanden Schäden in Gebäuden auf der Wolfenbütteler Straße, Salzdahlumer Straße, Kl. Campestraße, Bertramstraße, Adolfstraße, auf dem Zuckerbergweg und im Limbecker Hof. Auch das Werk für optische Geräte Franke & Heidecke erhielt Treffer.

Im Gaswerk Taubenstraße brannte wieder ein Gasometer, und im Arbeitsdienstlager im Querumer Forst waren zwei Baracken in Brand geworfen worden. Auf dem Flugplatz Waggum brannte eine Kraftstoffleitung.

Neben den Fabrikanlagen Büssing-NAG. und Franke & Heidecke wurden viele Handwerksbetriebe und je eine Konservenfabrik auf der Bertramstraße und auf der Gerstäckerstraße getroffen. Des weiteren entstanden Schäden in der Brauerei Feldschlößchen.

Zur Bekämpfung der Schäden wurden die Braunschweiger Luftschutzkräfte mit schwachen auswärtigen Einheiten verstärkt. Nach etwa zehnstündiger Arbeit waren die Verschlütteten geborgen und die Brände gelöscht.

Dieser Angriff forderte folgende Opfer:

24 Tote

20 total beschädigte Häuser

15 schwer beschädigte Häuser

61 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 96.

Die Stadt mußte sich mit den Verlusten, Zerstörungen und Verwüstungen abfinden und unter den erschwerten Verhältnissen das erarbeiten und produzieren, was der harte Krieg forderte. Diese schweren Aufgaben sollten auch in Zukunft nicht ungestört erfüllt werden können.

Als am 19. Mai gegen 12.30 Uhr Fliegeralarm ertönte und aus den über Drahtfunk bekanntgegebenen Luftlagemeldungen zu erkennen war, daß in den Räumen um Hannover, Göttingen und Magdeburg Fliegerverbände kreisten, war es für die meisten Braunschweiger klar, daß bald ein Angriff erfolgen würde. Und sie sollten recht behalten.

13.05 Uhr fielen die ersten Spreng-, Minen- und Brandbomben. Die ersten Schadenmeldungen gingen aus der Stadtparkgegend und Gliesmarode, sowie von der Kreuzstraße im Westen der Stadt ein. Diesen Meldungen folgten bald weitere aus fast allen Stadtbezirken. Die Auswirkungen dieses Angriffes waren großflächig verstreut. Eine Häufung von Treffern war in der Nähe des Hauptbahnhofes und in der Gegend um den Nordostbahnhof in Gliesmarode<sup>34)</sup> zu verzeichnen.

Die Bergungs- und Feuerlöschmaßnahmen wurden mit den einheimischen Kräften sofort aufgenommen. Schon gegen 14.00 Uhr unterstützten die ersten auswärtigen Einheiten die Hilfsmaßnahmen. In der Mehrzahl lagen Einzelschäden vor. Es war deshalb schwierig, geschlossene Schadensgebiete zu erkennen. Neben

<sup>34)</sup> Bahnhof einer Nebenbahn, unfern des auf der Karte eingezeichneten Reichsbahnhofs Gliesmarode.

der Häufung von Treffern um den Haupt- und Nordostbahnhof erstreckte sich eine Vielzahl von Schadenstellen vom südostwärtigen Teil des Stadtbezirkes Altewiek entlang der Helmstedter Straße bis etwa zur Oker, des weiteren vom Stadtpark bis nach Querum und vom Hauptbahnhof über den Wilhelmitorwall und die Juliusstraße zur Goslarschen Straße, Tuckermannstraße, Holwedestraße und Königstiege.

Im Stadtbezirk Petritor brannten im Städt. Krankenhaus Holwedestraße einige Baracken für Lungenkranke nieder. Das Wirtschaftsgebäude erlitt Schäden am Dachstuhl. Am Königstiege entstanden in zehn Wohnhäusern Dachstuhlbrände. Auf der Höfenstraße brannte „Knippings Garten“ ab. Darüber hinaus entstanden in diesem Gebiet sehr schwere Schäden in Geschäfts- und Handwerksbetrieben, sowie in der Blechwarenfabrik Bremer & Brückmann auf der Juliusstraße. Dort wurde ein Luftschutzraum von mehreren Bombenvolltreffern zerstört. 140 Menschen fanden den Tod. Darunter waren 70 ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen.

Viele Wohnhäuser waren beschädigt, und auch der Hauptbahnhof mit Gleisanlagen und die vor dem Wilhelmitor liegende Industrie erlitten Schäden. In einem Splitterschutzgraben in der Nähe des Hauptbahnhofes am Gieseler Wall ereilte etwa fünfzig Personen ihr Geschick.

Im Staatstheater gab es einige Brandbombentreffer. Die dadurch entstandenen Schäden waren nicht besonders groß. Ebenso wurden Gebäude in den Stadtbezirken Altewiek/Stadtpark, auf der Adolfstraße, Bertramstraße, Kastanienallee, Altewiekring und auf der Helmstedter Straße getroffen. Auch dort kam es in den meisten Fällen nicht zu schweren Schäden. Am Andreeplatz brannten das Holzlager einer Kistenfabrik und in der Nähe mehrere Wohn- und Geschäftshäuser. Im Krankenhaus Marienstift und im Haus Bethanien entstanden wiederum Schäden. Auf der Helmstedter Straße hatten die Konservenfabrik Daubert und die „Moritzburg“ schwere Brandschäden hinzunehmen. Bei Opel-Dürkop brannten ein Öllager und die Verteileranlage für Industriegas.

Der Straßenbahnhof Altewiek erhielt mehrere Treffer, wodurch der schon eingeschränkte Straßenbahnverkehr eine weitere Einschränkung erfuhr. Besonders schwere Schäden lagen um das Gebiet des Nordostbahnhofes in Gliesmarode. An der Querumer Straße erlitten das Heeresverpflegungsamt und die Konservenfabrik Domes, sowie angrenzende Grundstücke schwere Schäden.

Das Luftflottenkommando am Franzschen Feld und die anschließende Offiziers-Wohnsiedlung erhielten viele Treffer. Neben einer Vielzahl von Sprengbombenschäden entstanden dort mehrere Brände.

In der Feldmark zwischen Querum und Volkmarode war durch eine Sprengbombe eine große Ferngasleitung in Brand geraten. Aus dem Bombentrichter brannte das ausströmende Gas mit lodernder weithin sicht- und hörbarer Flamme. Das Gelände bot glücklicherweise keine Möglichkeit zur Ausbreitung des Feuers. Durch Sperren der Gasrohrschieber etwa 500 m vor und hinter der Brandstelle konnte dieses Feuer bald gelöscht werden.

In der Ziegelei Moorhütte und den angrenzenden Wirtschafts- und Wohngebäuden entstanden ebenfalls Brandschäden. Auf diesem Gelände waren auch große Bestände von Industrie-Gummiwaren gelagert und in Brand geraten, die schwierig durchzuführende Löscharbeiten erforderten.

Neben anderen Luftschutzdiensten waren folgende Feuerlöschseinheiten nach diesem Angriff tätig:

- 3 FE-Bereitschaften Braunschweig
- 1 FE-Bereitschaft Watenstedt-Salzgitter
- 1 FE-Bereitschaft Peine
- 1 Kompanie Feuerschutzpolizei (mot.)
- 3 Kompanien LS (mot.) 32
- 3 Kompanien LS (mot.) 11
- 9 Gruppen Freiw. Feuerwehr Braunschweig-Stadt
- 12 Kleinkraftspritzengruppen der Stadt Braunschweig
- 38 Gruppen Feuerwehr Braunschweig-Land
- 4 Gruppen Werkfeuerwehr Reichswerke
- 2 Gruppen Werkfeuerwehr Lutherwerke
- 1 Gruppe Werkfeuerwehr Versorgungsbetriebe
- 1 Gruppe Werkfeuerwehr Fa. Karl Schaare.

Der FE-Dienst Braunschweig hat nach diesem Angriff 122 Schadenstellen bekämpft. Es ist anzunehmen, daß die anderen Kräfte noch etwas mehr Brandstellen betreuten. Die Gesamtzahl der Brandschäden dürfte bei 300 gelegen haben. Über die Zahl der Sprengbombentreffer liegen keine Anhaltspunkte mehr vor, ebenso über die Schadenstellen, die der Selbstschutz betreut hatte.

Nach diesem Angriff waren zu beklagen:

- 206 Tote
- 96 total beschädigte Häuser
- 58 schwer beschädigte Häuser
- 275 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 429.

Die Aufräums- und Nachlöscharbeiten waren noch nicht beendet, als am 23. Mai 1.18 Uhr wieder ein Angriff seinen Anfang nahm. Wieder war kein begrenztes Angriffsziel zu erkennen. Schäden durch Spreng- und Brandbomben entstanden im Industriegebiet des Südwestens an der Frankfurter Straße, im Südosten am Riddagshäuser Weg und in den Stadtbezirken Hagen/Stadtpark in der Gegend Bültengeweg, Karlstraße, Schunterstraße und Wiesenstraße. Weitere Schäden entstanden im Ostbahnhof, im Reichsbahnausbesserungswerk und in den anliegenden Wohngebieten. Daneben entstanden noch Brandschäden im Süden der Stadt, im Straßenbahndepot Richmond, und in einem Wohnhaus der Leipziger Straße.

Die schlimmsten Zerstörungen lagen im Reichsbahnausbesserungswerk, bei der Firma Westermann am Riddagshäuser Weg und auf der Hagenstraße, wo ein Doppelhaus schwerste Schäden erlitt.

Die Verluste und Schäden in Braunschweig betrugen nach diesem Angriff:

- 4 Tote
- 9 total beschädigte Häuser
- 10 schwer beschädigte Häuser
- 46 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 65.

Die gesamten Hilfsmaßnahmen wurden ausschließlich von Braunschweiger Kräften durchgeführt und waren nach ca. acht Stunden beendet. Gleichzeitig mit den Schäden in Braunschweig wurden Zerstörungen in den südlich der Stadt gelegenen Landgemeinden und in der Kleinstadt Königslutter angerichtet.

Bei diesem Nachtangriff war auffällig, daß nur sehr wenige Leuchtzeichen gesetzt wurden, und daß trotzdem die Bomben ihre Ziele innerhalb der Stadt fanden.

Durch damals verbotenes Abhören der feindlichen SENDER war in der Bevölkerung bekanntgeworden, daß nach den Andeutungen des englischen Nachrichtendienstes die Alliierten über ein neues Verfahren in der Einsatzlenkung der Bomberflotten entwickelt hätten, womit die Bombenziele mit Sicherheit auch bei schlechter Sicht, Nacht und Nebel gefunden würden. Tatsächlich war zu beobachten, daß mit ständig wachsender Sicherheit auch Einzelobjekte, trotz Tarnmaßnahmen oder Vernebelung, mit erstaunlicher Genauigkeit angefliegen und getroffen wurden.

Aus Veröffentlichungen der Alliierten nach dem Kriege wurde bekannt, daß die Mitteilung des englischen Nachrichtendienstes seinerzeit kein Propagandatrick war, sondern Andeutungen auf ein neuartig entwickeltes Funkpeilverfahren darstellte. Danach wurden von zwei Heimatstationen Hochfrequenz-Richtstrahlen ausgesandt, in deren Schnittpunkt das genau angemessene Ziel lag. Erreichte der Verband diesen Schnittpunkt, dann öffnete er seine Bombenschächte. Dadurch entfiel für die einfliegenden Verbände die Notwendigkeit, sich an oft schwer auszumachenden Punkten im Gelände zu orientieren. Dieses Verfahren<sup>36)</sup> wurde zu einem außerordentlich hohen Grad an Genauigkeit entwickelt und war Anlaß genug für die Bevölkerung, kommende Angriffe noch mehr als bisher zu fürchten.

## **7. Die Atempause vom 24. Mai bis zum 4. August**

### **Die Aufklärung der Bevölkerung über die verschiedenen Arten der Bomben**

Nach dem 23. Mai geschah, nachdem die Braunschweiger monatelang Tag und Nacht von Fliegeralarmen beunruhigt und von einer Serie von Angriffen gepeinigt worden waren, etwas zunächst Unerklärliches: die Einflüge und die Fliegeralarme ließen nach. Schnell wirkte sich der ungestörte Nachtschlaf und das entbehrlich gewordene Bunkerlaufen wohltuend auf das Befinden der Bevölkerung aus. Als Anfang Juni an vier aufeinanderfolgenden Tagen weder Fliegerwarnung noch Fliegeralarm zu verzeichnen war, betrachtete man dieses als ein Wunder. Sollte doch die Reichspropaganda mit ihrer Behauptung recht haben, wonach es der deutschen Abwehr gelungen sei, die alliierten Bomberflotten stark zu schwächen? Eine schon lange angekündigte deutsche Geheimwaffe, das Raketengeschoß V 1, wurde seit kurzem täglich nach London geschossen. Wie gern und leicht nahmen doch die gepeinigten Stadtbewohner Nachrichten auf, die die Hoffnung nährten, daß ein Ende der qualvollen Ereignisse in Aussicht oder wenigstens, daß die Kraft der Höllenmaschinen am Himmel im Absinken begriffen sei.

Es war erstaunlich, wie schnell die Menschen die Erinnerung an die überstandenen Leiden der Aussicht auf eine Zukunft unterordneten, die besser zu werden schien.

Zu keinem Zeitpunkt konnte der satyrische Witz so enorme psychologisch ausgleichende Wirkungen erzielen wie in dieser Zeit, wo die gequälten und gehetzten Menschen eine Schwäche ihrer Peiniger zu erkennen glaubten. Wohl keine Sätze wurden in jenen Tagen so oft mit ironischem Erstaunen und geheuchelter

<sup>36)</sup> RADAR (Radiodetektion and -ranging, Funkermittlung und -abtastung).

Sorge ausgesprochen wie folgende: „Wo bleiben nur unsere Besucher in der Luft? Es wird ihnen doch nichts passiert sein!“ Diese Sätze waren kennzeichnend für den nie ganz versiegenden Lebensmut einer Bevölkerung, die eben noch schwer hatte leiden müssen und nun beginnen konnte, wieder frei zu atmen. Wenn auch die ausbleibenden Fliegeralarme durchaus nicht zu einer leichtfertigen Verkenntung der Gesamtkriegslage führten, so waren doch die zarten Hoffnungen auf Besserung der Gesamtsituation Anlaß genug, die schon Monate währende verkrampfte Stimmung erheblich aufzulockern.

Der Zustand des erwachenden Lebensmutes und des hoffnungsvollen Erwartens sollte schon in den nächsten Tagen wieder einer gedrückten Stimmung weichen. Am 7. Juni zeigte die alliierte Luftwaffe in einer machtvollen und überaus erfolgreichen Aktion zur Unterstützung der Landungsmanöver an der Kanalküste, die unter dem Namen „Invasion“ in die Geschichte eingegangen sind, daß sie von ihrer Stärke und Schlagkraft nichts eingebüßt hatte.

Der Endkampf um die „Festung Europa“ hatte begonnen. Im Osten wurde zu dieser Zeit die Weichsellinie und Ostpreußen berannt, Rumänien war verloren, und im Süden tobten die Kämpfe schon in der nördlichen Hälfte Italiens. Nunmehr gab es auch im Westen eine Landfront. Schon nach einigen Tagen der Invasion war es jedem klar, daß ein Wunder geschehen mußte, wenn es gelingen sollte, die gelandeten Truppen wieder ins Meer zurückzudrängen.

Durch das Kriegsgeschehen an der Atlantikküste waren die angloamerikanischen Luftstreitkräfte vorerst an diese Kriegsschauplätze gebunden, wo sie die Bodentruppen in einem durchaus nicht leichten Kampf gegen die deutschen Armeen nachhaltig unterstützten. Durch diese Bindung entstand für die schwer angeschlagenen deutschen Städte eine Ruhepause.

In Braunschweig wurde nach der Invasion zwar schon wieder am 9. Juni 0,57 Uhr der erste Fliegeralarm verzeichnet. Doch handelte es sich, wie auch in den nächsten Wochen, überwiegend um sogenannte Störeinflüge. Sie bezweckten, die Bevölkerung zu beunruhigen und müde zu machen.

Die Zeit mit ihrer eingeschränkten Ruhe bot Gelegenheit, einen Überblick über die Erfahrungen bei Angriffen zu schaffen und diese zur Auswertung an die Bevölkerung weiterzugeben. Schon am 11. Juni wurde bei öffentlichen Vorführungen die Bevölkerung mit dem Wesen der einzelnen Arten von Brandbomben erneut bekanntgemacht.

Wie sich die Angriffe abwickelten, und daß man gegen das Abwerfen der Bomben machtlos war, hatten die Braunschweiger in vielen bitteren Erlebnissen erfahren müssen. Doch die Möglichkeiten, wie und unter welchen Voraussetzungen nach dem Angriff der geworfenen Brandmunition beizukommen war, sollte unter Verwendung aufgesammelter Blindgänger in praktischen Vorführungen der Bevölkerung gezeigt werden. Denn nur die breite Masse der Bürger konnte den Verlauf der Brände beeinflussen, wenn diese im Einzelfalle einen gewissen Grad der Entwicklung schon anfangs nicht überschritten. Gelang es dem Selbstschutz nicht, das Feuer bis zum Anrücken der Luftschutzorganisationen zu löschen oder die Ausbreitung zum mindesten zu verhindern, dann kam es in der Regel zu ausgedehnten Bränden. Durch die immer mehr an Ausdehnung zunehmenden Angriffe entstanden regelmäßig so viel Schadenstellen, daß deren Zahl im groben Mißverhältnis zur Zahl der Löscheinheiten stand. Es konnte dann nur so sein, daß



ein Teil der Brandstellen zunächst mit Löschkräften besetzt wurde, während der andere Teil von den Selbstschutzkräften betreut werden mußte. Erst wenn auswärtige Kräfte in ausreichender Zahl anrückten oder die örtlichen Löschgruppen nach Bekämpfung der zuerst übernommenen Brandstellen wieder frei waren, konnte eine fachgerechte Brandbekämpfung mit ordentlichem Löschgerät erfolgen. Schon damals war den Luftschutzkräften die jederzeitige Kontrolle der Schadenstellen wegen ihrer Vielzahl entglitten.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren bei den Angriffen auf Braunschweig vorwiegend folgende Abwurfmittel angewandt worden:

Als häufigst angewandte Brandbombe war die **Stabbrandbombe** festgestellt worden. Diese Bombe war ein sechskantiger Metallstab aus Elektron mit Thermitfüllung, Eisenkopf, Aufschlagzünder und Leitwerk. Ihre Länge betrug 54 cm bei einem größten Durchmesser von 4 cm und einem Gewicht von 1,7 kg. Sie durchschlug in der Regel nur das Dachgeschoß und die Dachgeschoßdecke, doch in vielen Fällen gelangte sie in tiefer gelegene Stockwerke. Der Aufschlagzünder brachte die Thermitfüllung zur Entzündung, wodurch dann der Elektronmantel in Brand geriet. Das Ganze brannte unter Entwicklung sehr hoher Temperaturen bei blendend weißen Lichterscheinungen in etwa 15 Minuten ab.

Das Löschen der Stabbrandbombe war nur mit einem sehr kräftigen Wasserstrahl möglich, doch gab es durch die dabei auftretende Wasserzersetzung Verpuffungen, die in geschlossenen Räumen gefährlich werden konnten. Die meist angewandte Form der Bekämpfung war das Abdecken mit Sand, wodurch die Brandwirkung eingeschränkt wurde. Danach konnten die Stabbrandbomben unter Sanddeckung ins Freie gebracht werden, wo sie für die Umgebung gefahrlos abbrennen konnten. Bei den ersten Angriffen sind die Stabbrandbomben nach dieser Methode in Massen ins Freie gebracht worden, ehe größerer Schaden entstehen konnte. Abgedeckte und im Haus unbeobachtet liegengelassene Stabbrandbomben haben oft weit entwickelte Nachbrände verursacht, weil die sauerstofftragenden Elektronteile der Bombe auch unter Sandabdeckung weiterbrennen konnten.

Bald wurden in zunehmendem Maße auch Brandbomben angetroffen, die mit einer Zerlegerladung oder mit einem Sprengkopf versehen waren. Die dadurch erzielten Sprengwirkungen waren nicht sehr erheblich, doch reichten sie aus, den Löschkräften ernstliche Verwundungen zuzufügen. Der Zerknall erfolgte etwa drei bis fünf Minuten nach dem Aufschlag. Das rasche Ablöschen der Stabbrandbomben nach der oben angeführten Art war durch die Sprengmöglichkeiten wesentlich gefahrvoller geworden. Bei der Durchführung der Löschmaßnahmen traten dadurch Verzögerungen ein. Obwohl diese **Stabbrandbomben** mit **Sprengstoffladungen** äußerlich an zwei roten Ringen oder an einem roten Stahlkopf leicht von den anderen zu unterscheiden waren, war diese Kenntnis während der Brandbekämpfung fast nie zu verwerten, weil die Kennzeichnung durch den Brandrauch nicht wahrgenommen werden konnte.

Die Abwurfmethode für die Stabbrandbomben wurde mehrere Male geändert. Während anfangs die Treffer einzeln und oft weit auseinander lagen, wurde später festgestellt, daß sie in dichter Zusammenballung auftraten. Mit fortschreitender Zahl der Angriffe wurde eine engmaschige, gleichmäßige Streuwirkung beobachtet, die ein Höchstmaß von Wirkung erzielte.

Neben den Stabbrandbomben kamen Flüssigkeits-Brandbomben verschiedener Konstruktion und Größenklassen zum Abwurf. Sie waren 14 kg bis 113 kg schwer. Teils verfügten sie über eine erhebliche Durchschlagskraft, teils zerplatzten die Behälter schon beim ersten Aufschlagen. Ihre Füllung bestand aus Schweröl, Petroleum, Benzol oder Leichtbenzin mit Zusätzen von Kautschuk und Kunstharzen in verschiedenen Mischungen. Die Zündung dieser Mischungen wurde über eingebaute Zündsätze erreicht. In einigen Konstruktionen war als Zündmittel Phosphor zugesetzt, der sich an der Luft selbst entzündete und die Zündquelle für die Brandmasse stellte.

Der Inhalt der Flüssigkeitsbomben brannte mit starker Qualm- und Rußbildung, teils gemischt mit besonders giftigen Phosphordämpfen, ab. Vielfach flossen die brennenden Fladen dieser gallertartigen Masse an den Häuserfronten herab, wodurch der Eindruck entstand, die Brandmasse sei abgeregnet worden.

Das Ablöschen dieser Bomben war nur in den seltensten Fällen mit den Mitteln des Selbstschutzes möglich und blieb den anderen Luftschutzorganisationen vorbehalten. Besonders gefürchtet waren die Brandbomben mit Phosphorzusätzen, weil sich Phosphor nach dem Ablöschen bei erneuter Berührung mit Luft wieder entzündet.

Ab April 1944 erlangte noch die Flammstrahlbombe in Braunschweig Bedeutung. Sie bestand aus einem zylindrischen Bombenkörper aus kräftigem Stahlblech von 53 cm Länge, 13,5 cm Durchmesser und ca. 13 kg Gewicht. Nach dem Aufschlage entzündete sich ein Brandsatz, der eine leicht brennbare Flüssigkeit verdampfte und in Brand setzte. Anschließend entleerte sich das im Behälter befindliche Benzol mit einer vier bis fünf Meter langen Stichflamme, ähnlich einer Lötlampe.

Das Bekämpfen dieser Bombe war schwierig. Erlaubten es die räumlichen Verhältnisse, von hinten an den Behälter heranzukommen, konnte sie oft noch rechtzeitig durchs Fenster geworfen oder ins Freie getragen werden. Das eigentliche Ablöschen gelang nur mit einem sehr kräftigen Wasserstrahl gegen die Austrittsöffnung des verdampften Benzols oder mit Hilfe von Spezial-Löschern. Andere Löschmethoden erforderten von dem Ausführenden besondere Geschicklichkeit und kamen allgemein nicht zur Anwendung.

Bei den Angriffen auf Braunschweig haben andere brandstiftende Mittel als die aufgeführten Brandbomben, wie Brandblättchen, Brandflaschen, Brandsäcke, Rotations-Streubomben usw., keine Bedeutung erlangt.

Eine überaus große Wirkung und Bedeutung erzielten die Sprengbomben, die in Größen bis zu 1500 kg Gewicht abgeworfen wurden. Ihre Wirkung kam beim Abwurf schon zur vollen Entfaltung und konnte nicht, wie bei den Brandbomben, beeinflußt werden. Bei Volltreffern hielt ihrer Wirkung kein Bauwerk stand. Zumindest traten schwerste Schädigungen ein. Für die Wirkung der Sprengbomben-Volltreffer auf Spezial-Luftschutzbauten fehlte in Braunschweig jede Erfahrung, weil dort keine Volltreffer zu verzeichnen waren. Gingen in unmittelbarer Nähe der Großbunker schwere Bomben nieder, dann vermittelten sie den Bunkerinsassen hinter den 1,5 m dicken Betonwänden das Gefühl, als ob der ganze Bunker ins Schwanken gekommen sei.

Eine besondere Art der Sprengbomben waren die Minenbomben. Diese dünnwandigen Behälter von ca. 900 kg Gewicht bestanden fast nur aus Spreng-

stoff. Sie explodierten unmittelbar bei ihrem Aufschlag, ohne tiefe Sprengtrichter zu hinterlassen. Die entwickelte Druck- und Sogwirkung war enorm. Auf 30 bis 40 m Entfernung entstanden schwerste Mauerschäden. Die Vegetation wurde vernichtet. Bis auf mehrere hundert Meter wurden Fensterscheiben zertrümmert, Räume verwüstet, Dächer abgedeckt und die Pflanzenwelt stark beschädigt.

Eine weitere Art der Sprengbomben waren die **Splitterbomben**, deren Mantel sich nach der Detonation in viele Splitter zerlegte, die dann in ihrer Vielzahl in der näheren Umgebung Schäden verursachten.

Fast nie wurden Spreng- oder Brandbomben allein geworfen. Die Sprengbomben konnten geradezu als die Wegbereiter für die Brandbomben bezeichnet werden. Ihre Wirkung hinsichtlich der Brandentwicklung war eine dreifache. Sie zwangen die Abwehrkräfte, bis zum Ende des Angriffes die Schutzräume aufzusuchen, währenddessen die Brandentwicklung fortschreiten konnte. Durch Zertrümmern von Dächern, Fenstern usw. wurde ferner bei aufkommendem Funkenflug und Wärmestrahlung die Möglichkeit der Brandausbreitung auf Nachbargrundstücke erleichtert. Durch die entstandenen Sprengwirkungen wurden schließlich oft Feuerstätten zerstört, deren vorhandene Glut dann ihrerseits Brände erzeugte.

Neben den eigentlichen Sprengwirkungen mit den Nebenerscheinungen bei Bränden bildeten die **Blindgänger** und die **Sprengbomben mit Zeitzündern** ein besonderes Luftschutzproblem. Die Blindgänger, es waren nicht wenige, waren von den Bomben mit Zeitzündern nicht zu unterscheiden. Sie trugen zur Verwirrung und Gefährdung der Rettungsmannschaften erheblich bei. Nur in besonderen Fällen wurden diese Bomben sofort durch den Instandsetzungsdienst untersucht und oft unter Lebensgefahr gesichert. In der Regel blieben sie bis zu acht Tagen liegen, während die Umgebung abgesperrt wurde, bis man die Entschärfung bzw. Bergung durchgeführt hatte. Viele Blindgänger wurden nur an ihrer kreisrunden Einschlagstelle am Boden nachgewiesen, nachdem sie im Erdreich versunken waren, ohne daß man sie je wiederfand.

Die Invasion brachte dem Luftschutz im Heimatgebiet eine Ruhepause. Ab Mitte Juni wurden viel Störeinflüge und Einzelangriffe verzeichnet. Am 20. Juni erfolgte ein Angriff auf das Volkswagenwerk in Wolfsburg, wohin Braunschweiger Luftschutzkräfte zur Hilfeleistung entsandt wurden. Am 29. Juni mußte Magdeburg einen Angriff über sich ergehen lassen, wohin ebenfalls von Braunschweig aus Hilfe geleistet wurde.

### 8. Der Luftangriff am 5. August

Die Kriegslage veränderte sich von Tag zu Tag zu ungunsten Deutschlands. Zur Mobilisierung auch der letzten Reserven wurde am 25. Juli der „Totale Krieg“<sup>36)</sup> in Deutschland verkündet. Die weiteren Tage und Wochen vergingen in Braunschweig ohne besondere Vorkommnisse hinsichtlich des Luftkrieges, bis am 5. August gegen 13.15 Uhr ein neuer Angriff auf die Stadt herniederfegte.

Wieder wurde eine große Zahl verderbenbringender Spreng- und Brandbomben, vorwiegend in den Stadtbezirken Petritor und Wilhelmitor, geworfen. Darüber

<sup>36)</sup> Im Totalen Krieg wurde jede Betätigung, die nicht unmittelbar den Kampfmaßnahmen oder der Kriegswirtschaft diente, unterbunden. Theater, Museen oder ähnliche Kultureinrichtungen wurden geschlossen. Nur die Lichtspieltheater blieben, soweit noch vorhanden, geöffnet.

hinaus entstanden Schäden im Süden und Norden der Stadt, wie in der Innenstadt. Entsetzlich waren die Erlebnisse im einzelnen. Die Kriegsfurie fraß sich durch Industrie- und Verkehrsanlagen, durch Wohnhausviertel und die grünen Erholungsstätten der Bürger. Sie machte sich an die altehrwürdigen Baudenkmäler heran und nahm keine Rücksicht auf Greise, Frauen und Kinder, Kunst, Tradition oder Geschichte. Das war totaler Krieg!

Am schwersten litten die Industrieanlagen bei diesem Angriff, die z. T. schon zum zehnten oder zwölften Male getroffen worden waren und jetzt Produktionsausfälle verzeichnen mußten. Folgende Übersicht führt die betroffenen Industriebetriebe auf:

Lutherwerk in drei getrenntliegenden Werken  
Miag-Marine-Werk, Hugo-Luther-Straße  
Miag-Amme-Werk im Stadtbezirk Petritor  
Büssing-NAG. im Werk Querum  
Büssing-NAG. im Werk Wolfenbütteler Straße  
Büssing & Sohn, Heinrich-Büssing-Straße  
Franke & Heidecke, Salzdahlumer Straße (Photoapparate)  
Chininfabrik, Frankfurter Straße  
Braunschweiger Blechwarenwerke, Frankfurter Straße  
Blechwarenwerk Schmalbach, Blumenstraße  
Blechwarenwerk Schmalbach, Hamburger Straße  
Karges-Hammer, Bahnhofstraße  
Wilke-Werke, Bahnhofstraße  
Lanico-Maschinenbau, Broitzemer Straße  
Selwig & Lange, Maschinenbau, Broitzemer Straße  
Bremer & Brückmann, Juliusstraße  
Die Lager der Kraftstoffgesellschaft Rhenania-Ossag  
Die Lager der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft  
Konservenfabrik Meinecke, Celler Straße  
Zuckerfabrik Eichtal  
Drehstromwerk Uferstraße  
Waagenfabrik Libra-Werk, Gliesmarode

Ganz besonders schwer wurde das Miag-Werk im Stadtbezirk Petritor getroffen, wo drei große Hallen, das Modellhaus, die Gießerei, die Härterei und Wohnhäuser schwere Schäden erlitten. Das Gelände war mit Bombentrichtern besät, umherliegende Blindgänger und Langzeitzünder gefährdeten die Rettungsmannschaften.

Zu den genannten Großbetrieben kamen noch zahlreiche in deren Nähe gelegene Mittel- und Kleinbetriebe.

Alle Schadenstellen dieses Angriffes können auch nicht annähernd vollständig aufgeführt werden. Die Höhe der Schäden wird sich nie erfassen lassen.

Weitere Schäden an Gewerbe- und Geschäftsbetrieben sowie Wohnhäusern traten in den Stadtbezirken Wilhelmitor und Altstadt auf, ferner besonders in einem Gebiet, das etwa von den nachstehenden Straßenzügen umrissen wurde: Bahnhofstraße, Frankfurter Straße, Hugo-Luther-Straße, Weststraße, Broitzemer Straße, Pawelstraße, Wilhelmitorwall, Gieseler Wall einschl. Hauptbahnhof. Einzelschäden entstanden auf der Gildenstraße, am Augusttor und am Dom.

Auch im Vorort Rühme entstand eine Reihe z. T. umfangreicher Einzelbrände. Bei diesem Angriff waren auch wieder viele auswärtige Luftschutzkräfte zu Hilfe geeilt. Sie kamen aus den Landkreisen Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt,

Watenstedt-Salzgitter, Goslar, Wernigerode, aus Peine, aus Hannover und aus Burgdorf bei Hannover.

Neben den Zerstörungen in den genannten Industrie-Anlagen waren folgende Verluste eingetreten:

37 Tote  
159 total beschädigte Häuser  
222 schwer beschädigte Häuser  
284 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 665.

Große Trümmerfelder, besonders bei der Industrie, waren entstanden. In ihnen bildeten sich immer wieder neue Brände, die nachts in der verdunkelten Landschaft weithin ihr unruhig flackerndes Licht ausstrahlten. Es dauerte vier Tage, bis auch die letzte Flamme erloschen war.

### 9. Der Luftangriff am 13. August

Kaum waren die Anforderungen nach Einsätzen beim FE-Dienst abgeklungen, da brach am 13. August gegen 0.30 Uhr ein neuer Angriff über die Stadt herein, der an Umfang, Wucht und Zahl der abgeworfenen Minen, Spreng- und Brandbomben dem vorhergehenden nicht nachstand. Das Charakteristische dieses Angriffes lag darin, daß er Industrie- und Verkehrsanlagen nur am Rande streifte und sich vornehmlich über Wohngebieten auswirkte. Das Hauptschadensgebiet erstreckte sich von der nordwestlichen Innenstadt bis in die äußeren Gebiete der Stadtbezirke Stadtpark und Altewiek. Es lag in dem Raum, der etwa von der Weberstraße, Beckenwerkerstraße, Wollmarkt in Richtung Rathaus, Steinweg, Kaiser-Wilhelm-Straße, Nußbergstraße, Wachholtzstraße, Gliesmaroder Straße, Fallersleber Straße, Kaiserstraße umgrenzt wurde.

Entsetzlich waren die Wirkungen in den herrlichen alten Braunschweiger Bauwerken um den Wollmarkt. Die Andreaskirche hatte schwere Schäden an ihren kostbaren Fassaden, ihrer Inneneinrichtung und am Dach des Kirchenschiffes erlitten. Die Türme hatten Brandbombentreffer. Während die anderen Brände bald gelöscht werden konnten, war den Bränden im großen Turm nicht beizukommen, weil die Aufstiegsmöglichkeiten im Turm in den oberen dreißig Metern bereits zerstört worden waren und herabstürzende Teile die Löschversuche unmöglich machten. Die stolze kupferne Kuppel des Andreas-Kirchturms beugte sich der Macht des Feuers und stürzte einhundert Meter tief auf den Wollmarkt hinab, die Kuppel, die jahrhundertlang den höchsten Punkt Braunschweigs gebildet und die anreisenden Freunde schon von weitem begrüßt hatte. Desgleichen wurde die daneben liegende Liberei von St. Andreas, Deutschlands ältestes selbständiges Bibliotheksgebäude aus dem Jahre 1422, aufs schwerste beschädigt.

Als weiteres historisches Bauwerk hatte die damals Museumszwecken dienende Aegidienkirche schwere Schäden erlitten. Am Rathaus brannten der nordostwärtige Dachstuhl und drei Büroräume im zweiten Stockwerk. Am Steinweg gerieten die Apotheke und mehrere Wohn- und Geschäftshäuser, ebensolche auch auf der Schöppenstedter Straße und Mauernstraße, in Brand. Das Kulissenhaus des Staatstheaters fing abermals Feuer; desgleichen brannten viele Häuser auf der Kaiser-Wilhelm-Straße, Husarenstraße, Fasanenstraße, Kastanienallee, Hopfengarten, Roonstraße und Heinrichstraße. An der Paulikirche, auf der Klingemann-

straße, Voigts-Rhetz-Straße und Karlstraße entstanden teilweise nachhaltige Zerstörungen.

Des weiteren brannte es in der Volksschule Bültenweg, auf der Gliesmaroder Straße, Gaußstraße, Kaiserstraße, Reichsstraße, Breite Straße und Gördelingerstraße. Ein weiteres Schadensgebiet lag in der südlichen Innenstadt um das Augusttor, wo das Haus Salve Hospes, die Mittelschule und viele Gebäude der Wolfenbütteler Straße Treffer erhielten. Im südlichen Stadtbezirk Altewiek ging der Saal der Großgaststätte Hofjäger verloren. Die Firma Büssing-NAG., die Brauerei Wolters und die Wohnlager „Rote Wiese“ erhielten Schäden.

Darüber hinaus entstanden Schäden im Stadtbezirk Petritor, am Rudolfplatz, Triftweg, Utzenkamp, Ernst-Amme-Straße und im Stadtbezirk Hagen, auf der Hamburger Straße im Blechwarenwerk Schmalbach sowie im Drehstromwerk. In der Donnerburgsiedlung erhielt die St. Georgs-Kirche schwerste Schäden.

Wieder waren der Stadt schwere Wunden geschlagen worden. Viele Menschen hatten Leben oder Wohnung und Habe verloren, das Straßenbild hatte durch die Trümmerstätten ein wesentlich verändertes Aussehen bekommen. Der Angriff hinterließ nachstehende Folgen:

99 Tote

147 total beschädigte Häuser

142 schwer beschädigte Häuser

1143 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 1432.

Gleichzeitig mit diesem Angriff wurden umfangreiche Zerstörungen im Stadtgebiet von Watenstedt-Salzgitter angerichtet.

Die Nachlösch- und Aufräumarbeiten nach diesem Angriff zogen sich außerordentlich lange hin und dauerten in größerem Umfange bis zum 19. August. Die Vielzahl der Brandstellen in den betroffenen Fachwerkbauten kostete Anstrengungen, auch nachdem die allgemeine Gefahr beseitigt war. Die bei vielen Angriffen teilbeschädigten, gerüttelten und geschüttelten Häuser in Holzfachwerk waren nunmehr unter der Last der Beanspruchungen zusammengebrochen. Viele konnten auf ein Alter von mehreren hundert Jahren zurückblicken. Nun verlangten die aus ihrer alten Schönheit zu Bergen von wirr durcheinanderliegenden Balken und Schutt zusammengesunkenen Kunder der Vergangenheit einen letzten, mühevollen Einsatz von Arbeit, bis sie endgültig als wertloser Trümmerhaufen in ein bedeutungsloses Dasein versanken.

Die erwähnten Nachlöscharbeiten fielen besonders dann an, wenn beim Einstürzen der Bauten Glutnester durch den Schutt verdeckt wurden, was sich praktisch kaum vermeiden ließ. Nach kürzerer oder längerer Zeit bekamen diese verschütteten Glutnester Verbindung mit der Luft und entwickelten sich wieder zu Bränden, die die Nachbarschaft vielfach bedrohten. Zum anderen bildeten diese Brandstellen weithin sichtbare Lichtzeichen, die nicht zuletzt nach den Grundsätzen für die absolute Verdunkelung vermieden werden mußten.

Jeder Feuerwehrmann weiß aus Erfahrung, daß bei Bränden von Gebäuden, Lagern usw. das eigentliche Löschen den wenigsten Arbeitsaufwand erfordert. Die größten Anstrengungen erfordert meistens das nach dem ersten Ablöschen notwendige Freilegen der Glutnester im Balkenwerk, in den Lagervorräten usw. Werden nicht gleich anfangs die angefallenen Schuttmengen beseitigt, wird die

Erreichung eines endgültigen Löscherfolges immer schwieriger. Leider kam es im Luftkriegseinsatz wegen mangelnder Beachtung dieser Notwendigkeiten vor, daß Häuser, die anfangs nur im Dachgeschoß Brände gehabt hatten, nach dem „Ab-löschen“ bei größer werdender Häufung des anfallenden Schuttes von Stockwerk zu Stockwerk und schließlich bis auf die Grundmauern abbrannten. Wo lag dann die Schuld? Bei den Feuerlöschkräften? Nein; denn sie konnten sich unter diesen Luftkriegsverhältnissen bei der fast immer vorhandenen Gefahr, daß sich viele Brände rasch ausbreiten konnten, meistens nur darauf beschränken, die Macht der großen Brände so weit zu brechen, bis die Gefahr der raschen Ausbreitung gebannt war. Dann forderten vorerst in diesem Umfange immer neue Brandstellen weiteren Einsatz.

Wer sollte dann die Löschmaßnahmen fortsetzen? Sie erforderten in der Regel keine besonderen Geräte mehr, als eine Luftschutzspritze, etwas Werkzeug, wie Beile, Schaufeln, und viel Arbeitskraft. Aber vom Selbstschutz konnte man diese Arbeit nicht erwarten. Denn diese Menschen waren von den Anstrengungen bis zum Eintreffen der Löschkräfte meist so erschöpft, daß sie ohne größere Pause zu keiner Tätigkeit mehr fähig waren. Ein weiterer Grund lag darin, daß die den Selbstschutz bildenden Menschen alt oder irgendwie in ihrer Leistungsfähigkeit behindert waren. Wer gesund war, wurde ja beim Frontdienst verwendet.

Zweifellos blieb das Problem der Aufräumarbeiten während des ganzen Krieges ungelöst, und viele schöne Leistungen bei der Bekämpfung der Anfangsbrände konnten nicht zu einem endgültigen Löscherfolg geführt werden. Einige Male gelang es, Wehrmachts- oder Arbeitskolonnen für die Schuttbeseitigung in Brandstellen einzusetzen, doch blieben es Einzelfälle, die die Gesamtsituation kaum beeinflussten.

#### **10. Die weiteren Luftangriffe vom 24. August bis zum 2. Oktober**

An einem heißen Augusttage, am 24. August gegen 11.30 Uhr, sollte ein erneuter Angriff mit Spreng- und Brandbomben über die im Norden der Stadt gelegenen Vororte und Industrieanlagen hereinbrechen.

Seine nachhaltigen Auswirkungen konzentrierten sich auf das Büssing-Flugmotorenwerk (Niemo) in Querum. Die Sprengschäden waren dort erheblich. In fast sämtlichen Werkhallen, Werkstätten, im Verwaltungsgebäude, im Kesselhaus und in einigen Baracken entstanden teilweise sehr umfangreiche Schäden. Obwohl das Werk über sehr große Löschwasservorräte verfügte, mußte noch Löschwasser aus der ca. 500 m entfernten Schunter zur restlosen Bekämpfung der Brandstellen herbeigeschafft werden.

Neben den Schäden im Werk wurden noch Schäden in etwa einem Kilometer im Umkreis angerichtet. Im Vorort Rühme waren Brände in der Siedlung, im Hof Hintze und im Alten Dorfe ausgebrochen. Die Tankstelle Autobahn Braunschweig-Nord brannte aus.

In der Schuntersiedlung im Norden des Stadtbezirks Hagen gab es schwere Schäden an Straßen und Plätzen. Auf der Kieler Straße war die stärkste Häufung zu verzeichnen.

Im Dorf Querum entstanden Brände in den Straßenzügen „Kötere“ und „Am Krähenfelde“, wo in Stallungen mehrere Tiere den Flammentod fanden. Darüber

hinaus wurden die Ziegelei Meier und der Bahnhof abermals beschädigt, das Restaurant „Waldeck“ erlitt Totalschaden. Schwere Zerstörungen wurden in der Siedlung Kralenriede und in der Luftnachrichtenkaserne angerichtet.

Etwas Erstmalsiges für Braunschweig stellte der in Brand geworfene Wald um die Luftnachrichtenkaserne dar. Die anfänglichen Bodenbrände entwickelten sich teilweise bis zum Wipfel Feuer und breiteten sich auf einer größeren Fläche aus. Der ausgetrocknete Baumbestand bot die besten Voraussetzungen dafür. Die Löscharbeiten wurden bei starker Qualmentwicklung noch besonders dadurch erschwert, daß das Gelände von Bombentrichtern, Zeitzündern und Blindgängern besät war. Erst nach stundenlangem anstrengenden Einsatz der Löschkräfte kam das Feuer am Südrand der Autobahn zum Stehen. Die tief eingefressenen Brandnester im Waldboden beschäftigten die Feuerwehren und Forstarbeiter einige Tage lang. Etwa 120 ha Wald wurden vernichtet.

Neben den aufgeführten Schadenstellen erfolgten noch Zerstörungen in den Gebäuden und auf dem Rollfeld des Flugplatzes Waggun, sowie in der Landgemeinde Waggun. Dieser Angriff forderte folgende Opfer:

24 Tote

18 total beschädigte Häuser

3 schwer beschädigte Häuser

38 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 59.

Wieder mußten viele Feuerlöschkräfte tätig werden. Es waren nach diesem Angriff folgende Einheiten eingesetzt worden:

3 FE-Bereitschaften Braunschweig

1 FE-Bereitschaft Watenstedt-Salzgitter

9 Gruppen Freiw. Feuerwehr Braunschweig-Stadt

2 Kleinkraftspritzenengruppen der Stadt Braunschweig

1 Kompanie Feuerschutzpolizei (mot.)

4 Kompanien LS (mot.) 11

1 FE-Bereitschaft Peine

5 Bereitschaften Freiw. Feuerwehr Kreis Braunschweig-Land

3 Bereitschaften Freiw. Feuerwehr Kreis Wolfenbüttel-Land

1 Bereitschaft Freiw. Feuerwehr Kreis Wolfenbüttel-Stadt

15 Gruppen Werkfeuerwehr Braunschweig-Stadt

6 Gruppen Werkfeuerwehr Reichswerke.

Waren bei dem Bombenangriff auf die Büssing-Flugmotorenwerke in Querum am 24. August die markantesten Nebenerscheinungen Waldbrände gewesen, so waren es bei einem weiteren Angriff auf das gleiche Werk am 9. September gegen 23.15 Uhr einzelne Spreng- und Brandbombenschäden, die sich von der Landgemeinde Bienrode bis in die Innenstadt verteilten. Ein einzelner schwacher Verband flog das Werk an. Im Flugmotorenwerk wurden mehrere wirkungsvolle Treffer erzielt. Die übrige Bombenlast scheint planlos geworfen zu sein. Dennoch gab es einige große Schadenstellen. So entstanden Schäden am Bienroder Weg Ecke Wodanstraße, auf der Freyastraße Ecke Bienroder Weg sowie in der näheren Umgebung dieser Schadenstellen. Auf der Kannengießerstraße in der Innenstadt erlitt ein Hinterhaus durch eine Sprengbombe Totalschaden. Gleichzeitig entstand dort ein Brand. Weitere Treffer waren in der ostwärtigen Außenstadt auf der Giesmaroder Straße, auf der Heinrichstraße und am Nußberg zu verzeichnen.



Die entstandenen Schadenstellen waren bald gesichert. Die Verluste waren bei diesem Angriff folgende:

4 Tote

9 total beschädigte Häuser

12 schwer beschädigte Häuser

52 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 73.

Am 17. September gegen 2.30 Uhr sollte nach einem sehr kurzen Voralarm ein weiterer leichter Angriff erfolgen. Die kurze Zeit zwischen Alarm und Angriff (ca. 4 Minuten) reichte gerade aus, daß die Bevölkerung notdürftig bekleidet ihre Keller aufsuchen konnte. Die Häufigkeit der zu dieser Zeit stattfindenden schwachen Störeinflüge hatte die Warnzentrale veranlaßt, oft keinen Alarm auszulösen, wenn angenommen werden konnte, daß die einzelnen Flugzeuge Braunschweig nicht überfliegen würden. Man bezweckte damit, der Bevölkerung die dringend notwendige Nachtruhe so lange wie möglich zu erhalten. Doch in diesem Fall war diese Übung nicht angebracht, wie es sich bald zeigen sollte.

Auf das nordwestliche Stadtgebiet in den Stadtbezirken Petritor und Wilhelmitor wurde eine Anzahl Bomben geworfen. Im Vorort Olper wurden einige Anwesen schwer getroffen, wobei Personen-, Gebäude- und Fahrzeugschäden entstanden. Weitere Treffer wurden im Stadtbezirk Hagen, in der Vorwerksiedlung, auf der Hamburger Straße bei der Firma Schmalbach und auf der Ottenroder Straße, Beethovenstraße, Kastanienallee sowie im Süden der Stadt im Luftwaffenlazarett in Mascherode festgestellt. Nach diesem Angriff waren zu beklagen:

34 Tote

10 total beschädigte Häuser

4 schwer beschädigte Häuser

69 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 83.

Schon einen Tag später, am 18. September gegen 22.30 Uhr, wurden drei Sprengbomben in die Feldmark von Querum geworfen, ohne besondere Schäden zu hinterlassen.

Die Serie der leichten Angriffe nahm ihren Fortgang, als am 28. September gegen 22.00 Uhr der im Süden der Stadt gelegene Vorort Melverode und das Städt. Wasserwerk Rüningen mit Minen- und Sprengbomben eingedeckt wurden. Darüber hinaus entstanden Schäden in der Landgemeinde Rüningen und in der zwischen Rüningen und Melverode liegenden Feldmark.

In den ländlichen Wohnbauten und landwirtschaftlichen Betrieben wurden verheerende Wirkungen durch Sprengbomben verursacht. Die bekannte Gaststätte „Kammerkrug“ wurde völlig zerstört. Das Wasserwerk Rüningen erlitt nur geringfügige Schäden, jedoch wurde eine große Versorgungsleitung zur Stadt getroffen.

Neben diesen Schäden waren noch Treffer im Stadtgebiet Petritor in der Gegend Kälberwiese bis hinüber zur Celler Straße in der Höhe des Landeskrankenhauses festgestellt. Dieser Angriff forderte:

2 Tote

3 total beschädigte Häuser

3 schwer beschädigte Häuser

insgesamt 6.

Nicht aufgeführt sind hier die vielen Schäden an Dächern, Fenstern und Baumbeständen in den betroffenen Gegenden.

Die letzten Angriffe auf Braunschweig waren nur leichter Art gewesen. Doch hatte die Stadt Magdeburg am 28. September einen schweren Angriff zu ertragen, zu dessen Bekämpfung Braunschweiger Luftschutzkräfte zur Hilfeleistung entsandt wurden.

Am 2. Oktober gegen 13.00 Uhr wurden einige Bomben auf das Werk für optische Geräte „Voigtländer“ im Osten der Stadt geworfen, die nur Sachschäden anrichteten. Noch am selben Tage gegen 20.00 Uhr richtete sich ein leichter Angriff auf den Vorort Veltenhof im Norden der Stadt. Einige landwirtschaftliche Betriebe und Wohnhäuser wurden schwer getroffen. Es wurden drei Schwerverletzte aus den Trümmern geborgen.

Die in der Nähe gelegenen Hafenanlagen wurden nicht angegriffen. Danach waren folgende Schäden zu verzeichnen:

4 schwer beschädigte Häuser  
15 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 19.

In diesen leichten Angriffen lag die damals befolgte Taktik der alliierten Luftwaffe. Täglich wurden mehrere Städte mit starken Kräften angegriffen, und gleichzeitig wurden von vielen kleinen Gruppen Störeinflüge und leichte Angriffe, vielfach auch auf Einzelgehöfte, durchgeführt.

### **III. Der Höhepunkt des Luftkrieges in Braunschweig**

(15. bis 22. Oktober 1944)

#### **1. Der Luftangriff am 15. Oktober**

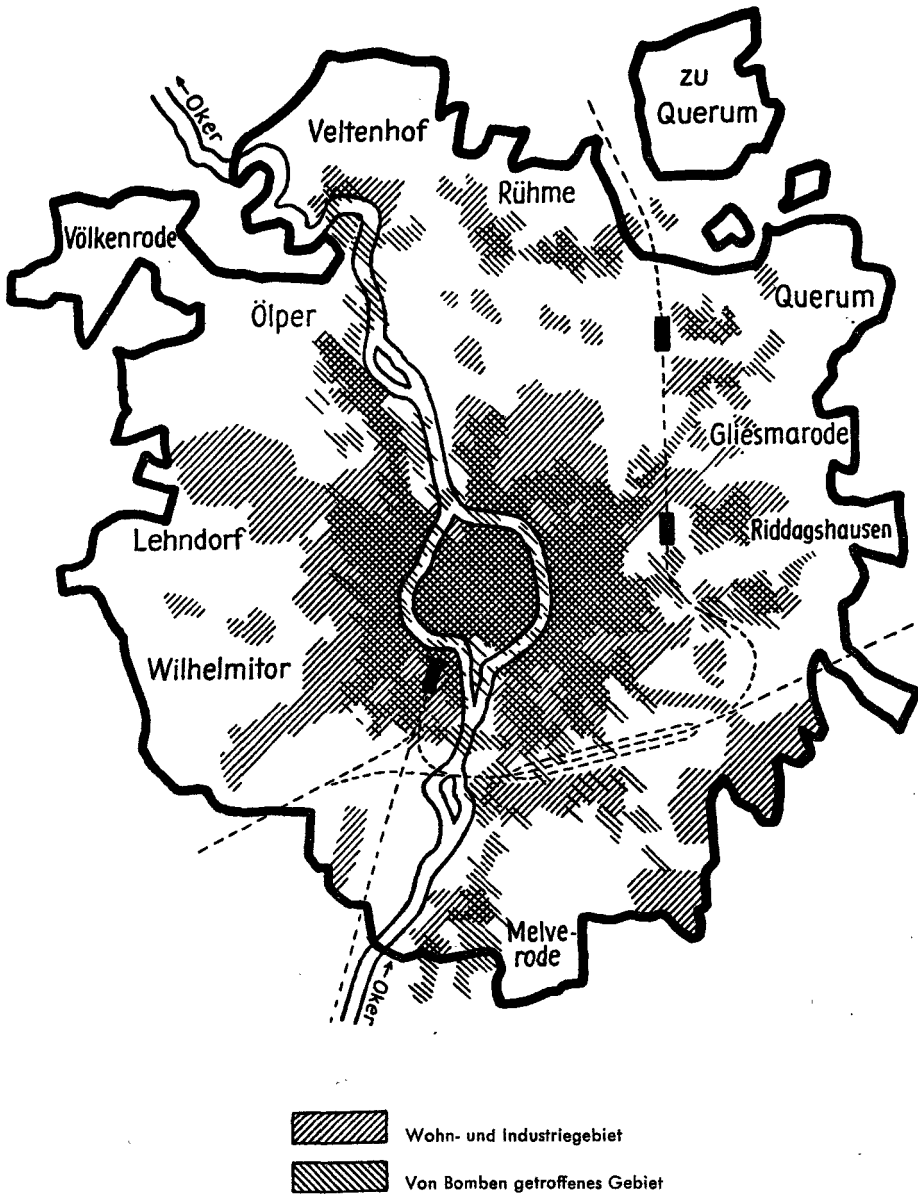
Im Stadtgebiet Braunschweig waren in den letzten sechs Wochen nur kleinere Angriffe oder einzelne Bombenwürfe zu verzeichnen. Irgendwie lag es aber in der Luft, daß für Braunschweig etwas Größeres bevorstand, denn es blieb zu dieser Zeit keine Gegend Deutschlands über einen längeren Zeitraum hinweg von schweren Angriffen verschont.

Die Lufttätigkeit der Alliierten über Deutschland steigerte sich weiterhin von Tag zu Tag. Täglich gab es mehrere Male auch in Braunschweig Fliegeralarm. Der 14. Oktober beschloß genau 24.00 Uhr seinen Zeitablauf mit einer Entwarnung. Doch schon am 15. Oktober 1.50 Uhr gab es in Braunschweig erneut Fliegeralarm.

Dies war das Vorsignal für den furchtbarsten Angriff auf die Stadt und deren gepeinigten Bevölkerung. Diese Nacht ist für Braunschweig Schicksal geworden.

Es war wie so oft. Die Bomben rauschten. Die Brandbomben klangen beim Fallen wie flatterndes Blech, das pfeifende Geräusch und die durchdringenden Detonationen der Sprengbomben sowie das Bersten von Bauteilen ließen unschwer

**Der Luftangriff am 15. Oktober**  
**(Vgl. hierzu die Karte auf Seite 24)**



erkennen, daß über der Stadt die Hölle los war. Über allem lag ein vielfältiges Motorengebrumm. Instinktiv fühlten die Menschen in solchen Situationen, daß etwas Außergewöhnliches im Abrollen war. Es drängte sich, wie immer, die Frage auf: Welche Gebiete werden dieses Mal betroffen sein? Es sollte sich bald herausstellen, daß es nicht um Gebiete ging, sondern daß es das ganze Braunschweig war, das getroffen wurde. Es gingen mehrere Bombenteppiche nieder. Der Brand zu einer großräumigen Vernichtung war gelegt.

Noch während des Angriffes wurde festgestellt, daß auf der Breiten Straße, am Radeklint und in der Gegend Lange Straße über Bauwerke und Ruinen hinweg Brandbomben dicht bei dicht lagen. Die mit weißer Flamme brennenden Stabbrandbomben unterschieden sich eindeutig von dem fauchenden und rußenden Ausblasen der Flammstrahlbomben. Weit verstreut lagen Bauteile, Türen, Fenster und Glasscherben. Es war schon während dieser Zeit unmöglich, die Straßen mit einem Fahrzeug zu passieren. Die Bereifung hätte sich sofort an den Brandbomben entzündet, die so dicht lagen, daß sie nicht einmal mit einem leichten Motorrad bei langsamer Fahrt umfahren werden konnten. Schon waren in den Häusern die ersten Brände zu erkennen, da donnerten weitere Wellen von Flugzeugen heran. Das ganze Inferno des Angriffes dauerte ca. 40 Minuten.

Was war geschehen? Wer konnte schnell einen Überblick geben? Niemand. Sämtliche Nachrichtenmittel waren ausgefallen. Nachrichten und Meldungen konnten nur persönlich übermittelt werden. Außerhalb hatte man den furchtbaren Angriff beobachtet, und von allen Seiten strömten die Helfer der todwunden Stadt entgegen. Wo sollte man helfen? Wo lagen die Schwerpunkte? Das waren naheliegende Fragen, aber hier versagte zunächst aller Verstand und alle Routine. Es war nicht zu fassen. Auf den Straßen, in den Häusern wie in den Ruinen Feuer, nichts als Feuer und heizender Rauch. Die Bomben auf den Straßen und Plätzen waren bald ausgebrannt. Die Wege wurden wieder frei, um so mehr entwickelten sich die Brände in den Gebäuden. Die Menschen in den Kellern wagten sich nun ins Freie. In den Kellern wurden sie von dem eindringenden Brandrauch gepeinigt; doch die „brennende Straße“ erschien schlimmer, und so hielten sie aus. Viele, viele Menschen waren verschüttet, und ihnen galten die ersten Hilfsmaßnahmen.

Die entfachten Brände entwickelten sich rasend schnell. Es war unmöglich, dem Feuer in seinem Kerngebiet entgegenzutreten. Die Brandstellen in der Innenstadt wuchsen zusammen. Ein großräumiger Flächenbrand war im Entstehen. Aber in diesem Gebiet lagen sechs öffentliche Großbunker und zwei öffentliche Luftschutzräume mit etwa 23 000 Insassen. Sie durften in diesem Gebiet nicht bleiben; doch ohne Schutz und ohne Geleit konnte man die Menschen nicht in den ringsum tobenden Hexenkessel lassen, wo auf Schritt und Tritt tödliche Gefahr durch hochgehende Zeitzündler, einstürzende Gebäudeteile, zischende Flammen und dunklen, stickigen Brandrauch drohte.

Wer sollte den zu erwartenden Menschenströmen das Geleit geben? Die örtlichen Luftschutzkräfte hatten sich von ihren dezentralisierten Aufstellungsplätzen aus teilweise schon während des Angriffes eingesetzt. Es war ja überall schreiende Not. Wer konnte vermuten, daß es an anderen Stellen noch Schlimmeres gab?

Es war ohne Nachrichtenmittel unmöglich, die eingesetzten Luftschutzkräfte schnell zu verständigen oder aus ihren „Schreckensgebieten“ herauszulösen. Die Notwendigkeiten in der Innenstadt mußten verbleiben, bis stärkste auswärtige Kräfte eintrafen.

Inzwischen hatte sich ein Flächenbrand entwickelt, der in den schon gelichteten Häuserreihen der Innenstadt noch reichliche Nahrung in den verbliebenen Fachwerkhäusern fand. Der Flächenbrand erfaßte die gesamte Innenstadt, mit Ausnahme kleinerer Gebiete um den Hauptbahnhof, den Kohlmarkt, Rathaus und Augusttor.

In der Gegend Wollmarkt, Lange Straße, Weberstraße entstand ein Feuersturm mittlerer Heftigkeit. Die von dem Riesenbrand erhitzten Luftmassen wurden nach oben getrieben. Die entstandenen Druckunterschiede in der Atmosphäre versuchten sich auszugleichen. Dazu strömte von unten kältere Luft nach. Dabei traten Sturmerscheinungen auf. Die Luftbewegung entfachte das Feuer zu stärkerer Entwicklung. Die auftretende Zugwirkung war teilweise so stark, daß lose hängende Kleidungsstücke, wie Mäntel, dem Träger über den Kopf wehten. Hüte, Mützen, ja selbst leichte Möbelstücke, wie Stühle und Tische, wurden vom Sturm fortgetragen. Böige Gegenströmungen wühlten den Brandschutt auf und wirbelten einen dichten Funkenregen durch die niederbrennenden Straßen. Was dazwischen kam, wurde versengt, verschmort oder verbrannt. Die 23 000 Bunkerinsassen waren jedoch dazwischen. Obwohl man sie hinter starken Betonwänden wußte, war die Sorge groß. Die entsetzliche Brandhitze dürfte zu ihnen noch nicht durchgedrungen sein; aber wird die Luft gereicht haben, fragte man sich, die überfüllten Luftschutzräume mit ausreichendem Sauerstoff zu versorgen?

## 2. Die Befreiung der Bunkerinsassen

Gegen 5.00 Uhr war es möglich, starke Kräfte zur Herausführung der Bunkerinsassen einzusetzen. Mühselig mußten sie sich durch das höllische Inferno unter Verlegung einer sogenannten „Wassergasse“ heranarbeiten, ständig bedroht von Funkenregen, einstürzenden Gebäuden und umherschwebenden glühenden oder brennenden Bauteilen.

Die Wassergasse war eine Schlauchleitung, die unter einem ständigen Wasserschleier zum Schutz gegen die strahlende Hitze in das Gefahrengebiet vorgetrieben wurde. Die Reichweiten der einzelnen Strahlrohre überschritten sich, so daß eine geschlossene, künstliche Regenzone entstand.

Der Einbruch in das Flächenbrandgebiet im Nordwesten der Innenstadt, wo sich viele Nebenerscheinungen des Feuersturmes zeigten, war für die vorgehenden Menschen ein großes Wagnis. Die gegenseitige Beeinflussung der Brandherde durch lokal auftretende Winde brachte ein dauernd wechselndes, unberechenbares Umschlagen des Feuersturmes mit sich. Hatten sich diese Menschen auf eine Richtung der einwirkenden Strahlungshitze eingestellt, so schlug sie um, und die veränderte Lage erforderte erneute Anpassung. Das Heranführen des Wassers machte größere Schwierigkeiten, obwohl Wasservorräte in nächster Nähe vorhanden waren. Sie lagen aber mitten im Flächenbrandgebiet und waren zu dieser Zeit nicht nutzbar. Der Druck in den langen Wasserleitungen mußte mehrere Male verstärkt werden, wobei die Verstärkerpumpen dauernd bedroht wurden. Mehrere Male mußten ihre Standorte gewechselt werden. Das alles bedeutete Zeitverlust.

Gegen 7.00 Uhr waren die Bunker erreicht. Beim Öffnen der Bunkertüren schlug den Rettern ein verhaltenes Geräusch vieler sich gedämpft, aber etwas nervös, unterhaltender Menschen entgegen. Sie lebten alle noch. Die meisten wußten nichts von der sie bedrohenden Gefahr. Die Herausführung dieser

Menschenströme unter dem Schutz eines Wasserschleiers vollzog sich ohne Verluste und besondere Vorkommnisse. Kleinere panikartige Zustände der aus ihrer Einschließung kommenden Menschen konnten die Hilfsmannschaften steuern, so daß alle ungefährdetes Gebiet erreichten. Retter und Gerettete atmeten auf, als dies gelungen war. Den Eingeschlossenen war Leben und Gesundheit erhalten geblieben. Den Rettern war es gelungen, eine Katastrophe abzuwenden.

Leider gelang es nicht in gleichem Umfang für die im Luftschutzraum auf der Schöppenstedter Straße 31 eingeschlossenen Menschen. Dort mußten 104 Personen geborgen werden. Bei neun von ihnen hatten die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche Erfolg, während 95 Personen infolge Sauerstoffmangels umgekommen waren. Der Luftschutzraum hatte in seiner Konstruktion keine Schäden erlitten. Doch waren in diesem Gebiet die Wirkungen des Flächenbrandes besonders heftig aufgetreten. Wohl wegen der damit verbundenen Erscheinungen waren die Türen des Luftschutzraumes geschlossen gehalten worden, und die Gefahr des auftretenden Sauerstoffmangels wurde offensichtlich nicht erkannt, obwohl in jedem Luftschutzraum zur Kontrolle des Sauerstoffgehaltes der Luft brennende Kerzen aufgestellt sein sollten. Die Umstände, die es in diesem unbeschädigten Luftschutzraum zu dem tragischen Tod von so vielen Menschen kommen ließen, konnten in den nachträglich angestellten Untersuchungen nicht befriedigend klar ermittelt werden.

### 3. Die Schadensbekämpfung

Überall waren Bergungsarbeiten angelaufen, die sich tagelang hinzogen. Es gab nicht viele Wohnhaustrümmer in der Innenstadt, aus denen keine Menschen geborgen werden mußten. Oft waren die Menschen auf der Flucht aus dem Flächenbrandgebiet ins Freie vom Flammentod erfaßt worden. Von außerhalb wurden diese Bergungsarbeiten von besonderen Luftschutzkräften unterstützt. Daneben waren auch Bergleute aus den Bergbaugebieten Helmstedt und Watenstedt-Salzgitter tätig.

Der Flächenbrand hatte gegen 6.00 Uhr morgens in der Innenstadt seinen Höhepunkt erreicht. Etwa 150 ha historisches Stadtgebiet war erfaßt. Es mußte ein müßiger Versuch bleiben, sollte alles aufgeführt werden, was brannte oder von Bomben zerrissen war. Die Lange Straße, Weberstraße und Beckenwerkerstraße waren ein einziges Flammenmeer. Weiter hatten sich die Flammen über den Wollmarkt, Kaiserstraße, Wendenstraße zum E-Werk Wilhelmstraße, nach der Fallersleber Straße bis zum Steinweg, Sandweg, Friesenstraße durchgefressen. Die Kirche St. Nicolai am Sandweg war aus Anlaß des bevorstehenden Kirchweihfestes besonders geschmückt und wurde in ihrem Festkleid ein vollkommener Raub der Flammen.

Ein zusammenhängendes Flammenmeer tobte auch über dem Bezirk Bohlweg, Stobenstraße, Waisenhaus und Münzstraße. Das Ministerium, das Rathaus, Polizeipräsidium, Landgericht und die vielen Geschäftshäuser, Brünings Saalbau und das Gebäude der Hauptfeuerwache brannten nieder oder wurden zumindest schwer beschädigt. Auf dem Damm/Hutfiltern entstanden einige Blockbrände. Um den Bankplatz/Eiermarkt, von der Südstraße über die Echternstraße, Güldenstraße, Scharnstraße raste das Feuer bis zum Petritor. Alles, was brennbar war, wurde vom Feuer erfaßt. Nichts blieb verschont. Hohe Funkengarben schossen aus den

Türmen der Kirchen. In den Gebäuden tobte ein brodelndes Feuer. Das Ganze quoll mit unwiderstehlicher Macht durch die längst ausgeglühten Fensteröffnungen mit Überdruck ins Freie und bedrohte dabei diejenigen, die es versuchten, dem entfesselten Element etwas zu entreißen.

Diese Erscheinungen beschränkten sich keineswegs auf die Innenstadt. Auch außerhalb des Okerringes zerfetzten zahllose Spreng- und Minenbomben bebautes und unbebautes Gelände. Die geworfenen Brandbomben verrichteten mit grauenhafter Konsequenz ihr Vernichtungswerk. Braunschweigs erste Kulturstätte, das Staatstheater, brannte im Bühnen- und Zuschauerhaus vollständig aus. Nur die Künstlergarderoben und die Kellerräume blieben erhalten.

In dem Gebiet des Stadtbezirkes Stadtpark, das, von der Oker ausgehend, von der Leonhardstraße, der Gegend um das Marienstift, der Herzogin-Elisabeth-Straße, Wilhelm-Bode-Straße, Gliesmaroder Straße umgrenzt wird, reihte sich ein Schaden an den anderen. Totalschäden durch Spreng- und Minenbomben wechselten mit Großfeuern in Wohn- und Geschäftshäusern, Kirchen und Kulturstätten. Gemischte Schäden traten in Verkehrs- und Parkanlagen auf. An dieses Gebiet schloß sich ein nicht minder schwer betroffenes Gebiet im Stadtbezirk Altewiek an. Die Gegend um Büssing unterschied sich in nichts vom ostwärtigen Stadtgebiet. Hier dehnten sich aneinandergereihte Schäden in großem Umkreise bis hinüber zum Limbeker Hof und bis nach Meverode aus, wo Wohnhäuser, Industriebetriebe und Bauernhöfe Spreng- und Brandbombenschäden erlitten.

Der bei früheren Angriffen stark mitgenommene Südwesten der Stadt verfügte nur über verstreut liegende Schäden. Doch nach dem Stadtbezirk Petritor hin verdichtete sich die Wirkung der Bombenwürfe. Das Städt. Krankenhaus Holwedestraße, die Drogistenakademie, die Wohnviertel um den Madamenweg, Goslarsche Straße, Sackring, Rudolfplatz, Rudolfstraße, Thomae- und Klosterstraße, Celler Straße, Maschstraße und nach dem Eichtal hin waren erfaßt von vielen Blockbränden und zeigten eine große Zahl aufgerissener Häuserreihen.

Das Reserve-Lazarett Inselwall (Berufsschule) mit seiner großen Belegung war bedroht von den näherkommenden Flammen des Flächenbrandes der Innenstadt. Im Stadtbezirk Hagen brannte die Technische Hochschule in fast allen Teilen, ebenso die umliegenden Straßenzüge. Entlang der Hamburger Straße und ihrer Nebenstraßen tobten schwere Brände. Viele Industrieanlagen und Handwerksbetriebe gingen neben den Wohnhäusern verloren. In der Brauerei National-Jürgens und im Garnison-Lazarett entstanden nachhaltige Zerstörungen.

In den Vororten entstanden ebenfalls erhebliche Schäden. So brannten in Riddagshausen Teile des Klostergrundes. In Gliesmarode waren es der Gliesmaroder Turm, viele Wohnhäuser und landwirtschaftliche Betriebe. Querum verzeichnete zwölf Brandstellen. In Rühme waren es zwei Großschadenstellen, und im Vorort Veltenhof gab es „Unter den Linden“ und auf dem „Münzberg“ Schaden. In der Vorortsgemeinde Olper mußte ca. 15 Bränden entgegengetreten werden. Darunter befand sich ein Feuer in einem größeren Truppenverpflegungslager. In Lehn-dorf waren es vorwiegend Handwerksbetriebe und Scheunen, die die Brandstellen bildeten. Doch reichten alle diese furchtbaren Notstände nicht an das geschilderte Geschehen in der Innenstadt heran.

Gegen 7.00 Uhr war der Höhepunkt der Flächenbrandentwicklung überschritten. Starke Luftschutzkräfte waren nach Braunschweig gekommen, und man begann in

das Flächenbrandgebiet einzudringen. Mit stärksten Wassermengen begann man den tobenden Feuerkessel von außen her anzugreifen und das Riesengebiet zu unterteilen. Nach längerer, schwerster Arbeit ließen sich die ersten Erfolge erkennen. Langsam zeigten sich in dem glühenden Gelände schwarze Gassen, die den Zugang zum Stadtkern wieder ermöglichten. Es fehlen die Worte, das zu schildern, was bisher von den Flammen verhüllt wurde. Ein furchtbares Schicksal hatten die Menschen erlitten, denen es nicht gelungen war, vor dem großen Brand diese Gebiete zu verlassen.

Die Feuersbrunst ließ nach, aber durch das Einstürzen der ausgeglühten Häuser entstanden neue Gefahren für die Rettungskräfte und die dicht folgenden Bewohner dieser Straßen, ihrer Angehörigen oder Verwandten. Noch einmal wurden Opfer an Toten und Verletzten von der Bevölkerung und ihren Helfern in großer Zahl durch Verschüttungen gefordert. In Braunschweig war tatsächlich die Hölle los. Die entfesselten Gewalten suchten sich in stetig wechselnden Formen immer wieder neue Opfer.

Dieses furchtbare Braunschweiger Schicksal bildete in dieser Zeit keinen Einzelfall. Über die deutsche Gesamtsituation hinsichtlich des Luftkrieges scheint der Wehrmachtsbericht vom 15. Oktober 1944 in amtlicher Form am besten Auskunft zu geben, wenn er unter anderem bekanntgibt: „... Britische und amerikanische Bomber führten am Tage Terrorangriffe gegen Köln, Duisburg und Kaiserslautern und griffen weitere Orte im Rheinland und Oberschlesien an. In der vergangenen Nacht warfen Briten wahllos eine große Zahl von Spreng- und Brandbomben auf die Wohngebiete der Städte Duisburg und Braunschweig. Tilsit, Hamburg und Berlin waren das Ziel weiterer nächtlicher Bombenangriffe. 50 feindliche Flugzeuge, darunter 40 viermotorige<sup>37)</sup>, wurden abgeschossen.“

Die Brandstellen in der Stadt verloren an Lebhaftigkeit. In den Außenbezirken und an einigen Stellen der Innenstadt war es dank der aufopferungsvollen Tätigkeit der Löschkräfte gelungen, Totalschäden zu verhüten. Auch die Gewalt der Flächenbrände ließ zusehends nach, in der Hauptsache deshalb, weil die Masse des brennbaren Gutes von den Flammen aufgezehrt war. Mit dieser Feststellung soll keinesfalls die verdiente Anerkennung der überaus kraftverzehrenden Anstrengungen der vielen amtlichen und namenlosen Helfer geschmälert werden. Die entfesselten Naturgewalten spotteten allem menschlichen Wollen und Können und aller Technik. Was sind bei solchen Katastrophen 50, 100 oder 200 Strahlrohre für Löschwasser? Sie müßten schon ganz massiert eingesetzt werden können und in so starker Zusammenfassung mehrfach vorhanden sein, wenn man sichtbare Erfolge erzielen wollte. Aber wie sollten solche starken Kräfte bereitgehalten werden? Das zu schützende Land war groß, und der Krieg forderte Menschen für die kämpfende Truppe, die Industrie und nicht nur für Luftschutzzwecke.

Am Nachmittag war die Gewalt der Brände gebrochen. Unzählige Brandnester gab es noch abzulöschen. Über der zeretzten Stadt lag eine bleigraue lähmende Schattenhaftigkeit. In dreihundert bis vierhundert Meter Höhe hatte sich ein dicht zusammenhängender Dunstschleier gebildet, der sich erst nach vier Tagen restlos zerteilt hatte. Bis dahin gestattete er der darüber stehenden Herbstsonne, nur ein schwaches Licht auf die tödlich getroffene Stadt und ihre Bewohner zu werfen.

<sup>37)</sup> Zu dieser Zeit wurden fast ausschließlich viermotorige Langstreckenbomber eingesetzt, die eine Bombenlast von 6 bis 10 Tonnen befördern konnten und einen Aktionsradius von ca. 2500 km erreichten.



Nunmehr war ein Rundgang durch das betroffene Gebiet möglich und vermittelte einen ersten Überblick über das Ausmaß der Katastrophe. Schritt für Schritt mußte der Weg über Brandschutt, heiße Steine und Geröll, vorbei an qualmenden Ruinen, arbeitenden Lösch- und Bergungsmannschaften und vorbei an vom Schicksal geschlagenen Menschen gebahnt werden. Allerorts begegnete man Einwohnern, die oft mit kümmerlichen Werkzeugen in Selbsthilfe versuchten, die meist noch erhaltenen Hauskeller zugänglich zu machen, um ihre Angehörigen zu suchen oder ihre letzten Habseligkeiten zu bergen, ehe die Glutnester des Brandschuttes Feuer in den Kellerräumen entfachen konnten. Es war ein freies Blickfeld vom Fallersleber Tore über den Hagenmarkt, Wollmarkt bis zum Petritore entstanden. Der massive Turmbau der alten Petrikirche aus dem 12. Jahrhundert hatte sein Barockdach verloren, beherrschte aber trotzdem den Hintergrund. Die Türme der Katharinenkirche, die einst in schlanker Form gen Himmel ragten, waren nur noch Stümpfe. Das bauliche Schmuckstück, die alte Hagenmarktapotheke, war nicht mehr. Verschwunden waren die urwüchsigen stolzen Bauten, die einst die Kaufleute des Mittelalters errichtet hatten. Trümmer, nichts als Trümmer, und dazwischen die vielfältige Ernte des Todes.

Die schöne Fachwerkzeile am Gewandhaus war verschwunden. Das Gewandhaus war ausgebrannt. Der herrliche Giebel sah in diesem Wirrwarr noch einigermaßen tröstlich aus; sein durch das Feuer geschwächtes Gefüge sollte erst in einer späteren Sturmnacht bersten. Am Altstadtmarkt ragten die zerstörten Türme von St. Martin zum Himmel, und die Reste des Stechinelli-Hauses bildeten einen qualmenden, stinkenden Haufen Schutt und Asche. Das Grauen nahm kein Ende. Vor und hinter, links und rechts vom Betrachter Trümmer und Ruinen, Ruinen und Trümmer. Fort waren die winkligen Gassen mit den gezierten Fachwerkbauten, die so vielseitig das Stadtbild belebten. Fort war der weit über Braunschweigs Grenzen hinaus bekannte Flohwinkel an der Breiten Straße. Überall wirkte nachhaltige Zerstörung und löste Mitleid, Trauer und Verzweiflung aus. Nur einer lächelte trotz allem sein selbstbewußtes schalkhaftes Lächeln: Till Eulenspiegel auf seinem Brunnenrand. Er hatte alles, ohne Schaden zu nehmen, überstanden.

An dem Angriff sollen ca. 1000 Flugzeuge beteiligt gewesen sein. Nach zuverlässig erscheinenden Schätzungen sind etwa 200 000 Brandbomben und 12 000 Spreng- und Minenbomben geworfen worden.

Die Hilfs- und Rettungsmaßnahmen waren in den ersten Stunden nach dem Angriff von mehreren kurz hintereinanderliegenden Fliegeralarmen gestört worden, die auch an den folgenden Tagen häufig zu verzeichnen waren. Keiner wußte, ob ein neuer Angriff erfolgen würde. Die dauernden Alarme erweckten in den Helfenden eine schwere seelische Spannung. Denn verließen sie die Schadensstellen, um sich selbst in Sicherheit zu bringen, so nahm das Feuer sofort wieder an Umfang zu, und stundenlange Arbeit war vergebens gewesen. Zudem stand das Verlassen der Schadensstellen im Widerspruch zu ihrer übernommenen Verpflichtung, zu helfen und Not zu lindern. Das Helfen in solchen Lagen ist eine Selbstverständlichkeit, die großartig ist. Menschen, die nur das nackte Leben gerettet hatten, empfanden in ihrem Elend den Nächsten, der dasselbe erlitten hatte, wie sie selbst, aber auch noch verletzt war, als besonders beklagenswert und unterstützten ihn selbstlos. Während dieses Niederganges zeigte sich viel echte Menschlichkeit.

Als der 17. Oktober sich neigte, waren die letzten Großschadenstellen abgelöscht. Doch Tausende von Glutnestern unter Schutt und Geröll bildeten die Gefahr, größere Brände wieder aufkommen zu lassen. Die zur Bekämpfung erforderliche Arbeit übernahmen die örtlichen Kräfte, verstärkt durch auswärtige Einheiten und Aufräumungskommandos der Wehrmacht. Diese Arbeiten zogen sich bis zum 20. Oktober in größerem Umfange hin. Dann erst wurden die letzten auswärtigen Kräfte entbehrlich.

Bis dahin waren folgende Feuerlöschseinheiten tätig gewesen:

- 3 FE-Bereitschaften Braunschweig
- 1 FE-Bereitschaft Watenstedt-Salzgitter
- 4 FE-Bereitschaften Hannover
- 1 FE-Bereitschaft Peine
- 1 FE-Bereitschaft Hildesheim
- 3 Kompanien Feuerschutzpolizei (mot.)
- 3 Kompanien LS (mot.) 11
- 2 Kompanien LS (mot.) 32
- 1 Kompanie LS (mot.) 48
- 9 Löschgruppen der Freiw. Feuerwehren Braunschweig-Stadt
- 5 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaften Braunschweig-Land
- 4 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaften Helmstedt
- 5 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaften Wolfenbüttel
- 2 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaften Goslar-Land
- 1 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaft Blankenburg
- 1 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaft Peine-Land
- 2 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaften Marienburg
- 1 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaft Hildesheim-Land
- 2 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaften Wernigerode
- 1 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaft Quedlinburg-Land
- 1 Freiw. Feuerwehr-Bereitschaft Gifhorn
- 1 Zug Freiw. Feuerwehr Goslar-Stadt
- 22 Löschgruppen der Reichswerke aus der Stadt Watenstedt-Salzgitter
  - 1 Löschgruppe Tanklager Ehmén
  - 1 Löschgruppe Fliegerhorst Waggum
  - 2 Löschgruppen Peiner Walzwerk
  - 1 Löschgruppe Deutsche Reichsbahn Celle.

Dazu kamen noch die Werkfeuerwehren der Betriebe in der Stadt Braunschweig und die gewissen Selbstschutzstellen überwiesenen Kleinkraftspritzengruppen.

Die Personalstärke dieser Feuerwehr-Einheiten ist auf ca. 4500 Mann zu schätzen. Es war ein riesiges Aufgebot, das zur Bekämpfung des Feuers eingesetzt war. Über die Zahl der anderen Luftschutzdienste liegt genaues Material nicht mehr vor, doch dürften sie in einer Stärke von 1000 Mann vertreten gewesen sein.

Ein besonderes Problem bildete die Einsatzlenkung dieser starken Kräfte, um überall ein im Rahmen der Gesamttaktion zweckmäßiges Arbeiten zu erreichen. Dieses Problem konnte nicht in ausreichendem Maße gelöst werden, weil nicht genügend fachlich geschulte und ortskundige Kräfte zum Einweisen der Einheiten in die Schadensbezirke vorhanden waren. Sicher arbeitende Nachrichtenmittel, mit denen solche Mängel wenigstens zum Teil hätten ausgeglichen werden können, standen nicht zur Verfügung. Die Zahl der Kradmelder der Luftschutzleitung war viel zu gering, so daß ihre Arbeit auf das Ganze kaum Auswirkungen zeigte. Vom zivilen Motorsportverband sollten bei Angriffen Kradmelder für Luftschutzdienste

gestellt werden, doch sie erschienen nicht. Der Mangel an Nachrichtsmitteln hatte sehr nachhaltige Auswirkungen auf den Ablauf der Hilfsmaßnahmen. Nur mit zwei Lotsenstellen bestand Funkverbindung, deren technische Möglichkeiten jedoch nicht befriedigten.

Die Versorgung der Luftschutzkräfte mit Kraftstoff und Verpflegung wurde von der Polizei in großem Umfange recht gut gelöst. Die Einheiten wurden angewiesen, ihren Kraftstoffbedarf für die Feuerlöschpumpen an verschiedenen Tankstellen im Stadtgebiet zu decken. Kleinere oder etwas abseits arbeitende Einheiten bekamen ihren Kraftstoff mittels Tankwagen zugeführt, die in gewissen Zeitabständen das Stadtgebiet durchfuhren.

Getränke und Speisen für die Luftschutzkräfte wurden auf Veranlassung der Polizei in Groß- oder Feldküchen zubereitet und in ähnlicher Weise wie der Kraftstoff mittels Kraftwagen den Einheiten im Schadensgebiet überbracht. Zum Teil wurden Verpflegungsstellen errichtet, wo die Luftschutzkräfte ihre Speisen einnehmen konnten. Es dauerte ca. 30 Stunden, bis sich die Versorgung für alle einigermaßen befriedigend eingespielt hatte. Bis dahin mußte bei schwerster Arbeit oft gehungert werden. Den großen auswärtigen Einheiten ging es hinsichtlich des Nachschubes besser. Sie zogen ihren Bedarf selbständig aus ihren Heimatorten nach.

Die Löschwasserversorgung gab zu keinen grundsätzlichen Beanstandungen Anlaß. Die Sammelwasserleitung war ausgefallen. Im Bezirk des Wasserwerkes Bienroder Weg konnten die Hydranten bald nach dem Angriff wieder in Gang gebracht werden. In südlicher Richtung war dies etwa bis zum Rebenring möglich. Das erleichterte die Löscharbeiten erheblich in diesem Gebiet. Doch in allen anderen Stadtteilen mußte auf die unabhängige Löschwasserversorgung zurückgegriffen werden. Sie erwies sich als ausreichend. Als überaus wertvoll haben sich die die Innenstadt umfließenden Okerarme für die Löschwasserversorgung gezeigt. Die aufgespeicherten Wasservorräte in den Feuerlöschteichen und Zisternen waren sehr wertvoll. Noch während der ersten Zeit der Brandbekämpfung wurde von besonderen Einheiten dafür gesorgt, daß diese Behälter laufend gefüllt wurden.

#### **4. Die soziale Not und ihre Bekämpfung**

Die Wirkung der Bomberwellen vom 15. Oktober wurde bisher vorwiegend vom Blickpunkt der Schadensbekämpfung aus betrachtet. Nachstehend sollen die sozialen, versorgungs- und verkehrstechnischen Auswirkungen dieser vernichtenden Aktion der alliierten Luftwaffe in ihrem Rahmen aufgezeigt werden.

Durch den ungeheuren Verlust an Wohnraum waren etwa 80 000 Obdachlose angefallen. Die meisten von ihnen hatten außer ihrem Heim auch noch Angehörige und ihre gesamte Habe verloren. Sie irrten zunächst verzweifelt, körperlich und seelisch leidend, auf den Trümmerstätten ihrer einstigen Wohnung oder ihres Besitzes umher. Doch bald suchten sie die bereitgehaltenen Auffanglager auf, wo sie Verpflegung und im Bedarfsfalle auch Kleidung erhielten. Darüber hinaus fanden sie eine vorläufige Unterkunft. Die Verpflegung kam aus Großküchen. Zur Unterstützung stand der „Hilfszug Bayern“ zur Verfügung. Das war eine Kraftfahrzeugkolonne mit einer fahrbaren Großküchenanlage, ausreichendem Fachpersonal, Geschirr usw., um schnell große Menschenmassen in technisch befriedigender Form mit Verpflegung versorgen zu können. Die Organisation dieser Erst-

versorgung der Obdachlosen lag in den Händen der Partei. Die weitere Betreuung war Aufgabe der Fürsorge- und Sozialbehörden.

Die personelle Besetzung der Betreuungsstellen und Auffanglager machte anfangs erhebliche Schwierigkeiten. Nur etwa 10 % des verpflichteten Personals erschien zum Dienst, der andere überwiegende Teil war selbst hilfsbedürftig geworden.

Die Masse der Obdachlosen wurde bald mittels Eisenbahn oder in Omnibussen in das vorbereitete Räumungsgebiet für die Stadt Braunschweig evakuiert<sup>28)</sup>. Nur denjenigen, die in Braunschweig berufstätig waren, wurde, vielfach durch Zwangseinweisung, Wohnraum in verschont gebliebenen Häusern der Stadt zugewiesen. Für die Obdachlosen, die aus noch erhaltenen Kellern oder teilbeschädigten Häusern Hausrat zu bergen hatten, wurden Lastkraftwagen mit Hilfskräften zum Abtransport zur Verfügung gestellt. Wer keinen Raum zur Unterstellung der geborgenen Sachen hatte, konnte diese in öffentlichen Hausratsammellagern aufbewahren lassen. Die Ereignisse hatten viele Menschen auseinandergerissen. Viele wußten nichts von ihren Angehörigen. Es blieb offen, wer die vielen nicht zu identifizierenden Toten waren. Keiner wollte glauben, daß seine Lieben das Schicksal ereilt hatte. Zunächst wurde gesucht. In der Presse entwickelte sich ein regelrechter Suchdienst mit Namen und der neuen Anschrift des Suchenden bzw. mit Angabe der Personalien der Gesuchten, ähnlich dem Verfahren, wie es später nach der Flucht der Bevölkerung aus den Ostgebieten durchgeführt wurde.

Doch nicht nur die Betreuung der unmittelbar Betroffenen kostete große Anstrengungen, sondern auch die Versorgung der anderen Bevölkerung in einer verbliebenen Stärke von ca. 150 000 Menschen. Trotz des Ausfalls vieler Großhandelsfirmen mit ihren Verteilungslagern und der zahlreichen Handwerksbetriebe im Nahrungsmittelfach mußte auch diese Versorgung sichergestellt werden. Das Heranbringen der Nahrungsmittel von außerhalb ging den Umständen entsprechend gut. Das Schwierigste war die Kleinverteilung. Kurz nach dem Angriff waren im Stadtgebiet noch 58 Schlachtereien von den ehemals 215 und ca. 90 Bäckereien von den ehemals etwa 210 übriggeblieben. Nur noch 5 Hotels, etwa 20 Gaststätten und 6 größere Textilhandelsfirmen waren betriebsfähig. Eine Anzahl dieser Betriebe hatte Teilschaden und verlegte die Betriebsräume in den Keller. Die Mehrzahl der noch betriebsfähigen Firmen befand sich in den Außenbezirken der Stadt und in den Vororten. Sämtliche Apotheken der Innenstadt, außer der Post- und der Hofapotheke, waren vernichtet. Die Ärzteschaft, Kliniken und Krankenhäuser hatten alle Hände voll zu tun, um die vielen Verletzten zu betreuen. Massenweise waren Augenentzündungen und Erkältungskrankheiten zu behandeln. Erfreulicherweise kam es nicht zu Epidemien.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Strom war zunächst vollkommen ausgefallen, denn das Gaswerk, das E-Werk und die Wasserwerke waren nur noch beschränkt betriebsfähig. Nur langsam gelang es, die Versorgungsleitungen bezirksweise wieder notdürftig in Gang zu bringen. Zunächst mußte auf Gas und Elektrizität vollkommen verzichtet werden, obgleich die Reparaturkolonnen der Stadtwerke und Kolonnen gewerbetreibender Fachhandwerker, die über die Technische Nothilfe für diese Zwecke zur Verfügung standen, gleich nach dem Angriff ans Werk gingen. Wasser wurde in den ersten vierzehn Tagen nach dem Angriff in Tankwagen der Bevölkerung zugeführt.

<sup>28)</sup> Vgl. die Karte auf S. 39.

Das Telefonnetz mit seinem Filigranwerk von Fernsprechleitungen war völlig ausgefallen, und es dauerte längere Zeit, bis es wieder in beschränktem Maße benutzbar wurde. Fast unentwirrbar erschienen anfangs die Störungen im Verkehrsnetz. Die Straßen der Innenstadt waren für den normalen Verkehr nicht passierbar. Viele Bombentrichter und hohe Schuttberge wechselten mit größeren Ansammlungen geborgenen Hausrats. Obgleich mit aller Energie darangegangen wurde, die Straßen freizumachen, dauerte es doch einige Zeit, bis ein Notverkehr wieder möglich war.

Zunächst wurden die Bombentrichter gefüllt<sup>29)</sup>. Der Schutt auf den Straßen wurde in die Trümmergrundstücke geworfen und der Hausrat zumeist in die Sammlager gefahren. Nach einigen Tagen waren aus den Trampelpfaden wieder Fahrwege geworden. Ein langsam laufender Verkehr konnte mit einigen Einschränkungen wieder fließen. Die Nutzbreite der Straßen war noch vielfach eingeengt. Die Straßendecken waren uneben. Die gepflasterten Straßen waren in ihrer Oberfläche meist recht gut erhalten, während die Asphaltstraßen bei gleichen Beanspruchungen schlechter waren. Die Brandbomben oder glühende Trümmerstücke hatten durch Hitzewirkung den Teerbelag aufgeweicht, und es blieben meist kraterförmige Unebenheiten zurück. Es ist aber nicht vorgekommen, daß der Asphaltbelag nach Fortfall der hitzeentwickelnden Gegenstände weiterbrannte.

Die zerrissenen Oberleitungen der Straßenbahn, umgestürzte Masten und Bäume bildeten besondere Hindernisse für den Verkehr. Die ersten Maßnahmen zu deren Beseitigung hatten die Bergungs- und Löschkräfte bereits durchgeführt. Der Straßenbahnverkehr mußte zwangsläufig für lange Zeit ausfallen.

Aber nicht nur der innerstädtische Verkehr war gestört, sondern auch der Eisenbahnbetrieb. Das Gelände der Bahnhöfe und die Gleisanlagen hatten so große Schäden, daß sie vorerst nicht benutzbar waren. Die Anlagen des Hauptbahnhofes fielen restlos aus. Der Eisenbahnbetrieb rollte von Notstationen ab. In Richtung Ost-West lag die Haltestelle der Züge an der Frankfurter Straße in der Höhe der Chemischen Fabrik Eisenbüttel. Die Züge nach dem Süden verkehrten ab Rünningen, und der Verkehr nach dem Norden war nur ab Braunschweig-Gliesmarode möglich.

Es gab keine Erscheinung des öffentlichen oder privaten Lebens, die von den Folgen des Angriffes verschont blieb. Selbst die Schwerindustrie, die von den direkten Auswirkungen der Bombenabwürfe am 15. Oktober im wesentlichen verschont geblieben war, litt nunmehr unter dem Ausfall von Personal, das sich zunächst erst einmal bemühte, die unerhörten Eingriffe in die Sphäre seines häuslichen Lebens zu erfassen und die ersten Voraussetzungen für ein Weiterkommen zu schaffen. Viele retteten nur das nackte Leben. Die Rührigsten unter ihnen planten sofort nach der Katastrophe für ihre Zukunft. Doch wehe dem, der schwach war!

## 5. Der Luftangriff am 22. Oktober

In dieser Zeit der ersten Sichtung des Verbliebenen in höchster Not und banger Ungewißheit für die Zukunft platzte am 22. Oktober gegen 15.00 Uhr ein weiterer

<sup>29)</sup> Die Aufräumarbeiten wurden überwiegend mit Kriegsgefangenen durchgeführt. Motorisierte Großräumgeräte standen nicht zur Verfügung.

Angriff auf den südlichen bewohnten Teil des Stadtbezirks Altewiek hernieder. Die Hauptziele waren diesmal offensichtlich Verkehrs- und Industrieanlagen.

Die Büssing-NAG. in der Wolfenbütteler Straße, die Vereinigten Signalwerke, Franke & Heidecke und die ausgedehnten Anlagen der Reichsbahn mit Reichsbahnausbesserungswerk in diesem Bezirk erhielten schwerste Treffer. Die Büssing-NAG. wurde in ihrem Werk Wolfenbütteler Straße vorerst stillgelegt. Neben stärksten Sprengbombenschäden war eine Anzahl Schadenfeuer durch Brandbomben im Werk und in einer Werksvilla entstanden. Zur Bekämpfung der Brandschäden wurde die zehnstündige Arbeit von sieben Löschgruppen des FE-Dienstes, der Werkfeuerwehr und der Freiw. Feuerwehr notwendig.

Bei der Reichsbahn wurden Gleisanlagen, Straßenüberführungen und rollendes Material zerstört. Neben diesen Zerstörungen entstanden erhebliche Schäden in den umliegenden Wohnvierteln.

In Melverode brannten auf einem Bauernhof eine Scheune und ein Nebengebäude ab. Im Limbeker Hof erlitten einige Häuser Schäden, ebenso mehrere Wohnhäuser auf der Wolfenbütteler Straße. Auch die Großgaststätten „Hofjäger“ und „Holst's Garten“ wurden erneut getroffen.

Ein weiteres Gebiet mit verstreut liegenden Schäden entstand im Westen bis zum Südwesten der Stadt im Stadtbezirk Wilhelmitor. So entstanden Brände in einer Großgarage am Madamenweg und in Wohnhäusern in der Nähe der Okerbrücke, bei Bremer & Brückmann auf der Juliusstraße sowie auf der Pawelstraße-Wilhelmitor. Auf der Broitzemer Straße und auf der Sophienstraße waren je eine Maschinenfabrik in Brand geworfen worden. In der Chemischen Fabrik Eisenbüttel entstand ein umfangreicher Öllagerbrand.

Eine größere Zahl Stabbrandbomben fiel in Grundstücke auf dem Hohetorwall, auf der Goslarschen Straße, im Städt. Krankenhaus Holwedestraße und in der Drogistenakademie sowie auf dem Gelände der Feuerwache II, Freisestraße. Diese Brandbomben wurden ins Freie gebracht, ehe sie nennenswerte Schäden anrichten konnten.

Der Angriff vom 22. Oktober forderte 18 Tote und 36 total beschädigte Häuser. Nicht erfaßt sind die vielen kleinen Schäden in Industriebetrieben und in Wohn- und Geschäftshäusern.

In der Erinnerung vieler Braunschweiger sind heute schon diese beiden letzten Angriffe zu einem Angriff zusammengefloßen. Was wollte es schon bedeuten, daß sieben Tage nach dem Großangriff neue Schäden entstanden, die trotz ihrer Härte im einzelnen im ganzen nur wie ein kleiner Kratzer empfunden wurden. Zu diesem Zeitpunkt fühlte man sich ja noch mitten im ersten Angriff. Man hatte den vollkommenen Niedergang der Stadt wohl zur Kenntnis genommen, doch seine vielfältigen Auswirkungen für die Zukunft keinesfalls restlos erfaßt. Eine endgültige umfassende Übersicht der Schäden und Verluste hatte bis dahin noch nicht erstellt werden können. Die Behebung der unmittelbaren Not und die für den Aufbau eines behelfsmäßigen Versorgungssystems erforderlichen Notmaßnahmen waren eben zur ersten Auswirkung gekommen. Die Folgen des Angriffes vom 22. Oktober belasteten die schon bestehenden außerordentlichen Umstände des öffentlichen Lebens nicht mehr wesentlich. Die Hilfsaktionen für die Betroffenen des 22. Oktober liefen gleichzeitig mit denen für die Geschädigten vom 15. d. M.

## 6. Die Gesamtverluste an Menschen und Häusern

### Die allgemeine Not nach den Angriffen

Die amtliche Totenliste wurde in mehreren Teilen veröffentlicht. Die Bergungs- und Aufräumarbeiten zogen sich längere Zeit hin. Immer wieder wurden Tote gefunden. Die Opfer wurden in einer amtlichen namentlichen Totenliste in der Presse bekanntgegeben. Für die letzten beiden Angriffe waren es sechs Listen. Die jeweiligen Zahlen sind nachstehend aufgeführt: Zeitungsausgabe

vom 22. 10. 1944 mit 352 Namen  
vom 25. 10. 1944 mit 75 Namen  
vom 28. 10. 1944 mit 78 Namen  
vom 1. 11. 1944 mit 18 Namen<sup>40)</sup>  
vom 29. 11. 1944 mit 29 Namen  
vom 4. 12. 1944 mit 27 Namen  
insgesamt 579 Namen.

Die Toten wurden in öffentlichen Totenfeiern in Massengräbern auf dem Zentralfriedhof beigesetzt. Trotz dieser hohen Zahl sind die Verluste im Vergleich mit anderen Städten bei ähnlich starken Angriffen noch niedrig. Dies ist zweifellos auf die Vielzahl der vorhandenen Luftschutzbunker zurückzuführen.

An Gebäudeschäden sind folgende Zahlen zu vermerken:

3 251 total beschädigte Häuser (davon 36 am 22. 10.)

677 schwer beschädigte Häuser

1 400 mittelschwer beschädigte Häuser

insgesamt 5 328.

Die Bilanz der zweiten Oktoberhälfte 1944 war erschreckend. Nicht nur der überwiegende Teil der historischen Bauwerke, der Wohnhäuser, der Industrie- und Verkehrsanlagen war 1944 zerstört oder beschädigt, sondern fast die Hälfte der Bevölkerung war herausgerissen aus ihren Lebensumständen und lieb gewordenen Gewohnheiten, hatte die Existenzgrundlagen verloren oder war verletzt. Viele trugen schweres seelisches Leid.

Eine geradezu schreiende Not nach Wohnraum und Baumaterialien trat auf. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung zog in die Trümmerkeller, sofern sie nur in ihrer äußeren Konstruktion erhalten waren. Wenn man sich auch in diesen Räumen, wo einst Kohlen, Kartoffeln und sonstiger Hausrat aufbewahrt wurden, nicht wohlfühlte, so hatte man doch wenigstens eine Bleibe und konnte sich etwas gegen die Unbilden des herannahenden Winters schützen. Irgendwie ließ sich schon ein Ofen, etwas Pappe zum Abdichten der Fenster und Türen „organisieren“. Unter dem Eindruck der Verhältnisse fühlten sich viele auch in den Kellern geborgen. Das Gefühl des Geborgenseins unter diesen traurigen Umständen offenbart so recht den Niedergang und die vorhandene Not dieser Zeit.

Der Mangel an Baumaterialien ermöglichte es nicht, die vielen teilbeschädigten Wohnungen wieder benutzbar zu machen. Oft waren die Dachkonstruktionen der Häuser noch erhalten, doch fehlte es an Material, die Dachflächen abzudecken. Bei der großen Zahl der Glasschäden war es nicht möglich, ausreichend Ersatz zu beschaffen. Notdürftig wurden die Fenster mit Pappe benagelt, die aber auch nur

<sup>40)</sup> Vermutlich die Opfer des 22. Oktobers.

in beschränktem Maße zur Verfügung stand. Ende 1944 stand zur Behebung des Glasmangels „Rollglas“ in etwas größerer Menge bereit. Das Rollglas war eine schwache Glasfolie mit einer Drahteinlage. Es eignete sich zum Abdichten der Fensterfläche besser als Pappe, weil es sich besser den Unebenheiten der meist beschädigten Fensterrahmen anpaßte. Wenn es auch nicht durchsichtig war, so war es doch beschränkt lichtdurchlässig und ließ sich auch vom Laien in die gewünschten Größen zerschneiden und leicht befestigen.

War es gelungen, behelfsmäßige Unterkünfte herzurichten, dann entstand eine Anzahl unerwünschter Nebenerscheinungen. Die meist mangelhaften Heizanlagen brachten Gefahren durch austretende Gase, oder es entstanden Brände, die oft den letzten Rest der kümmerlichen Habe vernichteten. Die meist behelfsmäßig verlegten elektrischen Leitungen bildeten weitere Gefahren. Sie wurden oft mit Heizkörpern oder Kochanlagen überlastet, wodurch wiederum Brände entstanden. Es war zum Verzweifeln. Wie und wo diese Ärmsten der Not auch auszuweichen versuchten, überall machte sich die Feuergefährdung in einem bisher unbekannten Maße bemerkbar.

Überwiegend aus privater Initiative wurden bewohnbare Räume wiedergewonnen. Was das in einer Zeit bedeutet, wo um jeden Nagel, jede Holzleiste, jedes Stück Pappe und sonstige noch so bescheidene Mengen von Material ein meist mehrfach erfolgloses Verfahren um Bezugscheine für diese Dinge „durchgestanden“ werden mußte, kann nur der ermessen, der diese erbärmliche Not selbst erlebt hat.

Die Brände waren verlöscht, riesige Trümmerfelder zeugten von ihrer rasenden Macht. Die letzten Glutnester wurden am 7. November abgelöscht. Damit war die Brandbekämpfung nach diesen Angriffen endgültig beendet. In den Städten ringsum tobte weiter der Luftkrieg. Täglich gab es auch für Braunschweig mehrere Alarme. Die Bevölkerung mußte immer wieder die Bunker aufsuchen. Das Bunkerlaufen wurde zur Gewohnheit. Es wurde immer mehr als das kleinere Übel geschätzt gegenüber dem Risiko, bei einem Angriff außerhalb der schützenden Bunkerwände zu sein. Fast keiner glaubte mehr ernstlich an einen Angriff auf Braunschweig. Es war ja ohnehin schon alles zerschlagen.

#### **IV. Die Luftkriegsereignisse in Braunschweig bis zum Ende des Krieges 1945**

Das verfllossene Jahr 1944 hatte Leiden und Zerstörung in einem Ausmaß über die Stadt gebracht, das zu Anfang des Jahres nicht vorauszusehen war. Was stand im Jahre 1945 bevor?

Zunächst waren es einige Hilferufe benachbarter Städte. Am 5. Januar 1945 forderte die überörtliche Luftschutzleitung nach einem Angriff auf Hannover Braunschweiger Luftschutzkräfte an. Am 14. Januar 1945 war es die Stadt Watenstedt-Salzgitter, und am 16. Januar 1945 mußten Braunschweiger Luftschutzkräfte zum Einsatz nach Magdeburg.



Zu dieser Zeit steigerte sich die Angriffstätigkeit der alliierten Luftwaffe in ihrer Breitenwirkung ins Unermeßliche. Eine Stadt nach der anderen sank in Schutt und Asche. Selbst kleinere Ortschaften blieben nicht verschont. Die Stadt Braunschweig blieb es vorerst. Sie hatte ihre Vernichtung hinter sich. Doch auf die Dauer bedeutete dies keine Sicherheit, von Angriffen verschont zu werden.

Das Eisenbahnnetz war in der Zwischenzeit wieder betriebsfähig geworden, und so konnte es nicht ausbleiben, daß diese Anlagen im Zuge einer Großaktion der Bomberflotten gegen Verkehrseinrichtungen bald mit einem neuen Zerstörungsversuch rechnen mußten. Dies sollte am 2. Februar gegen 20.00 Uhr seinen Anfang nehmen. Ein einzelner Tiefflieger ließ auf dem Gelände des Hauptbahnhofes und in dessen Nähe auf dem Prinzenweg einige Sprengbomben fallen. Dort wurden mehrere Menschen, die auf dem Wege zum Bunker waren, auf der Straße getötet und eine Anzahl schwer verletzt. Auf dem Gelände des Hauptbahnhofes wurden Gleise und andere Einrichtungen des Bahnbetriebes zerstört. Diese Bombenwürfe forderten nach amtlicher Angabe 14 Tote.

Der Monat Februar 1945 verging in Braunschweig ohne besondere Ereignisse hinsichtlich des Luftkrieges. Die vielen Fliegeralarme gehörten schon zum Alltag und galten als nichts Besonderes mehr, wenn sie auch jedes Mal Aufregung erzeugten und an den Nerven der so schwer leidenden Bevölkerung zerrten. Viele Fliegeralarme waren abgelaufen, ohne daß Lufttätigkeit erfolgte. Die einst bei jeder Überfliegung des Stadtgebietes schießende Flak war in ihren Lebensäußerungen immer schwächer geworden und letzten Endes ganz verstummt. Von ihrem einstigen Vorhandensein zeugten nur noch die Feldbefestigungen am Lünischteich, Wabenkamp, um die Niemo, an der Kippe in Rühme, an der Schwedenkanzel in Veltenhof, in Olper, in Lehdorf, in Merverode und im Eintracht-Stadion. Darüber hinaus waren noch einige verlassene Flakstände auf dem Gebäude des Luftflottenkommandos am Franzschen Feld sowie auf einigen Industrierwerken zu verzeichnen.

Der 3. März brachte gegen 10.30 Uhr einen weiteren schweren Angriff auf die Stadt Braunschweig, der sich in seiner Anlage und in seiner Ausdehnung mit den schwersten Angriffen vergleichen ließ. Die vorhandenen Schuttberge und Trümmerfelder wurden nochmals von Sprengbomben aufgewühlt und mit Brandbomben besät. Doch hier gab es kaum noch etwas zu zerstören, und trotzdem entstand neues unendliches Leid in diesen Bezirken für die Menschen, die sich kümmerlich in Kellern eine notdürftige Behausung zurechtgemacht hatten. Wieder hatten sie keine Bleibe, und wieder wurde von diesen Menschen ein erheblicher Blutzoll gefordert. Der materielle Schaden in diesem Gebiet war begrenzt, doch die seelische Last der Betroffenen wuchs ins Unermeßliche.

Außer diesen Trümmerhalden wurden noch die Teile der Innenstadt getroffen, die am 15. Oktober 1944 verschont geblieben waren. Daneben entstanden Schadenstellen in der gesamten Außenstadt mit Ausnahme der ostwärtigen und nördlichen Stadtgebiete. Furchtbar waren die Wirkungen, die die Bomben in dem Flickwerk der behelfsmäßig hergerichteten Wohnungen und Betriebe hinterließen. Besonders in dem fast stillgelegten Betrieb der Büssing-NAG. auf der Wolfenbütteler Straße entstanden neue Schäden bzw. wurden die alten Trümmerstätten aufs neue durchwühlt und von Brandbomben angeräuchert. Die umliegenden Wohngebiete bis hinüber zum Limbeker Hof litten erneut, ebenso die in der Nähe liegenden Verkehrsanlagen der Reichsbahn.

Ein weiteres schweres Schadensgebiet lag im Süden der Innenstadt um den Hauptbahnhof, den Kohlmarkt, Burgplatz, das Augusttor und die Aegidienkirche. In der Bruchstraße wurde ein Keller zu einem Massengrab. Daneben entstanden dort größere Blockbrände, ebenso auf der Wallstraße. Auf dem Bruchtorwall, dem Bankplatz, auf der Poststraße, dem Kohlmarkt und auf der Neuen Straße entstanden teilweise umfangreiche Brände. Doch das größte Brandschadengebiet lag um das Augusttor und um die Aegidienkirche. Hier drohten einige Blockbrände zusammenzuwachsen. Dieses konnte gerade noch verhindert werden. Das am Aegidienmarkt gelegene Sterbehaus Lessings wurde zerstört. Wieder kamen viele auswärtige Luftschutzkräfte, um bei der Brandbekämpfung zu helfen. Selbst aus Halberstadt war eine FE-Bereitschaft eingetroffen.

Weitere verstreut liegende Schadenstellen lagen im Stadtbezirk Wilhelmitor auf der Hugo-Luther-Straße und am Westbahnhof. Im Stadtbezirk Petritor am Rudolfplatz hatte eine Sprengbombe die Hälfte eines Wohnhauses aus einem Wohnblock geradezu herausgeschnitten und durch die Druckwirkungen große Dachflächen abgedeckt. Eine weitere Schadenstelle lag im Stadtbezirk Stadtpark auf der Voigts-Rhetz-Straße im Nußbergviertel. Im Vorort Veltenhof entstanden mehrere Brände. Zwölf Häuser wurden zum Teil schwer beschädigt.

Die Bergungsarbeiten zogen sich etwa vierzehn Tage hin. Besonders in dem aus früheren Angriffen herrührenden Trümmergelände wurden noch nach zehn Tagen Tote geborgen. Niemand wußte ja genau, wo noch Menschen gewohnt hatten, und wo Verluste eingetreten sein konnten.

Nach diesem Angriff wurden folgende amtliche Verlustlisten veröffentlicht:  
Zeitungsausgabe

vom 6. 3. 1945 mit 40 Namen <sup>41)</sup>

vom 8. 3. 1945 mit 15 Namen

vom 19. 3. 1945 mit 21 Namen

insgesamt 76 Namen.

Der Angriff vom 3. März sollte noch nicht das letzte Luftkriegsereignis in Braunschweig sein. Die Alliierten drückten zu Lande und aus der Luft die Bewegungsfähigkeit der deutschen Armeen erheblich zusammen. Die Truppe war bereits in der Auflösung begriffen. In aufgelöster Organisation durchströmten zu dieser Zeit Tag und Nacht Soldaten in verschiedenen Richtungen die Stadt. Tiefflieger unternahmen laufend Angriffe auf Marschkolonnen, Eisenbahnzüge, ja auf einzelne Fahrzeuge. Braunschweig war Front geworden. Selbst den Bauern auf den Feldern fegten Geschosßgarben entgegen. Größere Angriffe richteten sich auf Verkehrsziele.

Am 31. März vormittags entlud sich erneut die Last starker Bomberverbände auf das südliche und südostwärtige Stadtgebiet. Besonders schwere Schäden entstanden auf dem Gelände des Ostbahnhofes, wo Gleisanlagen und viel rollendes Material den Bomben zum Opfer fiel. Zwei zu dieser Zeit dort abgestellte Munitionszüge gerieten in Brand. Es dauerte einige Stunden, bis die Ladung unter heftigen Detonationen hochgegangen war.

Erneut schwere Schäden erlitt das Reichsbahnausbesserungswerk und der Limbeker Hof. Daneben entstanden Verluste an Menschen und Sachwerten in der

<sup>41)</sup> Davon 12 Ausländer.

Südstadtsiedlung Mascherode. In der Innenstadt waren einige verstreut liegende Treffer zu verzeichnen.

Nach diesem Angriff wurden zwei Verlustlisten veröffentlicht, und zwar in der Zeitungsausgabe

vom 2. 4. 1945 mit 63 Namen

vom 6. 4. 1945 mit 6 Namen

insgesamt 69 Namen.

Doch waren auch diese 69 Opfer noch nicht die letzten, die der Luftkrieg in Braunschweig forderte.

Die Front rückte immer näher an Braunschweig heran. Man rüstete sich, die alliierten Bodentruppen in Braunschweig zu empfangen. Die politische Führung plante, die Stadt zu verteidigen und bemühte sich, Maßnahmen zum Ausbau von Verteidigungsstellungen und zur Zerstörung von Verkehrs- wie Versorgungsanlagen durchzuführen. Doch versagte die Bevölkerung in Anbetracht der Aussichtslosigkeit solcher Bemühungen die dazu notwendige Hilfestellung in ausreichendem Maße.

Die staatlichen und städtischen sowie sonstigen Dienststellen erhielten den Auftrag, ihre Unterlagen über die Kriegseignisse zu vernichten. Diese Aufgabe wurde von den Dienststellen gewissenhaft erfüllt, und damit gingen in diesen Tagen die Berichte und zentralen Übersichten über fast sechs Jahre folgenswerer Geschichte verloren. Nicht genug damit: selbst die Einwohner-Karteien in den Meldeämtern wurden vernichtet, und weiteres wichtiges Aktenmaterial, das vielfach die Grundlage für die Verwaltung einer Stadtgemeinde bildete, wurde verbrannt.

Die Bevölkerung bemühte sich, die letzten Kriegstage möglichst gut zu überstehen. Sie wollte weitere Schäden und Verluste unbedingt vermeiden, während die politische Führung bemüht war, alle Brücken hinter sich niederzureißen.

In dieser Zeit erlitt Halberstadt noch einen schweren Luftangriff am 8. April. Aus Braunschweig wurde Hilfe angefordert und auch zwei Tage lang von Luftschutzeinheiten gewährt.

Am 9. April wurden die Polizei- und Luftschutzeinheiten der Stadt Braunschweig, wie in allen anderen Städten, bei Annäherung der Alliierten auf höheren Befehl zurückverlegt. Das erste Ziel war der Elm, später war es Tangermünde<sup>42)</sup>. Am selben Tage wurde Hildesheim bereits besetzt. Im Raum Holzminden wurde noch gekämpft. Die alliierte Wehrmacht hatte einen weiten Bogen um Braunschweig gespannt. Das Kriegsgeschehen trieb unverkennbar auch für Braunschweig seiner Endphase zu. Man fühlte in Braunschweig, daß der Endkampf begann, als unaufhörlich Jagdbomber über die Stadt brausten und mit Bordwaffen auf alles schossen, was ihnen wichtig erschien.

Die amerikanische Truppe suchte am 10. April gegen 14.00 Uhr Verbindung mit der Stadt. Sie schickte einen Oberleutnant als Parlamentär, der im Luftflottenkommando am Franzschen Felde um Übergabe der Stadt nachsuchte. Der damalige Kampfkommendant von Braunschweig, ein Generalleutnant, wies Verhandlungen

<sup>42)</sup> Während dieser Rückverlegungsaktion lösten sich die Einheiten auf. Die Menschen kehrten bisweilen geschlossen, in der Mehrzahl aber einzeln und oft, nachdem sie vorerst in Kriegsgefangenschaft geraten waren, nach Braunschweig zurück.

mit dem Oberleutnant ab und berief sich dabei auf die Gepflogenheiten des Völkerrechts, wonach über Kampfbedingungen nur gleichrangige Militärpersonen verhandeln sollten. Es wurden jedoch weitere Verhandlungen für die Abendstunden des gleichen Tages vereinbart, die an der Schleuse des Stichtkanals bei Wedtlenstedt stattfinden sollten.

Am späten Nachmittag dieses entscheidenden Tages wurden auf der Marienstraße zwei Sprengbomben geworfen. Ein Tiefflieger setzte eine Bombe vor die Grundstücke 8 und 9, eine zweite Bombe fiel zwischen die Grundstücke 7 und 8. Des weiteren wurde auch dort Beschuß aus Bordwaffen festgestellt. Zehn Tote und zwei Schwerverletzte forderten diese Ereignisse. Auf dem Grundstück Felten, Kastanienallee-Ecke Helmstedter Straße, wurde zur gleichen Zeit ebenfalls eine Bombe geworfen, die zwei Menschen tötete. Darüber hinaus lag an diesem Tage noch Artilleriebeschuß auf der Stadt.

Die Verhandlungen an der Schleuse bei Wedtlenstedt fanden zur vereinbarten Zeit statt. Der amerikanische Vertreter verlangte die bedingungslose Übergabe, während sich der Braunschweiger Kampfkommendant bereit erklärte, die ihm anvertrauten Städte Braunschweig und Wolfenbüttel zu räumen, jedoch im freien Gelände Mann gegen Mann weiterkämpfen wollte. Nach Mitteilung der beiderseitigen Standpunkte wurden die Verhandlungen abgebrochen und die eingetretene Kampfpause beendet. Der nun folgende Angriff auf Braunschweig wurde mit Artilleriebeschuß eingeleitet, der sich vorwiegend auf den Stadtbezirk Stadtpark konzentrierte.

Der 11. April wurde mit Panzeralarm begonnen. Die Bevölkerung suchte überwiegend die seit Jahren aus schrecklichen Anlässen vertraut gewordenen Luftschutzbunker und Luftschutzkeller auf. Es sollte das letzte Mal sein. Für viele hieß es, 36 Stunden und länger darin auszuhalten. Die Braunschweiger Zeitung erkannte und formulierte die Lage richtig, als sie in ihrer letzten Ausgabe schrieb: „Es gibt für uns keine Möglichkeit mehr ...“

Vormittags zwischen zehn und elf Uhr erschienen erstmalig amerikanische Soldaten in der Innenstadt am Bunker Sack. Gleichzeitig überflutete die amerikanische Armee mit Streifen, vorsichtig sichernd, die Stadt. Es wurde nirgends Widerstand geboten. Gegen 19 Uhr wurden Panzer in der Nähe des Petritores beobachtet.

Die Kampftruppe zog sich aus dem Raume Braunschweig zurück. Es mußte daher eine Persönlichkeit gesucht werden, die berechtigt war, die formale Übergabe der Stadt Braunschweig durchzuführen. Der amtierende Bürgermeister, der Stellvertreter des im Felde befindlichen Oberbürgermeisters, hatte am Nachmittag des 11. April den Freitod gewählt. Die nächsthöheren Beamten der Stadt waren nicht aufzufinden oder hatten die Stadt verlassen. Aus dieser Situation heraus stellte sich ein kommissarischer Oberbürgermeister zur Verfügung, der die entsprechenden Vollmachten noch erhielt, ehe die bis dahin amtierenden politischen Machthaber und kommandierenden Militärpersonen gegen 22.30 Uhr fast ausnahmslos die Stadt verließen.

Inzwischen war Braunschweig von Süden, Westen und Norden eingeschlossen. Die Stadt Wolfenbüttel war bereits übergeben. Die Masse der amerikanischen Truppe setzte ihren Vormarsch nach Osten fort. Es war am Abend des 11. April nicht sicher bekannt, wie weit die Besetzung Braunschweigs in den einzelnen

Stadtbezirken bereits durchgeführt war. Jeder Verkehr zwischen den einzelnen Stadtteilen war unterbunden. Die Telefonanlagen waren außer Betrieb. Die Bevölkerung verblieb in ihren Schutzräumen. Die fremde Truppe beherrschte mehr und mehr die Straßen. Dort, wo die Truppe noch nicht erschienen war, wurden die Straßen für ihr Kommen freigehalten.

Am 12. April 2.59 Uhr wurde im Polizeipräsidium die Übergabeverhandlung der Stadt Braunschweig an die amerikanische Wehrmacht von dem kommissarischen Oberbürgermeister und dem ebenfalls neu ernannten kommissarischen Polizeipräsidenten unterzeichnet. Damit war für das Stadtgebiet Braunschweig der zweite Weltkrieg nach fünf Jahren, sieben Monaten und elf Tagen furchtbaren Leidens zu Ende.

### III

## Zusammenfassung und Rückchau

### I. Übersichten

#### (Kriegsereignisse, Verluste, Kriegsschäden)

Für Braunschweig war der Krieg zu Ende, jedoch noch nicht für Deutschland. Erst einen Monat später, am 8. Mai 1945, ruhten die Waffen endgültig. Die Zeit war gekommen, das Verbliebene zu sichten und das Erforderliche für das Weiterleben der Stadt einzuleiten. Der Start zu normalen Verhältnissen war erschwert durch das Fehlen einer intakten Wirtschaft, ihrer Betriebs- und Verkehrsanlagen sowie durch den Mangel an Nahrungs- und Bedarfsgütern aller Art. Daneben bedrückten die nunmehr frei gewordenen ausländischen Arbeitskräfte mehrere Tage lang das öffentliche Leben durch häufige Übergriffe, bis die Besatzungsmacht dagegen einschritt und diese Lage so weit lenken konnte, daß Massenübergriffe unterblieben. Die deutschen Verwaltungs- und Ordnungsbehörden waren desorganisiert. Ihre Tätigkeit lief erst langsam wieder an. Viele Aufgaben harhten dringend einer Lösung. Auf allen Gebieten des Lebens der Stadt herrschte große Not. Doch eines war besser geworden und wurde bei Erinnerung an die Zustände der letzten 18 Monate überaus hoch eingeschätzt und wohltuend empfunden: die tägliche Bedrohung von Leib und Leben war einer Periode der Ruhe gewichen. Außer der sonstigen Not und anderen Erscheinungen der Kriegsjahre hatten die durch die Fliegeralarme ausgelöste Beunruhigung und die vielfachen Lebensgefahren stark an den Nerven der Menschen gezerrt. Trotz Hunger und sonstiger Not erfuhr die wiedergewonnene Ruhe eine dankbare Wertschätzung.

#### Die Volksernährung

Die Lebensmittelzuteilungen waren schon während des Krieges sehr knapp gewesen. Sie hatten sich nunmehr nochmals verringert. Die Privatvorräte an Nahrungsmitteln aus besseren Zeiten waren längst aufgezehrt, und nun galt es vielfach zu hungern. In der 76. Zuteilungsperiode vom 28. Mai bis zum 24. Juni 1945 gab es: 6000 g Brot, 750 g Zucker, 700 g Fleisch, 300 g Fett, 6000 g Kartoffeln, 250 g Nährmittel und Stärke-Erzeugnisse, 875 g Marmelade, 400 g Käse einschl. Quark, 3½ l entrahmte Frischmilch.

Insgesamt standen dem Normalverbraucher 1061 Kalorien zu. Das war nicht genug, um den Hunger zu stillen. Die Ernährungslage sollte noch lange Zeit schlecht bleiben. Mit hungrigem Magen begann man allerorts einen Überblick über das zu schaffen, was nach den Jahren des Krieges an Folgen zu verzeichnen war. Der Anblick des Stadtbildes war grauenhaft. Riesige Trümmerfelder und

Ruinen, ausgehöhlte Häuserblocks, vernichtete Kulturstätten, zerstörte Brücken und verwüstete Parkanlagen zeugten vom Wirken entfesselter Gewalten. Doch die Natur, die ewig ausgleichende, schickte sich im Frühjahr 1945 bereits an, die großen Trümmerhalden mit einem Teppich grünen Wachstums zu überziehen und verhüllte damit viele erschütternde Bilder.

### Die Fliegeralarme von 1939 bis 1945

Die Stadt Braunschweig erlebte von 1939 bis 1945 neben einer enormen Zahl von stillen Luftgefahrwarnungen insgesamt 885 öffentliche Fliegeralarme mit einer Gesamtdauer von 1077 Stunden. Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß Angaben über die Alarme in der Zeit vom 15. Oktober bis 7. November 1944 sowie über die öffentlichen Luftwarnungen für die Monate März und April 1945 fehlen. Die nachstehende Tabelle (S. 110) führt die Fliegeralarme in monatlicher Aufgliederung auf.

### Die Kampfhandlungen in der Stadt Braunschweig

Während der vorstehenden Fliegeralarme haben insgesamt 40 Luftangriffe auf das Stadtgebiet Braunschweig stattgefunden, davon waren

- 12 Einzelangriffe
- 10 leichte Angriffe
- 8 mittelschwere Angriffe
- 10 schwere Angriffe.

Die Bombenabwürfe erfolgten in 21 Fällen während des Tages und in 19 Fällen bei der Nacht. (Vgl. hierzu die Übersicht auf S. 111.)

### Die im Luftkriege Gefallenen

Beim Standesamt der Stadt Braunschweig wurden für die gesamte Kriegszeit insgesamt 2905 Personen als luftkriegsgetötet beurkundet. Die ersten Todesfälle gab es bereits 1940, und die letzten sind im Dezember 1945 beurkundet worden. Die Gesamtzahl mit nahezu 3000 Personen ist erschreckend, erreicht aber glücklicherweise nicht die Zahl, die bei Kriegsende allgemein vermutet wurde und wesentlich höher lag. (Vgl. hierzu die Übersicht auf S. 111.)

### Die Sachschäden insgesamt (Das Trümmerfeld)

Die Zahl der Toten des Luftkrieges ist durch die vorhandenen Unterlagen genau nachweisbar. Die angegebenen Zahlen dürften endgültig sein. Beim Nachweis der Sachschäden werden sich jedoch genaue Zahlen nie ermitteln lassen. Alle vorhandenen Angaben stellen Schätzungen mit den Möglichkeiten von Irrtümern dar; sie sind jedoch amtlich überprüft und bieten Gewähr dafür, daß grobe Fehler nicht mehr enthalten sind. Die sächlichen Schäden sind in so vielfältigen Erscheinungsformen aufgetreten, daß es schwerfällt, sie der Wichtigkeit nach einzuordnen. Mit der nachstehenden Aufzählung der Schadensgruppen soll keine Rangordnung zum Ausdruck kommen.

Die markanten und zugleich trostlos auf den Beschauer wirkenden Zeugen der Verluste an Sachwerten waren die entstandenen Trümmerfelder, Ruinen und Schuttberge, die sich über das gesamte Stadtgebiet ausdehnten. Einige Straßenzüge der einst so eng bebauten Innenstadt waren noch lange Zeit mit Trümmerschutt bedeckt. Dort war alles Leben erstorben. Nach amtlichen Schätzungen, die

# Alarme und Alarmzeiten von 1939 bis 1945

Jahr		1939		1940		1941		1942		1943		1944		1945	
Zahl der Alarme		1		82		38		23		99		441		201	
Tageszeiten		6-22 Uhr Std. Min.	22-6 Uhr Std. Min.	6-22 Uhr Std. Min.	22-6 Uhr Std. Min.	6-22 Uhr Std. Min.	22-6 Uhr Std. Min.	6-22 Uhr Std. Min.	22-6 Uhr Std. Min.	6-22 Uhr Std. Min.	22-6 Uhr Std. Min.	6-22 Uhr Std. Min.	22-6 Uhr Std. Min.	6-22 Uhr Std. Min.	22-6 Uhr Std. Min.
Januar	Fliegeralarme	—	—	—	—	0.57	0.30	1.49	1.14	3.06	3.01	11.19	7.12	23.06	7.44
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.17	8.57	15.33	—
Februar	Fliegeralarme	—	—	—	—	1.51	7.41	—	—	2.02	0.15	14.34	3.19	51.53	15.23
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.25	1.33	29.33	7.29
März	Fliegeralarme	—	—	—	—	0.08	12.55	—	—	1.50	6.39	22.11	3.26	81.12	18.21
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.42	10.50	—	— <sup>49)</sup>
April	Fliegeralarme	—	—	—	—	—	7.16	—	—	0.53	1.52	29.04	8.51	20.24	21.12
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.07	4.58	—	— <sup>49)</sup>
Mai	Fliegeralarme	—	—	—	—	—	8.06	—	—	0.12	8.53	22.47	3.04	—	—
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.04	4.42	—	—
Juni	Fliegeralarme	—	—	—	6.07	—	4.40	—	1.23	0.43	5.33	10.36	4.54	—	—
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0.55	5.27	—	—
Juli	Fliegeralarme	—	—	1.30	6.22	—	7.37	—	—	2.52	2.51	7.09	10.19	—	—
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.26	5.06	—	—
August	Fliegeralarme	—	—	—	31.26	—	10.10	4.11	4.27	—	14.38	15.46	14.01	—	—
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.35	3.17	—	—
September	Fliegeralarme	—	0.18	—	23.17	0.30	13.39	0.56	3.39	0.15	13.01	12.46	10.54	—	—
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.31	3.21	—	—
Oktober	Fliegeralarme	—	—	0.49	26.29	10.18	2.44	0.31	1.11	8.09	3.38	17.54	5.58	—	—
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.26	2.57	—	—
November	Fliegeralarme	—	—	7.38	20.47	—	—	1.43	0.43	15.30	3.15	42.47	3.13	—	—
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.03	5.05	—	—
Dezember	Fliegeralarme	—	—	3.19	9.13	—	—	2.57	0.30	7.07	3.53	20.36	1.18	—	—
	Offentl. Warnung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.42	5.25	—	—
Jahresalarmzeiten		—	0.18	13.16	123.41	13.44	75.18	12.07	13.07	42.39	67.29	280.42	138.07	221.41	70.09
Monatsdurchschnitt		18 Min.		136 Std. 57		89 Std. 02		25 Std. 14		110 Std. 08		418 Std. 49		291 Std. 50	
				11 Std. 25		7 Std. 25		2 Std. 06		9 Std. 10		34 Std. 54		87 Std. 33	

<sup>49)</sup> Keine Unterlagen vorhanden, ebenso für die Zeit vom 15. 10. 1944 bis 7. 11. 1944



**Übersicht über die Luftkriegsereignisse in der Stadt Braunschweig  
in der Zeit vom 1. September 1939 bis 11. April 1945**

Lfd. Nr.	Datum	Tageszeit	Stärke des Angriffs	hauptsächlich betroffene Stadtbezirke	Luftkriegsgetötete		
					seiner- zeit be- kannt- gegeben	beim Standesamt Braunschweig beurkundet <sup>48)</sup>	
						Deutsche	Ausländer
1	17. 8. 1940	nachts	Einzelwürfe	Schrebergart. Mastbruch	2	4	3
2	10. 2. 1941	21.30	Einzelwürfe	Innenstadt, Petritor	—	1	16
3	11. 2. 1941	22.30	leicht	Wilhelmitor	2		
4	2. 5. 1941	?	Einzelwürfe	Hagen	—		
5	7. 1. 1942	?	Einzelwürfe	Petritor	—	2	98
6	13. 8. 1942	?	Einzelwürfe	Hagen	—		
7	24. 8. 1942	?	Einzelwürfe	Querum	—		
8	27. 9. 1943	22.50	mittelschwer	Riddagshausen, Glies- marode, Stadtpark, Hagen	63	51	167
9	14. 1. 1944	19.00	leicht	Gartenstadt Rünigen, Altewiek	14	1346	554
10	30. 1. 1944	11.40	mittelschwer	Gartenstadt Rünigen, Melverode, Altewiek, Stadtpark, Riddagshausen	14		
11		21.40	Einzelwürfe	Hagen	14		
12	10. 2. 1944	11.30	schwer	Innenstadt, Petritor, Hagen, Stadtpark	193		
13	20. 2. 1944	13.30	mittelschwer	Wilhelmitor, Petritor	28		
14	21. 2. 1944	15.30	leicht	Querum, Hagen	26		
15	29. 2. 1944	11.30	leicht	Lehndorf	14		
16	15. 3. 1944	10.25	mittelschwer	Petritor, Wilhelmitor	23		
17	23. 3. 1944	11.00	leicht	Altewiek	17		
18	29. 3. 1944	13.15	mittelschwer	Petritor, Wilhelmitor u. a.	20		
19	8. 4. 1944	14.00	schwer	Wilhelmitor, Altewiek	116	215	448
20	23. 4. 1944	1.16	schwer	Altewiek, Stadtpark, Innenstadt	44		
21	26. 4. 1944	9.30	schwer	Hagen, Siegfriedviertel, Olper	24		
22	29. 4. 1944	11.00	leicht	Olper	—		
23	8. 5. 1944	10.00	mittelschwer	Altewiek, Stadtpark, Hagen, Querum	24		
24	19. 5. 1944	12.30	schwer	fast alle Stadtbezirke	206		
25	23. 5. 1944	1.18	Einzelwürfe	Wilhelmitor, Altewiek, Stadtpark	—		
26	5. 8. 1944	13.15	schwer	Petritor, Wilhelmitor, Hagen, Rühme	37		
27	13. 8. 1944	0.30	schwer	Innenstadt, Stadtpark	99		
28	24. 8. 1944	11.30	mittelschwer	Querum, Rühme, Hagen	24		
29	9. 9. 1944	23.15	leicht	Querum, Hagen	4	215	448
30	17. 9. 1944	2.30	leicht	Petritor, Wilhelmitor, Hagen, Olper, Altewiek	34		
31	18. 9. 1944	22.30	Einzelwürfe	Querum	—		
32	28. 9. 1944	22.00	leicht	Melverode	2		
33	2. 10. 1944	13.00	Einzelwürfe	Gliesmarode	—		
34	2. 10. 1944	20.00	leicht	Veltenhof	—		
35	15. 10. 1944	1.50	schwer	gesamte Stadt bis auf kleine Bezirke	561		
36	22. 10. 1944	15.00	mittelschwer	Altewiek	18		
37	2. 2. 1945	20.00	Einzelwürfe	Wilhelmitor	14		
38	3. 3. 1945	10.30	schwer	Innenstadt, Petritor, Wilhelmitor, Stadtpark, Veltenhof	76		
39	31. 3. 1945	vorm.	schwer	Altewiek, Mascherode	69	215	448
40	10. 4. 1945		Einzelwürfe	Stadtpark	12		
insgesamt					1780	1619	1286
						2905	

<sup>48)</sup> Es besteht die Möglichkeit, daß Braunschweiger Bürger außerhalb der Stadt durch den Luftkrieg getötet und in Braunschweig beurkundet wurden. Andererseits ist es möglich, daß Personen in Braunschweig dem Luftkrieg zum Opfer fielen und außerhalb beurkundet wurden.

aber, wie sich später herausstellte, etwas zu hoch lagen, waren 1945 insgesamt 3 670 500 m<sup>3</sup> Trümmermengen vorhanden, die es zu räumen galt, um die Vorbedingungen für einen späteren Wiederaufbau zu schaffen und dem Ausbreiten von Ungeziefer entgegenzuwirken.

### Trümmerräumung

Jahr	Geleistete Tagewerke	Arbeitskräfte je Tag im Durchschnitt	Geräumte Trümmermenge in m <sup>3</sup>	Am Jahresschluß noch zu räumende Trümmermenge in m <sup>3</sup>
1	2	3	4	5
1945	41 094	227	72 000	3 598 500
1946	95 332	368	241 000	3 357 500
1947	79 882	324	338 500	3 019 000
1948	104 378	411	519 000	2 500 000
1949	76 038	298	754 000	1 746 000

Die Statistik wurde ab 1950 in der vorliegenden Form nicht fortgeführt. — Der restliche Trümmerschutt (1 746 000 m<sup>3</sup>) wurde — bis auf 500 000 m<sup>3</sup> — bis Ende des Jahres 1954 weggeräumt. Die völlige Trümmerfreiheit wird nach Ablauf von weiteren 5 Jahren erwartet. (Br. Z. 12./13. März 1955.)

Es erschien vermessen, diese niedergegangenen Werte in Geldsummen ausdrücken zu wollen; denn hierfür gibt es keine Maßstäbe. Jeder Versuch müßte Stückwerk bleiben.

### Die Verluste an Wohnhäusern

Nur über die Verluste an Wohnhäusern und Wohnungen liegen genaue Angaben vor. Hier waren die stärksten und offensichtlichsten Verluste aufgetreten. Nur etwa 20 % der vorhanden gewesenen Wohnhäuser blieben unversehrt. Etwa 25 % fielen einer totalen Vernichtung zum Opfer, während 55 % mehr oder weniger schwer beschädigt wurden.

### Wohnhäuser und Wohnungen vor und nach der Zerstörung

Zerstörung der	Vor der Zerstörung (1943)	Nach der Zerstörung				
		unbeschädigt	leicht beschädigt bis 15 v. H.	mittelschwer beschädigt 15 bis 40 v. H.	schwer beschädigt 40 bis 60 v. H.	total beschädigt 60 bis 100 v. H.
1	2	3	4	5	6	7
Wohnhäuser	15 897	2 834	5 955	2 079	1 005	4 024
Wohnungen	59 826	11 153	22 452	6 602	4 142	15 477
Verhältnisziffern						
Wohnhäuser	100,0	17,8	37,5	13,1	6,3	25,3
Wohnungen	100,0	18,7	37,5	11,0	6,9	25,9

Diesem enormen Verlust an Wohnhäusern und damit an Wohnraum folgte zwangsläufig ein Wohnungselend hohen Grades. Zusammengepfercht und kümmerlich wohnten die Menschen auf engstem Raum. Jedes bewohnbare Zimmer

wurde ausfindig gemacht. Ein Wohnungsamt verfügte über den letzten Quadratmeter bewohnbare Fläche. Das Wohnungsproblem machte den Stadtvätern viel Sorge. Bei dem beengten Zusammenleben der Menschen gab es oft Anlaß zu Streit, Klageverfahren und sonstigen unerfreulichen Dingen.

Nahezu 80 % der Bevölkerung der Innenstadt hatten ihre Wohnungen verloren. Ein erheblicher Teil dieser Bevölkerung war als Folge davon in die Braunschweiger Räumungsgebiete in den umliegenden Ortschaften bis hinauf in den Harz evakuiert worden. Die gesamte Einwohnerzahl hatte sich 1945 gegenüber 1943 um etwa 50 000 Personen verringert. Dennoch vermochten diese Abgänge den Mangel an Wohnraum nicht entfernt auszugleichen. Eine massenweise Umsiedlung der Bewohner von der Innenstadt in die Außenstadt und mehr noch in die Vororte mußte daher zwangsläufig folgen:

Verteilung der Bevölkerung Braunschweigs auf die Stadtbezirke

	1939		1945	
	absolut	%	absolut	%
vorwiegend Innenstadt . . . . .	37 363	18,4	5 920	4,0
vorwiegend Außenstadt . . . . .	136 898	67,7	115 850	77,4
Vororte . . . . .	28 023	13,9	27 871	18,6
insgesamt . . . . .	202 284	100	149 641	100

Diese schwierige Entwicklung in der Wohnungslage erfuhr ab Herbst 1945 noch eine erhebliche Erschwerung, als die Stadt Braunschweig ankommende Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten aufnehmen mußte, deren Zahl bald über 20 % der einheimischen Bevölkerung ausmachte.

### Die Verluste in der Industrie

Während der letzten Kriegsmonate waren die Industrie- und Gewerbebetriebe besonders häufig Angriffsziele. Es gab fast keinen Gewerbebetrieb in Braunschweig, der nicht irgendwelche Kriegsschäden aufzuweisen hatte. Besonders die Industrieanlagen vor dem Petritore und vor dem Wilhelmitore sowie die Großbetriebe im Süden der Stadt bildeten in dieser Hinsicht Schwerpunkte. Die Anlagen der Braunschweiger Industrie waren zu etwa 50 % zerstört. Etwa 25 % des reichhaltigen Maschinenparks bildeten einen Totalverlust, während der übrige Teil in erheblichem Umfange reparaturbedürftig war. Dieser Zerstörungsgrad überraschte nach Abschluß der Erhebungen insofern, als er allgemein nach den vielen schweren Angriffen, die die Industrie zu ertragen hatte, höher erwartet wurde. Doch die Werksanlagen waren gegen Bombenwürfe nicht so empfindlich wie z. B. die enge Innenstadt. Die Sprengbomben wirkten meist nur unmittelbar an der Aufschlagstelle. Ein erheblicher Teil ihrer Wirkung verpuffte in den weiträumigen Werkhallen, ohne dabei so große Zerstörungen wie in den Wohngebieten zu hinterlassen. Der Brandausbreitung fehlten meistens die Voraussetzungen. Die Industrie hatte auch nach Angriffen weit mehr Möglichkeiten, die Schäden schnell wieder zu beheben, als dies auf dem zivilen Sektor der Fall war.

## Kriegssachschäden

Anschließend soll noch eine Übersicht über die bis zum Jahre 1949 angemeldeten Kriegssachschäden angefügt werden. In diesen Summen sind nur die Verluste erfaßt, die sich in Geldeswert ausdrücken lassen. Viele ideelle Werte und unersetzliche Kulturgüter müssen hier unberücksichtigt bleiben.

### Angemeldete Kriegsschäden

Jahr	Privater Sachschaden		Gewerblicher Sachschaden		Gebäude-schaden	Nutzungs-schaden
	Anzahl	Schadenssumme in RM	Anzahl	Schadenssumme in RM		
1	2	3	4	5	6	7
1943	2 822	8 334 292	205	8 946 391	150	14
1944	27 624	99 649 835	5 094	52 446 138	3 673	6 475
1945	11 475	19 196 959	966	23 242 948	2 930	555
1946	1 442	9 772 540	521	5 886 428	2 057	721
1947	328	2 933 181	202	5 108 297	536	250
1948	844	5 628 571	182	2 826 638	97	18
1949	259	213 288	36	48 209	167	23
insgesamt	44 794	145 728 666	7 206	98 505 049	9 610	8 056

Die Zahlenreihen wurden ab 1950 nicht weitergeführt. Die Erfassung der Kriegsschäden erfolgte seitdem auf Grund gesetzlicher Anordnungen im Rahmen überörtlicher Gesichtspunkte.

Zusammenfassend bringen wir zum Schluß eine

Gesamtübersicht über die Verluste und Zerstörungsgrade

Luftkriegsgetötete: 2905 Personen, davon 1286 Ausländer

Gesamt-Zerstörungsgrad der Stadt 42 v. H.

Zerstörung der Wohngebäude 35 v. H.

Zerstörung der Industrie-Anlagen 50 v. H.

Zerstörung der Kulturstätten (einschl. Verwaltungsgebäude) 60 v. H.

Zerstörungsgrad der Innenstadt 90 v. H.

Es ist eine traurige und entsetzliche Bilanz, für die es in der Geschichte der Stadt keine Vergleichsmöglichkeiten gibt.

## II. Kritische Rückschau

Bei der vorstehenden furchtbaren Bilanz ergeben sich die Fragen, wie es trotz der vielfältigen Luftschutzmaßnahmen zu solch großen Zerstörungen kommen konnte. Waren die Luftschutzvorbereitungen verfehlt, oder haben die Organisationen in ihren Funktionen versagt?

Diese Fragen lassen sich generell damit beantworten, daß der vorbeugende bauliche Luftschutz und die Tätigkeit der Abwehrkräfte, trotz Steigerung hinsichtlich Umfang und Ausrüstung bis zur Grenze des Möglichen, mit den Wirkungen der Bombenabwürfe nicht Schritt halten konnten.

Aus der Entwicklung des Luftschutzes während des Krieges läßt sich unschwer erkennen, daß man anfangs keinesfalls mit Angriffen so starker Bomberflotten rechnete, die zuletzt mit mehreren tausend Flugzeugen gleichzeitig auftraten und ihr Ladegewicht an Abwurfmunition dauernd erhöht hatten.

Seitdem die Erfahrungen des Krieges vorliegen, kann übersehen werden, daß die alten Städte durch Luftschutzmaßnahmen nicht vor ihrer Vernichtung bewahrt werden konnten. Dazu boten sie mit ihrer engen und winkeligen Bauweise unter Verwendung vorwiegend brennbarer Baustoffe bei Angriffen zu gute Voraussetzungen zum Anlegen und Ausbreiten von Bränden. Die angeführten Vorteile des Angreifers bildeten für die Brandbekämpfung wesentliche Erschwernisse. Die Möglichkeiten der Schadensbekämpfung waren nach Massenabwürfen auf die Wohngebiete besonders erschwert, weil die engen Straßen durch Bombentrichter und Gebäuderümmen für die Hilfskräfte kaum benutzbar waren, und weil die hohe Zahl der jeweils entstandenen Schadensstellen nicht ausreichend schnell besetzt werden konnte. Das angelegte Feuer hatte dadurch Gelegenheit, sich geraume Zeit zu entwickeln und auszubreiten. Nur dort, wo zwischen den getroffenen Objekten ausreichende Zufahrten und zweckmäßig angelegte Brandabschnitte vorhanden waren, bestand von Anfang an die sichere Aussicht, die Brände zu begrenzen. In den meisten Fällen blieb es dort bei Teilschäden.

Diese Erfahrungen während des Krieges kamen nicht überraschend, sondern bestätigten nur früher gewonnene Erkenntnisse in grauenvoller Weise. Sie dürfen von den Städtebauern unserer Zeit nicht übersehen werden. Sie müssen bei den Planungen und bei dem Neuaufbau unserer Städte ausreichende Beachtung finden. Die tausendfältigen Katastrophenbrände während des Luftkrieges haben den unwiderlegbaren Beweis erbracht, daß auch die einsatzfreudigste und bestausrüstetste Feuerwehr bei Großbränden — wie im Luftkrieg — wenig Aussicht hat, Katastrophen zu verhüten, wenn nicht durch bauliche Maßnahmen die Anmarschwege gesichert und Brandabschnitte durch ausreichende Abstände oder Brandmauern zwischen den Objekten geschaffen werden. Das segensreiche Vorhandensein von baulichen Brandabschnitten wurde bei Luftkriegsereignissen in den modernen Industriebetrieben offenkundig. Dort traten nur räumlich begrenzte Brände auf, ohne daß ausgedehnte Totalschäden durch hemmungslos weiterlaufendes Feuer entstanden.

Nach Katastrophen mit so elementarer Wucht liegt es nahe, die Ursachen und Wirkungen zu ergründen, zu ordnen und aufzuzeigen. Mit den Problemen Luftkrieg und Luftschutz hängen enorm viele politische, technische und psychologische Fragen zusammen, deren Klärung jeweils den Fachwissenschaften vorbehalten bleiben muß. Nachstehend soll versucht werden, markante Teilgebiete des Luftkrieges vom Standpunkt der Schadensverhütung und der Schadensbekämpfung her an Hand der Erfahrungen des zweiten Weltkrieges in Stichworten aufzuzeigen.

Zusammenfassend treten folgende Gegebenheiten und Folgerungen besonders hervor:

## Bauliche Maßnahmen

Die alte Stadt Braunschweig hat in baulicher Hinsicht den luftschutzes-technischen Forderungen nicht entsprochen. Sie konnte es auch nicht, denn während der Jahrhunderte dauernden Entwicklung des Stadtgefüges waren die Gefahren des modernen Krieges noch nicht bekannt. Die relativ kurze Zeit der Luftschutzvorbereitungen konnte an den gegebenen Zuständen kaum etwas ändern.

Die bauliche Situation der Stadt war eigentlich der schwächste Punkt im Luftschutz. Beim Neuaufbau der zerstörten Stadt müssen daher die Belange des Luftschutzes in ausreichender Weise Beachtung finden.

Es sollte mit allen Mitteln versucht werden, die Brandempfindlichkeit der Stadt herabzudrücken. Heute steht eine große Zahl guter, nicht brennbarer Baustoffe zur Verfügung, die Holz als Baustoff in großem Umfange entbehrlich machen. Von dieser Möglichkeit sollte man ausgiebig und bewußt Gebrauch machen.

Es sollte dahin gestrebt werden, daß jeweils nur eine begrenzte Zahl von Gebäuden Baueinheiten bilden, die man durch weite Abstände von anderen Baueinheiten abgrenzen muß. Es sollten sorgfältig bauliche Maßnahmen getroffen werden, die eine Brandausbreitung im Katastrophenfall innerhalb der Gebäude sowie zwischen Baueinheit und Baueinheit mit Sicherheit verhindern. Der leitende Grundsatz sollte „Auflockerung und Abschottung in jeder Richtung“ heißen.

Der Schutzraum Bau wird nur in solchem Umfang möglich sein, daß die Menschen in zusammengedrängter Form kürzere oder längere Zeit vor den Sprengbomben gesichert sind. Die im zweiten Weltkrieg vorhanden gewesenen Schutzräume erfüllten im großen und ganzen die Anforderungen. Es ist heute noch nicht zu übersehen, ob die Luftschutzbauten des zweiten Weltkrieges den heutigen Mitteln der Kriegstechnik noch widerstehen würden. Doch eines steht fest, daß in allen Stadtteilen Bunker benötigt werden. Es sind Bauten anzustreben, die in einer Vielzahl kleinerer bombensicherer Einheiten in allen Stadtgebieten vorhanden sein sollten, um der Bevölkerung lange Anmarschwege zu ersparen und Massenansammlungen auf engem Raum zu vermeiden. Die Geschwindigkeiten der Flugzeuge haben sich in der Nachkriegszeit ganz erheblich erhöht, so daß es fraglich erscheint, ob die Bevölkerung so zeitig wie von 1939 bis 1945 bei Einflügen gewarnt werden kann und ausreichend Zeit findet, entfernt gelegene Schutzräume aufzusuchen.

Ein weiteres Gebiet der vorbeugenden, baulichen Luftschutzmaßnahmen sind die Verkehrswege. Jedes Gebäude, jede Baueinheit und jedes Stadtgebiet sollte durch ausreichend bemessene Verkehrswege zugänglich sein, die auch bei einer Katastrophe Aussicht haben, nicht durch Gebäuderümpfer oder einzelne Bombentrichter schnell auszufallen. Nicht nur die Breite der Fahrbahn, sondern auch der Abstand der anliegenden Gebäude, nach Art und Höhe unterschiedlich, bestimmen den Nutzwert der Straße im Katastrophenfall. Keine Straße sollte von Trümmerschutt gefährdet werden können. Die engste Straße muß eine gesicherte Fahrbahn für mindestens zwei Großfahrzeuge im Gegenverkehr erhalten. Fernverkehrsstraßen sollten niemals durch dicht besiedelte Stadtteile führen.

Die Anlage der Bebauung und die engen Straßen der Innenstadt haben zur Brandausbreitung während des Krieges wesentlich beigetragen. An diesen unzulänglichen Vorbedingungen lag es hauptsächlich, daß die Menschen am 15. Ok-

tober 1944 beim Fluchtversuch ins Freie in den von der Hitzestrahlung beherrschten Straßen buchstäblich verschmoren mußten.

Doch nicht nur die Baudichte und die Anlage der Zugangsstraßen sind Faktoren zur Bestimmung der Brandempfindlichkeit einer Stadt, sondern es spielt auch die Nutzung der Baulichkeiten eine bedeutende Rolle. Es sollte beim Wiederaufbau angestrebt werden, die Industrie- und größeren Lagerbetriebe von den Wohnvierteln zu trennen.

Die vorbereitete Löschwasserversorgung in Braunschweig zeigte keine grundsätzlichen Mängel und entsprach den Bedürfnissen. Das zur friedensmäßigen Brandbekämpfung vorhandene Hydrantennetz hat sich bei Luftangriffen als zu empfindlich erwiesen und sollte keinen Bestandteil in einer Luftschutz-Wasserversorgung bilden. Des weiteren war es nachteilig, daß keine oder nur unzureichende Vorbereitungen zur schnellen und arbeitsparenden Auffüllung der entleerten Löschwasserteiche, Zisternen usw. getroffen waren.

In Zukunft sollte sich in allen bebauten Gebieten in Abständen von ca. 200 m ein größerer Löschwasservorrat befinden. Das Anlegen großer Löschwasservorräte bleibt eine Hauptforderung des vorbeugenden Luftschutzes.

Das Luftschutz-Warnsystem hat im allgemeinen die gestellten Forderungen erfüllt bis auf die Zeit kurz vor Kriegsende, wo Braunschweig in Frontnähe rückte und vorgeschobene Beobachtungsstellen ausgefallen waren.

Auf dem Gebiet der Luftschutzwarnung werden infolge der enormen Steigerung der Fluggeschwindigkeiten nach dem Kriege weitgehende Neuerungen notwendig werden. Den Fortschritten der Flugtechnik stehen jedoch ebenso umwälzende Fortschritte des Funkmeßverfahrens mit leistungsfähigen Ortungsgeräten gegenüber. Die Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet sind für den Außenstehenden z. Z. noch unübersichtlich.

Die Ohnmacht des abwehrenden Luftschutzes, nach einem Massenangriff Flächenbrände zu verhindern, führt eindeutig zu der Erkenntnis, daß dies nur dem baulichen Luftschutz möglich sein wird. Nur über den baulichen Luftschutz ist es möglich, die massenhafte Ansammlung von brennbarem Gut auf engem Raum in Form von Bauwerken, Industrieanlagen, Lägern usw. zu steuern. Nirgends anders als bei der zweckmäßigen Baugliederung der Städte liegt der Schlüssel, um Flächenbrände und Feuerstürme wie im zweiten Weltkrieg nicht noch einmal aufkommen zu lassen.

## Luftschutzorganisation

Die Luftschutzorganisation im letzten Kriegsstadium muß ihrem Aufbau und ihrer Gliederung nach als zweckmäßig bezeichnet werden. Sie stand jedoch Aufgaben gegenüber, die sie auf Grund ihrer Stärke nicht restlos meistern konnte.

Die Stärke und Organisation einer künftigen Luftschutzentwicklung wird im wesentlichen von der Luftschutzempfindlichkeit der Stadt abhängen. Die Luftschutzorganisation der Stadt wird sich in Zukunft noch mehr als im zweiten Weltkrieg zu gemeinsamer Arbeit mit benachbarten Ortschaften in großräumigen Bezirken zusammenfinden müssen. Dazu wird es notwendig sein, von vornherein die Grundsätze der Organisation, der Entscheidungs- und Anordnungsbefugnisse klar und eindeutig einem Personenkreis zu übertragen, der die notwendigen Fach-

kenntnisse besitzt, schnell und folgerichtig handeln kann und gewohnt ist, große, technisch vielgestaltige Organisationen zu lenken.

Die Luftschutzorganisation des zweiten Weltkrieges litt ganz besonders unter den verwirrenden Verhältnissen hinsichtlich der Befehlsgewalten. Mehrere Male trieben diese Verhältnisse in ihrem Wirrwarr einem Höhepunkt zu, der dann jeweils zu einer unsanften Klärung führte. Wenn auch bei vielen Erscheinungen die Dinge durch menschliche Schwächen einzelner auf die Spitze getrieben wurden, so muß doch festgestellt werden, daß die gesetzgebenden Stellen von vornherein nicht genügend Voraussicht aufgebracht und ausreichende Regelungen zur Klärung von Zuständigkeitsfragen eingebaut hatten.

Besonders aner kennens wert ist die segensreiche Arbeit vieler im Luftschutz tätigen Kreise zu vermerken, die in unermüdlicher angestrenzter Arbeit immer wieder versuchten, die auftretenden Schwächen der Organisation zu überbrücken.

Ferner können noch aus einer Anzahl besonderer Erscheinungen während des Krieges Lehren für die Zukunft gezogen werden. Das personelle Problem der Luftschutzorganisation war nicht glücklich gelöst. Es lag ein chronischer Mangel an leistungsfähigem Personal vor. Die Verhältnisse waren beim Selbstschutz, erweiterten Selbstschutz, Werkluftschutz und bei den öffentlichen Luftschutzkräften die gleichen. In der großen Ueberalterung des Personals lag ein schwacher Punkt des abwehrenden Luftschutzes. Es hat sich gezeigt, daß der zivile Luftschutz außerordentlich viel schwere und harte Arbeit erfordert. Man sollte für die Zukunft erkennen, daß der Luftschutz nicht allein von dem älteren Teil der Bevölkerung durchgeführt werden kann.

Als recht segensreich hat sich die in der Breite durchgeführte Luftschutzschulung in Erster Hilfe und im Feuerlöschen ausgewirkt. Denn eine gute Vorbildung in diesen Dingen in weiten Bevölkerungskreisen war die Voraussetzung für eine wirksame Unterstützung durch die Bevölkerung. Viele Menschen konnten vor Wundinfektionen und Schlimmerem bewahrt werden, weil ein allgemeines umfangreiches Fachwissen verbreitet war. Dieses war in großem Maße in den Luftschutzschulen vermittelt worden. Es wäre unmöglich gewesen, diese Aufgaben mit den normalen Einrichtungen des Gesundheitsdienstes zeitgerecht zu meistern.

In Tausenden von Fällen gelang es, durch fachgerechtes Ablöschen von Entstehungsbränden umfangreiche Schäden zu vermeiden. Viele Gebäude der Stadt blieben nur deshalb erhalten, weil der Selbstschutz Menschen herangebildet hatte, die durch ihr Wissen in der Lage waren, nach Bombenwürfen zweckmäßig zu handeln. Wenn diese Kräfte zu schwach waren, die entfesselten Gewalten in allen Phasen ihrer Entwicklung zu beherrschen, so lag es daran, daß die Erfordernisse das Menschenmögliche überschritten. Es sind viele Fälle bekannt, wo Gebäude bis zu zwanzig Brandbombentreffer erhielten. Diese Häuser stehen noch, weil sich zur rechten Zeit Menschen fanden, die die Gefahr erkannten und beseitigten. Dieses wäre ihnen nicht möglich gewesen, wenn sie nicht mit der Situation vertraut gewesen wären. Unzählige Male hat sich die Arbeit des Selbstschutzes ganz außerordentlich bewährt. Die Tatkraft und das folgerichtige Handeln haben viele Male gefährliche Situationen verhüten können. Der stille Helfer im Luftschutz hat zweifellos eine Bedeutung gehabt, die gar nicht hoch genug einzuschätzen ist und leider wenig gewürdigt wurde.



Ein schwacher Punkt der Luftschutzorganisation war ferner das Unvermögen, nach einem Großangriff schnell die Schadensbezirke zu erkunden und die Bekämpfungsmaßnahmen von Anfang an ausreichend zu lenken. In den einzelnen Stadtbezirken waren zu wenig Kräfte vorhanden, die bei dem Durcheinander nach Bombenabwürfen schnell und sicher das herausfanden, was zur Begrenzung der Schäden zunächst notwendig war.

Des weiteren waren schließlich die Nachrichtenmittel zur Durchgabe von Meldungen völlig unzureichend. Das öffentliche Fernsprechnetzeignete sich dazu nur bedingt, weil es besonders in den schwierigsten Situationen, nach schweren Angriffen, regelmäßig ausgefallen war. Die Möglichkeiten des Sprechfunks hatte man sich für Luftschutzeinsätze fast überhaupt noch nicht zunutze gemacht. Die Nachrichtenmittel für den Luftschutz waren kümmerlich. Als man die Wichtigkeit zuverlässiger Nachrichtenverbindungen erkannte, ermöglichte die fortgeschrittene Kriegslage nicht mehr die Beschaffung der notwendigen Ausrüstungen. Eine kommende Luftschutzorganisation sollte von vornherein großzügig mit den besten Nachrichtenmitteln ausgerüstet werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch in einem zukünftigen Kriege die Luftwaffe eine verhängnisvolle Rolle spielen würde. Während des zweiten Weltkrieges war die Waffe ständig vernichtender geworden. An seinem Ende leuchteten die Feuerblitze von Hiroshima und Nagasaki wie ein warnendes Fanal. Und wir wissen, daß auch damit die Entwicklung keineswegs zum Abschluß gekommen war. So muß alles daran gesetzt werden, daß der Luftschutz in seiner Organisation und seinen Abwehrmitteln nicht hinter der Entwicklung der Luftwaffe zurückbleibt. Um dies Ziel erreichen zu können, müssen wir uns vor allem die Erfahrungen zunutze machen, die wir in Erfolg und Mißerfolg im verflassenen Kriege gemacht haben.

## IV Anhang

### Anhang I

Die Feuerwehren übten ihre Tätigkeit überwiegend auf Grund gesetzlicher Forderungen der Länder an die Gemeinden aus. In freiwilligen Übereinkommen pflegten sie Gedankenaustausch, der zu einem beachtlich hohen Stand des deutschen Feuerlöschwesens führte. Gesetzliche Grundlagen, die für das ganze Reich bindend oder richtungsweisend waren, gab es nicht. Aus diesen Gegebenheiten erklärt sich die Vielgestaltigkeit des damaligen Feuerlöschwesens, die in mancher Hinsicht erfreulich war, aber auch zum Nachteile des Ganzen die Zersplitterung förderte. Durch Eigenbrötelei beim Aufbau der örtlichen Feuerwehren und bei der Beschaffung von Geräten wurde oft ein finanzieller Aufwand erforderlich, der bei einer Vereinheitlichung verringert werden konnte. Meistens versteckte man sich, zur Begründung der Eigenwilligkeiten, hinter „vorhandenen örtlichen Sonderverhältnissen“. Hatte ein Kreis oder eine Gemeinde nicht das Glück, als Feuerwehrführer eine aufgeschlossene und sachlich denkende Persönlichkeit zu besitzen, dann stand es nicht gut um den örtlichen Feuerschutz.

In Regierungskreisen war man der Ansicht, daß das Feuerlöschwesen in dieser Organisationsform nicht in der Lage war, die ihm im Luftschutz zukommenden Funktionen zu erfüllen. Aus diesen Motiven heraus wurde das folgende Gesetz erlassen, das einen tiefen Eingriff in das damalige Eigenleben der Feuerwehren bedeutete.

#### Gesetz über das Feuerlöschwesen vom 23. November 1938.

##### Vorspruch.

Die wachsende Bedeutung des Feuerlöschwesens vor allem für den Luftschutz erfordert, daß schon seine friedensmäßige Organisation hierauf abgestellt wird. Hierzu ist nötig die Schaffung einer straff organisierten, vom Führerprinzip geleiteten, reichseinheitlich gestalteten, von geschulten Kräften geführten Polizeitruppe (Hilfspolizeitruppe) unter staatlicher Aufsicht. Zur Erreichung dieses Zieles hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

##### I. Abschnitt.

##### Die Feuerschutzpolizei.

- § 1. <sup>(1)</sup> Der Reichsminister des Innern bestimmt, welche Gemeinden eine Feuerschutzpolizei einrichten müssen. Er bestimmt ferner, inwieweit die bisherigen Berufsfeuerwehren in die Feuerschutzpolizei übergeleitet werden.
- <sup>(2)</sup> Die Beamten der Feuerschutzpolizei sind Polizeivollzugsbeamte. Für sie gelten die Vorschriften der §§ 8 bis 12, 14, 19 bis 25, 26 Abs. 2, § 27 sowie für die Polizeioffiziere der Feuerschutzpolizei auch die Vorschriften des § 7 Abs. 2 Satz 1 des Deutschen Polizeibeamtengesetzes vom 24. Juni 1937 (RGBl. I S. 653) sinngemäß.
- <sup>(3)</sup> Die Altersgrenze (§ 8 des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937 — RGBl. I. S. 39) wird auf den Tag festgesetzt, an dem der Beamte der Feuerschutzpolizei das 60. Lebensjahr vollendet.
- <sup>(4)</sup> Im übrigen gelten für die Beamten der Feuerschutzpolizei die allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften.

## II. Abschnitt.

### Die Feuerwehren.

- § 2. Feuerwehren sind
- a) die Freiwilligen Feuerwehren,
  - b) die Pflichtfeuerwehren,
  - c) die Werkfeuerwehren.
- § 3. <sup>(1)</sup> Jede Gemeinde, in der eine Feuerschutzpolizei nicht besteht, hat eine leistungsfähige und den örtlichen Verhältnissen entsprechend ausgerüstete Freiwillige Feuerwehr oder Pflichtfeuerwehr oder beide Feuerwehren nebeneinander aufzustellen.
- <sup>(2)</sup> Durch die Aufsichtsbehörde können mehrere Gemeinden zu einem Feuerlöschverband zusammengeschlossen werden.
- § 4. <sup>(1)</sup> Die Aufsichtsbehörde bestimmt, welche Gemeinden neben der Feuerschutzpolizei eine Freiwillige Feuerwehr oder Pflichtfeuerwehr oder beide Feuerwehren aufstellen müssen.
- <sup>(2)</sup> Bestehen in einer Gemeinde neben der Feuerschutzpolizei eine Freiwillige Feuerwehr oder eine Pflichtfeuerwehr oder beide Feuerwehren, so bilden sie unbeschadet ihrer verwaltungsmäßigen Selbständigkeit eine Einheit. Der Führer der Einheit ist der Leiter der Feuerschutzpolizei.
- § 5. <sup>(1)</sup> Die Beschaffung und Unterhaltung der für die Freiwilligen Feuerwehren und Pflichtfeuerwehren erforderlichen Löschgeräte, Bekleidung, Ausrüstung, Alarmeinrichtungen, Wasserversorgungsanlagen und Gerätehäuser ist Aufgabe der Gemeinden.
- <sup>(2)</sup> Ferner haben die Gemeinden die durch Teilnahme an Lehrgängen entstehenden Kosten zu tragen.
- <sup>(3)</sup> Den Mitgliedern der Feuerwehren ist der Lohnausfall bei Brand- und Katastrophenbekämpfung zu erstatten, soweit ihnen die unentgeltliche Hilfeleistung billigerweise nicht zugemutet werden kann. Die nähere Regelung trifft der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern. Er kann dabei bestimmen, ob und inwieweit Gemeinden und andere Rechtsträger zum Ausgleich des Lohnausfalls bei Brand- und Katastrophenbekämpfung heranzuziehen sind.
- <sup>(4)</sup> Der Reichsminister des Innern bestimmt ferner im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen, inwieweit auch Gemeindeverbände und Länder an den Kosten des Feuerlöschwesens zu beteiligen sind.
- <sup>(5)</sup> Über die Notwendigkeit von Aufwendungen der Gemeinden für die Feuerwehren entscheidet die Aufsichtsbehörde.
- § 6. <sup>(1)</sup> Die von den Freiwilligen Feuerwehren gebildeten Vereine und Verbände werden aufgelöst. Der Reichsminister des Innern bestimmt den Zeitpunkt der Auflösung und regelt die Rechtsnachfolge.
- <sup>(2)</sup> An die Stelle der Vereine tritt eine nach Löscheinheiten gegliederte Hilfspolizeitruppe, deren Organisation der Reichsminister des Innern bestimmt. Der freiwillige Dienst in dieser Hilfspolizeitruppe ist ein ehrenvoller, opferbereiter Einsatz für die deutsche Volksgemeinschaft.

## III. Abschnitt.

### Gemeinsame Vorschriften.

- § 7. Im übrigen regelt der Reichsminister des Innern das gesamte Feuerlöschwesen (einschließlich der Brandschau) durch die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Einvernehmen mit den zuständigen obersten Reichsbehörden.
- § 8. <sup>(1)</sup> Dieses Gesetz tritt einen Monat nach seiner Verkündung in Kraft.
- <sup>(2)</sup> Die Inkraftsetzung dieses Gesetzes für das Land Österreich und für die sudetendeutschen Gebiete bleibt vorbehalten.

Das Gesetz über das Feuerlöschwesen, das am 23. Dezember 1938 in Kraft getreten ist, stellt die gesetzliche Grundlage für die Neuorganisation des Feuerlöschwesens dar. Das Gesetz unterscheidet zwischen der Feuerschutzpolizei und den Feuerwehren. Die Feuerschutzpolizei wird im Gegensatz zu den bisherigen Berufsfeuerwehren, die eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Gemeinden waren, nunmehr eine staatliche Auftragsangelegenheit und tritt als vierte Sparte der uniformierten Vollzugspolizei neben die

Schutzpolizei des Reiches, die Gendarmerie und die Schutzpolizei der Gemeinden. Die Beamten der bisherigen Berufsfeuerwehren, die in die Feuerschutzpolizei übergeführt werden, sind nunmehr Polizeibeamte. Für sie gelten jedoch nicht alle Bestimmungen des Deutschen Polizeibeamtengesetzes, sondern nur die im Gesetz besonders angeführten Bestimmungen.

Im zweiten Abschnitt des Gesetzes über das Feuerlöschwesen wird bestimmt, daß die von den Freiwilligen Feuerwehren gebildeten Vereine aufgelöst werden. An ihre Stelle tritt eine nach Löscheinheiten gegliederte Polizeitruppe, deren Organisation der Reichsminister des Innern bestimmt. Gleichzeitig werden auch die bisher vorhandenen Kreis-, Provinzial- und Landesfeuerwehrverbände aufgelöst. Die Kreisführer, Bezirksführer und Abschnittsinspektoren der Freiwilligen Feuerwehr sind nun nicht mehr von Vereinen gewählte Verbandsvorsitzende, sondern von den unteren bzw. höheren Verwaltungsbehörden ernannte und in ihrem Auftrage tätige Ehrenbeamte. Damit haben die Freiwilligen Feuerwehren in jeder Hinsicht den für einen straffen Betrieb oft nachteiligen Charakter eines Vereines verloren und sind zu einer Hilfspolizeitruppe geworden, von der es im Gesetz heißt: „Der freiwillige Dienst in dieser Hilfspolizeitruppe ist ein ehrenvoller opferbereiter Einsatz für die deutsche Volksgemeinschaft.“

Auf Grund dieses Gesetzes wurde der Bau von Fahrzeugen und Geräten der Feuerwehr vereinheitlicht, und Fachgremien arbeiteten einheitliche Ausbildungsgrundsätze aus. Die Gemeinden verloren fast den gesamten Einfluß auf ihre Feuerwehren. Ihnen blieb fast nur die Verpflichtung, die Kosten für das Feuerlöschwesen aufzubringen.

## Anhang II

Folgende öffentliche Luftschutzräume waren vorhanden:

Lfd. Nr.	Lage	Fassungsvermögen
1	Rathaus	400 Personen
2	Oberschule für Mädchen (Kleine Burg)	400 Personen
3	Schulmuseum, Küchenstraße	400 Personen
4	Allgemeine Ortskrankenkasse	500 Personen
5	Herzog-Anton-Ulrich-Museum	500 Personen
6	Schöppenstedter Straße 31	200 Personen
7	Gaußschule, Ritterstraße	400 Personen
8	Auguststraße, <sup>3</sup> Dannebaumsches Haus	200 Personen
9	Ritterbrunnen 6	400 Personen

Fassungsvermögen insgesamt: 3400 Personen

## Anhang III

In der Stadt Braunschweig waren Anfang 1944 nachstehend aufgeführte öffentliche Luftschutz-Bunker vorhanden:

Nr.	Lage	Liegeplätze	Sitzplätze	insgesamt
1	Petritorwall	168	40	208
2	Okerstraße	788	156	944
3	Alte Waage	200	20	220
4	Bosselgraben am Inselwall	510	100	610
5	Kaiserstraße	522	120	642

Nr.	Lage	Liegeplätze	Sitzplätze	insgesamt
6	Bockstweite . . . . .	650	100	750
7	Sack . . . . .	500	200	700
8	Münzstraße, Polizeipräsidium . . . . .	400	50	450
9	Ritterstraße (1944 im Rohbau) . . . . .	750	90	840
10	Kalenwall . . . . .	348	80	428
11	Alte Knochenhauerstraße . . . . .	678	135	813
12	Methfesselstraße . . . . .	1150	100	1250
13	Br.-Rühme . . . . .	550	100	650
14	Br.-Querum, Kralenriede . . . . .	300	200	500
15	Salzdahlumer Straße, Bebelhof . . . . .	786	200	986
16	Borsigstraße, Bebelhof . . . . .	600	200	800
17	Br.-Milverode . . . . .	100	250	350
18	Madamenweg . . . . .	1200	300	1500
19	Celler Straße, Krankenanstalt (Operationsbunker) . . . . .	870	150	1020
20	Celler Straße, Krankenanstalt (Infektionsbunker) . . . . .	78	—	78
21	Holwedestraße, Krankenanstalt . . . . .	200	30	230
22	Kinderheilanstalt Ludwigstraße . . . . .	211	25	236
23	Hauptbahnhof I . . . . .	—	250	250
24	Hauptbahnhof II . . . . .	—	650	650
Fassungsvermögen insgesamt:		11 559	3546	15 105

#### Anhang IV

Diese Bedingungen waren u. a. für:

a) Wasserläufe.

Sie mußten in der trockenen Jahreszeit mindestens 1200 l/Min. Wasser führen. Die geforderte Mindestdiefe an der Entnahmestelle lag bei 40 cm. Eine Anfahrtmöglichkeit mußte gegeben sein. Es wurde eine befestigte Fahrbahn für mindestens 10 t Last bei 3 m Breite gefordert. Die statische Saughöhe durfte 7 m nicht überschreiten.

b) Brunnen.

Die Wasserleistung mußte mindestens 1000 l/Min. auf 4 bis 6 Stunden betragen. Die Saughöhe durfte während dieser Zeit nicht weiter als auf 7 m abfallen. Die Anfahrtmöglichkeiten mußten wie unter a) gegeben sein.

c) Zisternen.

Das Fassungsvermögen durfte nicht unter 100 m<sup>3</sup> und sollte möglichst höher liegen. Saughöhen und Anfahrten wie oben.

d) Feuerlöschteiche.

Für Feuerlöschteiche sollte das Fassungsvermögen über 200 m<sup>3</sup> liegen. Saughöhen und Anfahrten wie vor.

e) Andere Wasservorräte.

Sonstige Wasservorräte wurden nur dann als Feuerlöschwasser-Entnahmestellen anerkannt, wenn sie die o. a. Löschwassermengen und Entnahmebedingungen erfüllten. Waren Wasservorräte als öffentliche Löschwasser-Entnahmestellen anerkannt, dann

trug die Kosten für die Herrichtung und Unterhaltung das Reich. Andere Löschwasservorräte waren zum Schutz von Einzelobjekten erwünscht und konnten bei bestimmten Umständen anerkannt und bezuschußt werden.

## Anhang V

### Zisternen:

	Inhalt
Rudolfplatz . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Altstadtring/Broitzemer Straße . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Amalienplatz . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Hannoversche Straße/Ecke Saarstraße . . . . .	800 m <sup>3</sup>
Saarplatz . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Ludwigstraße . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Bienroder Weg (Schacht) . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Paulikirche . . . . .	375 m <sup>3</sup>
Richard-Wagner-Platz . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Brüderkirche, Bugenhagendenkmal . . . . .	280 m <sup>3</sup>
An der Martinikirche . . . . .	500 m <sup>3</sup>
An der Katharinenkirche . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Frankfurter Straße/Fabrikstraße . . . . .	800 m <sup>3</sup>
Andreeplatz . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Wörthstraße (Campestraße) . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Kohlmarkt . . . . .	500 m <sup>3</sup>

Außerdem waren noch 28 kleinere Zisternen mit einem Inhalt zwischen 25 und 200 m<sup>3</sup> auf Industrie- und Kasernengelände vorhanden.

## Anhang VI

### Feuerlöschteiche:

	Inhalt
Madamenweg, Bunker . . . . .	1200 m <sup>3</sup>
Madamenweg 71 . . . . .	800 m <sup>3</sup>
Hermannstraße, Bäckerei . . . . .	1200 m <sup>3</sup>
Neunkirchener Straße, Lehdorf . . . . .	1200 m <sup>3</sup>
Kant-Hochschule . . . . .	800 m <sup>3</sup>
Burgundenplatz . . . . .	1200 m <sup>3</sup>
Taubenstraße/Spargelstraße . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Schloßplatz . . . . .	1450 m <sup>3</sup>
An der Magnikirche . . . . .	1600 m <sup>3</sup>
Spohrplatz . . . . .	850 m <sup>3</sup>
Leonhardplatz . . . . .	1200 m <sup>3</sup>
Bunsenstraße . . . . .	500 m <sup>3</sup>
Karrenkamp, Mascherode . . . . .	1200 m <sup>3</sup>
Salzdahlumer Straße, Bebelhof . . . . .	1100 m <sup>3</sup>
Friedrichplatz . . . . .	1100 m <sup>3</sup>
Prinz-Albrecht-Park . . . . .	2400 m <sup>3</sup>

Dazu kamen noch 61 Teiche und Becken auf Werks-, Krankenhaus- und Kasernengelände mit Inhalten von 20 bis 1300 m<sup>3</sup>.

## Anhang VII

Brunnen:	Leistung:
Jödebrunnen . . . . .	unerschöpflich
Große Straße, Lehdorf . . . . .	40 m <sup>3</sup> /Stunde
Dorfstraße, Olper . . . . .	40 m <sup>3</sup> /Stunde
Celler Heerstraße/Zum Wiesengrunde . . . . .	40 m <sup>3</sup> /Stunde
Osterbergstraße 65, Rühme . . . . .	40 m <sup>3</sup> /Stunde
Gifhorner Straße 63 . . . . .	40 m <sup>3</sup> /Stunde
Hansastraße/Ulmenweg, Rühme . . . . .	40 m <sup>3</sup> /Stunde
Kralenriede . . . . .	40 m <sup>3</sup> /Stunde
Wilhelmstraße 70 . . . . .	60 m <sup>3</sup> /Stunde
Ackerhof . . . . .	60 m <sup>3</sup> /Stunde

Ferner waren noch 30 Brunnen in Werksgelände mit 11 bis 70 m<sup>3</sup>/Stunde Leistung vorhanden.

## Anhang VIII

### Saugstellen an offenen Gewässern:

Im Zuge des Okerlaufes waren 31 Saugstellen hergerichtet. Die Mehrzahl befand sich an natürlichen Verkehrswegen. Ein geringer Teil war besonders für Luftschutzzwecke hergerichtet worden.

Im Zuge des Neustadtmühlengrabens waren 8 Anlegestellen hergerichtet. Darüber hinaus waren noch 15 Anlegestellen für Kleinmotorspritzen vorhanden. Diese Anlegestellen befanden sich in der Rückfront von Grundstücken auf der Echternstraße und auf dem Südklint.

Der Bosselgraben am Inselwall bot an zwei Stellen die Möglichkeit zum Anlegen von Feuerlöschfahrzeugen.

Der Wendenmühlengraben war schon 1944 streckenweise kanalisiert. Sein Wasserlauf führte vom nördlichen Bürgerpark über den Lessingplatz zur Leopoldstraße, Hinter Liebfrauen, Rosenhagen, an dem Schloß vorbei zur Fallersleber Straße und Wilhelmstraße. Durch besondere Einrichtungen war der Wasserstand in diesem Graben verbessert. An folgenden Stellen befanden sich Entnahmeschächte: Südlich vom Stadtbad, Lessingplatz, Leopoldstraße 13 im Hof, Hinter Liebfrauen/Rosenhagen, Schloßplatz, Steinweg 22, Fallersleber Straße 32, Fallersleber Straße 21 im Hof, Wilhelmstraße 70 im Hof und Wendenstraße 38.

Ebenso wie der Wendenmühlengraben war der Burgmühlengraben, der vom Hauptbahnhof über den Friedrich-Wilhelm-Platz, Friedrich-Wilhelm-Straße, Münzstraße, Ruhfäutchenplatz in Richtung Markthalle nach Geiershagen und Schubertstraße führte, teilweise kanalisiert und für Luftschutzzwecke besonders geflutet. Entnahmestellen waren vorhanden: Friedrich-Wilhelm-Platz/Kaffee Voigt, Wallstraße/Bruchstraße, Friedrich-Wilhelm-Straße/Bruchstraße, Münzstraße/Kattreppeln, Münzstraße/Damm, Münzstraße 1a, Münzstraße/Wilhelmsplatz, Ruhfäutchenplatz/Deutsches Haus, Ruhfäutchenplatz 4, Stecherstraße 13, Hagenbrücke 14, Markthalle/Südwestecke, Kaiserstraße 36, Geiershagen. Ein Nebenarm des Burgmühlengrabens bot noch auf der Friedrich-Wilhelm-Straße, vor dem Geschäftshaus Wilhelm Vick, und Hutfiltern 8 Saugmöglichkeiten.

Die Schunter, ein Fließchen im Nordosten der Stadt, bot innerhalb des Stadtgebietes an drei Stellen Entnahmestellen für Feuerlöschfahrzeuge.

Die Mittelriede und die Wabe, Wasserläufe im Osten der Stadt, die von Riddagshausen über Gliesmarode nach Querum fließen, boten an 11 Stellen Entnahmestellen für Feuerlöschwasser.

## Anhang IX

Weitere Löschwasserentnahmestellen bot das Regenwasser-Kanalsystem der Stadt, das an verschiedenen Stellen gestaut war und somit Löschwasservorräte bildete. An folgenden Stellen war die Löschwasserentnahme möglich:

Wilhelm-Bode-Straße 43, 48, 52  
Allerstraße 6, 14, 40  
Humboldtstraße 18  
Hagenring 37  
Leonhardstraße 52, 58, 63  
Altstadtring 42  
Sackring 5, 7, 40, 41, 42, 45, 46, 47, 49  
Madamenweg 144, 150, 154, 158, 164.

## Anhang X

Neben den bisher aufgeführten unabhängigen Löschwasser-Entnahmestellen waren noch folgende natürliche Teiche zur Feuerlöschwasser-Entnahme geeignet:

Kreuzteich	Lünischteich
Kaulenteich	Rote Wiese
Großer Teich im Bürgerpark	Blumenteich
Raffteich	

## Anhang XI

Aufstellungspunkte der Luftschutzsirenen (Endausbau):

### Innenstadt:

Münzstraße 1 (Polizeipräsidium), Münzstraße 7 (Hauptfeuerwache), Augustplatz 1, Stein-torwall 13, Steinweg 36, Hagenmarkt 20, Hamburger Straße 307 (Techn. Hochschule), Sack 4/9, Brabantstraße 6/7, Breite Straße 19, Echternstraße 1/3.

### Außenstadt:

Petritorwall 6, Madamenweg 77, Madamenweg (Bunker), Madamenweg 173, Goslarsche Straße 67, Ernst-Amme-Straße 19, Eichthalstraße 37, Maschstraße 41, Hamburger Straße 273, Hamburger Straße (Volkswagen-Vorwerk), Nordstraße 29, Siegmundstraße 7, Skagerrak-platz (Schuntersiedlung), Am Fallersleber Tor 3/4, Kaiser-Wilhelm-Straße 44, Waterloo-straße 14, Herzogin-Elisabeth-Straße 27, Kastanienallee 71, Helmstedter Straße 37, Vieweg-straße 32, Heinrich-Büssing-Straße 40, Charlottenhöhe 44, Hans-Porner-Straße 32, Acker-straße (Eisenbahn-Signalwerk), Frankfurter Straße 254, Frankfurter Straße 182, Arndt-straße 2, Broitzemer Straße (Bekleidungsamt).

### Vororte:

Lehndorf: Saarplatz 1, Völklinger Straße 52, Luftfahrtforschungsanstalt Völkenrode  
Olper: Schule Celler Heerstraße  
Veltenhof: Schule, Hafen  
Rühme: Schule  
Querum: Alte Schule, Ziegelei, Luftnachrichtenkaserne, Fliegerhorst Waggum  
Gliesmarode: Berliner Straße 2—7, Berliner Straße 66  
Schapen: Schlachtereie Schönian  
Riddagshausen: Schule  
Rautheim: Artilleriekaserne  
Mascherode-Siedlung: Schule  
Melverode: Schule  
Broitzem: Fliegerhorst.



## Anhang XII

Der Oberbürgermeister  
Sozialamt für Fliegergeschädigte

Braunschweig, den 20. November 1943

### Dienstanweisung für die Betreuungsstellen des Sozialamtes für Fliegergeschädigte im Katastrophenfall.

#### 1. Allgemeines.

Der Reichsminister des Innern hat durch Erlaß vom 2. 7. 1943 an die Reichsverteidigungskommissare u. a. gesagt:

Die Erfahrungen bei den letzten Luftangriffen haben gezeigt, daß es unbedingt notwendig ist, die Betreuung der Fliegergeschädigten unmittelbar nach Luftangriffen in Auffangsammlstellen, die möglichst dezentralisiert einzurichten sind, so umfassend zu gestalten, daß die Fliegergeschädigten dort ohne weitere Wege alle erforderlichen Unterlagen und Ausweise, ferner auch die nötigen Geldmittel zur Deckung des dringendsten Bedarfs erhalten. Ich ersuche deshalb, die Gemeinden darauf hinzuweisen, dort, wo dies bis jetzt noch nicht geschehen sein sollte, eine derart umfassende Betreuung der Fliegergeschädigten sicherzustellen. Dazu gehört in erster Linie, daß für jede Auffangsammlstelle nach einem vorher genau festgelegten Plan die erforderlichen Dienstkräfte, insbesondere des Wirtschafts- und Ernährungsamtes und des Kriegsschädenamtes, eingeteilt und daß ferner alle Vorkehrungen getroffen werden, die eine sofortige Aufnahme der Tätigkeit dieser Stellen nach Fliegerangriffen gewährleisten. Dem sachlichen Umfange nach muß durch entsprechende Vorkehrungen sichergestellt werden, daß die Fliegergeschädigten in den Auffangsammlstellen nicht nur Bezugsscheine für den Notbedarf (Kleidung, Schuhe, Seifen- und Tabakwaren) sowie die erforderlichen Lebensmittelkarten erhalten, sondern daß ihnen vorschußweise auch die unbedingt benötigten Geldmittel ausgehändigt werden. Dagegen ist es nicht Aufgabe der Betreuungsstellen in den Auffangsammlstellen, über die Sicherung des ersten Lebensbedarfs hinaus Personen-, Sach- und Nutzungsschäden zu ersetzen oder in Verhandlungen hierüber einzutreten.

#### 2. Auffangsammlstellen.

(<sup>1</sup>) Im Gebiet der Stadt Braunschweig (1. Zone) sind für die einzelnen Ortsgruppen der NSDAP. Auffangsammlstellen eingerichtet, wie diese aus dem Übersichtsplan über eingerichtete Auffangsammlstellen und Notunterkünfte (Anlage 1) zu ersehen sind.

(<sup>2</sup>) Nach leichteren und mittleren Angriffen soll die Betreuung der Fliegergeschädigten in diesen Auffangsammlstellen durchgeführt werden.

(<sup>3</sup>) Außer den bereits eingerichteten Auffangsammlstellen sind in der 1. Zone weitere Auffangsammlstellen vorgesehen, wie sie u. a. aus der anliegenden Zusammenstellung (Anlage 2) zu ersehen sind.

(<sup>4</sup>) Welche dieser Auffangsammlstellen — ob eingerichtet oder lediglich vorgesehen — ihre Tätigkeit nach einem Fliegerangriff aufzunehmen haben, wird unmittelbar nach einem Angriff entschieden und bekanntgegeben.

#### 3. Großsammlstellen.

(<sup>1</sup>) Nach Katastrophen größeren Ausmaßes strömen erfahrungsgemäß die Volksgenossen ins Freie. Da anzunehmen ist, daß nach solchen Katastrophen die Auffangsammlstellen im Stadtgebiet zum größten Teile ausfallen, sollen gegebenenfalls die Geschädigten durch Großsammlstellen nach Auffangsammlstellen, die in den benachbarten Landgemeinden — 2. und 3. Zone — vorgesehen sind, gewiesen werden, in denen dann die Betreuung durchgeführt wird.

(<sup>2</sup>) Wo Großsammlstellen und wo Auffangsammlstellen der 2. und 3. Zone vorgesehen sind, ist ebenfalls aus der Zusammenstellung (Anlage 2) zu ersehen.

(<sup>3</sup>) Auch nach Katastrophen größeren Ausmaßes wird wie zu Ziff. 2 Abs. 4 dieser Dienstanweisung entschieden, welche dieser Ausweich-Auffangsammlstellen in Benutzung genommen werden sollen.

#### 4. Betreuungsstellen des Sozialamtes für Fliegergeschädigte in den Auffangsammlstellen.

(<sup>1</sup>) Für jede in Tätigkeit tretende Auffangsammlstelle ist eine Betreuungsstelle des Sozialamtes für Fliegergeschädigte vorgesehen. Die Betreuungsstellen haben die unter Ziff. 1 dieser Dienstanweisung umrissenen Aufgaben zu erfüllen. Die Leiter der Betreuungsstellen und ihre

Mitarbeiter tragen eine hohe Verantwortung. Von ihnen hängt es ab, daß den geschädigten Volksgenossen in engster Zusammenarbeit mit der NSDAP. die erforderliche Hilfe zuteil wird und die Volksgenossen dadurch die beruhigende Gewißheit erhalten, daß ihnen die Volksgemeinschaft in ihrer Not verständnisvoll zur Seite steht.

(<sup>2</sup>) Die Dienstgeschäfte in der Betreuungsstelle sind nach dieser Dienstanweisung und den vom Leiter des Sozialamtes für Fliegergeschädigte oder dessen beauftragten Vertreter etwa besonders gegebenen Weisungen zu führen.

#### **5. Leitung der Betreuungsstelle.**

(<sup>1</sup>) Jede Betreuungsstelle wird besetzt mit einem Leiter, dessen Vertreter und weiteren Kräften. Den Leiter der Betreuungsstelle und seinen Vertreter bestimmt der Leiter des Sozialamtes für Fliegergeschädigte oder dessen Beauftragter, der auch die weiteren Kräfte zuteilt.

(<sup>2</sup>) Der jeweilige Leiter der Betreuungsstelle hat die Dienstaufsicht über die ihm zugewiesenen Mitarbeiter.

(<sup>3</sup>) Der Betreuungsstellenleiter trägt die Verantwortung für den ordnungsmäßigen Ablauf der Dienstgeschäfte für seinen Aufgabenbereich und hat die Dienstgeschäfte laufend zu überwachen.

(<sup>4</sup>) Fällt der Betreuungsstellenleiter für den Einsatz vorübergehend oder länger aus, tritt an seine Stelle sein Vertreter. Der Ausfall des Betreuungsstellenleiters ist dem Hauptleiter der Betreuungsstellen — Kleine Burg 1 a (Fernruf 5230 - App. 328), wenn nach einer Katastrophe nicht anderswo untergebracht — von dem stellvertretenden Betreuungsstellenleiter unverzüglich zu melden. Ferner ist Meldung zu machen, wenn zugeteilte Kräfte dem Dienst fernbleiben. Falls etwa Leiter und Vertreter einer Betreuungsstelle ausfallen, muß ebenfalls sofort Meldung erstattet werden, und zwar von einem der übrigen eingesetzten Kräfte, damit sofort Ersatz gestellt werden kann.

#### **6. Einsatz der Betreuungsstellen.**

(<sup>1</sup>) Nach einem Fliegerangriff, der Schäden zur Folge hatte, müssen sich alle Mitarbeiter, die für die Betreuungsstellen vorgesehen sind, unmittelbar nach der Entwarnung und ohne weitere Aufforderung auf dem Grundstück des Wasserwerks im Bürgerpark, oder wenn diese Stelle zerstört sein sollte, am Stadtbad, Bürgerpark, melden. Sollte auch diese Stelle zerstört sein, wird an den Zugängen bekanntgegeben werden, wo sich die Mitarbeiter dann zu melden haben.

(<sup>2</sup>) Die Mitarbeiter haben ihren Dienst nach darauf folgender Einteilung und Zuweisung zu den Auffangsammelstellen sofort anzutreten und diesen Sondereinsatz unverzüglich ihrem bisherigen Dienststellenleiter zu melden.

(<sup>3</sup>) Um diesen Einsatz zu gewährleisten, sind sämtliche Mitarbeiter verpflichtet, schon jetzt

a) die Fernsprechnummer, unter der sie dienstlich und ggf. auch außerdienstlich zu erreichen sind,

b) jede Veränderung der Fernsprechnummer und der Anschrift,

c) jede Abwesenheit von Braunschweig und jede mit Dienstunfähigkeit verbundene Erkrankung oder sonstige Verhinderung

dem Hauptleiter der Betreuungsstellen zu melden.

(<sup>4</sup>) Nach Einteilung und Zuweisung der Kräfte setzt der einzelne Betreuungsstellenleiter seine ihm zugeteilten Mitarbeiter ein und regelt ihren Einsatz gegebenenfalls in mehreren hintereinander folgenden Schichten. Von dem Beginn des Dienstes in der Auffangsammlung ist der Hauptleiter der Betreuungsstellen umgehend zu unterrichten; ebenso ist sofort Meldung zu machen, wenn Kräfte nicht mehr voll beschäftigt sind, damit sie, falls nötig, zur Verstärkung anderer Betreuungsstellen eingesetzt werden können.

(<sup>5</sup>) Sofern Fernsprechverbindungen unterbrochen sind, sind zur Aufrechterhaltung der nötigen Verbindung Melder einzusetzen.

#### **7. Dienstzeit.**

Die Dienstzeit der Betreuungsstellen ist stets im Einvernehmen mit dem Leiter der Auffangsammlung festzulegen. Es ist selbstverständlich, daß gegebenenfalls über die übliche Dienstzeit hinaus gearbeitet werden muß, und zwar so lange, wie Geschädigte zu betreuen sind.

#### **8. Unterschriftsbefugnis.**

Die eingesetzten Betreuungsstellenleiter und ihre Vertreter werden hiermit bevollmächtigt, im Rahmen dieser Dienstanweisung die erforderlichen Unterschriften unter Bombenpaß, Betreuungskarte oder Zahlungsanweisung unter Beidrückung des Dienstsiegels zu vollziehen. Die Zeichnungsbefugnis für weitere Hilfskräfte der Betreuungsstelle ist der Verantwortung des Be-

treuungsstellenleiters überlassen. Falls der Betreuungsstellenleiter von dieser Befugnis Gebrauch machen muß, ist dem Hauptleiter der Betreuungsstellen von dem Geschehenen unverzüglich Mitteilung zu machen.

#### 9. Vordrucke.

Für die Betreuungsstellen lagern an den auf Anlage 3 zu ersiehenden Stellen und in dem aus den Anlagen 3 a und 3 b ersichtlichen Umfange die für die Arbeitsaufnahme notwendigen Vordrucke usw. Bedarf an weiteren Vordrucken und anderem Arbeitsmaterial sind bei dem Hauptleiter der Betreuungsstellen frühzeitig zu melden, ehe der Vorrat erschöpft ist.

#### 10. Art, Umfang und Feststellung der Schäden.

(1) Man unterscheidet im allgemeinen:

- a) der Art nach: Schäden an beweglichen Sachen — meistens Hausrat einschl. Kleidung —, Schäden an unbeweglichen Sachen — Gebäuden und Grundstücken —, Schäden gewerblicher und industrieller Betriebe, Nutzungsschäden an Wohngebäuden — Mietausfälle pp. — und Nutzungsschäden anderer Art — z. B. gewerblicher oder industrieller Betriebe —,
- b) dem Umfang nach: Totalschäden, erhebliche Teilschäden und unerhebliche Teilschäden. Begriff zu 10 b: siehe anliegende „Anleitung zur Ausfertigung von Bombenpässen und Betreuungskarten und anderer Ausweise für Fliegergeschädigte“ — Anlage 4 —.

(2) In den Betreuungsstellen wird nur die sogenannte „Erste Hilfe“, soweit sie für den sofort und dringend benötigten Bedarf an Kleidung und Hausrat bzw. beim Nichtvorhandensein des dringend notwendigen Lebensbedarfs erforderlich ist, durch Auszahlung eines Bar-Vorschusses geleistet.

(3) Wegen der etwa über den dringenden Bedarf — s. wie vor — hinausgehenden Anträge sind die Antragsteller an die ordentlichen Dienststellen des Sozialamtes für Fliegergeschädigte zu verweisen, also entweder an das Kriegsschädenamt oder an die Abteilung für Personenschäden — siehe im übrigen das in der Anlage 5 beigefügte „Merkblatt für Fliegergeschädigte“ —.

(4) Der Betreuungsstellenleiter, oder in dessen Auftrage ein geeigneter Mitarbeiter, hat sich, soweit es sich um Schäden handelt, die eine Betreuung innerhalb des Stadtbezirks ermöglichen, sofort nach erfolgtem Einsatz im Benehmen mit dem zuständigen Ortsgruppenleiter der NSDAP. über Art und Umfang der in seinem Betreuungsbezirk eingetretenen Schäden möglichst eingehend zu unterrichten, und zwar soweit möglich unter Hinzuziehung des zuständigen Revierbaubeamten des Leiters der Sofortmaßnahmen.

(5) Darüber sind, sobald als irgend möglich, schriftliche Aufzeichnungen zu machen, derart, daß sie die Möglichkeit einer Prüfung der Berechtigung der Inanspruchnahme der „Ersten Hilfe“ bzw. der Ausfertigung von Ausweisen (Bombenpaß usw.) geben.

(6) Eine Zweitschrift dieser Feststellungen ist unverzüglich dem Hauptleiter der Betreuungsstellen durch Melder zu überbringen.

#### 11. Ausfertigung von Ausweisen für Fliegergeschädigte.

(Bombenpaß, Betreuungskarte usw.)

(1) Wegen Ausfertigung der zur Betreuung von Fliegergeschädigten erforderlichen Ausweise wird bezüglich des Bombenpasses (Anlage 6) und der Betreuungskarte (Anlage 7) auf die dazu ausgearbeitete Anleitung (Anlage 4) verwiesen, die unbedingt zu beachten ist.

(2) Der Geschädigte soll sich nach Möglichkeit bei der Antragstellung auf Ausfertigung derartiger Ausweise irgendwie legitimieren. Im allgemeinen wird das der Geschädigte können durch Vorzeigen von Personalausweisen (Kennkarte, Paß, Postausweis, Parteimitgliedsbuch, Führerschein usw.) oder durch andere Personen, die einen Personalausweis besitzen.

(3) Ausländern und Juden darf weder ein Bombenpaß noch eine Betreuungskarte ausgestellt werden.

(4) Ausländern, die durch die Arbeitseinsatzverwaltung zur Arbeitsverrichtung in das Reich gekommen sind, kann nach besonders gewissenhafter Prüfung bescheinigt werden, daß sie fliegergeschädigt sind — Vordruck s. Anlage 8 —. Andere Ausländer sind mit ihren Anträgen an das Kriegsschädenamt zu verweisen.

#### 12. Anträge auf Vorschußzahlungen — Erste Hilfe.

(1) Die Vorschußzahlungen sollen gemäß dem unter Ziff. 1 auszugsweise wiedergegebenen Erlaß in den Betreuungsstellen dann gewährt werden, wenn der Geschädigte ohne die Gewährung einer Vorschußzahlung den dringend und sofort benötigten Bedarf an Kleidung aus eigenen Mitteln nicht beschaffen oder andere dringlichste Lebensansprüche nicht befriedigen kann.

(2) Für jeden Geschädigten, der eine Vorschußzahlung — Erste Hilfe — in der Betreuungsstelle beantragt, ist ein Antragsvordruck (Anlage 9) im Durchschreibeverfahren aufzunehmen. Um aber mit der Vorschußzahlung den Gesamtschaden des Geschädigten einschl. der bisher zum Haushalt zu rechnenden Familienangehörigen nicht zu überschreiten, hat der Geschädigte den Gesamtschaden wenigstens schätzungsweise anzugeben, ebenfalls den dringend benötigten Geldbedarf, und danach den Vordruck zu unterschreiben. Erst danach kann ein Betrag im Rahmen der in Ziff. 13 festgelegten Richtsätze und in dem in Ziff. 10, Abs. 2 dieser Dienst-anweisung festgelegten Umfange bewilligt werden.

(3) Die Anträge müssen, falls ausnahmsweise der Antragsteller nicht der Geschädigte ist, den Geschädigten einwandfrei erkennen lassen — siehe Abschnitt 1 des Vordrucks 9 —. Geschädigter ist in der Regel der Eigentümer einer Sache, bei Familien der Haushaltungsvorstand — nicht die Ehefrau. Erscheint z. B. die Ehefrau für ihren in Braunschweig noch ansässigen Ehemann, oder erscheint für den Geschädigten eine andere beauftragte Person, so ist das auf jeden Fall im zweiten Abschnitt des Antragsvordrucks durch entsprechende Einbesserung des Wortlauts kenntlich zu machen und in der Anweisungsverfügung — 3. Abschnitt des Vordrucks — dann zu verfügen: Zahlbar an . . .

(4) Einer Vollmacht im Vertretungsfalle bedarf es nur in begründeten Zweifelsfällen, z. B. wenn die Glaubwürdigkeit des angeblich Beauftragten anzuzweifeln ist oder sich der Beauftragte nicht ausweisen kann oder den Mitarbeitern nicht bekannt ist.

(5) Die Erstschrift des Vordrucks 9 gilt als Auszahlungsanordnung für die Zahlstelle. Sie ist, nachdem der zu bewilligende Betrag eingesetzt ist, mit Unterschrift und Dienstsiegel zu versehen.

(6) Die Zweitschrift (Durchschrift) des Vordrucks gilt als Vorschußantrag. Die Anträge sind sorgfältig zu sammeln und täglich an den Hauptleiter der Betreuungsstellen, alphabetisch geordnet, abzuliefern.

### 13. Höhe der Vorschußzahlung — Erste Hilfe.

(1) Bei Totalgeschädigten oder erheblich Teilgeschädigten können für den völligen Verlust ihrer Kleidung oder ihres Hausrats bzw. beim Nichtvorhandensein des dringend notwendigen Lebensbedarfs als „Erste Hilfe“ bewilligt werden:

für den Haushaltungsvorstand oder für Alleinstehende	bis zu 500,— RM
für die Ehefrau	bis zu 400,— RM
für Kinder von 6 bis 14 Jahren	bis zu 300,— RM
für Kinder von 2 bis 6 Jahren	bis zu 200,— RM
für Kinder bis zu 2 Jahren	bis zu 100,— RM.

Ist jedoch die Ausstattung nur teilweise verloren gegangen, kann beim Vorliegen eines sofort und dringend notwendigen Lebensbedarfs nur ein entsprechender Anteil der obigen Richtsätze bewilligt werden. Keinesfalls darf in diesen Fällen der geschätzte Mindestschaden überschritten werden.

(2) Der Geschädigte soll, wenn er die „Erste Hilfe“ erhalten hat, demnächst seinen ordentlichen Entschädigungsantrag beim Kriegsschädenamt stellen. Entsprechende Vordrucke sind bei der zuständigen Ortsgruppe der NSDAP. bzw. beim Kriegsschädenamt erhältlich. Weitere Zahlungen soll der Geschädigte durchweg erst erhalten, wenn sein eigentlicher Entschädigungsantrag beim Kriegsschädenamt vorliegt und geprüft werden kann.

(3) Beantragt ein Geschädigter aus Anlaß des gleichen Schadenfalles eine zweite Vorschußzahlung und liegt nicht ein besonders begründeter Fall vor, dem der Betreuungsstellenleiter glaubt entsprechen zu müssen, sind Antrag und Vorgänge der ordentlichen Dienststelle des Kriegsschädenamtes über den Hauptleiter der Betreuungsstellen zur weiteren Bearbeitung zuleiten.

(4) Bei Verlust oder Beschädigung von Uniformstücken öffentlich Bediensteter (Eisenbahn, Post, Polizei, Feuerwehr, SHD., Techn. Nothilfe, Luftschutz usw.), auch politischer Leiter, haben sich die Betreffenden an ihre vorgesetzte Dienststelle zu wenden. Die Betreuungsstellen treten dafür nicht ein.

(5) Anträge auf Sachleistung von Fliegergeschädigten, die ihre Wohnung wegen Blindgänger-gefahr vorübergehend räumen mußten, an sich aber keinen Sachschaden erlitten haben, sind im allgemeinen abschlägig zu bescheiden. Ist aber in Ausnahmefällen wegen besonderer Dringlichkeit und infolge Fehlens eigener Mittel die Bewilligung von einzelnen Kleidungsstücken nicht zu umgehen, so ist der Antragsteller darauf aufmerksam zu machen, daß er die bewilligte Kleidung zurückgeben muß, sobald er in seine Wohnung zurückkehren kann. Diese

Fälle sind auf dem Antragsvordruck (Durchschrift) mit dem Vermerk: „Wegen Blindgänger-  
gefahr bewilligt“ zu versehen.

#### 14. Juden und Ausländer.

(<sup>1</sup>) Juden erhalten keine Vorschußzahlungen.

(<sup>2</sup>) Ausländer erhalten eine Vorschußzahlung nur dann, wenn es sich um amtlich vermittelte Ausländer handelt; das muß nachgewiesen werden. Gegebenenfalls kann ihnen nach gewissenhafter Prüfung der Dringlichkeit eine Vorschußzahlung bis zu 100,— RM bewilligt werden. Wegen weiterer Entschädigungsansprüche sind die Betreffenden und andere Ausländer zur Stellung eines ordentlichen Entschädigungsantrages an das Kriegsschädenamt zu verweisen.

#### 15. Vorschußzahlungen bei Umquartierungen.

In den in Tätigkeit tretenden Auffangsammlstellen ist folgende Bekanntmachung auszuhängen:

Entschädigungen wegen eines Kriegssach- oder Nutzungsschadens und Vorschußzahlungen hierauf

können von den Geschädigten, die anlässlich eines Fliegerangriffs nach außerhalb umquartiert werden, auch bei dem für den neuen Aufenthaltsort zuständigen Landrat oder Bürgermeister beantragt werden.

— Der Oberbürgermeister — Kriegsschädenamt — Braunschweig —

Die Geschädigten, die umquartiert werden, sind auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

#### 16. Vorschußzahlungen für Schäden, die außerhalb Braunschweigs entstanden sind.

Volksgenossen, die an einem Ort außerhalb Braunschweigs einen Fliegerschaden erlitten haben, können in den Betreuungsstellen keine Zahlungen erhalten. Falls diese Geschädigten eine Vorschußzahlung benötigen, sind sie an das hiesige Kriegsschädenamt zu verweisen. Dort können sie auch ihren ordentlichen Entschädigungsantrag einreichen.

#### 17. Zahlungen durch die Zahlstellen der Stadthauptkasse in den Betreuungsstellen.

(<sup>1</sup>) Die vom Betreuungsstellenleiter oder dessen Vertreter bewilligten Beträge werden nach Ausfertigung des Antragsvordrucks und nach Anweisung im allgemeinen in bar gezahlt.

(<sup>2</sup>) Bei Mangel an Bargeld können die von der Betreuungsstelle bewilligten Beträge ebenfalls nach Ausfertigung des Antragsvordrucks und nach Anweisung auch z. T. auf Scheck gezahlt werden. In welchem Verhältnis dies geschieht, wird vom Leiter der Stadthauptkasse angeordnet. Es bedarf besonderer Weisung, wenn die Zahlungen nur auf Scheck erfolgen sollen.

#### 18. Täglicher Nachweis der Zahlungen.

(<sup>1</sup>) Über Anzahl und Höhe der geleisteten Vorschüsse ist dem Hauptleiter der Betreuungsstellen unter Ablieferung der Antragsdurchschriften täglich nach folgendem Muster zu berichten:

Betreuungsstelle .....

Am ..... sind ..... Zahlungen geleistet.

Gesamtsumme dieser Zahlungen: ..... RM.

Braunschweig, den .....

.....  
(Unterschrift des Betreuungsstellenleiters)

(<sup>2</sup>) Vor Ablieferung dieses täglichen Berichtes ist dafür Sorge zu tragen, daß die bewilligten Beträge auf die einzelnen blauen Karteikarten übertragen sind.

#### 19. Karteikarten.

(<sup>1</sup>) Für jeden Geschädigten, der in der Betreuungsstelle die Ausfertigung eines Ausweises (Bombenpaß oder Betreuungskarte usw.) oder die Bewilligung einer Vorschußzahlung oder eines von beiden beantragt, ist eine blaue Karteikarte (Anlage 10) anzulegen, sobald dem Antrage entsprochen wird. Auf dieser Karteikarte ist neben den vorgesehenen Angaben auch der Schadensumfang kurz zu vermerken, und zwar unter der freien Zeile „Jetzige Unterkunft“, z. B. durch Anfügung der Worte: „Totalschaden“ oder „Erheblicher Teilschaden“ oder „Unerheblicher Teilschaden“ oder „Blindgängergefahr“.

(<sup>2</sup>) Nach Bewilligung des Vorschusses ist vor Aushändigung des Bombenpasses oder der Betreuungskarte und der Auszahlungsanordnung für die Stadthauptkasse der bewilligte Betrag in die vorgesehene Spalte des Bombenpasses oder der Betreuungskarte usw. einzutragen und in die blaue Karteikarte zu übertragen.

(<sup>3</sup>) Die blauen Karteikarten sind von Anfang an alphabetisch zu ordnen.

(<sup>4</sup>) Die Aufgangssammelstelle führt daneben die sogenannte Obdachlosenkarte.

## 20. Wohnungsfürsorge.

(<sup>1</sup>) Nach Ziff. 5 des „Merkblattes für Fliegergeschädigte“ (Anlage 5) erfolgt Wohnungsvermittlung, soweit das überhaupt möglich ist, durch das Amt für Raumbeschaffung.

(<sup>2</sup>) Sobald eine Betreuungsstelle bei leichteren und mittleren Angriffen den Gesamtschadensfall in ihrem Bereich einigermaßen übersehen kann, stellt sie Listen nach Vordruck (Anlage 11) über diejenigen Fliegergeschädigten auf, deren Wohnungen vollkommen zerstört sind oder innerhalb der nächsten 6 Wochen nach dem Angriff nicht wieder hergestellt werden können. Die Betreuungsstelle übersendet diese Liste dem Hauptleiter der Betreuungsstellen, der sie unverzüglich dem Amt für Raumbeschaffung weitergibt.

## 21. Tierschäden.

(<sup>1</sup>) Für Tierschäden aus Anlaß eines Fliegerangriffs ist der Leiter des örtlichen Luftschutz-Veterinärdienstes (Städt. Schlacht- und Viehhof, nur Fernruf 5243) zuständig.

(<sup>2</sup>) Alle bekanntwerdenden Tierverletzungen müssen sofort — wenn möglich telefonisch, sonst durch Melder — zwecks Feststellung der Ursache der Verletzung, gegebenenfalls zwecks Veranlassung sofortiger Notschlachtung dem Leiter des örtlichen Luftschutz-Veterinärdienstes gemeldet werden.

## 22. Ausfertigung von Abreisebescheinigungen.

(<sup>1</sup>) Die Ausfertigung von Abreisebescheinigungen kann erst erfolgen, wenn entsprechende Anordnung dazu ergeht und wenn die bestimmten Voraussetzungen dazu — siehe Abs. 7—9 dieses Abschnitts — vorliegen.

(<sup>2</sup>) Abgesehen von Alleinstehenden ist für jede umzuquartierende Familie nur eine Abreisebescheinigung nach Vordruck (Anlage 12) in dreifacher Ausfertigung — Durchschreibeverfahren — auszufertigen. Nur in Ausnahmefällen — z. B. für künftig getrennt lebende Familienangehörige — können gegebenenfalls mehrere Abreisebescheinigungen an die Betreffenden ausgestellt werden.

(<sup>3</sup>) Die Abreisebescheinigung ist vom Betreuungsstellenleiter oder seinem Vertreter zu unterschreiben und mit dem Dienstsiegel zu versehen.

(<sup>4</sup>) Die Erst- und Zweitschrift des Vordruckes 12 sind dem Umzuquartierenden auszuhändigen. Der Umzuquartierende gibt die Zweitschrift bei der Gemeindebehörde des Aufnahmeortes ab, die die Zweitschrift ausfüllt — s. Rückseite der Zweitschrift — und an das Sozialamt für Fliegergeschädigte in Braunschweig zurücksendet. Die Drittschriften bleiben als Konzept in der Betreuungsstelle und werden nach alphabetischer Ordnung täglich an den Hauptleiter der Betreuungsstellen übersandt.

(<sup>5</sup>) Die Angaben über die Einkommensverhältnisse sind in die Abreisebescheinigung nur dann einzutragen, wenn entsprechende Unterlagen vorgelegt werden können, die an die Drittschrift (Konzept) anzuheften sind.

(<sup>6</sup>) Die Angaben auf der Rückseite der Erstschrift sind von den zuständigen Stellen (Ernährungs- und Wirtschaftsamt bzw. NSV.) zu machen.

(<sup>7</sup>) Personen, die in Rüstungsbetrieben, bei Behörden oder anderen wichtigen Stellen tätig sind oder für andere vordringliche Arbeiten benötigt werden, bedürfen zur Abreise der Zustimmung des Arbeitsamtes, des Behördenleiters oder der für die etwaige vordringliche Verwendung zuständigen Stellen.

(<sup>8</sup>) Da die Abreisebescheinigung als Nachweis dient, daß ihrem Inhaber nicht nur, soweit die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind, Räumungsfamilienunterhalt ausgezahlt, sondern auch ein Freifahrtsschein durch die NSV. ausgestellt werden darf, ist in jedem einzelnen Falle mit besonderer Sorgfalt zu prüfen,

a) ob die Voraussetzungen zur Ausstellung einer Abreisebescheinigung vorliegen, d. h. ob, wenn nicht alle Personen umquartiert werden, die Abreise der betreffenden Person notwendig oder gewünscht ist,

b) ob die Umzuquartierenden am Wohnort entbehrlich sind und deshalb für die Umquartierung die behördliche Einwilligung bzw. Genehmigung allgemein erteilt worden ist oder durch Ausstellen einer Abreisebescheinigung gegeben werden kann.

So muß vom Arbeitseinsatzpflichtigen eine Erklärung über seine bisherige Arbeitsstelle abgegeben werden. Eine Abreisebescheinigung ist für einen Arbeitseinsatzpflichtigen nur dann

zu erteilen, wenn er nachweist, daß er vom Arbeitsamt freigegeben ist. Das gilt auch für arbeitseinsatzpflichtige Frauen. Dem Einwande, daß den Berufstätigen in Braunschweig kein Unterkommen zur Verfügung stände, muß entgegengetreten und darauf hingewiesen werden, daß die Deutsche Arbeitsfront sich laufend bemüht, Unterkünfte und Verpflegung für die Schaffenden zur Verfügung zu stellen.

(9) Die gleiche sorgfältige Prüfung ist auch in Fällen der nachträglichen Ausstellung von Abreisebescheinigungen, z. B. in Katastrophenfällen, erforderlich.

(10) Die Abreisebescheinigungen sind unter fortlaufenden Nummern, wie sie für die einzelnen Betreuungsstellen durch die erfolgte Verteilung der Handkoffer und Vorratskisten zugeteilt worden sind — siehe Rückseite Anlage 3a und 3b — in ein Verzeichnis nach folgendem Muster einzutragen:

Betreuungsstelle .....

#### Verzeichnis über ausgestellte Abreisebescheinigungen

Lfd. Nr. der Abreisebescheinigung	Tag der Ausfertigung	Zu- und Vorname		Stand	Geburts-tag	bisherige Wohnung in Braunschweig
5280	25. 10. 43	Meier	Wilhelm	Invalide	28. 4. 75	Cheruserstr. 5
		Meier	Emma	Ehefrau	2. 5. 74	Cheruserstr. 5
		Meier	Erna	Tochter	3. 9. 98	Cheruserstr. 5
				-inv.-		

(11) Bei der Aufstellung dieses Verzeichnisses ist darauf zu achten, daß sämtliche Umquartierte unter der Nummer der Abreisebescheinigung des Haushaltungsvorstandes zu führen sind.

(12) Nach einem schweren Luftangriff ist erfahrungsgemäß infolge Eilbedürftigkeit der Umquartierung oft die Ausfertigung von Abreisebescheinigungen nach Vordruck 12 nicht möglich. Es ist dann auf besondere Weisung, und soweit die Voraussetzungen für eine Umquartierung — s. Abs. 7—9 dieses Abschnittes — vorliegen,

a) für Totalgeschädigte oder erheblich Teilgeschädigte auf jeden Fall, soweit bis dahin noch nicht geschehen, ein Bombenpaß auszufertigen und mit besonderem Stempelaufdruck: „Gilt als vorläufige Abreisebescheinigung“ zu versehen — Stempel siehe Handkoffer. Der Evakuierungsort wird von der NSV., die die Abreise durchführt, nach Möglichkeit im Bombenpaß vermerkt. Dabei ist der Umzuquartierende anzuhalten, der Zentralnachweisstelle Braunschweig unverzüglich nach seiner Ankunft im neuen Unterkunftsort mittels der dem Bombenpaß angefügten Postkarte seine neue Anschrift mitzuteilen.

b) Für die übrigen Umzuquartierenden — unerheblich und nicht fliegergeschädigte Volksgenossen, die einen Bombenpaß nicht erhalten können — der „Ausweis für Fliegergeschädigte bzw. behördlich Umquartierte“ (Anlage 13) auszufertigen und darüber ein Verzeichnis nach folgendem Muster zu führen:

Betreuungsstelle .....

#### Verzeichnis über ausgestellte Ausweise für Fliegergeschädigte bzw. behördlich Umquartierte.

Lfd. Nr.	Tag der Ausfertigung	Zu- und Vorname		bisherige Wohnung in Braunschweig	Anzahl der umquartierten Personen	Sind die Umquartierten fliegergeschädigt		Bemerkungen
						ja	nein	
1	25. 10. 42	Müller	Fritz	Lange Straße 1	4	ja	—	—

(13) Bei Ausfertigung des Ausweises zu Ziff. 22 Abs. 12 b dieser Dienstanweisung sind bei den nicht fliegergeschädigten Volksgenossen in dem Vordruck 13 die Worte „Fliegergeschädigte“ bzw. die Worte: „sind am ..... fliegergeschädigt“ zu streichen. Die NSV. trägt vor der Abreise nach Möglichkeit den Evakuierungsort ein und hält die betreffenden Volksgenossen an, die ausführliche Abreisebescheinigung (Anlage 12) umgehend nach der Ankunft im Unterbringungsort unter Angabe ihrer neuen Anschrift vom Sozialamt für Fliegergeschädigte anzufordern.

(14) Etwa vor der Abreise gezahlte Barvorschüsse sind auf dem Vordruck — wie vorgesehen — einzutragen und zuvor auf der blauen Karteikarte zu vermerken.

(15) An Stelle des Vermerks: „Betreuungskarte ausgehändigt am .....“ ist zu setzen: „Kurzausweis ausgehändigt am .....“.

(16) Über einzelne Erfordernisse bei Umquartierungen gibt das anliegende Merkblatt (Anlage 14) nähere Auskünfte.

**23. Auflösung der Betreuungsstellen, Ablieferung des restlichen Materials und Schlußbericht.**

(1) Die Auflösung der Betreuungsstellen bestimmt der Leiter des Sozialamtes für Fliegergeschädigte.

(2) Bei Auflösung der Betreuungsstellen hat der Betreuungsstellenleiter oder dessen Vertreter für ordnungsmäßige Ablieferung des gesamten restlichen Materials Sorge zu tragen und auf Anordnung einen Schlußbericht über den Ablauf der Dienstgeschäfte zu erstatten.

I. V.

gez. Unterschrift.

Braunschweig, den 13. März 1944.

**1. Nachtrag**

**zur Dienstanweisung für die Betreuungsstellen des Sozialamtes  
für Fliegergeschädigte vom 20. 11. 1943.**

1. Die „Betreuungskarte für Fliegergeschädigte“ — siehe Anlage 7 der Dienstanweisung — ist ab sofort nicht mehr zu verwenden.
2. An Stelle der „Betreuungskarte für Fliegergeschädigte“ tritt der „Ausweis für Fliegergeschädigte (Kleinschaden)“, der bereits seit dem Schadensfall vom 20. 2. 1944 in Benutzung genommen ist.
3. Soweit in der Dienstanweisung vom 20. 11. 43 und in den Anlagen dazu von der bezeichneten „Betreuungskarte“ die Rede ist, sind an diese Stelle die Worte: „Ausweis(e) für Fliegergeschädigte (Kleinschaden)“ zu setzen.
4. Der neue Ausweis ist denjenigen Fliegergeschädigten auszustellen, die lediglich einen unerheblichen Teilschaden an ihrem Hab und Gut erlitten haben, z. B. an Gardinen, Lampen, Geschirr, Eßwaren, geringfügige Schäden an einzelnen Möbelstücken usw.
5. Die Ausfertigung einer blauen Karteikarte (Anlage 10 der Dienstanweisung) erübrigt sich bei der Ausfertigung des neuen Ausweises, da dieser im Durchschreibeverfahren anzufertigen ist. Die Erstschrift erhält der Geschädigte, die Durchschrift ist als Karteikarte zu benutzen und in die Betreuungskartei laufend mit einzugliedern.
6. Obdachlosigkeit, etwaige neue Unterkunft oder vermißte Angehörige sind gegebenenfalls auf der Umseite des neuen Ausweises unter d) zu vermerken — gegebenenfalls Blaubogen umwenden —.
7. Unterschrift des Geschädigten sieht der neue Ausweis nicht vor. Ebenso entfällt das Dienstsiegel, da der Ausweis bereits mit gedrucktem Dienstsiegel versehen ist.
8. Über den durch den Fortfall der „Betreuungskarte“ und die Einführung des „Ausweises für Fliegergeschädigte (Kleinschaden)“ notwendig gewordenen Neuaufbau der Einsatz- und Ersatzkoffer, sowie Kisten sind den Betreuungsstellenleitern und Vertretern inzwischen neue Inhaltsübersichten zugegangen.
9. Für Untermieter und Hausgehilfinnen ist in der Regel nur der Ausweis für Fliegergeschädigte (Kleinschaden) auszustellen, es sei denn, daß Geschädigte dieser Personengruppen eine eigene Wohnungseinrichtung hatten und an dieser erheblich oder total geschädigt sind, so daß dafür die Ausfertigung eines Bombenpasses gerechtfertigt wäre.
10. Volksdeutsche, die an sich noch als Ausländer gelten, erhalten an Stelle des Ausweises für ausländische Fliegergeschädigte (siehe Anlage 8 der Dienstanweisung) den Ausweis für Fliegergeschädigte (Kleinschaden), wenn sie eine entsprechende Bescheinigung der volksdeutschen Mittelstelle vorlegen. Einen Bombenpaß können diese nur erhalten, wenn sie eine eigene Wohnungseinrichtung besaßen, an der sie erheblich oder total geschädigt worden sind. Im übrigen bleibt es bei der Betreuung von Ausländern bei der in der Dienstanweisung vom 20. 11. 1943 — Ziff. 11 — getroffenen Regelung.

I. V.

gez. Unterschrift.



## Anhang XIII

### Merkblatt für Fliegergeschädigte.

(= Anhang 5 der Dienstanweisung vom 20. 11. 1943. — Vgl. Anhang XII.)

Fliegergeschädigte wenden sich mit Anfragen aller Art und wegen sofort notwendiger materieller Hilfe an die für sie vorgesehenen Auffangsammelstellen, in denen Partei und Stadtverwaltung entsprechende Vorkehrungen getroffen haben.

#### 1. Sofortige Hilfe und Ausweise.

Die Fliegergeschädigten erhalten in ihrer Auffangsammelstelle neben Auskünften aller Art auch die für die weiteren Hilfsmaßnahmen benötigten Ausweise (Bombenpaß für Total- und erheblich Teilgeschädigte bzw. Ausweise für unerheblich Teilbeschädigte).

Gegebenenfalls werden die unbedingt benötigten Geldmittel zur Deckung des ersten dringenden Lebensbedarfs gezahlt, und zwar als Vorschußzahlung auf den erlittenen Kriegssachschaden.

Ferner ist Vorsorge getroffen, daß jeder Fliegergeschädigte von der für seine zuständige Auffangsammelstelle eingerichteten Nebenstelle des Wirtschafts- und Ernährungsamtes notwendige Bezugscheine für den Notbedarf an Kleidung, Wäsche, Schuhen usw., erforderlichenfalls auch Lebensmittelkarten erhält.

Die Bekanntgabe der zuständigen Betreuungsstellen des Sozialamtes für Fliegergeschädigte erfolgt durch Anschlag, durch die Presse oder in anderer geeigneter Weise.

Die Ausweise, die die Fliegergeschädigten immer bei sich führen sollen, dienen zur Vorlage bei allen Parteidienststellen und Behörden. Leistungen aller Art, insbesondere Gemeinschaftsverpflegung, Zuweisung von Unterkünften und Vorschußzahlungen werden nur auf Grund dieser Ausweise vermittelt.

#### 2. Unterkunft.

Durch leichtere oder mittlere Angriffe obdachlos gewordene Fliegergeschädigte werden dringend gebeten, selbst nach Möglichkeit für Unterkunft bei Verwandten oder Bekannten in Braunschweig oder im Wege der Nachbarschaftshilfe besorgt zu sein.

Nach Großkatastrophen obdachlos gewordene Volksgenossen wollen sich ebenfalls nach Möglichkeit bei auswärtigen Verwandten um Unterkunft bemühen. Im übrigen wird jedoch vorläufige Unterkunft in Privatquartieren oder in Notunterkünften durch die Einsatzstellen der NSDAP. vermittelt, die in den Auffangsammelstellen auch die Quartierscheine ausfertigen.

Auf jeden Fall ist nach erfolgter Unterbringung möglichst sofort der Zentralnachweisstelle der Stadtverwaltung Braunschweig die neue Anschrift mitzuteilen, die auch Auskunft über den Verbleib von Volksgenossen gibt.

#### 3. Verpflegung.

Die für Fliegergeschädigte etwa erforderliche Gemeinschaftsverpflegung führt die NSV. durch. In Katastrophenfällen wird die Gemeinschaftsverpflegung auf die Dauer bis zu höchstens 5 Tagen kostenlos und ohne die Abgabe von Lebensmittelmarken durchgeführt, es sei denn, daß der Reichsverteidigungskommissar dazu nähere Anordnungen trifft. Die gegebenenfalls darüber hinausgehende Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung und Abgabe von Lebensmittelkarten wird in geeigneter Weise bekannt gegeben.

Die Teilnahmeberechtigung wird im Bombenpaß bzw. in der Ausweiskarte seitens der NSV. vermerkt.

#### 4. Bergung von Hausrat.

Die Bergung von Hausrat und sonstigen beweglichen Sachen aus beschädigten Häusern übernimmt unter Mitwirkung der Partei und unter möglichster Inanspruchnahme der nachbarlichen Hilfe aller Volksgenossen das Sozialamt für Fliegergeschädigte — Abt. Hausratsicherung.

Die geborgenen Sachen sind zunächst zum Schutze gegen Witterungseinflüsse in die benachbarten unbeschädigt gebliebenen Häuser, Torwege oder andere geeignete Stellen zu schaffen und mit Namen und Wohnung des Eigentümers zu versehen. Den Abtransport und die Aufbewahrung der geborgenen Sachen veranlaßt die Abt. Hausratsicherung, der umgehend mitzuteilen ist, wo geborgene Sachen vorläufig untergestellt worden sind.

#### 5. Wohnungsvermittlung.

Wohnungen vermittelt, soweit möglich, das Amt für Raumbeschaffung.

#### 6. Personenschaden.

Zivilpersonen, die infolge der Kriegsgeschehnisse (z. B. durch Luftangriffe, Flakbeschuß usw.) Schaden an Leib und Leben erlitten haben, und deren Hinterbliebene erhalten auf Antrag Fürsorge und Versorgung nach der Personenschadenverordnung.

Die Anträge sind beim Sozialamt für Fliegergeschädigte — Abt. für Personenschaden — einzureichen.

#### 7. Kriegssachschäden.

Für Schäden an Grundstücken, Gebäuden und beweglichen Sachen (Mobiliar u. a.) wird Entschädigung nach der Kriegssachschädenverordnung gewährt.

Die Entschädigungsanträge sind, mit Bescheinigung der für die Schadenstelle zuständigen Ortsgruppe der Partei versehen, dem Kriegsschädenamt einzureichen.

#### 8. Nutzungsschäden.

Für entgangene Einnahmen und zusätzliche Ausgaben, die durch Kriegssachschäden verursacht worden sind, wird auf Antrag angemessene Entschädigung nach besonderen Richtlinien über den Ausgleich von Nutzungsschäden gewährt.

Wird die Nutzung unbeschädigter Sachen durch Einwirkung von Kampfmitteln (Blindgänger, Einsturzgefahr u. ä.) ganz oder teilweise unmöglich gemacht, so wird Entschädigung in gleicher Weise gewährt. Die Anträge sind, mit dem Prüfungsvermerk der für den Schadensort zuständigen Ortsgruppe der Partei versehen, beim Kriegsschädenamt einzureichen.

Antragsvordrucke zu 6, 7 und 8 sind in der zuständigen Ortsgruppe der NSDAP. oder beim Kriegsschädenamt erhältlich.

#### 9. Instandsetzungsarbeiten.

Zur Beseitigung von leichteren Schäden an Gebäuden, wie Fenster, Fensterrahmen, Dächer usw., sogenannte Serienschäden, wird der sofort notwendige Einsatz von Handwerkern durch die Kreishandwerkerschaft im Benehmen mit dem Leiter der Sofortmaßnahmen veranlaßt.

#### 10. Mietzahlung nach Fliegerschäden.

Mieter, die wegen Total- oder erheblicher Teilschäden ihre Wohnung räumen müssen, sind von der Entrichtung der Mieten befreit. Bei nur teilweise beschädigten Wohnungen kommt nur eine Minderung der Miete in Frage, deren Ausmaß dem Umfang der eingetretenen Beeinträchtigung des vertragsmäßigen Gebrauchs der Räume entspricht. Der Vermieter und der Mieter haben sich über die Höhe der Mietminderung möglichst gütlich zu einigen.

Geringfügige Beschädigungen, z. B. Bruch der Fensterscheiben, die alsbald beseitigt werden, begründen kein Recht auf Minderung der Miete.

Die Vermieter können wegen der ihnen entstehenden Mietausfälle Antrag auf Gewährung von Nutzungsentschädigung stellen. Vgl. Ziff. 8.

Besitzer von Eigenheimen können bei unbenutzbar gewordener Wohnung im eigenen Haus in gleicher Weise die Gewährung von Nutzungsentschädigung beantragen.

#### 11. Ausgleich von Lohnausfällen bei Fliegerschäden.

Lohnempfänger, deren Arbeitsmöglichkeiten durch Fliegerschäden beeinträchtigt wurden, erhalten:

- a) den vollen Lohn durch ihren Betrieb, wenn der Betrieb beschädigt oder zerstört wurde und die Arbeiter mit Aufräumarbeiten im Betrieb weiter beschäftigt werden;
- b) 100 % des Lohnes durch ihren Betrieb bis zu 14 Tagen, wenn der Betrieb oder Versorgungseinrichtungen des Betriebes beschädigt oder zerstört wurden, Aufräumarbeiten im Betrieb nicht zu leisten sind und eine andere Arbeit durch das Arbeitsamt nicht sofort vermittelt werden kann;
- c) Arbeitslosenunterstützung durch das Arbeitsamt, wenn die Voraussetzungen für b) länger als 14 Tage vorliegen;
- d) 100 % des Lohnes durch ihren Betrieb, wenn nach einer Zerstörung, Sperrung oder Räumung ihrer Wohnung unvermeidbare Lohnausfälle dadurch entstehen, daß unumgängliche Besorgungen, Betreuung von Familienangehörigen und dgl. in der sonstigen regelmäßigen Arbeitszeit nötig wurden.

Die Aufwendungen zu b) und d) werden den Betrieben auf Antrag vom Arbeitsamt erstattet. Die Ansprüche der Angestellten sind besonders geregelt.

## Volksgenossen!

Alle Partei- und Behördendienststellen stehen mit ihren Fürsorge- und Hilfsmaßnahmen in vollem Umfange sofort zu Eurer Verfügung. Bewahrt selbst Ruhe und Disziplin. Ihr könnt hierdurch zu einer schnellen und reibungslosen Abwicklung der einsetzenden Hilfe wesentlich beitragen. Alle Eure Anträge werden entgegenkommend behandelt, bedenkt jedoch, daß die erste Fürsorge den total geschädigt und obdachlos gewordenen Volksgenossen gelten muß und weniger dringliche Wünsche daher zunächst zurückgestellt werden müssen. Geschädigte, die sich bei Stellung von Ersatzansprüchen durch unwahre Angaben auf Kosten der Volksgemeinschaft bereichern, machen sich strafbar.

### Merkblatt

#### für die Betreuung der Bevölkerung

#### nach Luftangriffen, insbesondere bei Umquartierungen.

(= Anlage 14 der Dienstanweisung vom 20. 11. 1943. — Vgl. Anhang XII.)

1. Volksgenossen, die durch Luftangriffe größeren Ausmaßes obdachlos werden, begeben sich nach der nächsten bekanntgegebenen Großsammelstelle, von wo aus sie einer Auffangsammlung zugeführt werden. Dort werden sie fürs erste gepflegt und gegebenenfalls mit den nötigen Kleidungsstücken usw. versorgt. Soweit sie sich dann nicht selbst am Ort, in der Umgebung oder in dem zuständigen Aufnahmegebiet unterbringen können oder wollen, wird ihnen von der Auffangsammlung eine Unterkunft namhaft gemacht.
2. Da die Unterbringung bei Verwandten (Verwandtenhilfe) im ganzen Reich zugelassen ist, werden die nach einem Großangriff obdachlos gewordenen Fliegergeschädigten dringend gebeten, sich nach Möglichkeit bei auswärtigen Verwandten um Unterkunft zu bemühen.
3. Nicht abreisen vor Aufsuchen der Auffangsammlung, damit nicht unkontrolliert Abgereiste als vermißt vermerkt werden müssen.
4. Nur in das zuständige Aufnahmegebiet abreisen, da sonst Aufnahmeverweigerung zu erwarten und dann Abschiebung in das zuständige Aufnahmegebiet erfolgen muß — ausgenommen u. a. bei Verwandtenunterbringung.
5. Nach Unterbringung in jedem Falle, soweit noch nicht geschehen, sofort polizeilich ab- und anmelden — gegebenenfalls von auswärtig schriftlich. Daneben der Zentralnachweisstelle der Stadtverwaltung Braunschweig sofort nach dem Eintreffen im neuen Unterkunftsort die neue Anschrift mitteilen — siehe die dem Bombenpaß bzw. der Fliegerabreisebescheinigung angefügte Postkarte.  
Da die Zentralnachweisstelle der Stadtverwaltung Braunschweig gegebenenfalls auch Auskunft über den Verbleib von Angehörigen gibt, ist ferner erforderlich, daß auch möglichst der Verbleib der Angehörigen mitgeteilt wird, ebenso, ob Angehörige (gegebenenfalls welche) vermißt werden.
6. Nach auswärtig Umzuquartierende erhalten in ihrer Auffangsammlung eine Fliegerabreisebescheinigung (unentbehrlicher Ausweis für Lebensmittelkarten, Bezugscheine, Räumungsfamilienunterhalt usw.).
7. Wer auf Grund behördlicher Anordnung umquartiert worden ist oder gezwungen war, infolge Feindeinwirkung Braunschweig zu verlassen, meldet sich sofort nach Ankunft bei der zuständigen Meldebehörde des neuen Aufenthaltsortes (Polizeiverwaltung bzw. Bürgermeister).  
Ist ein Umquartierter nicht im Besitz einer Abreisebescheinigung, so kann er diese nachträglich vom Sozialamt für Fliegergeschädigte in Braunschweig schriftlich anfordern (dabei neue Anschrift angeben).
8. In Wehrüberwachung stehende Umquartierte melden sich außerdem bei dem für den neuen Aufenthaltsort zuständigen Wehrmeldeamt oder Bezirkskommando.
9. Ferner melden sich, soweit eine Abreise zulässig ist:
  - a) Arbeitsbuchinhaber sofort bei dem Arbeitsamt des neuen Aufenthaltsortes,
  - b) Selbständig Gewerbetreibende (Kaufleute, Handwerker usw.) bei der am neuen Aufenthaltsort zuständigen Berufsvertretung (Industrie- und Handelskammer, Kreishandwerkerschaft) und teilen ihren gegenwärtigen Aufenthalt umgehend der für ihren Heimatwohnsitz zuständigen Industrie- und Handelskammer bzw. Kreishandwerkerschaft mit,

- c) Behördenbedienstete (Beamte, Behördenangestellte und Arbeiter) schriftlich bei der für ihren neuen Aufenthaltsort zuständigen höheren Verwaltungsbehörde ihres Verwaltungszweiges bzw. bei der oberen Gemeindeaufsichtsbehörde (z. B. Regierungspräsidenten, Reichspostdirektion, Oberbergamt, Landesarbeitsamt, Reichstreuhänder der Arbeit, Hauptversorgungsamt), die ihre Versorgung übernimmt und ihren Einsatz veranlaßt. Bedienstete von Versicherungsträgern melden sich bei dem zuständigen Oberversicherungsamt ihres neuen Aufenthaltsortes.
10. Rentenberechtigte, die an ihrem neuen Aufenthaltsort die ihnen zustehenden Rentenbezüge noch nicht erhalten, wenden sich an den für ihren neuen Aufenthaltsort zuständigen Landrat, der ihnen mitteilt, bei welcher Stelle sie sich zwecks Weiterzahlung ihrer Rente melden müssen. Versorgungsrentenempfänger teilen ihre neue Anschrift umgehend dem bisher zuständigen Versorgungsamt oder Wehrmachtsfürsorge- und Versorgungsamt mit.
11. Mitglieder gesetzlicher Krankenversicherungsträger melden sich bei einer gesetzlichen Krankenkasse im Bezirk ihres neuen Aufenthaltsortes.
12. Wer auf Grund behördlich angeordneter Umquartierung seinen bisherigen Wohnort verlassen mußte, erhält, soweit die Voraussetzungen erfüllt sind, am neuen Aufenthaltsort Räumungsfamilienunterhalt. Der Antrag ist bei dem für den neuen Aufenthaltsort zuständigen Bürgermeister, Landrat bzw. Oberbürgermeister unter Vorlegung der Abreisebescheinigung zu stellen. Bei Katastrophenfällen genügt bei Stellung des Antrages auf Räumungsfamilienunterhalt zunächst die Glaubhaftmachung des Sachverhalts, wenn der Umquartierte die Abreisebescheinigung nicht vorlegen kann. Diese ist jedoch umgehend nachzuliefern — siehe hierzu Ziff. 7 dieses Merkblattes.
13. Lebensmittelkarten, bei Notbedarf auch sonstige Bezugsnachweise und Bezugscheine, erhalten die Umquartierten von dem für ihren neuen Aufenthaltsort zuständigen Ernährungs- bzw. Wirtschaftsamt. Dazu ist ebenfalls die Vorlage der Abreisebescheinigung erforderlich.
- Der Normalbedarf an bezugscheinpflichtigen Waren aus Anlaß des Fliegerschadens ist bei dem Wirtschaftsamt des Heimatortes zu beantragen, es sei denn, daß die Personal- (Haushalt-) Karte dem Wirtschaftsamt des neuen Aufenthaltsortes bereits übersandt worden ist.
- Bei Katastrophenfällen genügt die Glaubhaftmachung des Sachverhalts — wie zu Ziff. 12 Abs. 2 dieses Merkblattes.
14. Wer infolge der Umquartierung seine Vertragsverpflichtungen nicht erfüllen kann, kann die Vertragshilfe des Amtsgerichts seines Heimatortes in Anspruch nehmen, gegebenenfalls durch Vermittlung eines anderen Amtsgerichts.
15. Wer infolge eines Fliegerangriffs oder im Zusammenhang mit der Umquartierung Schaden an Leib und Leben erleidet, erhält nach Maßgabe der hierfür gegebenen Bestimmungen Fürsorge und Versorgung durch das Versorgungsamt. Anträge hierauf, erforderlichenfalls auch Umstellungshilfe, sind bei der Gemeindebehörde des neuen Aufenthaltsortes zu stellen.
16. Durch Fliegerangriffe verursachte Sach- und Nutzungsschäden sind, sofern sie nicht beim Kriegsschädenamt in Braunschweig angemeldet werden konnten, bei dem Bürgermeister, Landrat oder Oberbürgermeister der Aufenthaltsgemeinde anzumelden. Der Antrag wird von dort aus dann an das Kriegssachschädenamt in Braunschweig eingesandt.
17. Barvorschüsse für den sofort und dringend notwendigen Lebensbedarf können Geschädigte, die anläßlich eines Fliegerangriffs nach außerhalb umquartiert werden, auch bei dem für den neuen Aufenthaltsort zuständigen Bürgermeister, Landrat oder Oberbürgermeister beantragen.
18. Nach auswärts Umquartierte werden am Aufnahmeort von der NSV. untergebracht.
19. Um nicht die Verkehrsmittel unnötig zu belasten, muß jede nicht unbedingt erforderliche Rückreise vermieden werden.
20. Wer sich als Flüchtling aus nicht angegriffenen Orten ohne vorgeschriebene Abreisebescheinigung meldet, hat keinen Anspruch auf Betreuung. Er wird an seine Heimatbehörde zurückverwiesen.
21. Auskünfte aller Art werden in jedem Falle von der Gemeindebehörde des Aufnahmeortes erteilt.

**Dienstanweisung für die Abfertigung Fliegergeschädigter.**

**Allgemeines.**

Bei einem Katastrophenfall bleiben die Bezirksstellen für den allgemeinen Verkehr bis auf Widerruf geschlossen. Es dürfen nur fliegergeschädigte Verbraucher abgefertigt werden.

Die Dienstzeiten sind aufgehoben. Alle Angestellten haben so lange zu arbeiten, wie Fliegergeschädigte erscheinen und der Arbeitsanfall es erfordert. Der Bezirksstellenleiter hat engste Fühlung mit dem Ortsgruppenleiter und der zuständigen Einsatzstelle des Fürsorgeamtes zu halten. Fliegergeschädigte sind in allen Fällen schnell, höflich und hilfsbereit abzufertigen. Rat in jeder möglichen Weise erteilen!

Jeder Fliegergeschädigte darf nur von der Bezirksstelle betreut werden, die zur Zeit für seine bisherige Wohnung zuständig ist.

Alle Richtlinien sind großzügig auszulegen. In Zweifelsfällen das Sinngemäße und Sachdienliche tun, damit der oberste Grundsatz, den Fliegergeschädigten rasch zu helfen, erfüllt wird!

**Lebensmittel.**

1. Fliegergeschädigte erhalten in den ersten drei Tagen nach dem Katastrophenfall grundsätzlich Gemeinschaftsverpflegung ohne Lebensmittelkarten aus den Küchen der zuständigen NSV.-Dienststelle, auf Grund von besonderen von der NSV. auszugebenden Verpflegungskarten.
2. Vom vierten Tage ab erhalten die Geschädigten gegen Vorlage der Betreuungskarte des Fürsorgeamtes (Bombenpaß) die üblichen Normalverbraucherkarten, und zwar zunächst für den Rest der laufenden Zuteilungsperiode. Bestellscheine der Lebensmittelkarten berichtigen und mit dem Dienstsiegel versehen! Wenn zweckmäßig, können an Stelle von Normalverbraucherkarten Urlauberkarten ausgegeben werden.
3. Fliegergeschädigte, die bei Verwandten Aufnahme gefunden haben und dort verpflegt werden oder aus zwingenden Gründen nicht an der Gemeinschaftsverpflegung teilnehmen können, erhalten ausnahmsweise Normalverbraucherkarten schon vom ersten Tage des Katastrophenfalles an.
4. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten ist auf der Haushaltskartei zu vermerken (Fliegerlebensmittelkarten vom .... bis .... für .... Personen ausgegeben). Ist die Haushaltskartei vernichtet oder im Augenblick nicht erreichbar, Ersatzkarte oder gesonderte Ausgabelisten anlegen!
5. Den Empfang der Lebensmittelkarten hat jeder berechtigte Abholer in der „Nachweisung über ausgegebene Lebensmittelkarten“ oder in einer Ersatznachweisung unterschriftlich zu bestätigen.
6. Jede Ausgabe von Lebensmittelkarten ist auf der Betreuungskarte des Fürsorgeamtes (Bombenpaß) zu vermerken.
7. Ohne Betreuungskarte (Bombenpaß) dürfen Lebensmittelkarten grundsätzlich nicht ausgegeben werden, es sei denn in den Fällen, wo das Fürsorgeamt einen Bombenpaß wegen Geringfügigkeit des Schadens nicht erteilt, der Verbraucher aber seine Lebensmittelkarten eingebüßt hat. In diesem Falle erfolgt die Ausgabe von Lebensmittelkarten auf Grund einer Bescheinigung der zuständigen Ortsgruppe, daß der Verlust der Lebensmittelkarten nachgewiesen oder glaubhaft ist. Die Bescheinigung ist als Beleg einzubehalten.
8. Es steht den Geschädigten frei, sich vom 4. bis 7. Tage nach dem Katastrophenfall gegen Abgabe von Lebensmittelkarten in den Küchen der NSV. verpflegen zu lassen.
9. Für vernichtete oder beschädigte Lebensmittel in den Haushaltungen kann Ersatz durch Lebensmittelmarken erteilt werden. In diesen Fällen, die von der Ortsgruppe bescheinigt werden müssen, können Marken bis zu einer Woche ausgegeben werden. Die Ausgabe ist ebenfalls auf der Haushaltskartei oder einer Ersatzliste zu vermerken. Die Bescheinigung der Ortsgruppe ist als Beleg einzubehalten.
10. Haushaltsausweise nach den vorstehenden Richtlinien erteilen!
11. Lebensmittelhändler bei dringendem Sofortbedarf an die Abt. A (Kreisbauernschaft), Hochstraße 17/18, Tel. 5542, bei weniger dringenden Anträgen auf Ausstellung von Ersatzbezugscheinen an die Zentrale Verwaltungsstelle des Ernährungsamtes verweisen!

### Gewerbliche Güter.

1. Bezugscheine jeglicher Art dürfen an Fliegergeschädigte auch vom Wirtschaftsamt nur gegen Vorlage der Betreuungskarte des Fürsorgeamtes (Bombenpaß) erteilt werden. Die Ausgabe ist stets im Bombenpaß einzutragen.
2. Für Fliegergeschädigte dürfen nur FI-Bezugscheine (für Schuhe) und FI-Sonderbezugscheine (für Spinnstoffwaren) ausgestellt werden. Sind diese vernichtet oder nicht erreichbar, so können die üblichen Bezugscheine benutzt werden. Sie sind oben rechts mit der Aufschrift „FI“ (in Rotstift) und dem Dienstsiegel zu versehen.
3. Die Ausgabe der FI-Bezugscheine ist zunächst auf den Sofortbedarf zu beschränken, der aus dem in der Anlage beigefügten Verzeichnis zu ersehen ist.
4. Ein darüberhinausgehender Bedarf kann erst nach und nach gedeckt werden. Die Höchstausstattung an Spinnstoffwaren und Schuhen für Fliegergeschädigte ist aus den anliegenden Verzeichnissen (II und III) ersichtlich.
5. Die ausgegebenen FI-Bezugscheine sind auf der Personalkarte mit dem Zusatz „FI“ zu vermerken. Für den Fall, daß die Personalkarten vernichtet oder nicht erreichbar sind, hat eine listenmäßige Erfassung zu erfolgen.
6. Bei unmittelbaren Notständen gibt die NSV. Bekleidungsstücke und Schuhe an die Geschädigten aus. Die Empfänger werden listenmäßig erfaßt. Die Bezirksstellen erhalten diese Listen nach Abschluß der Hilfsaktion und haben die Personalkarten sofort zu vervollständigen.
7. Es steht den Geschädigten frei, die von der NSV. erhaltenen Bekleidungsstücke und Schuhe an das Wirtschaftsamt wieder zurückzuliefern, um dafür entsprechende Bezugscheine zu erhalten. Wird von dieser Umtauschmöglichkeit nicht Gebrauch gemacht, so sind die von der NSV. erhaltenen Kleidungsstücke usw. den Geschädigten anzurechnen.
8. Beim Verlust der 4. Reichskleiderkarte ist eine Ersatzkarte mit nur 10 fälligen Bezugsabschnitten auszugeben. Alle übrigen bereits fälligen Abschnitte sind abzutrennen.
9. Die Raucherkarte ist zunächst durch einen Kontrollausweis für Tabakwaren (gültig für 7 Tage) zu ersetzen.
10. Reichsseifenkarten und Zusatz-Seifenkarten für Kinder sind mit Beginn der jeweils laufenden Zuteilungsperiode zu ersetzen. An jeden geschädigten Haushalt können außerdem zusätzlich Bezugscheine für 500 g Waschpulver und, je nach Größe des Haushalts, für 1 bis 3 Stück Einheitsseife einmalig ausgegeben werden.
11. Im Verlustfalle Haushaltspäß erteilen!
12. Antragsteller, die ihre Hausbrandkohle eingebüßt haben, an die Kohlenstelle, Wilhelmstraße 99, verweisen! Sie ist auch für alle anderen Fragen der Kohlenversorgung zuständig.

I. V.

gez. Unterschrift.

### Anhang XIV

Das Grundelement der Feuerlöschfahrzeuge bildete das Löschfahrzeug 25 (LF 25). Es handelte sich dabei um ein Fahrzeug mit ca. 5 t Tragfähigkeit und einem Dieselmotor mit 100 bis 125 PS. Dieser Fahrzeugtyp war geeignet, Mannschaft und Gerät einer Gruppe zu befördern. Die Zahl 25 bezog sich auf die Stärke der eingebauten Pumpe mit 2500 l/Min. Leistung bei 80 m WS Druckerzeugung. Daneben gab es noch Löschfahrzeuge mit Pumpen für 1500 l/Min. und 800 l/Min. Leistung bei gleicher Druckerzeugung. Beim LF 15 und LF 8 handelte es sich um schwächere Fahrzeuge, die aber ebenfalls Mannschaft und Gerät zu transportieren in der Lage waren. Die Pumpe für das LF 8 war in der Regel eine tragbare Kraftspritze, die in einem Anhänger mitgeführt wurde.

Bei der Festlegung dieser Leistungsgrenzen war die Leistungsfähigkeit der Feuerlöschgruppen hinsichtlich ihrer Einsatzstärke bei Vornahme von Feuerlöschleitungen zugrundegelegt. So konnte ein LF 8 eine, ein LF 15 zwei und ein LF 25 drei Gruppen, bei normalen Wasserentnahmebedingungen, mit Löschwasser versorgen.

Ein weiteres wichtiges Löschfahrzeug war das Tanklöschfahrzeug 15 (TLF 15). Sein Wert lag in seinem mitgeführten Wasservorrat von ca. 2500 l. Dieses Fahrzeug war gut wendig und konnte seinen Standort rasch verändern. Mit dem mitgeführten Wasservorrat gelang es, schon entwickelte Brandstellen an der Ausbreitung zu verhindern, ohne daß das sonst kräfteverzehrende und zeitraubende Heranbringen des Löschwassers mittels Schlauchleitungen notwendig wurde.

Der Schlauchwagen führte eine erhebliche Schlauchmenge (ca. 1400 m) zur Ergänzung der Schlauchausrüstung von Feuerlöschfahrzeugen auf ausgedehnten Brandstellen mit. Als wertvolle Zugabe seiner Ausrüstung wurde eine eingebaute Spillvorrichtung am Heck des Fahrzeuges geschätzt. Mit ihm gelang es leicht, festgefahrene Fahrzeuge aus schwierigerem Gelände zu bergen.

Die Fahrzeugtypen des Feuerlöschdienstes befriedigten hinsichtlich ihrer Pumpenleistungen vollauf, doch ließ die Geländegängigkeit in dem von Trümmerschutt und Bombentrümmern beengten Straßennetz nach Angriffen Forderungen offen. In der gesamten Luftschutz-Organisation der Stadt gab es keine Fahrzeuge, die zur schnellen Trümmerbeseitigung eingesetzt werden konnten.

Die oben erwähnte tragbare Kraftspritze (TS 8) war ein Gerät, das bei dem Bedienungspersonal wenig Anklang fand. Als Antrieb für die Pumpe diente ein Zweitaktmotor. Er mußte mittels Anreißhebel angeworfen werden. Sollte das Anwerfen des Motors glatt vonstatten gehen, dann war eine Anzahl Vorbedingungen sorgfältig zu erfüllen, die die Masse der eingesetzten Maschinisten nur sehr schwer zu meistern verstand. War das Gerät zum Laufen gebracht, dann waren die Leistungen recht gut.

Die Unterbringung des FE-Dienstes war dezentralisiert. Das Kommando befand sich in der Hauptfeuerwache, Münzstraße, wo gleichzeitig zwei Löschzüge untergebracht waren. Als Sitz der zweiten und dritten Bereitschaft galten die Feuerwachen Freisestraße 13 und Hamburger Straße 273. Die Feuerlösch- und Entgiftungsgruppen lagen zumeist einzeln in weit auseinanderliegenden Unterkünften. Der FE-Dienst war an folgenden Stellen untergebracht:

Hauptfeuerwache Münzstraße 7  
Straßenbahndepot Richmond  
Schule Wolfenbütteler Straße  
Feuerwehrunterkunft Bahnhofstraße  
Luftflottenkommando Franzsesches Feld  
Schule Leonhardstraße  
Feuerwache Freisestraße 13  
Großbäckerei Hermannstraße  
Lehndorf in der Gaststätte zur Krone  
Olper, Gaststätte Olper Turm  
Straßenbahndepot Goslarsche Straße  
Feuerwache Hamburger Straße 273  
Volkswagen-Vorwerk  
Rühme, Gaststätte Wendenturm  
Querum, alte Schule  
Gliesmarode, Gaststätte Gliesmaroder Turm  
Veltenhof, Wirtschaft Hornig  
Schule Bültenweg.

Im Hafen Braunschweig-Veltenhof lag eine Sondergruppe des Feuerlöschdienstes.

## Anhang XV

Die Mindestausrüstung eines Wohnhauses umfaßt nach den Bestimmungen der 7. Durchführungsverordnung des Luftschutzgesetzes vom 31. August 1943 folgendes Gerät:

Handfeuerspritze . . . . .	je Treppenhaus 1 Stück, auf besondere Anordnung mehrere. Die Herstellungsarten waren vorgeschrieben
Einreißhaken . . . . .	1 Stück je Treppenhaus
Leine . . . . .	1 Stück je Treppenhaus
Leiter . . . . .	1 Stück je Treppenhaus
Luftschutz-Hausapotheke . . . . .	1 Stück (der Inhalt war vorgeschrieben)
Feuerpatsche . . . . .	1 bis 2 Stück je Treppenhaus
Wassereimer . . . . .	1 bis 2 Stück je Haushaltung
Wasserbehälter (Faß, Wanne o. dgl.) . . . . .	1 oder mehr Stück je Treppenhaus sowie 1 oder mehr Stück im Keller
Sandkiste . . . . .	1 bis 2 Stück je Treppenhaus (Fassungsvermögen etwa 5 Eimer Sand)
Handschaukel . . . . .	1 Stück je Sandkiste
Löschsand-Tüten . . . . .	im allgemeinen 2 Stück für jeden Raum mittlerer Größe, verteilt auf Wohnungsflure und Treppenhaus. Je Tüte mit 5 kg Sand
Schaukel oder Spaten . . . . .	1 Stück je Treppenhaus
Axt oder Beil . . . . .	1 Stück je Treppenhaus

## Anhang XVI

### Kleinkraftspritzengruppen in besonderen Bauwerken

- 1 Burg Dankwarderode
- 2 Kant-Hochschule
- 3 Herzog-Anton-Ulrich-Museum
- 4 Zollamt
- 5 Salve Hospes
- 6 Landestheater
- 7 Domäne Riddagshausen
- 8 Bierbaumsches Haus
- 9 Landesmuseum
- 10 Gewandhaus
- 11 Schule Südklint
- 12 Andreaskirche
- 13 Neustadtmühle
- 14 Katharinenkirche
- 15 Gaststätte „Zur Taube“, Radeklint.



## Anlage XVII

Der Verschleiß an Feuerlöschschläuchen war ungeheuer. Die Löschkräfte der Stadt Braunschweig allein benutzten ca. 36 000 m Schlauchmaterial, die einer enormen Beanspruchung durch die Einwirkung von heißem Brandschutt, aber auch von den sich durch die Stadt quälenden Kraftfahrzeugen der LS-Einheiten, von Bergungs- und Hilfsfahrzeugen sowie von Pferdefuhrwerken mit ihren scharfkantigen eisenbeschlagenen Rädern ausgesetzt waren. Von dem eingesetzten Schlauchmaterial waren nach den Löscharbeiten 13 500 m beschädigt, wovon 6500 m unbrauchbar geworden waren. Obwohl sehr viele Schlauchbrücken ausgelegt waren, waren große Verluste durch rücksichtsloses Verhalten des Verkehrs zu verzeichnen. Diesen Erscheinungen versuchte man dadurch zu begegnen, daß man länger liegende Schlauchleitungen, wo es die Verhältnisse erlaubten, unter Erdgleiche brachte. Auch das Verlegen von Schlauchleitungen über improvisierte Ständerwerke wurde durchgeführt, um den Verkehr darunter hinwegfahren zu lassen. Die Erfahrungen mit dieser Methode waren nicht befriedigend, weil sie erhebliches Material und verhältnismäßig viel Zeit- und Arbeitsaufwand erforderte; des weiteren wurden die Stützkonstruktionen leicht von Fahrzeugen angefahren und drohten dann umzustürzen.

Eine besondere Schwierigkeit bildete nach dem Angriff die Reinigung, Instandsetzung und Pflege dieser riesigen Schlauchmengen. Das Schlauchgewebe aus Naturfasern erforderte eine rasche Reinigung und Trocknung nach dem Gebrauch, wenn nicht starke Verluste durch Modern und Stocken eintreten sollten. Die Schlauchpflegeeinrichtungen und Trockentürme in Braunschweig waren frühzeitig vernichtet. Die Landgemeinden stellten ihre Einrichtungen bereitwilligst zur Verfügung; doch war die Erledigung der Arbeit äußerst erschwert, weil die dort vorhandenen Anlagen bei weitem nicht den zu stellenden Anforderungen entsprachen. Was wollte es schon bedeuten, wenn eine Gemeinde von den 2100 Schläuchen 50 bis 80 aufnehmen konnte? Trotzdem war es eine große Hilfe.

Der Verlust an Feuerlöschfahrzeugen und -geräten hielt sich in erträglichen Grenzen. Besonders hoch war der Verschleiß an Kraftfahrzeugbereifungen, die durch scharfkantigen Trümmerschutt und Hitze zerstört worden waren.

Die Feuerlöschkräfte hatten während dieser mehrtägigen Einsätze keine Toten, doch nahezu 100 mehr oder weniger stark Verletzte zu beklagen. Fast alle Angehörigen des FE-Dienstes litten an sehr starken Augenentzündungen sowie kleineren Brand- und Rißwunden. Versengte Gesichts- und Kopfhare, Hautschäden im Gesicht und an den Händen waren überaus häufig zu beobachten, wurden aber in der Regel nicht ernst genommen. Daß es nicht zu großflächigen Hautverbrennungen gekommen ist, ist zweifellos dem Umstand zu verdanken, daß die Uniform der Löschkräfte auch damals noch einen hohen Gehalt an reiner Wölle hatte.

## V

### Quellen und Literatur

Knipfer, K. und E. Hampe: Der zivile Luftschutz. Sammelwerk über alle Fragen des Luftschutzes. 2. Aufl. Berlin 1937.

Schriftenreihe über zivilen Luftschutz. H. 1. Koblenz 1953.

Darsow, Fokken, Graf v. Borries-Fauser: Luftschutzrecht in der Fassung vom 31. August 1943. Berlin/München 1943.

Reichsgesetzblatt.

Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung, seit 1936 Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern.

Verwaltungsbericht der Stadt Braunschweig 1940. Braunschweig 1942.

Braunschweig in der Statistik. 2. Folge. Braunschweig 1950.

Stadtarchiv Braunschweig:

E . . . : Müller, W.: Liste der Luftgefahr- und Fliegeralarme.

E . . . : Dienstanweisungen der Stadt Braunschweig in Luftschutzangelegenheiten.

H III 2 Nr. 84: Jürges, H.: Tatsachenbericht über die 1939—45 auf die Stadt Braunschweig erfolgten Luftangriffe. — Sander, W.: Luftangriffe auf die Stadt Braunschweig.

H III 2 Nr. 85: Braunschweig in den Tagen der Übergabe der Stadt an die Amerikaner Mitte April 1945. Eine Quellensammlung, zusammengetragen durch W. Spieß.

H III 2 Nr. 102: Die Übergabe der Stadt Braunschweig an die amerikanische Wehrmacht am 12. April 1945 (Beglaubigte Abschrift des Protokolls).

H XIII Nr. 47: Braunschweiger Tageszeitung.

Städt. Museum Braunschweig:

Photos der Sammlung Bergmann.

Photos W. Ehlers, Braunschweig. (Privatbesitz.)

## Bilder-Anhang

Die nachfolgenden Bilder sind nicht als Illustrationen des Textes gedacht. Sie wollen vielmehr selbständig die verheerenden Auswirkungen des Luftkrieges in Braunschweig eindrucksvoll aufzeigen. Daher die chronologische Anordnung, die nur gelegentlich aus sachlichen oder praktischen Gründen durchbrochen wird.

Die Photos sind, soweit nichts anderes gesagt ist, der Sammlung Bergmann des Städt. Museums entnommen.

## DIE ERSTEN BOMBENSCHÄDEN



Am 10. Februar 1941 wurden die Grundstücke Am Fallersleber Tore 6 und 7 zerstört  
Die Ruinen wurden später abgetragen



Rückfront der Göttingstraße nach dem Angriff am 27. September 1943

## MINENTREFFER



Etwa 80 m von diesem Gehöft auf der Henschelstraße kamen am 14. Januar 1944 ca. 900 kg Sprengstoff einer Minenbombe zur Explosion



Dieser kräftige Baumstamm wurde am 13. August 1944 durch eine Minenbombe entwurzelt und über die etwa 2 m hohe Brüstung eines Fensters der Andreaskirche in das Kirchenschiff geschleudert



## DIE ALTE WAAGE

Ein Kleinod mittelalterlicher Baukunst war die freistehende „Alte Waage“, die am 10. Februar 1944 die ersten Schäden erlitt. Anfangs stützte man die Reste des nördlichen Giebels sorgfältig ab, doch spätere Angriffe führten zur völligen Vernichtung

Die Alte Waage  
nach dem Angriff am  
10. Februar 1944



Die Alte Waage vor dem Kriege



## DER DÄMM

Eine schmale Geschäftsstraße der Innenstadt mit mehreren sehr bekannten Gaststätten



Die Schäden am 10. Februar 1944. Die Trümmer des Hotels „Preußischer Hof“ und Reste anliegender Gebäude. Dazwischen mehrere Einschläge von Blindgängern, die in dem morastigen Baugrund dieser Gegend versanken



Die restlose Zerstörung am 15. Oktober 1944. Blick vom Bohlweg



## DIE FACHWERKHÄUSER AM GEWANDHAUSE



Die reizvollen Fachwerkhäuser  
vor der Zerstörung



Die ersten Schäden  
durch Sprengbomben  
am 29. März 1944



Die völlige Zerstörung durch  
Spreng- und Brandbomben  
am 15. Oktober 1944

## BOMBEN ÜBERALL

Hauptbahnhof, Westseite,  
nach dem 8. April 1944



Burg Dankwarderode  
nach dem 23. April 1944.  
Im Vordergrund Mitte ein  
sog. Feuerlöschurm

Das Mutterhaus  
der Krankenanstalt „Marienstift“  
nach dem 23. April 1944





## BOMBEN ÜBERALL

Mit erschreckender Planmäßigkeit  
wurde ein Stadtteil nach dem  
anderen mit Bomben belegt

Trichterfelder  
auf dem Zentralfriedhof  
am 19. Mai 1944

Bombenschäden in einem  
Industriewerk („Nimo“)  
nach dem 24. August 1944



Zerstörungen  
in der „Vorwerksiedlung“  
im Norden der Stadt nach dem  
17. September 1944





## DIE STOBENSTRASSE

Durch diese enge verwinkelte Straße quälte sich vor der Zerstörung ein außerordentlich lebhafter Verkehr

Blick in die Stobenstraße vor dem Kriege



Die ersten Schäden nach dem Angriff am 5. August 1944. Im Hintergrund die beschädigte Aegidienkirche

Foto : W. Ehlers, Braunschweig



Die Stobenstraße nach dem 15. Oktober 1944. Die noch stehenden Gebäude wurden bei den Angriffen im März 1945 vernichtet



# SCHÄDEN AN ST. ANDREAS



Verwüstungen im Kirchenschiff  
nach dem 13. August 1944

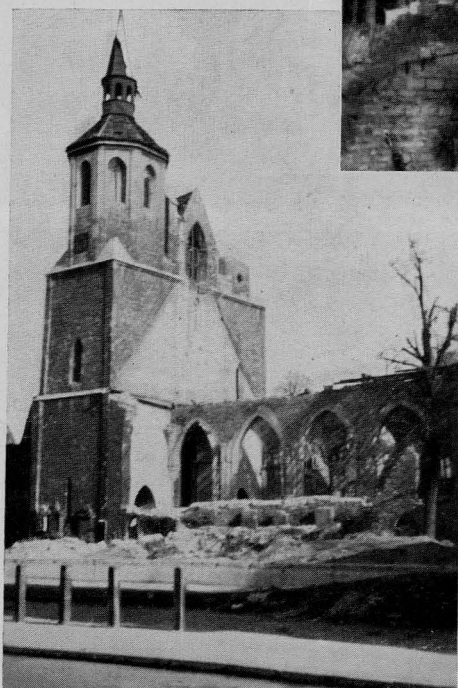
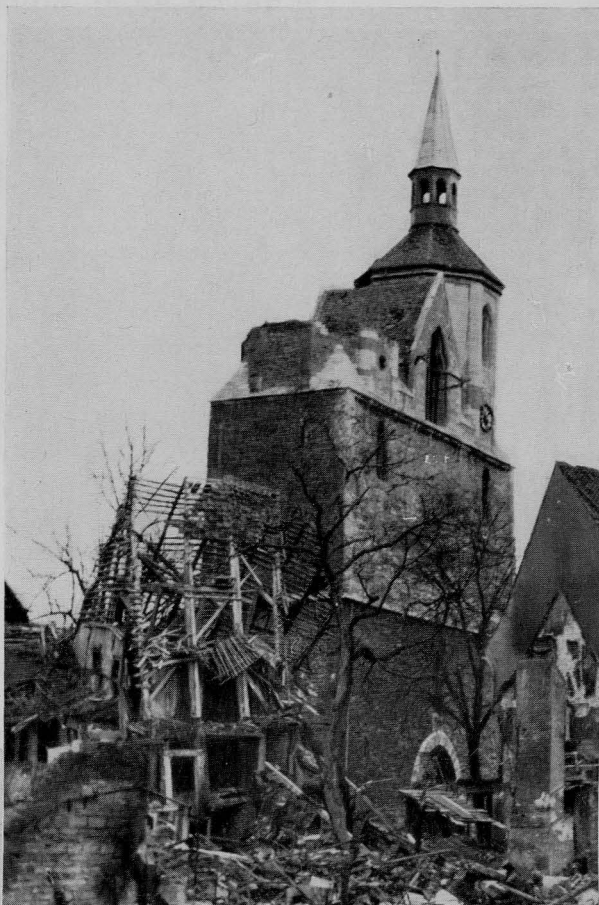
Die Trümmer  
der einst so stolzen Kuppel  
des Turmes  
vor dem Hauptportal



## ST. MAGNI

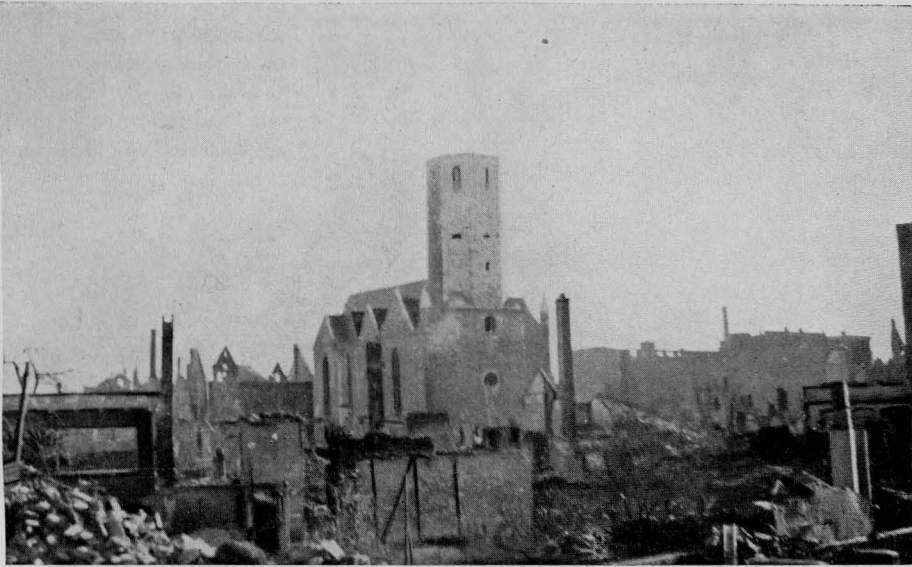
Diese altehrwürdige Kirche,  
von reizvollen Fachwerkbauten  
des Mittelalters umgeben,  
wurde am 15. Oktober 1944  
fast völlig zerstört

Blick vom Nordwesten  
auf das Turmassiv aus dem  
13. Jahrhundert



Das zerstörte Kirchenschiff, vom Südosten  
her gesehen. Davor ein Feuerlöschteich  
für Luftschutzzwecke

## TRÜMMERFELDER



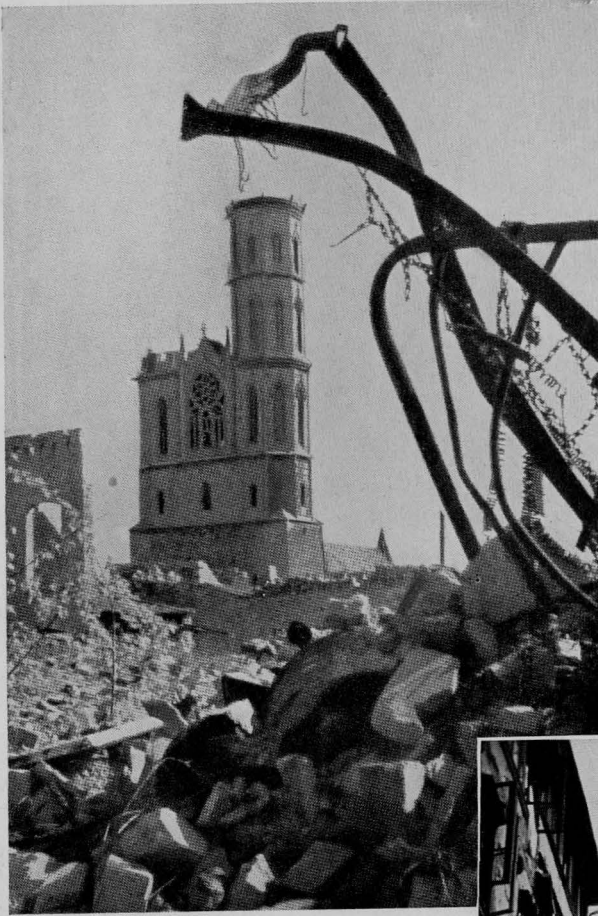
Trümmer um die Petrikirche nach dem 15. Oktober 1944



Die Überreste der einst blühenden Straßenzüge an der nördlichen Seite der Fallersleber Straße nach dem 15. Oktober 1944

## DIE WEBERSTRASSE

Die Weberstraße war eine der schönsten Straßenzüge der Stadt in mittelalterlicher Fachwerkbauweise. Im Osten wurde sie vom majestätischen Turmtrakt der Andreaskirche abgeschlossen



Nach der Zerstörung  
am 15. Oktober 1944



Vor der Zerstörung



## DER HÄGENMARKT

Einer der größten und markantesten Plätze der mittelalterlichen Stadt



Vor der Zerstörung:  
Im Vordergrund  
der Heinrichsbrunnen,  
im Hintergrund  
der Turm von St. Andreas



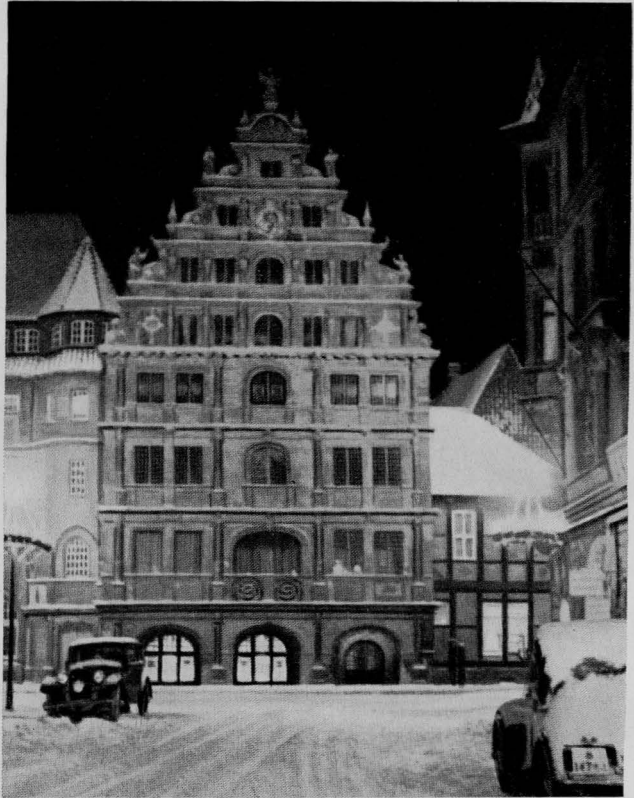
Fast dieselbe Blickrichtung  
wie oben  
nach dem 15. Oktober 1944



Blick nach Hagenbrücke-  
Casparistraße

## DER GEWÄNDHAUSGIEBEL

Der Gewandhausgiebel  
aus dem 16. Jahrhundert  
vor der Zerstörung



Nach der Zerstörung  
am 15. Oktober 1944



## DER ALTSTÄDTMARKT



Ein selten schönes Zeugnis mittelalterlicher Marktplatzgestaltung  
Zerstörungen nach dem 15. Oktober 1944

## DER BÄCKERKLINT

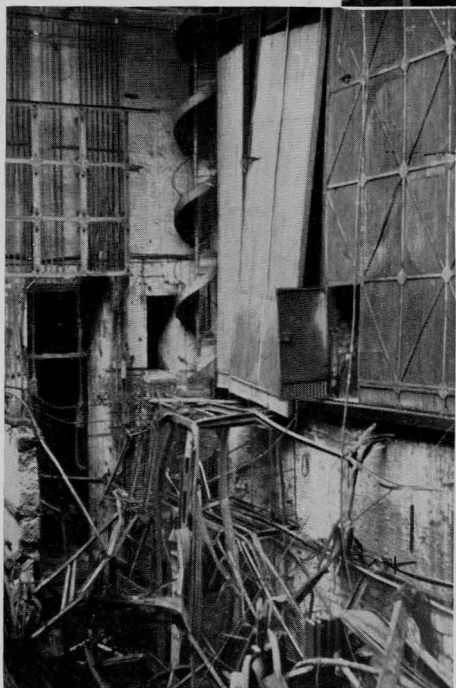


Im weiten Umkreis blieb nichts von den Feuerstürmen des 15. Oktober 1944 verschont  
Nur das Denkmal des Till Eulenspiegel überstand alles

## DAS STAATSTHEATER

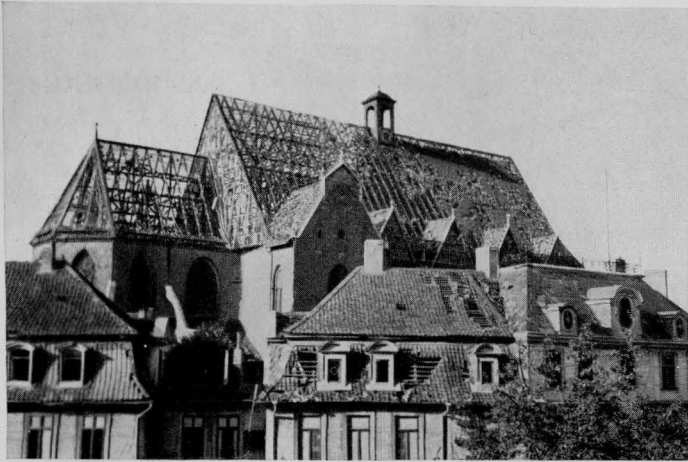
nach der Zerstörung  
des 15. Oktober 1944

Trostlos wirken nach dem  
Brande die einst so festlichen  
Ränge des Theaters



Die Konstruktionsteile der Bühne  
bilden ein wirres Durcheinander.  
Der eiserne Vorhang zwischen Bühne  
und Zuschauerraum ist ausgeglüht

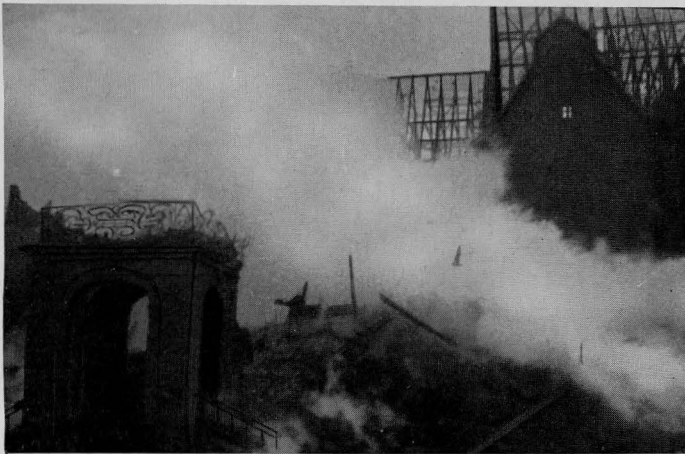




## ÆGIDIENKIRCHE MIT LESSINGHAUS

Die schönste Hallenkirche  
Braunschweigs ist St. Aegidien.  
In ihrer Nähe stand das  
Sterbehaus Lessings  
(† 17. 2. 1781)

Die ersten Schäden.  
am 5. August 1944

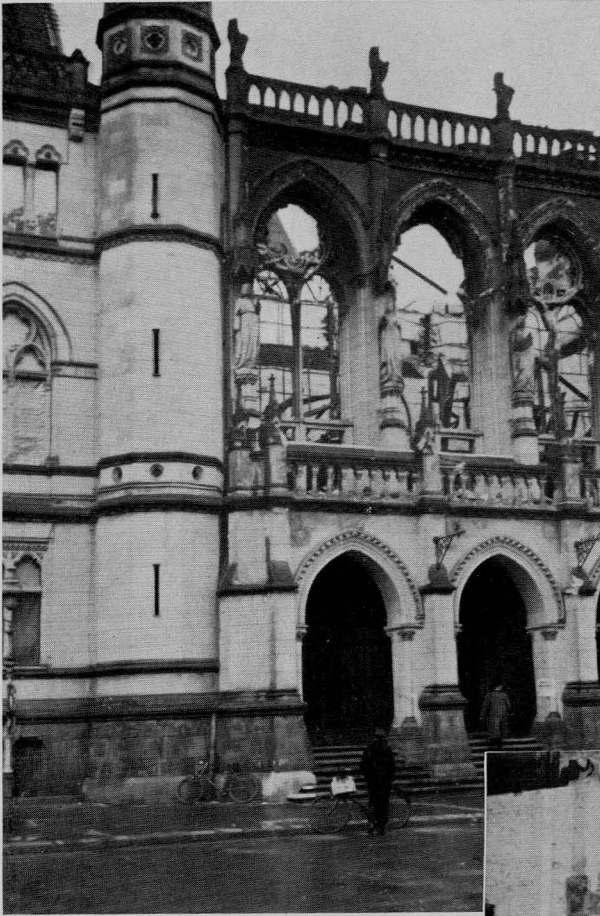


Das Lessinghaus während  
des Brandes am 3. März 1945



Das Lessinghaus ist durch Feuer  
total zerstört, während die  
Aegidienkirche vorwiegend  
durch Sprengbomben schwerste  
Schäden erlitt

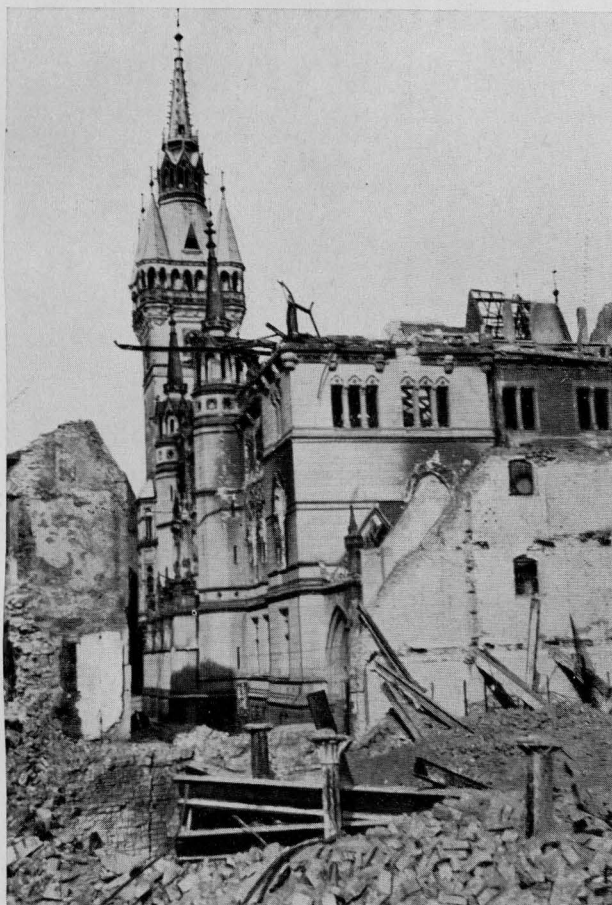
## DAS RATHAUS



Am 15. Oktober 1944 wurde der große Sitzungssaal des Rathauses völlig zerstört. Ausgebrannte Fensteröffnungen und ausgeglühte Eisenkonstruktionen des Dachstuhles waren die markanten Merkmale nach der Zerstörung



## DAS RATHAUS AM ENDE DES KRIEGES



Die schwersten Schäden lagen im Süden und Osten des Rathauses, während die Nord- und Westseite mit leichteren Schäden davonkam. Das Bild zeigt das Rathaus nach dem 3. März 1945 im Blick vom Südosten her

## DER DOM



Zerstörungen an der Südseite des Domes nach dem Angriff vom 3. März 1945

## BRENNENDE HAUSERBLÖCKE



Der Friedrich-Wilhelm-Platz am 3. März 1945



**Braunschweiger Werkstücke**  
**Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt**  
**Bd. 1—18**

**Bd. 1**

**Fuhse, Franz:** Vom Braunschweiger Tischlerhandwerk — Stobwasserarbeiten. Mit 37 Abb.

Braunschweig: Appelhans 1925. 86 S., 2 Taf., vergriffen.

**Bd. 2**

**Gauß, Karl Friedrich:** (Briefsammlung) Carl Friedrich Gauß und die Seinen. Festschrift zu seinem 150. Geburtstage. Hrsg. von Heinrich Mack. Mit 12 Taf.

Braunschweig: Appelhans 1927. XI, 130 S., 10 Bl., 12 Taf., vergriffen.

**Bd. 3**

**Schroeder, Hans:** Verzeichnis der Sammlung alter Musikinstrumente im Städtischen Museum Braunschweig. Mit 43 Abb. — Instrumente, Instrumentenmacher und Instrumentisten in Braunschweig (Urkundl. Beiträge).

Braunschweig: Appelhans 1928. 124 S., vergriffen.

**Bd. 4**

**Scherer, Christian:** Braunschweiger Fayencen-Verzeichnis der Sammlung Braunschweiger Fayencen im Städtischen Museum zu Braunschweig. Mit 48 Abb.

Braunschweig: Appelhans 1929. 76 S., vergriffen.

**Bd. 5**

**Fuhse, Franz:** Schmiede und verwandte Gewerke in der Stadt Braunschweig. Ein Beitrag zur Geschichte des Handwerks und zur Familienkunde. Mit 45 Abb.

Braunschweig: Appelhans 1930. 157 S., vergriffen.

**Bd. 6**

**Mittelniederdeutsche Beispiele im Stadtarchiv zu Braunschweig, gesammelt von Ludwig Hänselmann.** 2 veränd. und um Reg. verm. Aufl., besorgt von Heinrich Mack.

Braunschweig: Appelhans 1932. XIV, 120 S., vergriffen.

**Bd. 7**

**Fuhse, Franz:** Handwerksaltertümer. Mit 255 Abb.

Braunschweig: Appelhans 1935. 32, 283 S., vergriffen.

**Bd. 8**

**Meier, Paul Jonas:** Das Kunsthandwerk des Bildhauers in der Stadt Braunschweig seit der Reformation. Mit 180 Abb.

Braunschweig: Appelhans 1936. 4 Bl., 120 S., 63 Taf., vergriffen.

**Bd. 9**

**Herbst, Hermann:** Tider Woltmann, ein Braunschweiger Buchbinder des 15. Jahrhunderts. Mit 12 Taf.

Braunschweig: Appelhans 1938. 39 S., vergriffen.

**Bd. 10**

**Steinacker, Karl:** Abklang der Aufklärung und Widerhall der Romantik in Braunschweig.

Braunschweig: Appelhans 1939. 127 S., vergriffen.

**Bd. 11**

**Spieß, Werner:** Die Ratsherren der Hansestadt Braunschweig 1231—1671. Mit einer verfassungsgeschichtlichen Einleitung.

Braunschweig: Appelhans 1940 (1939). 219 S., vergriffen.

**Bd. 12**

**Reidemeister, Sophie:** Genealogien Braunschweiger Patrizier- und Ratsgeschlechter aus der Zeit der Selbständigkeit der Stadt vor 1671. Herausgegeben von Werner Spieß. Mit 4 farb. Wappentaf.

Braunschweig: Joh. Heinr. Meyer 1948. 194 S. Brosch. 8,— DM. Geb. 10,— DM.

**Bd. 13**

**Spieß, Werner:** von Vechelde. Die Geschichte einer Braunschweiger Patrizierfamilie 1332—1864.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1951. 206 S. Brosch. 12,60 DM. Geb. 16,— DM.

**Bd. 14**

**Spieß, Werner:** Das Stadtarchiv Braunschweig. Seine Geschichte und seine Bestände.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1951. 112 S. Brosch. 4,80 DM.

**Bd. 15**

**Jesse, Wilhelm:** Münz- und Geldgeschichte Niedersachsens.

Braunschweig: Brandes in Komm. 1952. 130 S., 17 Taf. Geb. 9,— DM.

**Bd. 16**

**Querfurth, Hans Jürgen:** Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671. Das Ende der Braunschweiger Stadtfreiheit. Mit 7 Taf.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1953. 304 S. Brosch. 14,75 DM. Geb. 16,— DM.

**Bd. 17**

**Bergholz, Gerda:** Die Beckenwerkergilde zu Braunschweig. Unter Mitwirkung von Werner Spieß. Mit 1 Taf.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1954. 76 S. Brosch. 3,75 DM.

**Bd. 18**

**Prescher, Rudolf:** Der rote Hahn über Braunschweig. Luftschutzmaßnahmen und Luftkriegsereignisse in der Stadt Braunschweig 1927—1945. Mit 45 Abb.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1955. 170 S. Brosch. 4,80 DM.